Kommunismus und Klassenkampf

Jahrg. 2, Nr. 1
Februar 1974

Kampf um Demokratie und Sozialismus
–Zum Erfurter Programm–

Politisches Minimalprogramm oder imperialistischer Ökonomismus
Noch einmal zu den demokratischen Forderungen unseres Programms
–Willfried Maier–

Der KB Nord: Eine Gruppe ohne politischen Halt

Der Charakter der chilenischen Revolution
Chile: Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus
In Chile wird um Unabhängigkeit und Freiheit gekämpft

Über die internationale Bedeutung der Lehre Mao Tsetungs

Der Kolonialcharakter des israelischen Staates

Der neue Lohnrahmentarifvertrag Norwürttemberg/Nordbaden gibt den Weg für wirksamere Ausbeutermethoden frei
–Materialien zu einigen Bestimmungen des Lohnrahmentarifvertrages II–

Stellungnahme zum Gesundheitspolitischen Programm des DGB

Die politische Massenzeitung.
Vorbemerkung: Zum Fälschungsvorwurf des "Arbeiterkampf"
Kritik zu dem Artikel von H.K. "Die politische Massenzeitung" in Kommunismus und Klassenkampf Nr.1

Beschluß des ZK des KBW auf seiner Sitzung vom 15.12.1973 zu den Demonstrationen am 30.11. und 8.12.1973

Beschluß des ZK des KBW vom 15.12.1973 zur Frage der kommunistischen Massenorganisationen unter den Studenten

Kampf zweier Linien in der Bestimmung von Agitation und Propaganda

Kampf–Kritik–Umgestaltung
Resolution der 2. MV der Ortsgruppe Osnabrück des KBW

Betrugsvorwurf des "Arbeiterkampf"

Preis: DM 4,–

Kommunismus und Klassenkampf 1/74

INHALT:

Kampf um Demokratie und Sozialismus
—Zum Erfurter Programm— S. 3

Politisches Minimalprogramm oder imperialistischer Ökonomismus.
Noch einmal zu den demokratischen Forderungen unseres Programms.
—Willfried Maier— S. 8

Der KB Nord: Eine Gruppe ohne politischen Halt S.27

Der Charakter der chilenischen Revolution
Chile: Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus S.31
In Chile wird um Unabhängigkeit und Freiheit gekämpft S.43

Über die internationale Bedeutung der Lehre Mao Tsetungs S.46

Der Kolonialcharakter des israelischen Staates
Vorbemerkung S.55
Leserbrief: Der Nahe Osten und die deutschen Kommunisten
(Zur Antwort von J.S. auf Leserbriefe in Nr.6 der KVZ) S.56
Antwort auf P.Z. S.58
Der Zionismus jeder Spielart ist eine Kolonialideologie und nichts anderes S.65

Der neue Lohnrahmentarifvertrag Nordwürttemberg/Nordbaden
gibt den Weg für wirksamere Ausbeutermethoden frei!
—Materialien zu einigen Bestimmungen des Lohnrahmentarifvertrages II— S.67

Stellungnahme zum Gesundheitspolitischen Programm des DGB S.71

W.M.: Rechtsopportunismus und Zirkelwesen S.75

Die Politische Massenzeitung
Vorbemerkung: Zum Fälschungsvorwurf des "Arbeiterkampf" S.81
Kritik zu dem Artikel von H.K. "Die politische Massenzeitung"
in Kommunismus und Klassenkampf Nr.1 S.83

Beschluß des ZK des KBW auf seiner Sitzung vom 15.12.1973
zu den Demonstrationen am 30.11. und 8.12.1973 S.85

Beschluß des ZK des KBW vom 15.12.1973 zur Frage
der kommunistischen Massenorganisationen unter den Studenten S.87

Kampf zweier Linien in der Bestimmung von Agitation und Propaganda S.90

Kampf—Kritik—Umgestaltung
Resolution der 2.MV der Ortsgruppe Osnabrück des KBW S.93

Betrugsvorwurf des "Arbeiterkampf" S.96

IMPRESSUM:
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
Redaktion: Ständiger Ausschuß des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
Verantwortlicher Redakteur: Joscha Schmierer, 68 Mannheim 1, Sandhofer Straße 29
Erscheint 6 mal jährlich im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf,
68 Mannheim 1, Sandhofer Straße 29, Tel.: 0621 / 37 92 21
Postscheckkonto: Ernst Ehlert, Postscheckamt Karlsruhe, Konto Nr. 112 985 – 758
Bankverbindung: Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim, Konto Nr. 57 34 18
Preis: DM 4,–
Das Jahresabonnement (6 Nummern incl. Porto) beträgt DM 24,–.
Ein Förderabonnement beträgt (bei 6 Nummern incl. Porto) mindestens DM 30,–.
Auflage: 15 000
Satz und Druck: J. Elfert (Caro-Druck), 69 Heidelberg, Lutherstraße 44 a

Anmerkungen des Verlages zum Preis von "Kommunismus und Klassenkampf"

Viele Leser und Genossen haben den Preis von 4,– DM für Kommunismus und Klassenkampf kritisiert. Wir haben es versäumt, in der ersten Nummer von Kommunismus und Klassenkampf eine Begründung für die Höhe des Preises zu geben. Der Aufforderung, die von verschiedener Seite an uns herangetragen wurde, werden wir folgen und zur Kalkulation unserer theoretischen Zeitschrift Stellung nehmen.
Bei der Kalkulation unserer Publikationen gehen wir stets davon aus, daß sie kostendeckend verkauft werden und einen Gewinn abwerfen. Dabei verfahren wir so, den Gewinn so niedrig wie möglich und so hoch wie nötig anzusetzen. Bestimmte Schriften müssen unter den gegebenen Herstellungskosten verbreitet werden, andere gewinnbringend. So ist es notwendig, die KVZ finanziell zu unterstützen (ca. 3 000,– pro Nummer), um den Verkaufspreis von 0,50 DM zu halten. Dieser Zuschuß ist beträchtlich (auch bei der steigenden Auflagenhöhe) und wird angesichts der enormen Papierpreissteigerung (Rollenpapier für Zeitungen) von 20 % bis 30 % im nächsten halben Jahr wachsen.

Bei der Festsetzung des Preises für Kommunismus und Klassenkampf mußten wir dem Rechnung tragen. Für die Finanzierung der KVZ und den Aufbau des Verlagswesens verwenden wir keine Beitrags- oder Spendengelder. Wir meinen, daß dies der Verlag selbst tragen muß.
Kommunismus und Klassenkampf ist nicht wie die KVZ an eine festgelegte Seitenzahl gebunden, dies wäre auch ein unsinniges Unternehmen. Die Seitenzahl wird zwischen 60 und maximal 100 Seiten schwanken. Wir haben den Preis auf der Grundlage von 72 Seiten kalkuliert. Schaut man sich nun das erste Heft mal an, so wird man finden, daß das Volumen des Satzes beträchtlich ist. Es ist schon lohnend, dieses Satzvolumen mit dem einer Broschüre eines Verlages wie etwa Trikont, Politladen oder dergleichen zu vergleichen.

Viele Leser beziehen unsere theoretische Zeitschrift direkt vom Verlag, da sie in ihrer näheren Umgebung nicht die Gelegenheit haben, in einem Buchladen die Zeitschrift zu kaufen. Versand- und Portokosten sind im Preis für ein Abonnement inbegriffen (6 Nummern von Kommunismus und Klassenkampf kosten incl. Porto 24,– DM).

Die Herstellung in einer billigen Druckerei ermöglicht zwar einen geringen Herstellungspreis, die Verlagskosten sind entsprechend den oben aufgeführten Bedingungen allerdings relativ hoch, zumal wir derzeit wenig Publikationen herausgeben. Wir können diese Kosten also nicht breit umlegen auf andere Broschüren oder Bücher. Erst wenn dies möglich ist, wenn die allgemeinen Verlagskosten sich reduzieren, können wir den Preis für Kommunismus und Klassenkampf senken.
Wir werden unsere Berechnungen immer nach dem Grundsatz anstellen, die Kosten gering zu halten, den Gewinn so niedrig wie möglich und so hoch wie nötig anzusetzen.
Der Preis für Kommunismus und Klassenkampf ist so bemessen, eine gesunde Basis für den weiteren Ausbau des Verlagswesens zu schaffen; wir werden ihn jederzeit zu überprüfen haben.

Wichtige Korrekturen zu Kommunismus und Klassenkampf, Jahrgang 1, Nr.1, Oktober 1973

Bei Fertigstellung von Kommunismus und Klassenkampf Nr.1 sind einige schwerwiegende, sinnentstellende Fehler unterlaufen.

Der schwerwiegendste Fehler besteht darin, daß ein Teil des Artikels von Joscha Schmierer: "Die gegenwärtige Klassenkampfsituation und die Aufgaben der Kommunisten" in den Artikel von Br. und Th.: " 'Solange einer Mönch ist, läutet er die Glocke' – Kampf dem Zirkelwesen!" hineingeraten ist. Die betreffende Passage beginnt auf Seite 25, zweite Spalte, 13. Zeile, mit folgenden Worten: "Der Klassengegensatz in Westdeutschland geht gegenwärtig aus dem ersten Zustand in den zweiten über . . ." und endet auf Seite 26, zweite Spalte, 45. Zeile, mit folgenden Worten' " . . ., bevor sie zum Generalangriff zusammengefaßt werden können.". Diese ganze Passage muß im Anschluß an Seite 16, erste Spalte, 15. Zeile gelesen werden. Sie schließt unmittelbar an das Zitat von Mao Tse-tung an und bildet den Schlußteil des Kapitels "Defensive oder Offensive? ".

Weitere Fehler:
Seite 29, erste Spalte, 7. Zeile von unten: Statt " . . . mehr oder weniger **steile** Verbesserung des Reallohns . . .", lies: " . . . mehr oder weniger **stetige** Verbesserung des Reallohns . . ."
Auf Seite 30, erste Spalte, zwischen Zeile 36 und 37 gehört folgender Einschub: "Sie sind nicht **dialektisch**, denn sie betrachten nicht die Bewegung der **Widersprüche** in der Gesellschaft, vor allem aber der Klassenwidersprüche."

Weitere Fehler: vgl.S.81 in diesem Heft zum Fälschungsvorwurf des "Arbeiterkampf".

Neben diesen schwerwiegenden, sinnentstellenden Fehlern finden sich leider auch zahlreiche kleinere Druckfehler. Wir bitten diese Fehler zu entschuldigen. Wir unsererseits werden uns bemühen, in Zukunft solche Fehler zu vermeiden.

Kommunismus und Klassenkampf, Redaktion.

Der Kampf um Demokratie und Sozialismus

— zum Erfurter Programm —

Das Programm und die Programmdiskussion beziehen sich nicht nur auf den Reifegrad des Weltkapitalismus, die bestehenden Klassenverhältnisse und den Charakter der politischen Einrichtungen, sie demonstrieren nicht nur die Aktualität der proletarischen Revolution, sondern sie stellen auch die junge kommunistische Bewegung in die Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung.

Der Artikel von W.Maier "Die Arbeiterklasse und der Kampf um demokratische Forderungen. Erläuterungen zum Programm des KBW" (Kommunismus und Klassenkampf 1, S.36ff.) versucht, die Gliederung des Programms und besonders die demokratischen Forderungen historisch aufzuarbeiten. Vor allem der Abschnitt 1 jedoch, in dem auf das Erfurter Programm und dessen historischen Stellenwert eingegangen wird, verstellt und verkürzt die revolutionäre Tradition derart, daß sich eher bürgerliche Wissenschaft als das kämpfende Proletariat auf diese Darstellung stützen kann. Denn W.Maier geht gerade nicht aus von den damaligen Klassenverhältnissen und dem Charakter der politischen Einrichtungen, vor allem des preußisch-deutschen Staates selbst. Die einfache Feststellung: " . . . solange die Bourgeoisie sich noch keineswegs als einzige politisch herrschende Klasse durchgesetzt hatte . . ." ist einfach zu wenig, um den politischen Kampf der alten Sozialdemokratie auf die "bürgerliche Revolution" (die falsche Stoßrichtung in der Argumentation von W.Maier ist mit dieser Formulierung bereits in der Überschrift des Abschnitts 1 zusammengefaßt) festzulegen. Zu wenig einfach, weil seine Ausführungen im Gegensatz zu den Untersuchungen von Marx und Engels über das Verhältnis von Produktionsweise und Staatsform stehen; weil sie ebenso im Gegensatz zu dem durchgehenden Kampf in der Sozialdemokratie gegen Lassalleanismus, Reformismus und Revisionismus stehen. W.Maier macht der revolutionären deutschen Sozialdemokratie gerade ihr großes Verdienst streitig: den Zusammenhang von revolutionärer Theorie und praktischen Forderungen programmatisch wegweisend festgelegt zu haben.

Die Schwierigkeit bei einer richtigen Einschätzung des Erfurter Programms liegt sicherlich zum Teil in der Tatsache, daß es durch Revisionisten und bürgerliche Wissenschaft mißbraucht worden ist. Das konnte geschehen aufgrund der Entwicklung Deutschlands zur imperialistischen Macht, aufgrund der Korrumpierung großer Teile der Arbeiterklasse und der SPD. Gerade die Dialektik von demokratischem Kampf und Klassenkampf wurde zwingender, forderte eine Einsicht, die "**jederzeit** auf dem Boden zur vollen Reife entwickelter Widersprüche (steht), worin das Wesen jeder revolutionären Taktik überhaupt besteht" (Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution? , Ausgewählte politische Schriften, Frankfurt/M 1971, S.76), und ermöglichte auf der **anderen Seite** die revisionistische Entartung Bernsteins und der II. Internationale. Die folgenden Ausführungen gehen davon aus, daß sich das Verhältnis von demokratischem Kampf und Klassenkampf mit der imperialistischen Entwicklung nicht **prinzipiell** änderte. Besonders die letzten Schriften und Briefe von Engels zeugen ebenso wie die große China-Kampagne der SPD davon, wie weitgehend die imperialistische Entwicklung erkannt und ihre politischen Konsequenzen diskutiert wurden. Die Ausführungen können dieses Kettenglied in der revolutionären Erfahrung der Arbeiterbewegung nur andeuten. Dennoch scheint uns, daß es aufgrund dieser Entwicklung ebenso unangebracht ist, einen Bruch in den Erfahrungen (wie er bei W.Maier anklingt) zu konstruieren, wie wir es mit Lenin für unsere Pflicht halten, "uns offen für das Erfurter Programm auszusprechen". (Lenin Werke 4, S.229)

Wir beschränken uns auf die Kritik an dem Abschnitt 1 des Artikels. Die Kritik versucht aufgrund einer Einschätzung des preußisch-deutschen Staates und seiner Klassenkonstellation den revolutionären Charakter der Sozialdemokratie und des Erfurter Programms herauszuarbeiten, um so die weiteren Ausführungen W.Maiers, die unseres Erachtens dem Abschnitt 1 direkt widersprechen, in die revolutionäre Tradition der deutschen Arbeiterbewegung zu stellen.

Zunächst ist also einzugehen auf den Klassencharakter des preußisch-deutschen Kaiserreiches, das Bismarck 1871 aus der Taufe hob und das 1918 durch die revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse zertrümmert wurde.

Marx hat in seiner Kritik des Gothaer Programms das Wilhelminische Deutschland als einen Staat charakterisiert, "der nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflußter, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus ist." (Marx-Engels Werke (MEW) 19, S.29). Diese in erster Linie auf den Staatsmechanismus, also die Staats**form** abzielende Charakterisierung geht aber zuvor ausdrücklich davon aus, daß der gemeinte Staat trotz seiner "bunten Formverschiedenheit" gegenüber den anderen modernen Staaten von seiner **inhaltlichen** Bestimmung her "auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft steht" (ebenda, S.28), also wesentlich bürgerlicher, d.h. **kapitalistischer** Staat ist.

Normalerweise handelt es sich bei diesem Staat um die direkte oder indirekte Diktatur der Bourgeoisie. "Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermit-

telst seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse." (MEW 21, S.166/67) Damit wird der kapitalistische Staat gleichzeitig unentbehrliche Voraussetzung für das Funktionieren der sozial-ökonomischen Struktur der kapitalistischen Gesellschaft, nämlich als politischer Garant der Mehrwertschöpfung und anderer elementarer Rahmenbedingungen der kapitalistischen Produktion.

Wie Marx im "18. Brumaire" klassisch analysiert hat, kann gleichwohl die Ausübung dieser Diktatur unter bestimmten historischen Bedingungen einer anderen Gesellschaftsschicht als der Bourgeoisie übertragen werden, was die Staatsform, nicht aber seinen klassenspezifischen **Inhalt** und seine ihm im Kapitalismus zukommende Funktionsbestimmung verändert.
Diese historische Besonderheit läßt sich in ähnlicher Weise wie im bonapartistischen Frankreich in Preußen-Deutschland nachweisen. Hier lag "die wirkliche Regierungsgewalt in den Händen einer besonderen Offiziers- und Beamtenkaste, die sich in Preußen teils aus sich selbst, teils aus dem kleinen Majoratsadel, seltener aus dem großen Adel, zum geringsten Teil aus der Bourgeoisie ergänzt." (MEW 18, S.258)

Wie bildete sich diese Staatsform, die schein-konstitutionalistische Monarchie, historisch heraus?
In Deutschland entwickelte sich die moderne kapitalistische Industrie relativ spät. Der Rückständigkeit der Industrie entsprach die ihres Trägers, der Bourgeoisie. "Diese zahlenmäßige Schwäche und namentlich ihre geringe Konzentration machten es der deutschen Bourgeoisie unmöglich, jene politische Machtstellung zu erringen, deren sich die englische Bourgeoisie seit 1688 erfreut und die die französische Bourgeoisie 1789 erobert hat." (MEW 8, S.8) Für die politische Entwicklung Deutschlands wurde jedoch noch ein zweiter Umstand entscheidend: "Die große Industrie, und mit ihr Bourgeoisie und Proletariat, bildeten sich in Deutschland aus zu einer Zeit, wo fast gleichzeitig mit der Bourgeoisie das Proletariat die politische Bühne selbständig betreten konnte, wo also der Kampf beider Klassen schon beginnt, ehe die Bourgeoisie sich die ausschließliche oder vorwiegende politische Macht erobert hat." (MEW 21, S.454)
In der 48er Revolution, dem einzigen Versuch einer bürgerlichen Revolution in Deutschland, trieb die selbständige politische Aktion des sich zur "Klasse für sich" konstituierenden Proletariats die Bourgeoisie in die schützenden Arme der preußischen Konterrevolution und besiegelte damit das Scheitern der Revolution.
Unmittelbar nach dem endgültigen Niederschlagen dieser Revolution resümierte Engels deren Ergebnis weitblickend: "Die Klasse der Industrie- und Handelskapitalisten erlitt in Deutschland eine schwerere Niederlage als in irgend einem anderen Land . . . Der **Liberalismus in der Politik**, gleichviel ob unter monarchischer oder republikanischer Regierungsform, **ist fortan in Deutschland unmöglich.**" (MEW 8, S.107)

Heißt das nun aber, daß die Bourgeoisie mit den politischen Zielen dieser ihrer Revolution (Schaffung eines einheitlichen Nationalstaates, eine parlamentarisch verantwortliche Regierungsgewalt etc.) ihr kapitalistisches **Klassen**interesse verraten hatte? – Keineswegs!

Der gleich nach der Niederlage der bürgerlichen Revolution in Deutschland beginnende Siegeslauf der kapitalistischen Produktionsweise durchdrang im Gegenteil trotz finsterster politischer Reaktion unaufhaltsam alle gesellschaftlichen Bereiche und erhob binnen kurzer Zeit die Bourgeoisie zur ökonomisch mächtigsten Klasse.
Er machte auch vor dem Hort der preußischen Reaktion, dem ostelbischen Landadel, nicht halt. Der Tendenz des Kapitalismus, alle Arbeit in Lohnarbeit und alle Produktionsmittel in Kapital zu verwandeln, entsprach die "Verwandlung alles Grundeigentums in die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechende Form des Grundeigentums" (MEW 25). Das heißt, die Kapitalisierung der Landwirtschaft wurde dem grundbesitzenden Adel bei Strafe seines Untergangs diktiert. Indem so eine Auflösung der eigentümlichen Produktionsfunktionen der Grundbesitzer stattfand, wurde die materielle Grundlage ihrer Existenz als besondere **Klasse** neben und gegenüber der Bourgeoisie vernichtet. Durch die Umwandlung der Natural- in Geldrente und die beginnende Agrarindustrie wurde die vormals feudale Großgrundbesitzerklasse trotz ihres politischen und ideologischen Festhaltens an ihrer feudal-absolutistischen Tradition und ihren überkommenen Privilegien transformiert in eine Schicht von **Agrarkapitalisten.**

Welche Rolle spielte in diesem Entwicklungsprozeß der preußische Staat?
Er war einerseits bemüht, mit seiner Wirtschafts- und Handelspolitik möglichst adäquate Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Konkurrenzwirtschaft zu schaffen und den Kapitalisten einen ausreichenden Spielraum für ihre Profitgier zu garantieren. Andererseits aber war er bestrebt, die Geburtswehen des sich voll herausbildenden Agrarkapitalismus durch Finanzsubventionen und ähnliches zu erleichtern und dem auf diese Weise künstlich erhaltenen Junkertum eine möglichst selbstherrliche Handlungsfreiheit zu belassen (Beibehaltung ihrer gutsherrlichen Machtpositionen) sowie die Schlüsselpositionen in Armee und Bürokratie, den Tragpfeilern des staatlichen Machtapparats, mit Vertretern dieser Kaste zu besetzen. Diese zweigleisige Vorgehensweise war nichts anderes als der notwendig gewordene Reflex auf einen historischen Prozeß, dessen materielle Grundlage der zunehmende Interessenausgleich von Junkertum und Bourgeoisie darstellte.
Auf dieser Basis also vollzog sich die Umwandlung des vormaligen Antagonismus von Feudaladel und Kapitalistenklasse in eine **Klassensymbiose** von (feudal drapierten) Agrar- und Industriekapitalisten. Die nach wie vor existenten und historisch begründeten Interessengegensätze innerhalb dieser Symbiose wurden gebunden durch den nun die gesamtgesellschaftliche Struktur bestimmenden Grundwiderspruch beider Fraktionen der herrschenden Klasse zum Proletariat.
Gelähmt durch den antagonistischen Gegensatz zum Proletariat, gelähmt aber auch durch fraktionelle Gegensätze unter sich entstand nun innerhalb der noch durchaus heterogenen Ausbeuterklasse jene "politische Willenlosigkeit" (Engels), die bis 1890 zur Unterwerfung unter die bonapartistische Diktatur Bismarcks führte. "Von dem Augenblick an, wo es darauf ankam, nicht mehr den Adel gegen das Andrängen der Bourgeoisie, sondern alle besitzenden Klassen gegen das Andrängen der Arbeiterklasse zu schützen, mußte die alte absolute Monarchie völlig übergehen in die eigens zu diesem Zweck herausgearbeitete Staatsform: die bonapartistische Monarchie." (MEW 18, S.513; vgl. dort auch Engels ausführliche Einschätzung des Bonapartismus)
Bismarcks Diktatur – eine pervertierte Form **bürgerlicher Herrschaft** – brach mit seiner Schaffung des deutschen Kaiserreiches auf dem Wege der "Revolution von oben" den letzten Rest bürgerlicher Oppositionsbereitschaft und blies das ohnehin nur noch schwach glimmende Flämmchen **bür-**

gerlicher Demokratie endültig aus. Gleichzeitig ebnete er mit seiner Repressionspolitik gegenüber der Arbeiterbewegung (Sozialistengesetz) sowie seiner Schutzzoll- und Kolonialpolitik der deutschen Bourgeoisie den Weg für die Entwicklung zum Imperialismus und zur schrankenlosen ökonomischen Expansion.

Zwar brachen nach Bismarcks Entlassung 1890 die alten Gegensätze im Interessenkartell von Junkertum und Bourgeoisie, die Bismarck bislang hatte autoritativ meistern können, wieder offen auf, am Klassencharakter des Staates änderte sich jedoch im wesentlichen nichts. Die Klassensymbiose konzentrierte sich jetzt vielmehr auf den Teil des Junkertums, der sich im Laufe der Entwicklung feste Positionen im Staatsapparat hatte sichern können und auf den Teil der Bourgeoisie, der aufgrund seiner ökonomischen Stärke zunehmend das allgemeine Interesse der Kapitalisten bestimmte, also die Monopolbourgeoisie.
Trotz seiner anachronistisch-scheinkonstitutionalistischen **Form** wird die Politik des preußisch-deutschen Staates inhaltlich von den imperialistischen Interessen der deutschen Monopolbourgeoisie bestimmt. "Kraft ihres wirtschaftlichen Übergewichts", schreibt Mehring 1901 in der Neuen Zeit, "übt sie den nötigen Druck auf die Regierung aus, um ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen, allein weniger denn je denkt der bürgerliche Parlamentarismus daran, mit der Regierung um die politische Herrschaft zu ringen. Er fürchtet den Bundesgenossen, den er in diesem Kampf finden würde, noch viel mehr, als er ihn schon vor vierzig Jahren fürchtete."
Das heißt die Bourgeoisie begreift diesen Staat, dem sie ja ihren imperialistischen Höhenflug verdankt, durchaus als **ihren** geschäftsführenden Ausschuß und nicht etwa als ein ihr klassenfeindliches Organ. Sie denkt nicht nur am entferntesten nicht an eine Weiterführung der bürgerlichen Revolution mit der Errichtung einer bürgerlich-demokratischen Republik als Ziel, sondern bekämpft sogar derartige Forderungen mit dem richtigen Klasseninstinkt, die Realisierung derselben als elementare Gefährdung **ihrer** politischen Herrschaft zu empfinden. Denn diese Abkehr von ihrer klassischen Ideologie, dem Liberalismus, der in der bürgerlichen Demokratie die konsequente politische Gestalt annimmt, wird ihr ja angesichts der historischen Wirklichkeit des proletarischen Klassenkampfes geradezu **aufgezwungen**, will sie sich nicht unversehens dem mächtigen Ansturm des revolutionären Proletariats aussetzen.
Spätestens mit der Herausbildung des Imperialismus und der ihm eigenen Tendenz zur politischen Reaktion kann also von notwendig entstehenden demokratischen Bestrebungen innerhalb der deutschen Bourgeoisie, die Willfried Maier von der Arbeiterklasse unterstützt sehen will, gar keine Rede sein.

Das heißt nun aber keinesfalls, daß die Arbeiterklasse die herrschende Klasse als "eine reaktionäre Masse" begreifen darf. "Denn darin besteht ja gerade der für uns arbeitende historische Witz, daß die **verschiednen** Elemente dieser feudalen und Bürgermasse sich zu **unserm** Vorteil aneinander abarbeiten, krakeelen, auffressen, also grade das Gegenteil einer einförmigen Masse bilden, von denen der Knote sich einbildet, er sei damit fertig, wenn er sie alle 'reaktionär' nennt. Im Gegenteil. Alle diese diversen Lumpenhunde müssen sich erst gegenseitig kaputtmachen, total ruinieren und blamieren und uns dadurch den Boden bereiten, daß sie ihre Unfähigkeit, eine Sorte nach der andern beweisen." (MEW 36, S.37)
Engels hält es durchaus für möglich, daß die deutsche Bourgeoisie unter bestimmten historischen Umständen gezwungen werden kann, trotz ihrer traditionellen politischen Feigheit "zu allerhand Detailreformen" bereit zu sein. Er fügt aber hinzu: "Nur, daß dann das Bestehen auf Detailreformen eines Systems, **das gestürzt wird**, allen Sinn verliert." (MEW 38, S.180)
Engels geht also bei der Bestimmung des Verhältnisses der revolutionären Arbeiterpartei zu den politischen Strömungen innerhalb der nichtproletarischen Klassen und Schichten stets von der Frage der **Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse** aus.
Das gilt insbesondere auch für das Verhältnis zum Kleinbürgertum:
"Diese früher so stabile Klasse sank aus der früheren Zufriedenheit, Zahmheit, Knechts- und Gottseligkeit und Ehrbarkeit hinab in wüste Zerfahrenheit und Mißvergnügen mit dem ihr von Gott beschiedenen Geschick. Die Reste des Handwerks schrieen nach Wiederherstellung der Zunftprivilegien, von den anderen wurde ein Teil sanft demokratisch-fortschrittlich (gemeint ist die alles andere als konsequent demokratische Fortschrittspartei, d.Verf.), ein anderer näherte sich sogar der Sozialdemokratie und schloß sich stellenweise direkt der Arbeiterbewegung an." (MEW 21, S.452) Die kleinbürgerliche Radikaldemokratie als selbständige politische Strömung, wie sie etwa bis in die 70er Jahre hinein in Gestalt der Volkspartei existierte, war in der Entstehungs- und Wirkungszeit des Erfurter Programms bereits gestorben. Die politische Zerfahrenheit dieser der zunehmenden sozialen Deklassierung ausgesetzten Schicht bot nicht nur einen höchst zweifelhaften, sondern sogar einen gefährlichen Anknüpfungspunkt für die Bündnispolitik der deutschen Sozialdemokratie. Engels hat die Führung der SPD stets vor den sich der Arbeiterbewegung nähernden Kleinbürgern gewarnt: "Der Zutritt der Kleinbürger und Bauern", schreibt er schon 1879 an Bebel, "ist zwar ein Kennzeichen des reißenden Fortschritts der Bewegung, aber auch eine Gefahr für sie, sobald man vergißt, daß diese Leute kommen müssen, aber auch nur kommen, **weil** sie müssen. Ihr Zutritt ist der Beweis, **daß das Proletariat die leitende Klasse geworden ist.** Da sie aber mit kleinbürgerlichen und bäuerlichen Vorstellungen und Wünschen kommen, so darf man nicht vergessen, **daß das Proletariat seine leitende geschichtliche Rolle verscherzen würde, wenn es diesen Vorstellungen und Wünschen Konzessionen machte.**" (MEW 34, S.425/26)

Die "leitende geschichtliche Rolle" des Proletariats ist also für Engels der Dreh- und Angelpunkt für die Bestimmung von Ziel und Stoßrichtung des demokratischen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse. Gerade weil die Orientierung auf diesen alles entscheidenden Punkt durch die spezifischen politischen Verhältnisse in Preußen-Deutschland in der deutschen Sozialdemokratie immer wieder verunklärt wurde, war es besonders wichtig, den ideologischen Kampf innerhalb der Partei auf diesen Punkt zu konzentrieren. Nur so konnte ein Abgleiten in den opportunistischen Sumpf verhindert werden. Denn die Tatsache, daß die deutsche Arbeiterklasse aufgrund des oben beschriebenen Versagens der deutschen Bourgeoisie in ihrem Kampf für den Sieg des Sozialismus den Kampf um bürgerliche demokratische Rechte notwendig miteinbeziehen mußte, bot die objektive Möglichkeit dafür, den dialektischen Zusammenhang von demokratischem Kampf und proletarischem Klassenkampf auseinanderzureißen:
Die Dialektik, die darin besteht, daß der Kampf um elementare bürgerliche Rechte lediglich dem Proletariat die Ellbogenfreiheit verschafft, die es braucht, um die proletarische Revolution durchzuführen, deren Erfolg sich aber gerade auf die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Er-

richtung der Diktatur des Proletariats gründet. In ihrer Auseinandersetzung mit der Politik und Programmatik der deutschen Sozialdemokratie haben Marx und Engels besonders diesen Zusammenhang in den Mittelpunkt ihrer Kritik an lassalleanischen, vulgärdemokratischen und sonstigen opportunistischen Strömungen gestellt und versucht, in dieser Frage revolutionäre Klarheit zu schaffen.

Der Genosse Maier muß aber diese Klarheit verwischen, wenn er summarisch zu den Aufgaben der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung erklärt: "In einer solchen (leider gar nicht analysierten, d.Verf.) Lage mußte die Arbeiterklasse die notwendig entstehenden demokratischen Bestrebungen (welche denn konkret?), insbesondere im Kleinbürgertum, aber auch diejenigen unter der Bourgeoisie selbst unterstützen." (Kommunismus und Klassenkampf, S.36) Kleinbürgerliche und bourgeoisie Demokratiebestrebungen (soweit diese im kaiserlichen Deutschland überhaupt ausgeprägt waren) verfolgten ein prinzipiell anderes Ziel als der revolutionär geführte demokratische Kampf des Proletariats. Deshalb mußten sie auch notwendig Illusionen, Verwirrung und Opportunismus in die Arbeiterbewegung tragen, sobald sich diese anschickte, derartige Strömungen, ohne klare Linie, ohne die Orientierung auf die proletarische Revolution, zu unterstützen. Diese Gefahr, der die deutsche Sozialdemokratie unter dem Einfluß des Revisionismus dann ja auch erlegen ist, hat niemand schärfer gesehen als Engels. Schon 1884 erklärt er gegenüber Bernstein: "Auch das Proletariat braucht zur Besitzergreifung der politischen Gewalt demokratische **Formen, sie sind ihm aber,** wie alle politischen Formen, **nur Mittel.** Will man aber heute die Demokratie als **Zweck,** so muß man sich auf Bauern und Kleinbürger stützen, das heißt auf Klassen, die am Untergehen und gegenüber dem Proletariat, sobald sie sich künstlich erhalten wollen, **reaktionär** sind. . . die liberale konstitutionelle Monarchie ist die adäquate Form der Bourgeoisherrschaft erstens im Anfang, wo die Bourgeoisie noch nicht mit der absoluten Monarchie ganz fertig und zweitens am Ende, wo das Proletariat die demokratische Republik schon zu gefährlich macht. Und doch bleibt die demokratische Republik immer die **letzte** Form der Bourgeoisherrschaft: die, in der sie kaputtgeht." (MEW 36, S.128)
Gegenüber dieser präzisen Bestimmung wird die gefährliche Verkürzung in Maiers These, "daß die Arbeiterklasse unter der Fahne der Republik den Kampf für die Volkssouveränität gegen die alten feudal-absolutistischen Gewalten führte" (Kommunismus und Klassenkampf, S.36), ganz deutlich.
Hier wird nämlich von der konkreten historischen Gegebenheit vollkommen abstrahiert, daß der Kampf gegen diese Gewalten (die wohl die herrschenden Klassen (!) neben der Bourgeoisie darstellen sollen) aufgrund der oben aufgezeigten Entwicklung der Klassensymbiose von Junkertum und Bourgeoisie implizite **zugleich Kampf gegen die spezifische Form der politischen Herrschaft der deutschen Bourgeoisie** bedeuten mußte, wollte er nicht zum Selbstzweck verkommen. Eine undifferenzierte Unterstützung kleinbürgerlich-demokratischer Bestrebungen muß gerade diesen entscheidenden Zusammenhang aus den Augen verlieren, daß nämlich der Kampf gegen die sogenannten feudal-absolutistischen Gewalten **zugleich** der erste Ansturm auf die politische Herrschaft der Bourgeoisie selbst sein mußte, daß der revolutionäre Kampf um die demokratische Republik nur unter der Perspektive der unmittelbar bevorstehenden **proletarischen** Revolution erfolgreich geführt werden konnte, daß er – wie die Verhältnisse im Wilhelminischen Kaiserreich lagen – der erste Schritt zur proletarischen Revolution selbst sein mußte.

Das Erfurter Programm. Das Erfurter Programm hat in der Programmdiskussion keine Rolle gespielt, die seiner Bedeutung gerecht wird. In der "Stellungnahme der Programmkommission" (Neues Rotes Forum November 1972) wird es zwar als Vorbild erwähnt und im "Programm des KBW" selbst finden sich – zum Teil wörtliche – Anlehnungen, die Ausführungen von W.Maier zeigen jedoch großes Unverständnis der historischen Bedeutung des Erfurter Programms und vor allem der Engels'schen Kritik. Weder wird systematisch die Entwicklung der Programmdiskussion in der Sozialdemokratie verfolgt, sondern nur – zusammenhangslos – Engels zitiert, noch wird das Ergebnis inhaltlich als wachsende Klarheit, als Sieg im Kampf zweier Linien verdeutlicht. So fragt sich jeder, warum sich "unser Programm **ausdrücklich**" auf das Erfurter Programm bezieht. Dies vor allem deshalb, weil (bis auf den letzten Satz des Abschnitts 1) alles über dies Programm Gesagte gegenteilig ausgelegt werden muß. Den gesamten Artikel durchzieht dann die Unterstellung, daß sich die Aufgliederung des Programms des KBW in einen allgemeinen und in einen praktischen Teil nur formal an das Erfurter Programm anlehnt: "Wenn wir **heute** die Aufgliederung des Programms in einen allgemeinen und in einen praktischen Teil wiederaufnehmen, müssen wir klarstellen, in **welchem Sinn** das geschieht." (S.36, zweite Spalte, Hervorhebungen von uns) Dieser Sinn wird dann im folgenden erläutert (Verhältnis von proletarischer Diktatur und Demokratie), ohne daß der Gegensatz zum Erfurter Programm inhaltlich noch einmal zur Sprache kommt. Diesen Gegensatz hat es jedoch in der Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weise nicht gegeben (hier läßt sich Genosse Maier gerade von R.Luxemburgs Fehler täuschen – worauf wir leider nicht eingehen können) und besonders das Erfurter Programm bietet keine Veranlassung, einen solchen zu konstruieren.

W. Maier schreibt: "An dem Liebknechtschen Entwurf zum Erfurter Programm kritisierte Engels denn auch nicht, daß dort die ausdrückliche Erwähnung der proletarischen Diktatur fehle. Vielmehr bemängelte er, daß das Programm die klare Forderung nach der (bürgerlichen) Republik vermissen lasse, weil es nicht einmal die 'Konzentration der politischen Macht in den Händen der Volksvertretung' verlange." Der Genosse konstruiert hier einen Gegensatz zwischen Diktatur des Proletariats und der Forderung nach Volkssouveränität, der jedenfalls in der Kritik von Engels nicht zu finden ist. Engels bemängelt keinesfalls die fehlende Forderung nach der bürgerlichen Republik. Er hat in die Programmdiskussion mit der Stoßrichtung eingegriffen, um die "volksparteiliche Vulgärdemokratie" des Gothaer Programms nebst anderen Einflüssen des "Lassalleainismus" auszumerzen. So polemisiert er vor allem in den diesbezüglichen Briefen ergötzlich (MEW 38, S.31, 89.) gegen W.Liebknechts Zugeständnisse an die Lassalleaner **und** seine Blindheit der bürgerlichen Republik gegenüber. (MEW 38, S.23, 28) Aus diesen Gründen spielten die Marxschen "Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei" (MEW 19) die zentrale Rolle in der Programmdiskussion 1891. Am 24.10.1891 konnte Engels an F.A.Sorge schreiben: "Wir haben die Satisfaktion, daß die Marxsche Kritik komplett durchgeschlagen hat. – Auch der letzte Rest Lassalleanismus ist entfernt." (MEW 38, S.183) Wenn man sich die Stoßrichtung vor Augen hält, mit der Engels in die Diskussion eingegriffen hat; wenn man zudem die Gefährlichkeit und den Charakter des Opportunismus so klar erkannt hat (MEW 22, S.234), kann man seine Kritik nicht dahingehend mißverstehen, daß er nicht die "ausdrücklicheErwähnung der proletarischen Diktatur", dafür aber "die klare Forderung nach der (bürgerlichen) Repu-

blik" vermißt. Die Schrift "Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891" (MEW 22, S.227f.) gibt dazu ebenso wenig Veranlassung. Engels schreibt: "Das, was eigentlich gesagt werden sollte, steht nicht drin." (ebenda, S.233), und führt dann aus, was er für die Hauptsache hält: "Man redet sich und der Partei vor, 'die heutige Gesellschaft wachse in den Sozialismus hinein', ohne sich zu fragen, ob sie nicht damit ebenso notwendig aus ihrer alten Gesellschaftsverfassung hinauswachse und diese alte Hülle ebenso gewaltsam sprengen müsse wie der Krebs die seine, als ob sie in Deutschland nicht **außerdem** (hervorgehoben durch uns) die Fesseln der noch halbabsolutistischen und obendrein namenlos verworrenen politischen Ordnung zu sprengen habe." (ebd.,) Die Hauptsache ist die politische Machtergreifung des Proletariats, wobei die feudalen Fesseln eine Besonderheit, ja ein **zusätzliches** Argument für den revolutionären Klassenkampf darstellen. Engels interpretierte die "kolossalen Reste von Feudalismus" als "spezifisch reaktionäres Gepräge" "unserer ganzen politischen Sauerei in Deutschland" (ebenda, S.231). Erst unter den "großen Hauptgesichtspunkten" können konsequente Forderungen, kann der Kampf gegen die Besonderheit konsequent geführt werden und bleibt nicht an der Erscheinungsform kleben. Engels fordert die Republik nicht an sich, nicht als Selbstzweck: "Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur **Herrschaft kommen** kann unter der Form der demokratischen Republik. Dies ist sogar die **spezifische Form für die Diktatur des Proletariats.**" (ebenda, S.235, hervorgehoben durch uns) Daß Engels den Kampf um die demokratische Republik nicht im Interesse der **bürgerlichen** Revolution propagierte (wie W.Maier uns weismachen will), geht – neben seinen eindeutigen Ausführungen über den Charakter des preußisch-deutschen Staates und den bürgerlichen Liberalismus – aus dem Hinweis auf das Ziel des Kampfes hervor: die politische Machtergreifung des Proletariats benötigt die demokratische Republik, die Forderung nach der Republik zielt auf die Diktatur des Proletariats als deren Hauptsache. Hier wird deutlich, wie weitgehend Engels den "Zusammenhang zwischen proletarischer Diktatur ... und Demokratie, zwischen Klasseninhalt und politischer Form proletarischer Herrschaft" (Kommunismus und Klassenkampf, S.38) erkannt und in die Diskussion gebracht hat. In die gleiche Richtung zielt die "Forderung der Konzentration der politischen Macht in den Händen der Volksvertretung", und steht nicht im entferntesten im Gegensatz zu der Machtergreifung des Proletariats. Von "Minimalprogramm" kann man also höchstens in Bezug auf die Besonderheit der kapitalistischen Herrschaft in Deutschland sprechen, welche die Sozialdemokratie zwang, ihre Forderungen zu verschlüsseln. Dies erhöht jedoch nur die Bedeutung der demokratischen Forderungen und macht sie nicht zu Anhängseln der bürgerlichen Revolution. Der Genosse W.M. läuft mit seinen summarischen Äußerungen Gefahr, die Bedingungen des Kampfes mit seinen Zielen zu verwechseln. So drängt sich der Eindruck auf, daß der Genosse das Erfurter Programm und die Engelssche Kritik heranzieht, um der historischen Vollständigkeit und Abgeschlossenheit willen, ohne sich näher mit beiden und dem historisch-konkreten Bezugsrahmen beschäftigt zu haben. Dies ist umso bedauerlicher, als seine verkürzten und falschen Aussagen dem Artikel insgesamt widersprechen und die ideologische Entwicklung, die Erfahrung der revolutionären Arbeiterbewegung, nicht zur Festigung der richtigen Bestimmung des demokratischen Kampfes genützt werden.

Der Genosse W.Maier fällt selbst hinter die Klarheit in der SPD-Führung zurück. So schrieb A.Bebel am 12.7.1891 an Engels: "Daß die Forderungen des Programms nicht mit dem Königstum verwirklicht werden, darüber täuscht sich niemand. Andererseits dürfen die Forderungen nicht so aufgefaßt werden, als **müßten sie bis auf den letzten Rest verwirklicht sein, ehe das eigentliche Ziel in Betracht gezogen werden könnte.**
Wie ich unsere Zustände ansehe und ihre rasche Entwicklung zu schließen erlaubt, kann leichter das Ganze erreicht werden, ehe nur ein Teil verwirklicht wird."
Bebel hat immer betont: "Die Handlungen, die auf Beseitigung oder Änderung gewisser Einrichtungen abzielen, müssen im Hinblick auf das Ziel erfolgen" (A.Bebel, Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, Neue Zeit).

Vor allem Engels hat in die Diskussion der deutschen Sozialdemokratie stets wegweisend eingegriffen. In seinen Äußerungen sind die wichtigsten Bestimmungen des demokratischen Kampfes enthalten, die er aus einer korrekten Analyse des bürgerlichen Staates folgerte: "**Bei uns** kann und muß das erste unmittelbare Resultat der **Revolution** der **Form nach** ebenfalls nichts anderes sein als die bürgerliche Republik. **Das ist hier aber nur ein kurzer Durchgangsmoment,** da wir **glücklicherweise** keine rein republikanische Bürgerpartei haben. Die bürgerliche Republik (...) dient uns zunächst zur **Eroberung der großen Massen der Arbeiter für den revolutionären Sozialismus;** das ist in einem oder zwei Jahren abgemacht und zur gründlichen Abarbeitung und Selbstruinierung aller außer uns noch möglichen Mittelparteien. Erst dann können wir mit Erfolg drankommen.
Der große Fehler der Deutschen ist, sich die Revolution als ein über Nacht abzumachendes Ding vorzustellen. In der Tat ist sie ein mehrjähriger Entwicklungsprozeß der Masse unter beschleunigten Umständen." (Engels an Bernstein, vom 27.8.1883, MEW 36, S.54)
Engels hat den Kampf um die formalen Voraussetzungen und Bedingungen der sozialen Revolution untrennbar mit dem Ziel Sieg des Sozialismus verbunden. Dabei war ihm die Dialektik von demokratischem Kampf und subjektiver Befähigung besonders wichtig: "Rasch und flott wird der Prozeß aber erst, sobald wir auch in Deutschland direkte oder indirekte Erfolge – Eroberungen in freiheitlichem Sinn, Vermehrung der politischen Macht der Arbeiter, Ausdehnung ihrer Bewegungsfreiheit – erringen. Und das kommt auch." (MEW 39, S.155)
"Ihr greift an, erobert Schritt für Schritt Terrain, jeder errungene und besetzte Bodenabschnitt stärkt nicht nur Eure Stellung, sondern führt Euch Massen neuer Verstärkung zu: bei Eurem primitiven Konstitutionalismus können die Arbeiter wenigstens noch einige der Positionen erobern, und das auf gesetzlichem Weg, also einem Weg, der sie selbst **politisch schult** (hervorgehoben durch uns) – der Positionen, die die Bourgeoisie hätte erobern sollen." (Engels an V.Adler, vom 17.7.1894, MEW 39, S.270)

Engels hat also die Bewegungsfreiheit ebensowenig wie die bürgerliche Republik als Selbstzweck gesehen. Er bestimmt den demokratischen Kampf ausgezeichnet als Angriff des Volkes und Schulung der Massen. Er entwickelt den demokratischen Kampf aus den Bedingungen des Klassenkampfes, der Staatsform und dem Kräfteverhältnis und verweist auf seine subjektive Bedeutung: "Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten." (MEW 22, S.523)

Die Zitate, die noch beliebig ausgeweitet werden können, sollen die historische und theoretische Grundlage andeuten, auf die Lenin seine korrekte und umfassende Bestimmung des demokratischen Kampfes aufbauen konnte. Die Revisionisten berufen sich seit Bernstein zu Unrecht auf Engels und das Erfurter Programm. Umso notwendiger ist es, die historische Entwicklung richtig und konsequent anzuführen, die wachsende Klarheit der kommunistischen Bewegung herauszustellen und von unseren Vorbildern zu lernen. Mit R.Luxemburg können wir diese Erfahrungen treffend gegen die neuen und alten Revisionisten wenden:

"Die Notwendigkeit selbst der Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat war ebenso für Marx wie für Engels zu allen Zeiten außer Zweifel. Und es blieb Bernstein vorbehalten, den Hühnerstall des bürgerlichen Parlamentarismus für das berufene Organ zu halten, wodurch die gewaltigste weltgeschichtliche Umwälzung: die Überführung der Gesellschaft aus den **kapitalistischen** in **sozialistische** Formen vollzogen werden soll." (R.Luxemburg, Sozialreform oder Revolution? , am angegebenen Ort, S.102)

D.M./L.M., Heidelberg

* * * * *

Politisches Minimalprogramm oder imperialistischer Ökonomismus

Noch einmal zu den demokratischen Forderungen unseres Programms

Der entscheidende Fortschritt, den das Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland hinsichtlich der Klarheit über die Aufgaben der Kommunisten gebracht hat, das sind die Bestimmungen zum demokratischen Kampf und die positiven politischen Forderungen in seinem praktischen Teil. An diesen Forderungen ergeben sich die schroffsten Differenzen zum Revisionismus, wie ihn in organisierter Form die DKP in Westdeutschland vertritt. Hier scheiden sich aber auch die Geister innerhalb der kommunistischen Bewegung zwischen einem radikalisierten und sektiererischen Ökonomismus und denjenigen, welche die politischen Aufgaben des Proletariats herausarbeiten. Das Bewußtsein über die politischen Aufgaben des Proletariats und über die positiven Forderungen, die aufgestellt werden müssen, um diese Aufgaben zu erfüllen, war nicht aus der Pistole geschossen vorhanden. Es mußte erarbeitet werden. Innerhalb der Debatte um das Programm tat dabei die "Stellungnahme zum Programm der westdeutschen Kommunisten" den ersten Schritt. Allerdings enthielt sie den Fehler, zu behaupten, daß die demokratischen Forderungen "prinzipiell mit dem . . . bürgerlichen Staat vereinbar sein müßten." (Sondernummer Neues Rotes Forum, November 1972, S.31). Dieser Fehler wurde von J.S. in den "Erläuterungen zum jetzigen Programmentwurf" kritisiert und richtiggestellt: "Der Fehler der Stellungnahme beruht also darin, die politische Unvereinbarkeit der grundlegenden Forderungen der politischen Demokratie mit dem bürgerlichen Staatsapparat nicht klar bestimmt zu haben, sondern auch hier von einer 'prinzipiellen' Vereinbarkeit ausgegangen zu sein. In Wirklichkeit muß der demokratische Kampf aber gerade deshalb revolutionär geführt werden, weil die grundlegenden demokratischen Forderungen in ihren Gesamtheit in Widerspruch zur politischen Herrschaft der Bourgeoisie stehen." (Neues Rotes Forum 1/2, 1973, S.6)

Obwohl wir die grundlegenden demokratischen Forderungen in ihrer Gesamtheit in unser Programm aufgenommen haben, ist ein Rest von Unklarheit bis jetzt nicht überwunden worden. Faßbar wird diese Unklarheit darin, daß wir die Forderungen im 2. Teil des Programms immer als "praktischen" Teil vom "allgemeinen" 1. Teil unterschieden haben. Abgewehrt haben wir mit diesen Bezeichnungen die Auffassung, im ersten Teil handle es sich um das **Maximal**-,im zweiten um das **Minimal**programm. Wir haben diese Auffassung abgewehrt, weil wir davon ausgingen, daß ein Minimalprogramm nur aufgestellt werden könne, wenn das Proletariat vor der sozialistischen Umwälzung noch Aufgaben der bürgerlichen Revolution zu erfüllen habe. Vollendung der bürgerlichen Revolution = Minimalprogramm, Sozialistische Revolution = Maximalprogramm, das war die Vorstellung, die wir mehr oder weniger klar von der Sache hatten. In meinem Artikel

"Die Arbeiterklasse und der Kampf um demokratische Forderungen" habe ich dementsprechend geschrieben: "Indem sich der praktische Teil des sozialdemokratischen Programms (vor dem 1. Weltkrieg) darauf beschränkte – wie Engels schrieb –, 'die rückständigen politischen Zustände' zu bekämpfen, 'freien Bewegungsraum zu erobern, massenhaft Reste des Feudalismus und Absolutismus zu beseitigen, kurz, die Arbeit zu besorgen, die die deutschen bürgerlichen Parteien zu tun zu feig gewesen sind und noch sind' (MEW 22, S.240), war dieser praktische Teil des Programms Minimalprogramm."

Die Genossen D.M. und L.M. haben nun mit Recht darauf hingewiesen, daß die damit vorgenommene Einschränkung der politischen Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie vor dem 1. Weltkrieg auf die Vollendung der bürgerlichen Revolution und die Herstellung der bürgerlichen Republik sich mit den Auffassungen von Marx und Engels keineswegs deckt. Die entscheidende Unklarheit in diesem ersten Abschnitt des Artikels liegt aber nicht darin. Sie ist vielmehr zu suchen in einem falschen Verständnis dessen, was Minimal- und was Maximalprogramm ist und daß diese Unterscheidung auch auf unser Programm nach wie vor zutrifft. Ja, daß sie unbedingt gemacht werden muß, wenn man nicht allen möglichen revisionistischen oder sektiererischen Fehlern Tür und Tor öffnen will. Worin besteht nun diese Unterscheidung?

Der Unterschied von Maximal- und Minimalprogramm

Unser Programm bestimmt, daß die "unmittelbare Aufgabe des westdeutschen Proletariats" in der "Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution" besteht. (Ergebnisse der Gründungskonferenz des KBW, S.18) Es wendet sich damit gegen alle Vorstellungen über eventuelle Zwischenetappen, die es in Westdeutschland noch zu durchschreiten gelte. Welches ist aber nun der Inhalt der proletarischen Revolution? Das Programm führt über die "soziale Revolution des Proletariats" aus: "Die soziale Revolution hebt das Privateigentum an Produktionsmitteln auf, überführt sie in gesellschaftliches Eigentum und schreitet fort zur Ablösung der Warenproduktion durch die unmittelbar gesellschaftliche Produktion von Gebrauchsgütern, die mit Willen und Bewußtsein von dem frei assoziierten Arbeitervolk vollzogen wird. Mit der Aufhebung des kapitalistischen Eigentums beseitigt die soziale Revolution die Grundlage für die Spaltung der Gesellschaft in Klassen und bereitet so den Boden für die Befreiung der ganzen geknechteten Menschheit, indem sie der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende setzt. Indem sie im Laufe ihrer eine ganze geschichtliche Epoche dauernden Entfaltung den Gegensatz zwischen geistiger und körperlicher Arbeit sowie den zwischen Stadt und Land aufhebt, führt sie schließlich zur Errichtung der kommunistischen Gesellschaft, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist und worin die Produktion und Verteilung schließlich nach dem Grundsatz geregelt wird: 'Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!' " (Ergebnisse, . . ., S.18)

Inhalt und Zweck der proletarischen Revolution ist der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft und der schrittweise ("schreitet fort") Übergang zur klassenlosen Gesellschaft, zum Kommunismus. Sozialer Inhalt und Zweck der proletarischen Revolution ist also die Umwälzung der Produktionsweise, die Überwindung des Kapitalismus und der Klassengesellschaft überhaupt.

Welches ist aber das **Mittel**, mit dessen Hilfe dieser Zweck erreicht werden kann? – Unser Programm gibt darauf die Antwort: "Unerläßliche Vorbedingung dieser sozialen Revolution ist die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur, das heißt die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und ihre Ausübung in einer solchen Form, die es ihm ermöglicht, auf der Basis umfassender und direkter Demokratie für die arbeitenden Massen den Widerstand der Ausbeuter bei der Vollendung der sozialen Revolution zu brechen." (Ergebnisse . . ., S.13) Unser Programm gibt damit dieselbe Antwort, die schon Marx und Engels im "Kommunistischen Manifest" gaben, als sie erklärten, "daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse" ist. Und es entspricht auch hinsichtlich der **Form**, in der sich die Arbeiterklasse zur herrschenden Klasse erheben kann, den Auffassungen der Klassiker, die ihre Bestimmung über den "ersten Schritt in der Arbeiterrevolution" dahingehend ergänzen, daß die "Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse **die Erkämpfung der Demokratie ist.**"

Unser Programm geht über den Standpunkt von Marx und Engels zum Zeitpunkt der Abfassung des "Kommunistischen Manifests" hinaus, indem es auf die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats Gewicht legt und auf die Notwendigkeit, den Widerstand der Ausbeuter diktatorisch zu brechen. Damit greift es diejenigen Lehren auf, die Marx anhand der Pariser Kommune herausgearbeitet hatte und die von Lenin in "Staat und Revolution" gegen revisionistische Verfälschung wiederhergestellt worden sind.

Inhalt und Zweck der proletarischen Revolution ist also ein **ökonomischer**: Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise, Aufbau des Sozialismus, Kommunismus. Das Mittel zu diesem Zweck aber ist ein **politisches**: Eroberung der Staatsmacht, Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse. Lenin führt dazu aus: "Der Marxismus unterscheidet sich dadurch vom Anarchismus, daß er die **Notwendigkeit** des Staates und der Staatsgewalt in einer revolutionären Periode im allgemeinen und in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im besonderen anerkennt. Der Marxismus unterscheidet sich von dem kleinbürgerlichen, opportunistischen 'Sozialdemokratismus' der Herren Plechanow, Kautsky und Co. dadurch, daß er für die erwähnten Perioden **nicht** einen Staat wie die gewöhnliche parlamentarische bürgerliche Republik für notwendig erachtet, sondern einen Staat wie die Pariser Kommune." Mit Marx nennt Lenin "jenen Staatstypus, der von der Pariser Kommune hervorgebracht worden ist", und den er in den russischen Sowjets der Arbeiter, Soldaten und Bauern wiederfindet, "die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung sich vollziehen **konnte**". (Lenin, Bd.24, S.55)
Dabei hielt Lenin streng auseinander den Übergang zum Sozialismus als Beginn einer neuen Produktionsweise und die politische Form, vermittels derer sich diese ökonomische Umwälzung vollziehen kann. Er nennt es ein "bürgerliches Vorurteil über die Pariser Kommune", wenn man erklärt, sie haben "sofort" den Sozialismus einführen wollen oder sei gar mit diesem identisch. Lenin hält dagegen: "Das wirkliche Wesen der Kommune liegt nicht dort, wo es die Bourgeois gewöhnlich suchen, sondern in der Schaffung eines besonderen **Staats** S.35f.)

Wenn man also die "unmittelbare Aufgabe des westdeutschen Proletariats . . ., die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution" anpacken will, so muß man zunächst

um das Mittel – die Staatsmacht – kämpfen, um den Zweck – die soziale Revolution – verwirklichen zu können. Der Kampf um die Staatsmacht, also um das Mittel für die Verwirklichung des sozialistischen Ziels, ist aber nur unter politischen Forderungen zu führen, das heißt unter solchen Forderungen, die sich auf den Charakter der Staatsmacht beziehen. Da das Proletariat nur eine Staatsmacht demokratischen Charakters gebrauchen kann, um sich als herrschende Klasse zu organisieren, ist der Kampf um die Staatsmacht nur unter demokratischen Forderungen zu organisieren.
Die unter demokratischen Forderungen organisierte und schließlich im bewaffneten Aufstand vollzogene Eroberung der Staatsmacht bei gleichzeitiger Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparates ist nächstes Etappenziel der westdeutschen Arbeiterklasse. Diese Etappenbestimmung orientiert sich nicht an den sozialen Aufgaben des siegreichen Proletariats, sondern an dem politischen Ziel, das als nächstes erreicht werden muß, um die sozialen Aufgaben erfüllen zu können. Sie folgt darin Lenin, der im April 1917 festhielt: "Der Übergang der Staatsmacht aus den Händen einer **Klasse** in die einer anderen ist das erste, wichtigste, grundlegende Merkmal einer **Revolution**, sowohl in der streng wissenschaftlichen wie auch in der praktisch-politischen Bedeutung dieses Begriffs." (Bd.24, S.26) Entsprechend eindeutig konnte Lenin die Antwort auf die **damals** anstehende Frage nach dem Etappenverlauf der Revolution in Rußland geben: "Worin besteht nun die erste Etappe? Im Übergang der Staatsmacht an die Bourgeoisie." (ebendort, S.26)

Heute ist die Lage in Westdeutschland so, daß als nächste Aufgabe vor der Arbeiterklasse steht, die politische Macht zu erobern, das ist das Minimum, das sie erreichen muß, wenn sie ihre sozialen Bedürfnisse befriedigen will. Endgültig auflösen kann sie die Widersprüche, die dem Kapitalismus bzw. den Klassengesellschaften überhaupt entspringen, erst im Kommunismus. Der Kommunismus ist deshalb das Maximum dessen, was sie anstrebt. Der Unterschied zwischen Minimal- und Maximalprogramm ist der zwischen solchen Forderungen, die darauf zielen, in der Staatsmacht das entscheidende Mittel für die Verwirklichung des Sozialismus/Kommunismus in die Hand zu bekommen und dem sozialen Ziel, der Verwirklichung des Kommunismus selbst. Das Verhältnis zwischen beiden ist nicht einfach eine zeitliche Reihenfolge, sondern ein Verhältnis von Mittel und Zweck, wobei die politische Form, in welcher das Proletariat sich als herrschende Klasse organisieren kann, das **Mittel** ist und der soziale Inhalt der Revolution bis hin zur Aufhebung der Klassen der **Zweck** ist.

Lenins Kampf für das politische Minimalprogramm im Oktober 1917

Eben dieses Verständnis von Minimal- und Maximalprogramm findet sich bei Lenin. In den Materialien "Zur Revision des Parteiprogramms", die im Oktober 1917, unmittelbar vor der proletarischen Revolution in Rußland geschrieben wurden, polemisiert Lenin gegen Bucharin und Smirnow, die den "unvernünftigen Vorschlag" gemacht hatten, "das Minimalprogramm **überhaupt zu streichen**. Die Teilung in ein Maximalprogramm und ein Minimalprogramm sei 'veraltet', wozu brauche man es, wo es doch um den Übergang zum Sozialismus geht. Weg mit dem Minimalprogramm, her mit dem Programm der Übergangsmaßnahmen zum Sozialismus", so zitiert Lenin der Vorschlag der beiden. (Bd.26, S.156) Und er gesteht ihnen zu: "Man kann in der Revolution nicht vorwärtsgehen, ohne zum Sozialismus zu schreiten – das ist die objektive, durch Krieg und Revolution geschaffene Lage." (ebd., S.157) Gleichwohl bezeichnete er den Vorschlag, das Minimalprogramm zu streichen, **bevor** die Macht erobert ist, als eine "leere Prahlerei, denn zuerst muß man die Macht erobern, wir aber haben sie noch nicht erobert. Zuerst müssen die Übergangsmaßnahmen auf dem Weg zum Sozialismus in der Praxis durchgeführt, muß unsere Revolution bis zum Sieg der sozialistischen Weltrevolution weitergeführt werden, erst dann können und müssen wir, 'aus der Schlacht zurückgekehrt', das Minimalprogramm **als nunmehr überflüssig** streichen." (S.157) Bevor das alles erreicht ist, bezeichnet Lenin es als "lächerlich, das Minimalprogramm zu streichen, das **unentbehrlich** ist, solange wir noch im Rahmen der bürgerlichen Ordnung leben, solange wir diesen Rahmen noch nicht gesprengt haben, solange wir das Grundlegende für den Übergang zum Sozialismus nicht getan haben, den Feind (die Bourgeoisie) nicht geschlagen und, nachdem wir ihn geschlagen, nicht vernichtet haben. All das wird sein und vielleicht eher, als viele glauben (ich persönlich glaube, daß es morgen **beginnen** muß), **aber es ist noch nicht da.**"

Lenin geht dann ein auf das "Minimalprogramm auf politischem Gebiet". Er führt zum alten Parteiprogramm von 1903 aus: "Dieses Programm ist für eine bürgerliche Republik berechnet. Wir fügen hinzu, daß wir uns durch ihren Rahmen nicht beschränken lassen, sondern sofort für den höheren Typus der Sowjetrepublik kämpfen. Das müssen wir tun. Wir müssen mit ganzer Kraft, kühn und entschlossen, zur neuen Republik voranschreiten, und **ich bin überzeugt, daß wir gerade das tun werden.** Aber man darf auf keinen Fall das Minimalprogramm streichen, denn erstens gibt es die Sowjetrepublik **noch** nicht; zweitens ist die Möglichkeit von 'Restaurationsversuchen' nicht ausgeschlossen, und diese müssen zuerst überwunden werden; drittens sind beim Übergang vom Alten zum Neuen vorübergehende 'kombinierte Typen' möglich, . . . so zum Beispiel die Sowjetrepublik mitsamt der Konstituierenden Versammlung. Bringen wir zuerst all das **hinter uns**, dann ist immer noch Zeit, das Minimalprogramm zu streichen." (S.159)

Wofür Lenin eintrat, das waren Änderungen am alten Minimalprogramm, das auf die "bürgerliche Republik berechnet war". In den April-Thesen von 1917 nennt er als eine der Aufgaben der Partei angesichts der Tatsache, daß die bürgerliche Etappe der Revolution abgeschlossen sei: "Änderung des Parteiprogramms, in der Hauptsache in folgenden Punkten: . . . 2. Stellung zum Staat und **unsere** Forderung eines 'Kommunestaates'; 3. Berichtigung des veralteten Minimalprogramms." (Bd.24, S.6) Und in seinem im Juni 1917 veröffentlichten Textentwurf führt Lenin die ihm notwendig erscheinenden Berichtigungen positiv aus. Das sind: Ablehnung der "bürgerlich-parlamentarischen demokratischen Republik", Kampf "für eine Republik, die demokratischer ist, für eine proletarisch-bäuerliche Republik, in der die Polizei und das stehende Heer vollkommen beseitigt sind und ersetzt werden durch die allgemeine Volksbewaffnung, durch die allgemeine Miliz; alle Personen sind nicht nur wählbar, sondern auch jederzeit auf Verlangen der Mehrheit ihrer Wähler absetzbar; die Besoldung aller beamteten Personen ohne Ausnahme wird in der Höhe festgesetzt, die den Durchschnittslohn eines guten Arbeiter nicht übersteigt, die parlamentarischen Vertretungskörperschaften werden nach und nach durch die Sowjets der Vertreter des Volkes ersetzt, die gleichzeitig gesetzgebend sind und ihre Gesetze vollziehen." (Bd.24, S.472f), was dann im Folgenden positiv in Form von Forderungen entwickelt wird, die im Grundsatz denen des

KBW-Programms entsprechen.

Rosa Luxemburgs Leugnung eines politischen Minimalprogramms

Während Lenin unbedingt dafür eintrat, das Minimalprogramm beizubehalten, allerdings die oben beschriebenen Änderungen aufzunehmen, so daß der Zusammenhang der verschiedenen Festlegungen nicht mehr die parlamentarische Republik, sondern den Kommunestaat ergab, verfuhr die KPD 1918/19 genau in der von Bucharin vorgeschlagenen Weise. Rosa Luxemburg erklärte in ihrer Programmrede: Das neue Programm "befindet sich in direktem Gegensatz zu dem Standpunkt, auf dem das Erfurter Programm steht, in bewußtem Gegensatz zu der Trennung der unmittelbaren, sogenannten Minimalforderungen für den politischen und wirtschaftlichen Kampf von dem sozialistischen Endziel als Maximalprogramm . . . Für uns gibt es jetzt kein Minimal- und kein Maximalprogramm; eines und dasselbe ist der Sozialismus; das ist das Minimum, das wir heute durchzusetzen haben. (Politische Schriften II, S.181) Ich habe in meinem Artikel "Die Arbeiterklasse und der demokratische Kampf " diese Passage noch zustimmend zitiert und nur darauf hingewiesen, daß das Programm der KPD von 1918/19 neben Losungen des Aufstands nur Maßregeln aufführte, die nach der Eroberung der politischen Macht in Anwendung kommen sollten, was man aber in einer unmittelbar revolutionären Situation wohl verstehen könne. Das war falsch. Vielmehr steckt hinter der Leugnung der Notwendigkeit des Minimalprogramms bei Rosa Luxemburg das gleiche Unverständnis für die politischen, auf den Staat bezogenen Aufgaben des Proletariats, die in den verschiedenen anderen Kontroversen zwischen Rosa Luxemburg und Lenin zutage getreten sind. Klassisch hervor tritt dieses Unverständnis, wenn Lenin und Rosa Luxemburg dieselbe Passage von Marx und Engels aus dem Vorwort zur deutschen Ausgabe des "Kommunistischen Manifests" von 1872 interpretieren. Marx und Engels stellen darin fest, daß das Programm des "Kommunistischen Manifests" stellenweise veraltet sei. "Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann." (zitiert nach MEW 4, S.574) Lenin weist hin auf die verbreitete Fehldeutung dieser Stelle, die zumeist so verstanden worden sei, "daß Marx hier angeblich die Idee der allmählichen Entwicklung im Gegensatz zur Ergreifung der Macht unterstreiche und dergleichen mehr. In Wirklichkeit ist es **genau umgekehrt.** Der Marxsche Gedanke besteht darin, daß die Arbeiterklasse 'die fertige Staatsmaschinerie' **zerschlagen, zerbrechen** muß und sich nicht einfach auf ihre Besitzergreifung beschränken darf." (Staat und Revolution, Bd.25, S.427) — So die Deutung Lenins. Rosa Luxemburg kommt hingegen zu folgendem Ergebnis: Auf die von Marx und Engels ausdrücklich angesprochene Staatsfrage geht sie überhaupt nicht ein, sondern fragt sich: "Und wie lautet dieser Passus, der für veraltet erklärt wurde? Das lesen wir in dem 'Kommunistischen Manifest' folgendermaßen:", woraufhin sie die verschiedenen "despotischen Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse" anführt, die das Manifest enthält. Von der "Expropriation des Grundeigentums" über die "starke Progressivsteuer" bis zur "öffentlichen und unentgeltlichen Erziehung aller Kinder." Sie versteht die Korrektur von Marx und Engels am "Kommunistischen Manifest" nur dahingehend, daß diese 1872 meinten, sich im Tempo geirrt zu haben, mit dem man den Sozialismus einführen könne. Und dieses Bedenken, meint sie, brauche man jetzt, 1918, nicht mehr zu haben: "Die Entwicklung des Kapitals, die inzwischen vor sich gegangen ist, hat uns dahin gebracht, daß das, was damals Irrtum war, heute Wahrheit geworden ist." (a.a.O., S.173)

Während Lenin die neue Erkenntnis von Marx und Engels im Hinblick auf den **politischen** Akt der Revolution herausarbeitet, legt Rosa Luxemburg darauf Gewicht, welche **ökonomischen** Übergangsmaßregeln zum Sozialismus man nunmehr ergreifen müsse, und das während die Arbeiterklasse in Deutschland durchaus noch ein beträchtliches Stück von der Eroberung der politischen Macht entfernt war.

Diese in der Leugnung des Minimalprogramms und im Mißverständnis Marxens erkennbare Vernachlässigung der politischen Aufgaben des Proletariats in der Revolution findet in der Programmrede einen noch krasseren Ausdruck, wenn Rosa Luxemburg an der Jahreswende 1918/19 auf den weiteren Verlauf und die weiteren Aufgaben der deutschen Revolution zu sprechen kommt. Sie beklagt, daß die deutsche Revolution in ihrer "ersten Periode" vom 9.November bis zum 24.Dezember "eine noch ausschließlich politische Revolution war; und darin liegt das Anfängliche, das Unzulängliche, das Halbe und Bewußtlose dieser Revolution. Das war das erste Stadium einer Umwälzung, deren Hauptaufgaben auf ökonomischem Gebiete liegen: Umschwung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie war unbefangen, bewußtlos wie ein Kind, das hinaustappt, ohne zu wissen, wohin, sie hatte noch, wie gesagt, einen rein politischen Charakter. Erst in den letzten Wochen haben ganz spontan die Streiks angefangen, sich bemerkbar zu machen. Wir wollen es nunmehr aussprechen:

Es liegt gerade in dem ganzen Wesen dieser Revolution, daß die Streiks sich mehr und mehr auswachsen, daß sie immer mehr zum Mittelpunkt, zur Hauptsache der Revolution werden müssen. Das ist dann eine ökonomische Revolution, und damit wird sie eine sozialistische Revolution. Der Kampf um den Sozialismus kann aber nur durch die Massen, unmittelbar Brust an Brust mit dem Kapitalismus ausgefochten werden, in jedem Betrieb, von jedem Proletarier gegen seinen (!) Unternehmer. Nur dann wird es eine sozialistische Revolution sein. . . Dort, wo sie an die Kette des Kapitals geschmiedet sind, dort muß die Kette zerbrochen werden. Nur das ist Sozialismus, nur so kann Sozialismus gemacht werden." (S.189f.)

Nicht daß es eine inkonsequente politische Revolution war, daß der alte Staatsapparat nicht zerschlagen wurde, sondern im Wesentlichen intakt blieb, daß die Arbeiter- und Soldatenräte die öffentlichen Funktionen nicht tatsächlich wahrnahmen, daß also der alte Staat im Grunde überhaupt nicht gestürzt worden war, sondern nur ein neues Regierungspersonal an der Spitze bekommen hatte, — nicht das kritisiert Rosa Luxemburg, sondern daß die wirtschaftlichen Kämpfe zu unterentwickelt, der Übergang zu sozialistischen Maßregeln zu stockend verliefe. Und da sie die politische Aufgabe des Proletariats nicht klar faßt, kann sie auch zu der folgenden Aussage kommen:

"Und wie ist die äußere Form des Kampfes um den Sozialismus? Es ist der Streik . . ." (S.190) und nicht etwa der bewaffnete Aufstand, durch den der "erste Schritt in der Arbeiterrevolution, die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse" getan werden kann. Und warum ist der Streik für Rosa Luxemburg "äußere Form des Kampfes um den Sozialismus"? Weil "damit . . . die Revolution an die Stelle (kommt), wo die Bourgeoisie keinen Spaß versteht . . .

wo es um den Profit geht." (S.191) So wenig sie die politischen Aufgaben des Proletariats im Hinblick auf die Staatsmacht klar faßt, so wenig faßt sie die Interessen der Bourgeoisie als eine zwar durch die Ökonomie bestimmte, aber politisch handelnde und im bürgerlichen Staat organisierte Klasse. Eine Minderung des Profits kann die Bourgeoisie als Klasse für eine gewisse Zeit wohl verkraften, den Verlust der politischen Macht an die Arbeiterklasse aber keineswegs.

Es ist ein durchweg ökonomistisches Verständnis der Aufgaben des Proletariats in der Revolution, das Rosa Luxemburg in der Programmrede mitten während der deutschen Revolution äußert. Nicht weil sie betont, daß eine breite Welle von wirtschaftlichen Streiks die Wucht der Bewegung wesentlich verstärken würde, sondern weil sie in diesen Streiks das für die Revolution und ihren sozialistischen Charakter **richtungweisende** Moment erblickt.

Mit diesem ökonomistischen Unverständnis für die politischen Aufgaben des Proletariats in der Volksrevolution gegen den bürgerlichen Staat verband sich bei Rosa Luxemburg eine wenig realistische Einschätzung über den gleichsam naturwüchsig verlaufenden politischen Erkenntnisprozeß der Arbeiterklasse. In ihrer Programmrede vom 31. Dezember 1918 kommt sie zu der Einschätzung, daß das deutsche Proletariat hinsichtlich der Mehrheitssozialdemokratie und der USPD vollständig desillusionisiert sei: "Das Proletariat hat jede Illusion verloren über die Verkoppelung von Ebert–Scheidemann–Haase als sozialistische Regierung" (S.186) Vom 16. bis 21. Dezember, also nur knapp 14 Tage vorher aber, hatte in Berlin der Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte getagt. Von seinen 489 Delegierten stellten die Sozialdemokraten 288, die USPD 80, die Demokraten 25 und Spartakus-Anhänger gab es auf diesem Kongreß ganze 10. Trotzdem heißt es bei Rosa Luxemburg, das Proletariat "hat jede Illusion verloren". Die "Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution", 1929 von der KPD herausgegeben, erklärt dieses Mißverhältnis so: "Von diesen Fortschritten (im revolutionären Bewußtsein der Arbeiter) gab der Rätekongreß kein Abbild. Eingeschult in das Paragraphenwerk der alten Organisationsmethoden, hatten die Arbeiter kaum irgendwo daran gedacht, die Zusammensetzung der lokalen Räte ihren neu gewonnenen Anschauungen durch Abberufungen und Neuwahlen anzupassen" (S.249). – Wenn nun aber die Arbeiter "daran nicht gedacht" hatten, dann wäre es ohne Frage eine der ersten Aufgaben der revolutionären Organisation gewesen, sie darauf hinzuweisen und nicht Spekulationen über völlige Desillusionierungen anzustellen. Genauso ist Lenin 1917 auch verfahren, als er nach Rußland zurückgekehrt war. In seinen Aprilthesen stellt er keine Spekulationen über den Desillusionierungsprozeß der Massen an, sondern untersucht die revolutionären Organe, ihre politische Zusammensetzung und bestimmt die Aufgaben der Kommunisten: "Anerkennung der Tatsache, daß unserer Partei in den meisten Sowjets der Arbeiterdeputierten in der Minderheit, vorläufig sogar in einer schwachen Minderheit ist gegenüber dem **Block aller** kleinbürgerlichen opportunistischen Elemente, die dem Einfluß der Bourgeoisie erlegen sind und diesen Einfluß in das Proletariat hineintragen. Aufklärung der Massen darüber, daß die Sowjets der Arbeiterdeputierten die **einzig mögliche** Form der revolutionären Regierung sind und daher unsere Aufgabe, solange sich **diese** Regierung von der Bourgeoisie beeinflussen läßt, nur in geduldiger, systematischer, beharrlicher, besonders den praktischen Bedürfnissen der Masssen angepaßter Aufklärung über die Fehler ihrer Taktik bestehen kann. Solange wir in der Minderheit sind, besteht unsere Arbeit in der Kritik und Klarstellung der Fehler, wobei wir gleichzeitig die Notwendigkeit des Übergangs der gesamten Staatsmacht an die Sowjets der Arbeiterdeputierten propagieren, damit die Massen sich durch die Erfahrung von ihren Irrtümern befreien." (Bd.24, S.5)

Lenin begreift die in Rußland entstandenen Räte als Organe des Aufstands und der neu zu errichtenden proletarischen Staatsmacht: "Die russische Revolution hat die Sowjets geschaffen. In keinem bürgerlichen Land gibt es Staatseinrichtungen dieser Art oder kann es sie geben, und keine einzige sozialistische Revolution kann mit einer anderen Macht außer dieser operieren. Die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten müssen die Macht übernehmen, nicht um eine gewöhnliche bürgerliche Republik zu schaffen oder unmittelbar zum Sozialismus überzugehen. Das ist unmöglich. Also wozu dann? Sie müssen die Macht übernehmen, um die ersten konkreten Schritte für diesen Übergang zu tun, die man tun kann und muß." (Bd.24, S.230) Im Gegensatz zu Rosa Luxemburg betrachtet Lenin die Räte eindeutig als politische, als Staatsorgane, welche die alten Staatsorgane ersetzen müssen. Er erklärt, daß in ihnen der jeweilige politische Wille des Proletariats am reinsten zum Ausdruck komme. Und entsprechend respektiert er diesen Willen auch da, wo die Bolschewiki sich mit ihren Auffassungen noch nicht haben durchsetzen können: "Die Massen wählen frei ihre Vertreter in die Sowjets – eine Erscheinung, die jetzt nirgends in der Welt zu beobachten ist. Aber sie sind blind vertrauensselig, und darum wurden sie in bestimmter Weise für den Krieg ausgenützt. Hier kann man nur durch Aufklärung wirken. Diese Aufklärung muß sich auf die direkten Aufgaben und Aktionsmethoden beziehen. Sind die Massen frei so wäre es alberner Blanquismus, bloßes Abenteurertum, wollte man versuchen, irgend etwas im Namen der Minderheit zu unternehmen, ohne die Massen aufzuklären. Nur durch die Gewinnung der Masse – wenn man sie gewinnen kann – nur so schaffen wir einen festen Stützpunkt für den Sieg des proletarischen Klassenkampfes." (Bd.24, S.255)

Rosa Luxemburg hingegen gibt keine klare Antwort darauf, als was sie die Räte betrachtet. Bei ihr ist die Rede davon, daß sie "das einigende Band und das belebende, das rettende Prinzip" seien, daß durch sie die Revolution "sofort das Gepräge der proletarischen sozialistischen Revolution" bekommen habe, daß sie das "Wort" seien, "das uns fortleitet bis in den Sozialismus." (a.a.O., S.183) Alles das eher nebulöse Umschreibungen, die keineswegs in der bei Marx und Lenin vorhandenen Klarheit festhalten, daß es sich bei ihnen um "die politische Form handelt, unter der die ökonomische Befreiung sich vollziehen" kann, bzw. wie Lenin sagt, um einen neuen revolutionären Staatstypus. Dementsprechend untersucht Rosa Luxemburg auch nicht, wie die Räte zum gegebenen Zeitpunkt politisch zusammengesetzt sind, welche bestimmten Aufgaben die deutschen Kommunisten ihnen gegenüber und in ihnen haben. Stattdessen spekuliert sie frei über die revolutionäre Desillusionierung des deutschen Proletariats. Das aber mußte für allen möglichen Blanquismus, für alle möglichen Putschideen ein Nährboden sein. Wenn die Räte als politische Organe der Revolution nicht erfaßt werden, dann bedeutet das, sie als Instrumente zur politischen Organisierung der Massen gegenüber dem bürgerlichen Staat nicht vorwärtstreiben und nutzen zu können. Es fehlt dann nicht nur der Hebel, den man ansetzen kann, es fehlt auch der Maßstab für das vorhandene Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution, denn der läßt sich nur bei **organisierten** Massen gewinnen. Was bleibt, das ist eine vage

Berufung auf die Masse, die deillusioniert würde, erkenne, zu handeln beginne usw. – das aber alles als gärende, unorganisierte, amorphe Masse. Was dann faktisch zu tun bleibt, das ist der auf vage Einschätzungen gegründete Versuch der Avantgarde, loszuschlagen, zu handeln, in der Hoffnung, daß die gärende, desillusionierte Masse mitzieht. Was taktisch bleibt, das ist im Grunde Putschismus und Abenteuerertum.

Im letzten Teil ihrer Programmrede stemmt sich Rosa Luxemburg gegen diese Konsequenz und erklärt, die Hauptsache sei es nun, "das System der Arbeiterräte in der Zukunft auszubauen" (a.a.O., S.198). Die Frage der Machtergreifung beschreibt sie aber als eine Art Wachstumsprozeß der Arbeiterräte, die "von unten auf den bürgerlichen Staat aushöhlen", als eine "fortschreitende" Machteroberung, "indem wir uns hineinpressen in den bürgerlichen Staat, bis wir alle Positionen besitzen und sie mit Zähnen und Nägeln verteidigen." (a.a.O., S.199) Von Zerschlagung des alten Staatsapparates ist nicht die Rede, der entscheidende Gedanke, daß politische Macht letztlich eine Frage der Waffen ist, fehlt. Neben "aushöhlen" und "hineinpressen" in den bürgerlichen Staat findet sich noch der Gedanke, daß auch "der ökonomische Kampf . . . nach meiner Auffassung und der Auffassung meiner nächsten Parteifreunde durch die Arbeiterräte geführt werden" soll. Wie vorher schon die weiteren Aufgaben der Revolution vor allem im wirtschaftlichen Kampf gegen die Kapitalisten gesehen werden, so jetzt auch die Räte zugleich als Organisationszentren des wirttschaftlichen Kampfes zwischen Kapitalisten und Arbeitern, nicht aber ausschließlich als politische Organisationsformen des revolutionären Volkes gegen den bürgerlichen Staat. Zwar heißt es: "Die Arbeiterräte sollen alle Macht im Staat haben" (S.199), aber der Weg, der dahin führen soll, ist unbestimmt oder falsch bestimmt: "Was jetzt zu machen ist, ist, mit vollem Bewußtsein die gesamte Kraft des Proletariats auf die Grundfesten der kapitalistischen Gesellschaft zu richten. Unten, wo der einzelne Unternehmer seinem Lohnsklaven gegenübersteht, unten, wo sämtliche ausführenden Organe der politischen Klassenherrschaft gegenüber den Objekten dieser Herrschaft, den Massen stehen, dort müssen wir Schritt um Schritt den Herrschenden ihre Gewaltmittel entreißen und in unsere Hände bringen." (a.a.O., S.201) Auch hier wieder bunt durcheinander die ökonomischen mit den politischen Aufgaben des Proletariats, verbunden durch das Wörtchen "unten" oder "von unten auf". Die entscheidende Frage der Revolution, die immer zunächst ein politischer Akt ist, bleibt ausgespart oder wird verdeckt durch Erwägungen über sozialistische Übergangsmaßregeln oder durch die Empfehlung, die wirtschaftlichen Streiks zu verbreitern. "Die Grundfrage jeder Revolution ist die Frage der Macht im Staate. Ohne Klärung dieser Frage kann von keiner wie immer gearteten bewußten Teilnahme an der Revolution die Rede sein, von einer Führung derselben ganz zu schweigen." (Lenin, Bd.24, S.20) Gerade auf diese Frage aber legt Rosa Luxemburg nicht das Hauptgewicht. Sie begeht den "Hauptfehler aller Betrachtungen der Sozialisten", daß sie auf die Frage "Welches sind nun die Aufgaben des revolutionären Proletariats? " zu "allgemein" antwortet, nämlich "Übergang zum Sozialismus. Indessen muß man über die konkreten Schritte und Maßnahmen sprechen." (Lenin, Bd.24, S.230). Insbesondere muß man über die "Grundfrage" sprechen, "die Frage der Macht im Staat" und wie man sie erobern und ausüben will. Genau auf diese "Grundfrage" aber gibt das Minimalprogramm in seinem politischen Teil Auskunft, und es gibt keinen Anlaß, es über Bord zu werfen und durch ein "Programm der Übergangsmaßnahmen zum Sozialismus" zu ersetzen, wie es Bucharin vorgeschlagen hatte und wie es in dem von Rosa Luxemburg ausgearbeiteten Programm der KPD von 1918 der Fall ist.

"Imperialistischer Ökonomismus" ist Unverständnis für die politischen Aufgaben des Proletariats

Die Genossen, die sich heute gegen die demokratischen Forderungen im Minimalprogramm des KBW stemmen und – wenn sie überhaupt eigene Vorstellungen haben – für ein "Programm der Übergangsmaßnahmen zum Sozialismus" eintreten, müssen sich darüber klar sein, daß sie sich damit keineswegs in die Tradition des Leninismus stellen, sondern zu späten Anhängern Bucharins und Rosa Luxemburgs werden. Die systematische Auseinandersetzung mit dieser Strömung hat Lenin während des 1.Weltkrieges geführt anhand des Streits um die Frage, ob man die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Nation angesichts der Wandlung des Kapitalismus zum imperialistischen Kapitalismus überhaupt noch aufstellen könne. Lenin polemisierte damals gegen die Gegner der Selbsbestimmungsforderung und bezeichnete sie als "imperialistische Ökonomisten". Er verstand darunter eine Position, die "sich nicht darüber klar werden (kann), **wie der zur Tatsache gewordene Imperialismus mit dem Kampf für Reformen und dem Kampf für Demokratie in Verbindung zu bringen ist**, genauso, wie der "Ökonomismus" seligen Angedenkens es nicht verstand, den zur Tatsache gewordenen Kapitalismus mit dem Kampf für die Demokratie in Verbindung zu bringen. Aus dieser Unklarheit aber resultiert nach Auffassung Lenins "die vollständige Konfusion in der Frage der 'Unrealisierbarkeit' demokratischer Forderungen im Imperialismus (Bd.23, S.4). Die Personen, die Lenin als "imperialistische Ökonomisten" angriff, waren Pjatakow, Bucharin und – nicht ausdrücklich, aber als Vertreterin derselben Position in der Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Nation – Rosa Luxemburg.
Als imperialistische Ökonomisten wurden sie von Lenin angegriffen, weil sie wegen des bestehenden Widerspruchs zwischen Imperialismus und Demokratie zu der folgenden von Lenin wiedergegebenen Schlußfolgerung kamen: "Dem imperialistischen Krieg kann man 'nur' den Sozialismus 'entgegenstellen'; der 'Ausweg' ist nur der Sozialismus, 'also' ist es ein Betrug oder eine Illusion oder eine Verdunklung, ein Hinausschieben der Losung der sozialistischen Umwälzung, wenn man im Minimalprogramm, d.h. schon im Kapitalismus, demokratische Losungen aufstellt." (S.13 f).
Lenin wendet sich gegen diese "Konfusion" und stellt zunächst die Frage: "Welcher Art ist der Widerspruch zwischen Imperialismus und Demokratie? " und antwortet, daß dies eine Frage "nach der Beziehung der Ökonomik zur Politik sei; nach der Beziehung der ökonomischen Verhältnisse und des ökonomischen Inhalts des Imperialismus zu einer der politischen Formen" (Bd.23, S.37), und er betont, "daß der Widerspruch zwischen Imperialismus und Republik ein Widerspruch zwischen der Ökonomik des neuesten Kapitalismus (nämlich des monopolistischen Kapitalismus) und der politischen Demokratie schlechthin ist." (S.37). Daß ein solcher Widerspruch existiert, ist unbestritten. Man kann davon aber keineswegs die Schlußfolgerung ziehen, "also" seien demokratische Forderungen im Imperialismus unrealisierbar: " . . .ihre Realisierung ist im Imperialismus genau im gleichen Maße und im gleichen Sinne schwieriger, in welchem die Realisierung der Republik, der Miliz, der Wahl der Beamten durch das Volk usw. im Imperialismus (im Vergleich zum vormonopolistischen Kapitalismus) schwieriger ist. Von einer 'ökonomischen ' Unrealisierbarkeit kann nicht die Rede sein." (S.35). Wovon geredet werden muß, das ist die "politi-

sche Schwerrealisierbarkeit bzw. . . .Unrealisierbarkeit (aller Forderungen der Demokratie im Imperialismus) ohne eine Reihe von Revolutionen" (S.31).
Heißt aber nun die politische Schwerrealisierbarkeit, die "Unrealisierbarkeit ohne Revolution", daß man dann die demokratischen Forderungen nicht mehr aufstellen soll? Auf diese Idee können nur Reformisten kommen oder Ökonomisten, also Leute, die den Zusammenhang von Ökonomie und Politik nicht begriffen haben. Für Lenin folgt daraus nur, daß diese Forderungen nicht reformistisch, sondern revolutionär gestellt werden müssen (S.6).
Die ökonomische Umwälzung, die Umwälzung der Basis ist nur möglich, wenn sie mit Willen und Bewußtsein der Masse der Menschen vollzogen wird und wenn sich die Arbeiterklasse als herrschende Klasse im Staat organisiert, die ihren Willen mit Zwangsgewalt gegen die Ausbeuterklassen durchsetzt und "despotische Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse" vornimmt (MEW 4, S.481). Die Umwälzung der ökonomischen Basis ist also nur über Veränderungen im politischen Überbau, über Veränderungen im Staat möglich. Wer die Möglichkeit leugnet, solche Veränderungen im politischen Überbau in Richtung auf Demokratie zu erkämpfen, d.h. in Richtung auf Organisierung von Massen, der leugnet nicht nur den Primat der Politik, sondern im Grunde die Möglichkeit der proletarischen Revolution und des Überganges zum Sozialismus überhaupt.
Lenin erklärt, die imperialistischen Ökonomisten hätten weder das Verhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie, noch das zwischen Sozialismus und Demokratie und erst recht nicht die Fragen des Bürgerkriegs begriffen: Das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie nicht, denn: "Der Kapitalismus überhaupt und der Imperialismus insbesondere verwandelt die Demokratie in eine Illusion – und zugleich erzeugt der Kapitalismus demokratische Bestrebungen in den Massen, schafft er demokratische Einrichtungen, verschärft er den Antagonismus zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden Massen. Der Kapitalismus und Imperialismus können durch keinerlei, auch nicht durch die 'idealsten' demokratischen Umgestaltungen, sondern nur durch die ökonomische Umwälzung beseitigt werden; ein Proletariat aber, das nicht im Kampf für die Demokratie erzogen wird, ist unfähig, die ökonomische Umwälzung zu vollziehen"(Bd. 23, S.14). Im Kampf erst um Rechte und schließlich um die Macht bildet und organisiert sich das Proletariat zur politischen Klasse, zur Klasse, die nicht nur ökonomisch dadurch bestimmt ist, daß sie die Ausbeutung erleidet, sondern die den Schritt tut, **herrschende** Klasse im Staat zu werden und dann die Ausbeutung abzuschütteln. In keinem anderen Kampf als im politischen Kampf, zunächst um Rechte und schließlich um die Macht kann die Arbeiterklasse **politische** Klasse werden, die sich auf die Eroberung der Staatsmacht vorbereitet und das ausgebeutete und unterdrückte Volk unter demokratischen Forderungen um sich sammelt.
Die imperialistischen Ökonomisten verstehen das Verhältnis zwischen Sozialismus und Demokratie nicht: "Man kann den Kapitalismus nicht besiegen, ohne **die Banken in Besitz zu nehmen** ohne das **Privateigentum** an den Produktionsmitteln aufzuheben, aber man kann diese revolutionären Maßnahmen nicht durchführen, ohne die demokratische Verwaltung der der Bourgeoisie fortgenommenen Produktionsmittel durch das ganze Volk zu organisieren, ohne die ganze Masse der Werktätigen, sowohl der Proletarier und Halbproletarier als auch die Kleinbauern, zur demokratischen Organisierung ihrer Reihen, ihrer Kräfte und ihrer Teilnahme am Staat heranzuziehen . . . Der Sozialismus führt zum Absterben **jedes** Staates, folglich auch jeder Demokratie, aber der Sozialismus ist nicht anders zu verwirklichen, als **über** die Diktatur des Proletariats, welche die Gewalt gegen die Bourgeoisie, das heißt gegen die Minderheit der Bevölkerung, mit der **vollen** Entfaltung der Demokratie vereinigt, das heißt mit der wirklich gleichberechtigten und wirklich allgemeinen Beteiligung der **gesamten** Masse der Bevölkerung an allen **Staats**angelegenheiten und allen komplizierten Fragen der Liquidierung des Kapitalismus."(S.14 f).
Erst recht nicht verstanden aber haben die imperialistischen Ökonomisten und Gegner der politischen Forderungen des Minimalprogramms die Aufgaben der Arbeiterklasse im **Bürgerkrieg** für den Sozialismus: " . . . der Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie (ist) der **demokratisch** organisierte und geführte Krieg der Massen der Besitzlosen gegen die Minderheit der Besitzenden. Der Bürgerkrieg ist ebenfalls Krieg, folglich muß auch er unvermeidlich die Gewalt an Stelle des Rechts setzen. Aber die Gewalt im Namen der Interessen und Rechte der Mehrheit der Bevölkerung zeichnet sich durch einen anderen Charakter aus: sie tritt die 'Rechte' der Ausbeuter, der Bourgeoisie nieder und ist **nicht zu verwirklichen** ohne eine demokratische Organisierung der Truppen und des 'Hinterlands'. Der Bürgerkrieg expropriiert mit Gewalt sofort, und in erster Linie die Banken, die Fabriken, die Eisenbahnen, die großen landwirtschaftlichen Güter usw. Aber gerade **deswegen, um** das alles zu expropriieren, muß man sowohl die Wahl aller Beamten durch das Volk als auch die Wahl der Offiziere durch das Volk einführen, muß man die **völlige Verschmelzung** der Armee, die den Krieg gegen die Bourgeoisie führt, mit der Masse der Bevölkerung, sowie vollständige Demokratie in der Verfügung über die Lebensmittelvorräte, ihrer Produktion und Verteilung einführen usw." (Bd.23, S.16).
Die für den Sozialismus kämpfende Arbeiterklasse muß eine politische Revolution machen, sie muß die Macht im Staate erobern. Sie kann das nur, wenn sie den alten Staatsapparat zerschlägt und sich selbst sowie die unter ihrer Führung stehenden Volksmassen demokratisch organisiert – im Kampf gegen den bürgerlichen Staat, im Bürgerkrieg und schließlich bei der Ausübung der politischen Macht im Staat und der Niederhaltung der Ausbeuter. Indem Lenin diese Marxschen Erkenntnisse gegenüber allen revisionistischen Verfälschungen erneut zur Geltung bringt, stellt er sich gleichzeitig gegen alle ökonomistischen Katastrophentheorien, die dem schließlichen Zusammenbruch des Kapitalismus aus ökonomischer Zwangsgesetzlichkeit entgegenharren. Der Kapitalismus ist **prinzipiell** nur überwindbar durch die politische Revolution. Er ist nur durch den bewußten Akt des Proletariats ablösbar. Der bewußte politische Akt aber ist grundsätzlich nur demokratisch organisierbar, weil anders der politische Wille der Klasse und der Massen weder als einheitlicher zustandekommen noch sich zur Geltung bringen kann. Ohne die bewußte Aktivität der Massen aber ist die Ablösung der "Warenproduktion durch die unmittelbar gesellschaftliche Produktion von Gebrauchsgütern, die mit Willen und Bewußtsein von dem frei assoziierten Arbeitervolk vollzogen wird" nicht möglich (Programm des KBW, S.18). Indem er auf der Notwendigkeit des politischen Aktes der Revolution beharrt, bricht Lenin mit allen evolutionistischen und objektivistischen Vorstellungen entweder vom Hineinwachsen in den Sozialismus oder vom Hineinstürzen in den unvermeidlichen und unwiderruflichen Zusammenbruch der kapitalistischen Ökonomie und arbeitet die subjektive, politische Rolle des Proletariats heraus. Indem er auf dem Kampf für politische **Demokratie** im sozialen Befreiungskampf des Proletariats ein solches Gewicht

legt, gibt er aber zugleich allen subjektivistischen Putsch- und Sektiererideen den Abschied und bestimmt auf Schritt und Tritt die Aufgabe der Kommunisten: politische Organisierung der Klasse und der Massen im Kampf für den Sozialismus.

In der KPD zur Zeit der Weimarer Republik wurde der imperialistische Ökonomismus nicht überwunden

In den programmatischen Vorstellungen der KPD wird deutlich, daß die deutschen Kommunisten die politischen Aufgaben des Proletariats keineswegs in aller Klarheit erkannt hatten. Wir haben verfolgt, wie Rosa Luxemburg das politische Minimalprogramm bewußt fallenließ, es nicht wie Lenin auf den Typus des Kommunestaates hin fortentwickelte. In "Kommunismus und Klassenkampf" 1 habe ich gezeigt, daß August Thalheimer – darin durchaus in der Nachfolge Rosa Luxemburgs – ebenfalls auf die umfassenden Forderungen der politischen Demokratie verzichtete und stattdessen ein Programm der Übergangsmaßnahmen zum Sozialismus aufstellte. **Politische** Spitze dieser Übergangsforderungen war die Arbeiterregierung. Formell eine parlamentarische Koalition der Arbeiterparteien SPD, USPD und KPD sollte die Arbeiterregierung materiell über den bürgerlichen Parlamentarismus schon hinausführen, insofern sie in einer proletarischen Massenbewegung wurzeln und zugleich dieser Bewegung die Möglichkeit zur Überwindung parlamentarischer Illusionen anhand eigener praktischer Erfahrungen eröffnen sollte. Ich hatte damals geschrieben: "Nun ist es durchaus vorstellbar, daß der Klassenkampf seinen Weg genau über diese in den Thalheimerschen Übergangsforderungen dargelegten Stationen nimmt. Dennoch ist es falsch, derartige taktische Erwägungen und Möglichkeiten programmatisch zu fixieren." Das ist richtig, aber es reicht nicht aus. Notwendig ist es, herauszuarbeiten, wann, in welcher Klassenkampfsituation die Arbeiterregierung ein denkbares nächstes politisches Ziel der Kommunisten sein kann.

1923, beim mißglückten Aufstandsversuch in Thüringen und Sachsen stellte sich heraus, daß es **keineswegs** eine Unterstützung **für das anstürmende Proletariat** ist, wenn Kommunisten in den Ministersesseln des Staates sitzen, den die Arbeiterklasse angreift. Um parlamentarische Illusionen zu verlieren, brauchte nicht auch noch Heinrich Brandler, damals Führer der KPD, Minister in Sachsen werden. Es langte durchaus, wenn die Sozialdemokraten abgewirtschaftet hatten. Und ein kommunistischer Minister, der sein Amt nützen will, um den Aufstand gegen diesen Staat zu bewaffnen, wird angesichts des 'natürlichen' Widerstandes des bürgerlichen Staatsapparates gegen solche Pläne notwendig zur komischen Figur werden. Während des Ansturmes auf einen Staat können Kommunisten unmöglich Regierungsverantwortung für eben den Staat auf sich nehmen, den sie stürzen wollen. Über diese schlichte Tatsache vermögen noch so komplizierte Erwägungen über den Desillusionierungsprozeß der Arbeitermassen nicht hinwegtäuschen. Im Oktober 1923 in Deutschland ist diese Lehre nicht in aller Klarheit gezogen worden, wofür mitverantwortlich war, daß es eine Arbeiterregierung im Reich gar nicht gab, sondern nur in 2 Ländern. Da gegen diese beiden Länder und ihre Regierungen eine militärische Intervention des Reiches in Gang gesetzt wurde, bekamen die Aufstandsversuche in Thüringen und Sachsen eher den Charakter der Verteidigung der legalen Regierungen statt eindeutige Offensivoperationen gegen den bürgerlichen Staat zu sein. Daß die Pläne der KPD dabei weiter gingen, ist eine andere Sache. Gescheitert aber sind diese Pläne schon, als die sozialdemokratischen Koalitionspartner in Thüringen und Sachsen sich nicht dafür gewinnen ließen, die legalen Länderregierungen gegen die Reichsintervention militärisch zu verteidigen. Eine selbständige Organisierung des Proletariats und der übrigen Volksmassen in Räten als den politischen Organen des Aufstandes war aber nicht entwickelt worden und nicht vorhanden. Das bedeutet, daß ein "Nein" der Sozialdemokraten die ganzen kommunistischen Aufstandspläne gegenstandslos werden und scheitern ließ. Mit einem sympathisierenden aber nicht organisierten Proletariat kann man dem bürgerlichen Staatsapparat zwar heroische Überraschungsschlachten liefern, aber schlagen kann man ihn damit nicht, das mußten die Hamburger Kommunisten im Oktober1923 erfahren. Zumal dann kann man ihn nicht schlagen, wenn die Spaltung der Klasse in Revolutionäre und Reformisten noch keineswegs überwunden ist, wenngleich die Kommunisten im Herbst 1923 wohl zeitweise unter den Arbeitern breitere Sympathien genossen als die anderen Arbeiterparteien.

Mit dem Jahr 1923 war die revolutionäre Welle nach dem 1. Weltkrieg zu Ende. In der darauffolgenden Stabilisierungsphase, der Phase des "relativen Gleichgewichts der Kräfte" stellte sich für die KPD die Frage der Eroberung der politischen Macht nicht unmittelbar. Daß sie genau dafür auch kein Programm hatte, trat solange auch nicht allzu schwerwiegend zutage. Es gelang der KPD nach 1924 allmählich wieder, ihren Einfluß auszuweiten. Dabei unternahm die Partei durchaus ernsthafte Schritte, mit den rechten und ultralinken Fehlern der Vergangenheit aufzuräumen. Der Brief des Exekutiv-Komitees der Komintern an den X. Parteitag 1925 gab den Anstoß, sich mit der bisherigen Politik gründlicher auseinanderzusetzen. In den beschlossenen "Thesen zur Lage und zu den Aufgaben der KPD" stellte der Parteitag fest: "Rechte (Thalheimer, Brandler – W.M.) und Ultralinke (R.Fischer, Maslow – W.M.) zeigen ihr Unverständnis für die leninistische Theorie des Imperialismus, indem sie zwischen hitzigen Zusammenbruchsphantasien und trostlosem Pessimismus hin- und herschwanken. Rechte und Ultralinke finden sich in der zünftlerischen Auffassung von den Aufgaben der Arbeiterpartei, die die Aufgabe der Hegemonie des Proletariats in der Revolution ignoriert. Rechte und Ultralinke finden sich im Unverständnis für die russische Revolution, für die Leistungen des Bolschewismus und neigen teils bewußt, teils unbewußt zu trotzkistischen Anschauungen.

Rechte und Ultralinke finden sich in der schematischen, unlebendigen Übertragung von vermeintlichen Grundsätzen auf jede Situation, ohne eine konkrete Untersuchung der Lage. Rechte und Ultralinke finden sich in der Vermischung des Unterschiedes von Grundsätzen und Taktik, in der Erhebung der Taktik zum Programm und der Herabsetzung des Programms zur Taktik. Rechte und Ultralinke fanden sich im Unverständnis für die bolschewistische Gewerkschaftstaktik und im Spielen mit den Tendenzen zur Gewerkschaftsspaltung. Rechte und Ultralinke finden sich im Unverständnis für die Wurzel des Opportunismus und die grundlegende Bedeutung unseres unversöhnlichen Kampfes gegen die Sozialdemokratie." (Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitags der KPD, Berlin 1925, S.208)

Der Parteitag beschloß ein Aktionsprogramm, in dessen zweitem, politischem Teil Forderungen wie "die Auflösung des Söldnerwesens . . . und . . . Miliz aus dem werktätigen Volke", "Wählbarkeit und Absetzbarkeit von Beamten und Richtern" enthalten sind. Aber der Parteitag tat nicht den vollen Schritt, bis zum Leninschen Minimalprogramm, sondern blieb in dem Verständnis gefangen, diese politischen Forde-

rungen seien **"nur demokratisch-revolutionäre Kampfforderungen gegen die Reaktion."** (a.a.O., S.223), Forderungen vor allem defensiven Charakters, die der Situation des relativen Gleichgewichts der Kräfte entsprächen. Daß den demokratischen Forderungen nur diese taktische Bedeutung zuerkannt wurde, wird schon in der Form deutlich, in der sie aufgestellt werden: als Teil eines auf die bestimmte Klassenkampfsituation bezogenen Aktionsprogramms, keineswegs als grundsätzliche politische Forderung der Kommunisten.

Das "unverrückbare Ziel, die Räterepublik", wird nach wie vor im Gegensatz gesehen zum Kampf um demokratische Rechte. Es heißt in der Resolution:

"Unbeschadet . . . (dieses Zieles) . . . werden die Kommunisten **jedes demokratische Recht**, das den Werktätigen größere Bewegungsfreiheit, größere politische Entwicklungsmöglichkeit bietet, das den Klassenkampf erleichtert, mit ihrer ganzen Kraft gegen die Reaktion verteidigen." (a.a.O., S.221) Die Kommunisten führen aber den Kampf um demokratische Rechte nicht "unbeschadet" ihrer weitergehenden politischen Ziele, sondern gerade **wegen** der Notwendigkeit, die Räterepublik zu erkämpfen. Die Tatsache, daß den Forderungen der politischen Demokratie bloß taktische Bedeutung beigemessen wurde, hat es erleichtert, daß sie bald wieder fallengelassen wurden und für die Politik der KPD kaum Bedeutung gewonnen haben. Schon der X. Parteitag hatte sie auch keineswegs ins Zentrum der taktischen Aufmerksamkeit gestellt. Der Schwerpunkt der Politik war von ihm vielmehr so bestimmt worden: "Die Gewerkschaftsarbeit muß als die in der gegenwärtigen Zeit der Teilkämpfe und des Ringens um Einfluß in der Arbeiterklasse wichtigste politische Aufgabe im Rahmen der gesamten politischen Tätigkeit der Partei organisiert und von allen Parteiinstanzen geleitet und kontrolliert werden." (a.a.O., S.209) Zum Ausdruck brachte der X. Parteitag dieses Verständnis auch darin, daß er im beschlossenen Aktionsprogramm die speziellen wirtschaftlichen Arbeiterforderungen vor den politischen aufführt. Die "zünftlerische Auffassung von den Aufgaben der Arbeiterpartei", die der Parteitag den Rechten wie den Ultralinken vorgeworfen hatte, konnte er selbst nicht restlos überwinden.

Die Auswirkungen dieser Inkonsequenz wurden offenbar, als der deutsche Imperialismus ab 1929 mit besonderer Wucht in die weltweite Krise hineingerissen wurde und die politische Krise der bürgerlichen Weimarer Republik offen ausbrach. Die KPD besaß in dieser Situation kein klares Konzept, wie sie dem Angriff der bürgerlichen Klasse auf das Lebensniveau der Werktätigen, vor allem aber auf die parlamentarisch-demokratische Form der bürgerlichen Klassenherrschaft selbst und auf die politischen Organisationen der Arbeiterklasse entgegentreten sollte. Gegenüber dem anstürmenden Faschismus brachte sie es in der "Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" von 1930 nicht wesentlich hinaus über starke Worte und Versprechungen darüber, was eine zur Macht gelangte KPD alles für die "werktätigen Massen Deutschlands" tun werde. "**Nach** der Aufrichtung der proletarischen Diktatur in Deutschland verspricht die KPD folgendes Programm durchzuführen: 1. Annullierung des Versailler 'Friedensvertrages' und der Folgelasten daraus, 2. Ermöglichung des Wiederanschlusses der 1918 verlorenen Gebiete, 3. Bündnis mit der Sowjetunion, 4. Nationalisierung der Banken und des Großhandels, 5. Steuerpolitik auf Kosten der Bourgeoisie, Sicherung der Sozialversorgung, 6. Enteignung der Großgrundbesitzer, 7. Zerschlagung des staatlichen Machtapparats (!), 8. Einführung des 7–Stundentages und der 4–Tagewoche, 9. Arbeit für jeden, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Lohnerhöhung. (vgl. Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, S.124–127). All das – wie gesagt – "nach der Aufrichtung der proletarischen Diktatur in Deutschland". Wie jedoch die Arbeiterklasse an die Aufrichtung ihrer politischen Herrschaft herankommen soll; was sie zu tun hat, wenn sie sich des Angriffs der Faschisten erwehren und die Herrschaft der Bourgeoisie niederschlagen will, dazu gibt das Programm keine Auskunft. Die Zerschlagung des staatlichen Machtapparats wird als 7. (!) Programmpunkt angeführt, aber nicht etwa als eine Tätigkeit der werktätigen Massen in der Revolution dargestellt, sondern als ein Versprechen, das die Kommunisten den Massen machen, wohlgemerkt: "**nach** Aufrichtung der proletarischen Diktatur in Deutschland": "Wir werden den zur Unterdrückung und Knechtung der Werktätigen bestimmten Machtapparat zerschlagen" (a.a.O., S.127)
Weil das Programm keine positiven demokratischen Forderungen aufstellt, in deren Verfolgung sich die Massen zusammenschließen und in ihrer politischen Tätigkeit angeleitet werden können, darum weiß es nach der Aufzählung der Versprechungen darüber, was die KPD an der Macht alles tun wird, nur zu sagen: "Wenn sich alle Arbeiter, alle armen Bauern, alle Angestellten, alle werktätigen Mittelständler, Männer wie Frauen, Jugendliche wie Erwachsene, alle unter der Krise, Arbeitslosigkeit, Not und Ausbeutung Leidenden um die Kommunistische Partei Deutschlands zusammenschließen, dann werden sie eine Macht von so unüberwindlicher Stärke bilden, daß sie nicht nur die Herrschaft des Kapitals zu stürzen vermögen, sondern jeder Widerstand gegen sie – sowohl im Innern wie von außen – gänzlich aussichtslos wird." (a.a.O., S.127f.) Das aber ist nicht die Stellungnahme einer politisch die Massen führenden Partei, sondern die Stellungnahme von Propagandisten, die einen Zusammenhang darlegen. Und die Hilflosigkeit der Propagandistenhaltung angesichts der politischen Offensive der bürgerlichen Klasse wird bis hin in die Wortwahl des Programms hinein offenbar: Kein politischer Plan für die Tätigkeit der Massen, der sich in positiven politischen Forderungen niederschlagen würde, dafür aber starke Worte. Nicht einfach Nationalisierung der Banken, sondern "proletarische" Nationalisierung (S.125); Drohung mit der "eisernen Faust", mit der man die Spekulation "zerschmettern" wird; dann wieder der "eisern proletarische Besen", die "bolschewistische Rücksichtslosigkeit", der "Hammer der proletarischen Diktatur" usw. Phrasen statt der Klarheit über die anstehenden Aufgaben aber sind der deutlichste Beleg dafür, daß eine kommunistische Partei aus dem Tritt gekommen ist. Das war bei der KPD vor 1933 der Fall. In ihrer praktischen Tätigkeit wußte sie der politischen Offensive der bürgerlichen Klasse nichts entgegenzusetzen als einen radikalisierten Ökonomismus, der sich in der RGO-Politik niederschlug. Daneben entwickelte sich ein feuriges Propagandistentum. Dem Ansturm des Faschismus aber stand die KPD faktisch ohne politisches Konzept gegenüber.

Von der RGO angeleitete selbständige Streiks für wirtschaftliche Forderungen sind kein politisches Konzept gegen die faschistische Gefahr, und es ist kein Wunder, daß die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse angesichts dieser Gefahr selbst in der tiefgreifenden Krise die von der SPD propagierte Politik des kleineren Übels, der Tolerierung der Brüning-Regierung, noch einleuchtender fand als die politische Konzeptionslosigkeit und den radikalisierten Ökonomismus der KPD.

Die Überwindung des Ökonomismus im Abwehrkampf gegen den Faschismus

Überwunden wurde diese politische Konzeptionslosigkeit erst auf dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935, nachdem der Faschismus in Deutschland schon gesiegt hatte. Dimitroff ging in seinem Referat auf dem Kongreß erstmals eindeutig davon aus, daß nicht die Arbeiterklasse in der Offensive war – wie die KPD es vor 1933 propagiert hatte –, sondern die Bourgeoisie. Er sprach über "Die Offensive des Faschismus" und entwickelte "die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse und gegen den Faschismus".

Worin bestand nun das Neue an der vom VII. Weltkongreß beschlossenen Taktik? – Dimitroff hatte in seinem Referat dargelegt, daß der Unterschied zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus qualitativer Art ist, daß es sich dabei nicht einfach um einen Wechsel in der Regierung handelt, wie er innerhalb der bürgerlichen Demokratie üblich ist, sondern um eine Umwälzung in der gesamten politischen **Herrschaftsform** der Bourgeoisie. Daß dieser Umschlag in der Herrschaftsform die Zerschlagung aller Einrichtungen der bürgerlichen Demokratie, die Aufrichtung der unmittelbaren Terrorherrschaft über die Arbeiterklasse und das Volk für die Bourgeoisie notwendig wird in einer Situation der zugespitzten Krise ihres ökonomischen und politischen Systems. Daß deshalb der Faschismus nicht nur als Zeichen des Sieges der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse betrachtet werden darf, sondern auch ein Zeichen **ihrer** Schwäche ist, Zeichen einer Situation, in welcher für die Bourgeoisie nur noch der faschistische Ausweg aus ihrer Krise bleibt. Dimitroff stellt weiter dar, daß wenn es der Bourgeoisie gelingt, diesen Ausweg aus ihrer Krise tatsächlich durchzusetzen, die Lebens- und Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse sich in einem solchen Ausmaß verschlechtern, daß dagegen mit allen Mitteln gekämpft werden muß. Daß aber gleichzeitig, wenn es der Arbeiterklasse gelingt, der Bourgeoisie diesen ihren einzigen Ausweg aus der Krise zu verstellen und den konterrevolutionären Angriff der Bourgeoisie auf die eigenen bürgerlich-demokratischen Herrschaftsformen zurückschlagen, die Arbeiterklasse aus der Verteidigung herauskommen und sich den Weg zur proletarischen Diktatur wieder eröffnen kann.

An der KPD kritisierte Dimitroff, daß sie vor 1933, in den Jahren der aufkommenden faschistischen Massenbewegung, diese Situation nicht erkannt und in ihrer Taktik berücksichtigt hat. Und wo Dimitroff diese Kritik sehr vorsichtig und zurückhaltend formuliert und das Hauptgewicht auf die Spaltung der Arbeiterklasse durch die SPD legt, da erklärt W.Pieck auf der Brüsseler Konferenz von 1935 mit aller Deutlichkeit: " ... die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse leistete der Sozialdemokratie Gefolgschaft und setzte ihre Hoffnungen auf die bürgerliche Demokratie, auf die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie. Und das umso mehr, als die faschistische Bewegung mächtig anschwoll und alle Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse bedrohte. Da wir selbst die faschistische Gefahr unterschätzten und sie der Arbeiterklasse nicht genügend signalisierten, im Gegenteil nach wie vor unseren Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie richteten, so konnte es nicht ausbleiben, daß wir es nicht vermochten, die Arbeiterklasse für den Kampf gegen den Faschismus zu mobilisieren." (W.Pieck, Gesammelte Reden und Schriften, Bd.5, S.185)

Pieck erklärt weiter, die Partei hätte verstehen müssen, "daß ihre alte taktische Orientierung eine falsche war und daß sie ihre Taktik auf dem gemeinsamen Kampf mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften gegen die faschistische Gefahr hätte umstellen müssen, daß sie von ihrem Kampfe gegen die bürgerliche Demokratie zum Kampf um die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten hätte übergehen müssen. Das ist aber vor der Aufrichtung der Hitlerdiktatur nicht geschehen." (a.a.O., S.189f.)

Wenn die Arbeiterklasse nicht mehr in der Offensive ist, der revolutionäre Ansturm der Arbeiterklasse vielmehr steckengeblieben ist, wenn es nicht mehr hauptsächlich die Kräfte der Revolution sind, die gegen die bürgerliche Klassenherrschaft in der Form der parlamentarischen Republik anrennen und als Massenbewegung organisiert auftreten, sondern die Mobilgarden der Konterrevolution unter wohlwollender Duldung des bürgerlichen Staates die öffentliche Szene beherrschen, dann kann nicht mehr unmittelbar Kampf gegen die bürgerlich-parlamentarische Republik und für die proletarische Räterepublik geführt werden. Dann bildet nicht die revolutionäre Arbeiterklasse Gegenmachtorgane, in denen sie sich zum Sturmangriff auf den bürgerlichen Staatsapparat organisiert. Vielmehr bildet dann die Konterrevolution – im Schutz des Staatsapparats – ihre "Gegenmachtorgane" neben der offiziellen Staatsführung: ihre eigenen "inoffiziellen" Wehrverbände, wie es SA und SS gewesen sind. Hauptaufgabe dieser "Gegenmachtorgane" und Mobilgarden der Konterrevolution ist der Angriff auf die Organisationen der Arbeiterklasse. Erfüllen können sie diese Aufgabe aber nur, wenn sie selbst revolutionär auftreten und sich gegen das traditionelle politische Personal der bürgerlichen Klasse wenden: gegen die parlamentarischen Parteien und "Systempolitiker". Oder wie Dimitroff diesen Zusammenhang darstellt: "Der Faschismus kommt zur Macht als **Partei des Angriffs** gegen die revolutionäre Bewegung des Proletariats, gegen die in Gärung befindlichen Volksmassen, er gibt aber seinen Machtantritt als eine 'revolutionäre' Bewegung gegen die Bourgeoisie, im Namen der 'ganzen Nation' und zur 'Rettung' der Nation aus." (Dimitroff, Ausgewählte Schriften, Bd.2, S.530). Er gelangt zur Macht "gewöhnlich in gegenseitigem, zuweilen scharfem Kampf zwischen dem Faschismus und den alten bürgerlichen Parteien oder einem bestimmten Teil dieser Parteien." (S.528)

Beim Kampf gegen diesen bestimmten Versuch der Bourgeoisie, ihre Krise durch totale Entrechtung der Arbeiterklasse und des Volkes zu lösen, ergeben sich deshalb neue politische Möglichkeiten gegenüber einer reformistischen Arbeiterpartei wie der Weimarer SPD und sogar gegenüber parlamentarischen bürgerlichen Parteien. Weil deren Existenz als Organisationen, weil ihr Einfluß auf die Massen an den bürgerlich-demokratischen Formen hängt, haben sie ein gewisses Interesse an der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie und können deshalb für ein gemeinsames Vorgehen gegen den Faschismus gewonnen werden. Waren diese Parteien vor und in der Revolution die Hauptgefahr, weil sie die politische Entwicklung breiter Teile der Arbeiterklasse auf bürgerlichem Boden festhielten und damit die Revolution schwächten, so mußte jetzt, da die bürgerliche Klasse in ihrer Mehrheit und vor allem in ihrer finanzkapitalistischen Spitze aufhörte, sich auf diese Parteien zu stützen und mit der bürgerlichen Demokratie selbst auch die Existenz dieser Zwischenparteien angriff, versucht werden, sie für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen.

Dabei entwickelt Dimitroff, daß dieses gemeinsame Vorge-

hen bis zur Bildung einer "Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront" gehen könne; also zur Beteiligung der Kommunisten an einer parlamentarischen Regierungskoalition mit bürgerlichen Kräften. Und was zum **Angriff** auf den bürgerlichen Staat ein ganz und gar untaugliches Mittel ist, das kann bei der **Verteidigung** einer bestimmten, nämlich der parlamentarisch-demokratischen Herrschaftsform der Bourgeoisie gegen die bürgerliche Klasse selbst, gegen den faschistischen Angriff und zur Erhaltung von "demokratischen Rechten und Freiheiten" durchaus richtig sein. Es tritt dann eine Lage ein, wo die entscheidenden Teile des bürgerlichen Lagers sich um die Fahne der Faschisten sammeln und eine Art "Sturz" der vorfaschistischen Regierung und Umwälzung der parlamentarischen Herrschaftsform erstreben, einen "von außen", durch eine Massenbewegung unterstützten Angriff auf die geltende Verfassung des bürgerlichen Staates durchführen. Gegen diese Revolte, als die sich die bürgerliche Konterrevolution verkleidet, können auf der anderen Seite alle Kräfte gesammelt werden, welche die vorhandenen demokratischen Rechte und Freiheiten verteidigen. Und da sie einen von der Bourgeoisie vorgetragenen Angriff auf die geltende Verfassung des bürgerlichen Staates zurückschlagen, um die Rechte und Freiheiten für die politische Organisierung der Arbeiterklasse und des Volkes zu erhalten, ist eine Beteiligung an der Regierung dieses Staates für Kommunisten möglich, falls es sich dabei um eine solche Regierung handelt, die überhaupt einen aktiven Kampf gegenüber dem Faschismus führt.

Da aber die Frage der Staatsmacht nicht entscheidend abhängt von der Besetzung der Regierung im bürgerlichen Staat, sondern vom Zustand des Staatsapparates und der Organisiertheit und Bewußtheit der Massen, nennt Dimitroff noch folgende Bedingungen für die Beteiligung der Kommunisten an einer parlamentarischen Koalitionsregierung:
1. daß "der Staatsapparat der Bourgeoisie bereits genügend **desorganisiert** und **paralysiert** ist, so daß die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, die Bildung einer Regierung des Kampfes gegen Reaktion und Faschismus zu verhindern;"
2. daß "die breitesten Massen der Werktätigen, besonders die Massengewerkschaften, stürmisch **gegen Faschismus** und Reaktion auftreten, aber **noch nicht bereit sind,** sich zum Aufstand zu erheben, um unter Führung der Kommunistischen Partei für die Eroberung der Sowjetmacht zu kämpfen; und
3. daß "die Differenzierung und Radikalisierung in den Reihen der Sozialdemokratie und der anderen Parteien, die an der Einheitsfront teilnehmen, bereits dazu geführt hatben, daß ein bedeutender Teil derselben **rücksichtslose Maßnahmen** gegen die Faschisten und andere Reaktionäre forderte, zusammen mit den Kommunisten gegen den Faschismus kämpft und offen gegen den reaktionären, dem Kommunismus feindlichen Teil seiner eigenen Partei auftritt." (a.a.O., S.598)

Als Beispiel für die Maßnahmen einer solchen Regierung, die sich nicht auf den parlamentarischen Legalismus verlassen darf, sondern sich auf die Bewegung in den Massen stützen muß, führt Dimitroff an: "Produktionskontrolle, Kontrolle über die Banken, Auflösung der Polizei, ihre Ersetzung durch eine bewaffnete Arbeitermiliz usw." (S.603).. Und etwas vorher: Beschlagnahme von "Wohnungen der Reichen", Organisierung der "revolutionären Massenbewegung der Arbeiter" (S.602).
Zugleich erklärt Dimitroff: "Wir sagen aber den Massen offen: **die endgültige Rettung** kann diese Regierung **nicht** bringen. Sie ist nicht imstande, die Klassenherrschaft der Ausbeuter zu stürzen und kann daher die Gefahr der faschistischen Konterrevolution nicht endgültig beseitigen. Folglich muß man **sich zur sozialistischen Revolution vorbereiten!** Die Rettung wird einzig und allein die **Sowjetmacht** bringen!" (S.604) Und diese Rettung – der Übergang zur Räterepublik – sollte vorbereitet werden schon im Kampf gegen den Faschismus. Dimitroff schlug ja keineswegs vor, sich auf eine parlamentarische Koalitionsregierung zu beschränken, sondern forderte "die Kommunisten und alle revolutionären Arbeiter" auf, sich dafür einzusetzen, "daß wählbare (in allen Ländern der faschistischen Diktatur aus den angesehensten Teilnehmern der Einheitsfrontbewegung zusammengesetzte) **überparteiliche Klassenorgane der Einheitsfront** in den **Betrieben,** unter den **Erwerbslosen,** unter den **kleinen Leuten der Stadt** und auf dem **Lande** gebildet werden. Nur durch solche Organe kann auch die riesige unorganisierte Masse der Werktätigen von der Bewegung der Eiheitsfront erfaßt werden." (S.558) Diese "parteilosen Klassenorgane" sind aber nichts anderes als Keimform von Räten. Es sind politische Organe, die nach der Erfüllung der unmittelbaren Aufgabe, der Niederschlagung des Faschismus, sich ja keineswegs auflösen, sondern in den mit Notwendigkeit aufbrechenden Widersprüchen zwischen revolutionären und reformistischen Kärften in der antifaschistischen Koalition zur Stütze der Revolution unter den Massen werden. Dimitroff sah sehr deutlich, daß die faschistische Diktatur keineswegs "**unbedingt** und **unmittelbar** durch die proletarische Diktatur abgelöst werden müsse" (S.642), aber er dachte keineswegs daran, die Garantie für den fortschrittlichen Charakter der weiteren Entwicklung in einer wieder aufgerichteten parlamentarisch-demokratischen Staatsmacht zu suchen. Dimitroff sah die Garantie für den demokratischen Charakter der weiteren nachfaschistischen Entwicklung zu recht ausschließlich in der Massenbewegung und in deren direkter politischer Organisierung.

Die Massenbewegung gegen den Faschismus aber ist prinzipiell unter keinen anderen als den demokratischen Forderungen des Minimalprogramms zu organisieren. Es gibt keine speziellen antifaschistischen Forderungen, ebensowenig wie es eine **notwendige** antifaschistische Zwischenetappe gibt, die auf die Wiederherstellung bürgerlich-parlamentarischer Zustände hinausläuft. Die Arbeiterklasse kann den Faschismus nur bekämpfen mit der Forderung nach umfassender Demokratie. Sie kann Bundesgenossen nur gewinnen, soweit diese positiv den Kampf um Rechte aufnehmen. Dabei wird die Arbeiterklasse auch mit solchen bürgerlichen Kräften begrenzt zusammengehen, die nur für die Verteidigung oder Wiederherstellung bestimmter Rechte eintreten, keineswegs aber für eine Staatsform nach dem Muster der Pariser Kommune. Die Arbeiterklasse aber kann sich und ihre Bundesgenossen in dem revolutionären Kampf zum Sturz des Faschismus nur führen, wenn es ihr gelingt, die Kraft der Massen in demokratischen Organen zusammenzufassen. Solche rätähnlichen Organe sind unentbehrlich für die Durchführung des Aufstandes. Sie sind zugleich die Grundlage für den Kampf um den Charakter der nachfaschistischen Staatsmacht. Dabei kann es sein, daß es der Arbeiterklassse nicht gelingt, sofort ihre Demokratie und ihre Klassenherrschaft durchzusetzen. Es ist möglich und wahrscheinlich, daß bürgerliche Politiker bei einem Anwachsen der Massenbewegung gegen den Faschismus der Entwicklung zuvorzukommen versuchen und zu diesem Zwecke etwa eine provisorische Regierung ausrufen und eine Nationalversammlung ankündigen werden, die beanspruchen, als Organe des Aufstands gegen den Faschismus anerkannt zu werden. Gelingt ein solches

Vorhaben, so tritt jene Lage ein, die Dimitroff gekennzeichnet hat, daß nämlich auf die faschistische Form der bürgerlichen Diktatur nicht notwendig unmittelbar die proletarische Diktatur folgen müsse. Die Anerkennung der Möglichkeit, daß der Faschismus noch einmal durch eine bürgerlich-parlamentarische Republik abgelöst werden kann, bedeutet nun allerdings keineswegs, daß die Kommunisten diese Forderung des bürgerlichen Antifaschismus positiv unterstützen werden und diese Lösung für notwendig halten. Sie kämpfen gegen den Faschismus unter den demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse, wie sie im Minimalprogramm enthalten sind. Soweit es ihnen gelingt, bürgerliche Antifaschisten für einzelne dieser Forderungen zu gewinnen, gehen sie mit ihnen zusammen, geben aber keineswegs einen Teil ihrer demokratischen Forderungen auf und werden sowohl innerhalb der antifaschistischen Bewegung als auch nach dem Sturz des Faschismus gegen den bürgerlichen Antifaschismus mit den konsequent-demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse angehen müssen. Minimalprogramm sind diese Forderungen nicht nur im Unterschied zum Maximalprogramm der sozialen Revolution, sondern auch in dem Sinne, daß **weniger** an Demokratie als die vollständige von den Kommunisten zu keinem Zeitpunkt gefordert wird. Jede Aufgabe einer der grundlegenden demokratischen Forderungen des politischen Minimalprogramms muß unmittelbar zum Revisionismus führen.

Vom antifaschistischen Kampf zur Revision der marxistisch-leninistischen Staatstheorie: die KPD 1939

Diese bei Dimitroff vorhandene Klarheit geht in den folgenden Jahren in den Beschlüssen der KPD verloren. Schon die Berner Resolution der KPD von 1939 befaßt sich nicht mehr in erster Linie damit, wie der Kampf gegen den Faschismus geführt werden soll, bzw. damit, die demokratischen Forderungen der Kommunisten an einen nachfaschistischen Staat herauszustellen. Die Berner Resolution konstatiert vielmehr eine parlamentarische Demokratie neuen Typs, in der "die einige Arbeiterklasse ... das Schicksal des Landes bestimmen" wird. Es heißt dort im Abschnitt über "Die neue demokratische Republik": "Die neue demokratische Republik wird aber, im Gegensatz zur Weimarer Republik, den Faschismus mit der Wurzel ausrotten, ihm seine materielle Basis durch Enteignung des faschistischen Trustkapitals entziehen und sich, wieder im Gegensatz zur Weimarer Republik, in der Armee, der Polizei und im Beamtenapparat zuverlässige Verteidiger der demokratischen Freiheiten und der demokratischen Volksrechte schaffen. In der neuen demokratischen Republik wird, im Gegensatz zu Weimar, nicht die Großbourgeoisie, gedeckt durch eine Koalition mit einer Arbeiterpartei, ihre wirtschaftlichen und politischen Anschläge gegen das Volk richten können, sondern die einige Arbeiterklasse, vereint mit den Bauern, dem Mittelstand und der Intelligenz in der Volksfront, wird das Schicksal des Landes bestimmen." (Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, S.180)

Durch welches Wunder diese wahre "demokratische Republik" oder dieses "Volksfrontdeutschland" das zuwege bringen soll, bleibt offen. Die staatlichen Machtapparate Armee, Polizei, Beamtentum sollen erhalten bleiben (von Zerschlagung ist keine Rede), nun aber "zuverlässige Verteidiger der Freiheiten" sein. Das **faschistische** Trustkapital, aber nicht das Trustkapital als solches, soll enteignet werden. Durch wen? Offenbar durch jenen Staat, der sich auf Armee, Polizei und Beamtenapparat stützt. Die einzige "Garantie", die genannt wird, das ist die Volksfront, das heißt eine Koalition der antifaschistischen Parteien und Verbände. Wer aber garantiert nach dem Sieg über den Faschismus die Koalition, in der Parteien und Klassen mit so unterschiedlichen Interessen vereint sind? Wie soll sichergestellt werden, daß nicht wieder eine reformistische Arbeiterpartei mit der Großbourgeoisie koaliert wie in Weimar? Alle diese Fragen bleiben offen. Auf die Frage nach **politischen** Garantien dafür, daß die neue Republik anders wird als die Weimarer, antwortet die KPD mit **ökonomischen** Maßnahmen ("Enteignung des faschistischen Trustkapitals"). Auf die Frage nach der Möglichkeit der ökonomischen Umwälzung antwortet sie damit, daß die politischen Freiheiten garantiert seien: "Die Politik der Volksfront und die Schaffung einer neuen demokratischen Republik bedeuten nicht den Verzicht der Arbeiterklasse auf den Kampf um den Sozialismus. In einem Volksfrontdeutschland werden die sozialistischen und kommunistischen Arbeiter und ihre Organisationen die volle Freiheit haben, die Mehrheit des Volkes für das sozialistische Ziel zu gewinnen." (S.180) In dieser Idylle von Republik, welche die KPD zeichnet, bleibt die Frage nach der Staatsmacht und der Klasse, die sie ausübt, ebenso ausgespart wie die Frage der Formen, in denen die Massen ihre politische Macht ausüben und verteidigen können. Es ist eine Republik, in der alle die Freiheit haben und keiner die Macht, in der die Armee demokratisch, die Schupos freundlich und die Beamten freiheitlich gesinnt sind. Die bösen Kapitalisten haben kein Geld mehr, und für die Enteignung auch der weniger bösen versucht die Arbeiterklasse in aller Freiheit das Volk zu gewinnen. Möglich aber wird das alles durch die Volksfront, die parlamentarische Koalition der Antifaschisten. Dimitroff hatte völlig Recht, als er 1935 warnte: "... wir (müssen) auf jegliche Weise unsere Wachsamkeit und den Kampf gegen den **Rechtsopportunismus sowie gegen alle seine konkreten** Erscheinungsformen verstärken, eingedenk dessen, daß seine Gefährlichkeit mit der Entfaltung der breiten Einheitsfront zunehmen wird." (a.a.O., S.616) Man kann sagen, daß die KPD in der Berner Resolution ihm erlegen ist. Und wenn sich nachher in der sowjetischen Besatzungszone und dann in der DDR die Entwicklung scheinbar nach dem Muster der Berner Resolution vollzogen hat, so lag dem die feste Tatsache zugrunde, daß die Machtfrage durch die Panzer der Roten Armee schon längst geklärt war. Mit dieser Tatsache rechnete aber die Berner Resolution ausdrücklich nicht. Sie wandte sich gerade gegen die "falsche Orientierung vieler Hitlergegener, darunter leider auch mancher Kommunisten, daß der Sturz Hitlers nur durch den Krieg möglich sei." (S.172) – Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in der nachmaligen DDR war gerade nicht die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, sondern ein unter Garantie der schon eroberten Macht betriebenes schrittweises Programm zur Gewinnung des Volkes bis hin zum Aufbau des Sozialismus. Wo diese Bedingung – politische Macht in den Händen der Roten Armee – nicht bestand wie in den Westzonen, da gelang es nicht einmal, das Zusammengehen mit der SPD zu erreichen. Die Volksfrontkoalition als Garant für die antifaschistische Entwicklung der bürgerlichen Republik und für den friedlichen Übergang bis zum Sozialismus blieb ein leerer Traum, in Westdeutschland nach 1945 nicht anders als in Frankreich und Italien.

Die "antimonopolistische Demokratie" der Revisionisten: Verrat am revolutionären Demokratismus und am sozialistischen Ziel

Dieser leere Traum lebt heute bei der DKP fort in Form eines häßlichen Gespenstes, der "antimonopolistischen Demokra-

tie". Die DKP und mit ihr alle anderen revisionistischen Parteien berufen sich auf Lenin und erklären, daß der "Kampf um Demokratie und sein Verhältnis zum Kampf um den Sozialismus zur zentralen Frage revolutionärer Taktik geworden sei". (H.Hesselbarth, Lenin und der Kampf um Demokratie und Sozialismus heute, Marxismus Digest 2/1972, S.156, nach Einheit 4/1970) Eine häufig geübte Kritik an den Vorstellungen der Revisionisten wendet sich nun dagegen, daß überhaupt die Fragen der Demokratie mit dem Kampf um den Sozialismus verbunden werden. Unter Verweis darauf, daß der imperialistische Kapitalismus nur noch durch den Sozialismus abgelöst werden könne, bringt manche "Revisionismuskritiker" schon die Erwähnung des Wortes "Demokratie" in Harnisch, weil sie dahinter die Vorstellung vermuten, es sollten "Zwischenetappen" konstruiert werden zwischen imperialistischem Kapitalismus und Sozialismus. Eine "demokratische" Zwischenetappe, so wird immer wieder versichert, könne es aber nur in der bürgerlichen Revolution geben.

Die Vorstellungen dieser Revisionismuskritiker sind konfus, nicht weniger konfus, als die der Revisionisten selber. Der Revisionismus besteht ja nicht darin, daß der Kampf für Demokratie und der Kampf für den Sozialismus verknüpft werden. Diese Verknüpfung macht, wie oben dargelegt wurde, vielmehr den Kern der marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie aus, in der Weise, daß der Kampf für politische Demokratie das Mittel zur Eroberung der politischen Macht und der Sozialismus Zweck ist. Der Revisionismus in Fragen der Revolutionstheorie besteht darin, daß er die Verknüpfung falsch vornimmt und für konsequente Demokratie überhaupt nicht eintritt. Die Revisionisten halten politisch gerade an der parlamentarischen Demokratie fest und führen nicht den Kampf um die politische Aktivierung und Organisierung der Volksmassen gegen den bürgerlichen Staat auf der Grundlage eines konsequent-demokratischen Programms. Ihre politischen Vorstellungen hinsichtlich der antimonopolistischen Demokratie laufen auf nichts anderes hinaus als auf eine parlamentarische Koalition unter Einschluß der jeweiligen Revisionistenpartei des Landes. Die Moskauer "Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien" von 1969 faßte die Koalitionspolitik unter der Formel, ein "politisches Bündnis" aller demokratischen Strömungen solle geschlossen werden, "das fähig ist, die Rolle der Monopole im Wirtschaftsleben des Landes entscheidend einzuschränken, der Macht des Großkapitals ein Ende zu bereiten und solche grundlegenden politischen und ökonomischen Umgestaltungen durchzuführen, die die günstigsten Bedingungen für den Kampf um den Sozialismus schaffen." (Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969, Berlin 1969, S.31) Und gemäß dieser Linie arbeiten die italienischen Revisionisten auf ein Regierungsbündnis hin, das bis in die Reihen der Christdemokraten reichen soll. In Frankreich hat sich ein Listenbündnis von Sozialisten und Revisionisten zur Wahl gestellt, und in Westdeutschland läßt die DKP keine Gelegenheit zu öffentlichen Verlautbarungen verstreichen, ohne der SPD ein Bündnis anzubieten. Allerdings hapert es hier noch mit der Möglichkeit zu Koalitionsangeboten. Trotz großzügigster Unterstützung aus der DDR – man lese bloß die "UZ", worin den westdeutschen Werktätigen in ganzseitigen Anzeigen schwerindustrielle Anlagen aus der DDR zum Kauf angeboten werden – trotz dieser massiven finanziellen Unterstützung hat die DKP noch keinerlei Wahlerfolge erringen können.

Die Revisionisten erblicken also das Demokratische an der "antimonopolistischen Demokratie" im Wesentlichen darin, daß auch sie einige Ministersessel in bürgerlichen Kabinetten bekommen. Da sie von der parlamentarischen Koalition alles Heil erwarten und nicht von der demokratischen Organisierung der Massen gegenüber diesem Staat, umgehen sie geflissentlich die Notwendigkeit zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, der Armee, der Polizei, der Justiz usw., der – wie Lenin sagt – "besonderen Formationen bewaffneter Menschen" (Bd.25, S.400). "Kampf um die Staatsmacht" setzen sie identisch mit "der Bildung einer demokratisch geprägten Regierung" (Hesselbarth, a.a.O., S.168). Daß der "bürgerlich-parlamentarische Republikanismus" sein Wesen darin hat, "den Klassenkampf durch die Rivalität von Cliquen und durch personelle Umgruppierungen **ersetzen**" zu wollen (Lenin, Bd.24, S.173), suchen sie vergessen zu machen. Sie sind selbst eine der rivalisierenden bürgerlichen Politiker-Cliquen geworden; eine Politiker-Clique allerdings, die sich von den übrigen bürgerlichen in Westdeutschland darin unterscheidet, daß sie im Solde einer anderen Bourgeoisie steht, der neuen bürgerlichen Klasse in der DDR.

Mit dem **politischen** Demokratismus ist es also nicht weit her bei den Revisionisten. Er reicht nur bis zur parlamentarischen Koalition. Daneben finden sich gelegentlich dunkle Bemerkungen, so z.B. bei W.Gerns und R.Steigerwald – Autoren, die darauf angesetzt sind, bürgerliche Koalitionspolitik nach links als revolutionäre Strategie zu verkaufen. In einem 150-seitigen Bändchen über "Probleme der Strategie des antimonopolistischen Kampfes" geben sie zur Frage des politischen Demokratismus nicht mehr als die folgende Auskunft: "Die Erfahrungen mit der Rolle des monopolkapitalistischen Staates als Vorreiter von Preissteigerungen, als Beschützer der großkapitalistischen Preistreiberei oder als derjenige, der durch seine arbeiterfeindliche Steuerpolitik einen beträchtlichen Teil der Lohnerhöhungen im Interesse des Großkapitals in die Staatskasse eintreibt, schafft Ansatzpunkte, um die Erkenntnis zu vermitteln, auch auf der politischen Ebene tiefgehende Veränderungen zugunsten der Arbeiter durchzusetzen." (S.36f.) – "Auch auf der politischen Ebene tiefgreifende Veränderungen zugunsten der Arbeiter", wenn das kein Meisterstück in der Kunst des Schweigens ist! Welches sind wohl die Veränderungen, die "auch" auf der politischen Ebene zugunsten der Arbeiter durchgesetzt werden sollen? Die Strategen des "antimonopolistischen Kampfes" schweigen sich dazu vollständig aus. In der "Einheit", dem theoretischen Organ der SED, war zu dem Thema zu lesen, daß es um "Demokratisierung des Staates" gehe und daß diese bedeute: "eine gesicherte Mitbestimmung des Volkes in allen Entscheidungszentren" (Hesselbarth, a.a.O., S.167). Demokratie oder "Demokratisierung des Staates" – der Unterschied scheint gering. Und doch liegt in ihm die ganze Kluft zwischen dem proletarisch-revolutionären und dem bürgerlich-reformistischen Programm. Was bedeutet die Forderung nach Demokratie? Lenin übersetzt sie als "Selbstherrschaft des Volkes" (Bd.24, S.473). Sie meint die **nach der Zerschlagung des bürgerlichen Staatspparates** mögliche "Ausübung der staatlichen Funktionen durch die Mehrheit der Bevölkerung, ja durch die ganze Bevölkerung ohne Ausnahmen" (Lenin, Bd.25, S.433). – Was bedeutet dagegen die Forderung nach "Demokratisierung des Staates"? Sie bedeutet die Verdünnung der politischen Demokratie auf Mitarbeit und Mitbestimmung in den verschiedensten Beiräten und Kollegialgremien, die der bürgerliche Staat selbst einrichtet. Sie bedeutet vor allem, die bürgerliche Staatsmaschinerie unangefochten zu lassen und neben dem bürgerlichen Parlament, dessen "Entrechtung" und Aushöhlung durch die Bürokratie beklagt

wird (Hesselbarth, a.a.O., S.161) die verschiedensten "mitbestimmenden" Korporativeinrichtungen zu fordern: Beiräte und Kammern für die verschiedensten Angelegenheiten – für jede Angelegenheit einen eigenen Beirat – und in den Kammern und Beiräten "Arbeitnehmervertretungen". Zu tun haben diese Mitbestimmungsgremien nichts mit der von der Pariser Kommune "endlich entdeckten politischen Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen kann", sondern eher mit denjenigen ständischen politischen Formen, innerhalb derer die Faschisten ihren Staat organisierten und die der Vatikan schon seit Jahrhunderten propagiert. Die "Demokratisierung des Staates" als Einbau von Beiräten und Kollegialgremien in das alte bürokratische Gerippe des bürgerlichen Staates ist eine Vorstellung, die noch hinter die Vorstellungen der bürgerlichen Demokraten zurückfällt. Die klassischen bürgerlichen Staatstheoretiker gingen noch davon aus, daß die Einheit des Volkswillens im Staat organisiert werden und zur Geltung kommen müsse. Als Organ, in dem dieser einheitliche Wille herausgebildet werden und sich für das ganze Volk artikulieren sollte, betrachteten sie das Parlament, dessen Gesetze darum uneingeschränkte Gültigkeit beanspruchen sollten, weil sie dem Volkswillen entsprangen. Das Parlament war und ist in Wahrheit dasjenige Organ, in dem sich der gemeinsame Wille der **bürgerlichen** Klasse herausbilden und als Volkswille darstellen kann, das ist die Kritik des Marxismus am bürgerlichen Parlamentarismus. Dafür sorgt – selbst bei allgemeinem Wahlrecht – die materielle Lage der arbeitenden Massen, wodurch die große Mehrheit in Normalzeiten von der Politik ferngehalten wird; dafür sorgt das Repräsentationsprinzip, wonach die Parlamentarier nicht ihren Wählern, sondern ihrem Gewissen verantwortlich sind; dafür sorgt, daß das Parlament eine debattierende, aber keine arbeitende Körperschaft ist; dafür sorgt, daß das ganze wirkliche Geschäft der Staatstätigkeiten unangefochten durch den Wechsel der Regierungen und Staatsformen bei dem festen bürokratischen Staatsapparat liegt, dessen die Bourgeoisie bedarf, wenn sie als kleine Minderheit herrschende Klasse bleiben will.
All das ist die marxistisch-leninistische Kritik am bürgerlichen Parlamentarismus und der bürgerlichen Republik. Niemals aber sind Marxisten dem bürgerlichen Demokratismus entgegengetreten, indem sie an die Stelle der Forderung, der Volkswille solle unumschränkt herrschen, für eine Zersplitterung und ein pluralistisches Sich-Auswägen der Macht in die verschiedensten Beiräte und Kontrollgremien eingetreten sind. In der bürgerlichen Republik tun sie das nicht, weil damit die Ausbildung klarer politischer Klassenfronten nur erschwert, das Volk nicht **gegen** den Staatsapparat gestellt, sondern in ihn hineingezogen wird. In der Republik der Arbeit aber werden sie es erst recht nicht tun, weil der Wille der Arbeiterklasse, welche das Volk führt, **unumschränkt** herrschen soll. Gerade in dieser Unumschränktheit liegt der Charakter der proletarischen Staatsmacht als eine Diktatur begründet:

Immer sind die Marxisten-Leninisten den bürgerlichen Demokraten, die behaupten: "Alle Gewalt geht vom Volke aus" entgegengetreten mit der Frage: Aber wo geht sie hin in eurem Staat? Und sie haben einen Staat gefordert, in dem der Volkswille sich tatsächlich herausbilden, in dem jeder Einzelne durch **aktive** Teilnahme daran mitwirkt und in welchem dieser Volkswille unumschränkt herrscht, nicht gebrochen und verfälscht wird durch einen bürokratischen Staatsapparat, sondern durch das bewaffnete Volk selbst sich Geltung verschafft und nicht eingeschränkt ist durch Gesetze. Für einen solchen Staat sind die Marxisten-Leninisten immer eingetreten, und das bedeutet: Zerschlagung des alten Staatsapparates, nicht seine "Demokratisierung", sowie die Schaffung einer neuen, proletarischen Demokratie.

Den Staat "im eigentlichen Sinne", der nach Marx und Lenin "die Machtausübung über die Massen durch Formationen bewaffneter Menschen (ist), die vom Volke getrennt sind", (Lenin, Bd.24, S.71), diesen Staat, der die Herrschaft der Bourgeoisie als Klasse garantiert, lassen die revisionistischen Programme und Taktiken unangetastet. Stattdessen entwickeln sie alle möglichen Forderungen, die sich auf eine "Demokratisierung" der Ökonomie beziehen. Forderungen, die ihrer Auffassung nach geeignet sind zur "Einschränkung der Macht der Monopole". Die antimonopolistischen Strategen Gerns und Steigerwald nennen: "Einsicht in die Profitsituation der Unternehmer", also die berühmten "gläsernen Taschen"; Mitbestimmung über Investitionen, Gewinnverteilung Preispolitik, wodurch tatsächliche "Eingriffe der Arbeiter in die Profitsphäre des Kapitals ermöglicht" werden sollen; "Überrführung der Schlüsselindustrien und großen Konzerne in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle durch die Arbeiter und ihre Organisationen" (S.36). Und heute, wo das Öl knapp und teuer wird, fordert die DKP auch gleich noch die Nationalisierung der Ölkonzerne.

Eine Nationalisierung aber, vollzogen vom bürgerlichen Staat, ändert nichts daran, daß die betreffenden Unternehmen kapitalistische Unternehmen sind, die entsprechend den Gesetzes des Marktes arbeiten müssen. Oder aber es sind Unternehmen, die vom Staat, das heißt aus den Steuern subventioniert werden, so daß der in ihnen erwirtschaftete Mehrwert auf private Konzerne übertragen werden kann. Und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeiter über Investitionen und Gewinne ändern nichts daran, daß das betreffende Unternehmen mit dem Ziel des Profits arbeiten muß und zwar mit dem Ziel des eben ereichbaren Maximalprofits – bei Strafe seines Untergangs, den ihm die Konkurrenz sonst bereitet. Arbeitervertreter in den Aufsichtsgremien kapitalistischer Konzerne werden sich – selbst wenn sie besten Willens sind – diesen Gesetzen beugen müssen. Sie können das Gesetz der kapitalistischen Profitmacherei nur brechen, wenn sie die Macht im Staat haben und deshalb über "despotische Eingriffe ... in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse" diese insgesamt umwälzen können. Kein antimonopolistischer Erlaß, keine Gesetzesbestimmung des bürgerlichen Staates, kein Einspruch von "mitbestimmenden" Arbeitervertretern im Aufsichtsrat kann diesen Zwang zur Profitmacherei für ein kapitalistisches Unternehmen aufheben. Jedes solche "Gesetz ist eine politische Maßnahme, ist Politik. Die Ökonomik kann durch keinerlei politische Maßnahmen verboten werden." (Lenin, Bd.24, S.40)

Zum Beleg dafür, daß solche ökonomischen Forderungen sehr wohl aufgestellt und verwirklicht werden können noch bevor die Arbeiterklasse die Macht im Staat erobert hat und daß sie auf jeden Fall Schritte vom Kapitalismus weg und zum Sozialismus hin sind, zitieren DKP und SEW-Autoren gerne Lenin, der im September 1917 auch von einem "Staat der revolutionären Demokratie" (den die DKP-Autoren sich als antimonopolistische Demokratie übersetzen) geschrieben habe. Und dann zitieren Gerns und Steigerwald Lenin folgendermaßen (a.a.O., S.29) und Hesselbarth (S.173) schließt sich ihnen darin an: "Das ist noch kein Sozialismus, aber schon kein Kapitalismus mehr. Das ist ein gewaltiger Schritt zum Sozialismus, ein derartiger Schritt, daß man – die Erhaltung der vollen Demokratie vorausgesetzt – von diesem Schritt schon nicht mehr ohne eine unerhörte Vergewaltigung der

Massen zum Kapitalismus zurückkehren könnte." In Wahrheit heißt es bei Lenin:
"Man nehme aber dieselbe Einrichtung (die allgemeine Arbeitspflicht – W.M.) und denke über ihre Bedeutung in einem revolutionär-demokratischen Staat nach. Die allgemeine Arbeitspflicht, durch die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten eingeführt, reguliert und gelenkt, ist **noch kein** Sozialismus, aber **schon kein** Kapitalismus **mehr** . . ." (Bd.25, S.371)
Lenin spricht also von der Räterepublik, von einem Staat nach dem Muster der Pariser Kommune, von der Arbeiterklasse, die sich zur herrschenden Klasse schon erhoben hat, und geht **dann** ein auf eine der Zwangsmaßregeln, welche die **Sowjets** durchführen, um die kapitalistische Ökonomie in die sozialistische umzuwandeln. Nicht anders hatte Marx im "Kommunistischen Manifest" von "Maßregeln" gesprochen, die **nach** dem "ersten Schritt in der Arbeiterrevolution, (der) Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse" durchgeführt werden müssen. Auch Marx sprach davon, daß die "despotischen Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse" Maßregeln seien, "die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind." (Kommunistisches Manifest, MEW 4, S.481). Er betont also ebenso wie Lenin den Übergangscharakter dieser auf die Produktionsweise gerichteten Maßregeln der politisch schon zur Herrschaft gelangten Arbeiterklasse. Lenin nennt als solche Maßregeln im Jahr 1917: die Nationalisierung der Banken, der Syndikate der Kapitalisten, des Grund und Bodens sowie die Produktionskontrolle "durch die Sowjets der Arbeiterdeputierten" (Bd.24, S.59). Aber immer geht vorweg die Frage der Eroberung der politischen Macht, die Errichtung eines "neuen Staatstypus". Daran, daß diese ökonomischen Maßregeln bei Lenin andere sind, als die von Marx und Engels im "Manifest" niedergelegten, wird deutlich, daß der Charakter der ökonomischen Eingriffe des proletarischen Staates unterschiedlich ist, je nach dem Entfaltungsgrad der kapitalistischen Produktionsweise. Unerläßliche **Vorbedingung** für diese Maßnahmen aber ist bei beiden die Eroberung der politischen Macht, die Erkämpfung der Demokratie.
Und gegen alle Vorstellungen hinsichtlich einer eventuell ja doch möglichen, wie auch immer begrenzten, vielleicht aber Schritt für Schritt zu erweiternden ökonomischen Kontrolle über die Monopole **vor** Eroberung der Staatsmacht, gegen alle solchen Vorstellungen genügt es, sich folgenden einfachen Sachverhalt klarzumachen:
"Kontrolle ohne Macht ist eine völlig leere Phrase . . . Um kontrollieren zu können, muß man die Macht haben. Wenn das der breiten Masse des kleinbürgerlichen Blocks unverständlich ist, dann muß man die Geduld haben, ihr das auseinanderzusetzen, darf ihr aber auf keinen Fall die Unwahrheit sagen. Wenn ich aber diese Grundbedingung durch die Kontrolle verdecke, dann sage ich die Unwahrheit und arbeite den Kapitalisten und Imperialisten in die Hände." (Lenin, Bd.24, S.220) All das wird von Lenin dutzende von Malen, vor allem im Jahr 1917, dargelegt. Die Revisionisten, die sich auf Lenin berufen, kennen diese Darlegungen ausgezeichnet. Sie sind jahrelang in Parteihochschulen gewesen. Heute gehen sie über zur direkten Zitatfälschung, um ausgerechnet in Lenin einen Zeugen für ihre trübseligen Theorien zu finden.

Ihren systematischen Kern hat die revisionistische Vorstellung von der "antimonopolistischen Demokratie" in der Idee, die "Macht der Monopole (sei) mit der Macht des Staates" zu einer umstandslosen Einheit "verschmolzen". Diese Verschmelzungsthese dient den Revisionisten dazu, die "Besonderung" des Staates, seinen Charakter als "besondere Formationen bewaffneter Menschen" zu umgehen. Indem sie Monopole und Staat, Ökonomie und Politik zu einem unterschiedslosen Konglomerat von "Macht" verschmelzen, können sie auch die politischen und die ökonomischen Aufgaben der Arbeiterklasse in eins setzen. H.Hesselbarth kommt aufgrund der von ihm behaupteten "Verschmelzung" zu dem Schluß, daß damit "bekanntlich . . . die ökonomischen zu politischen und die politischen zu ökonomischen Aufgaben" würden. (a.a.O., S.167) Der "Kampf um die Macht" wird dann "gegen die Monopole" geführt und der "Staat im eigentlichen Sinne" (die "besonderen Formationen bewaffneter Menschen") verschwindet entweder ganz, oder er taucht nur noch auf als eine unter anderen "Eigenschaften" des Staates, und zwar als eine solche "Eigenschaft", die zugunsten der "gesellschaftlich notwendigen Funktionen des Staates" "eingedämmt, reduziert, zerbrochen" werden soll. Geschehen soll dieses 'Eindämmen, Reduzieren, Zerbrechen' auf dem Wege der "Demokratisierung." (a.a.O., S.167)

Das Ganze ist ein rundum und einwandfrei reformistisches Programm, die Leugnung der Notwendigkeit der politischen Revolution und zugleich damit die Verleugnung des Ziels des Kommunismus selbst. Was heißt es, wenn gesagt wird: Die "ökonomischen Aufgaben sind zu politischen geworden"? Es bedeutet, daß der ökonomische Inhalt der sozialen Revolution, die "ökonomischen Aufgaben" der Umwälzung der ganzen kapitalistischen Produktionsweise als solche ökonomischen geleugnet werden. Stattdessen wird das Programm der "Demokratisierung" der Ökonomie entwickelt, der "Mitbestimmung in allen Bereichen, auf allen Ebenen." (a.a.O., S.266f.)
Die Werktätigen sollen "an der Festlegung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung beteiligt sein" durch "gesicherte Mitbestimmung . . . in allen Entscheidungszentren" des bürgerlichen Staates und der Konzerne. Diese "Politisierung" der Ökonomie ist nichts anderes als die alte "Wirtschaftsdemokratie" sozialdemokratischer Prägung. In völlig sinnloser Weise wird der Begriff der Demokratie, der ein politischer ist und sich **nur** auf den Staat bezieht, auf die Ökonomie angewendet. Der Kapitalismus soll nicht durch die Arbeiterklasse, welche die politische Macht erobert hat und sie in der Form der Demokratie ausübt, umgewälzt werden in eine neue Produktionsweise, den Sozialismus/Kommunismus, wobei im Laufe dieses Prozesses der Staat selbst und mit ihm die Demokratie abstirbt (Lenin Bd.25, S.409). Vielmehr soll die bestehende kapitalistische Produktionsweise durch Beteiligung der Arbeiter an den Kapitalistenentscheidungen, welche den Zwangsgesetzen des Marktes folgen müssen, "demokratisiert" werden. Hinter der Formel: 'Die ökonomischen Aufgaben sind zu politischen geworden' verbirgt sich nichts anderes als die Aufgabe des kommunistischen Endziels, des Maximalprogramms.

Auf der anderen Seite: 'Die politischen Aufgaben sind zu ökonomischen geworden." Das bedeutet: Die politischen Aufgaben der Eroberung der Staatsmacht, der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und der demokratischen Organisierung der Volksmassen unter Führung des Proletariats, diese unabdingbare Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus, wird verleugnet.
Stattdessen wird von "ökonomischen Aufgaben" gesprochen: von der Nationalisierung der Banken und Großkonzer-

ne, dem Kampf gegen die Monopole. Soweit überhaupt noch ein Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie hergestellt wird, sieht es so aus, daß die empfohlenen ökonomischen Maßnahmen – sagen wir die Nationalisierung einer Bank – erst dann als "Schritt zum Sozialismus" anerkannt werden, wenn die Revisionisten in der Koalitionsregierung sitzen, also eine "antimonopolistische Demokratie" existiert. In Abwandlung eines Wortes von Engels kann man sagen: Die DKP ist erst dann bereit, die öffentlichen Pissoirs als Meilensteine auf dem Weg zum Sozialismus zu betrachten, wenn sie die Sache aus dem Ministersessel anschauen kann. Man kann festhalten: Die Formel, wonach die politischen Aufgaben zu ökonomischen geworden seien, verbirgt die Aufgabe des Minimalprogramms der Eroberung der Staatsmacht, der Errichtung der proletarischen Diktatur.

Die In-Eins-Setzung und das Durcheinanderwürfeln der politischen und der ökonomischen Aufgaben des Proletariats, die totale Verwirrung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, ist eine der theoretischen Hauptwaffen des Revisionismus. Ihre scheinbare Plausibilität gewinnen die revisionistischen Theorien angesichts der ständig wachsenden Staatstätigkeit und der zunehmenden Interventionen des bürgerlichen Staates im Imperialismus in die Ökonomie. Es entsteht die Illusion, dieser in die kapitalistische Ökonomie intervenierende Staatsapparat könne so beeinflußt werden, daß er nicht im Interesse des Monopolkapitals, sondern im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes tätig werde. Das ist heute der Kern aller reformistischen Vorstellungen. Der politische Staat, der 'Staat im eigentlichen Sinne', die 'besonderen Formationen bewaffneter Menschen', der Staat als Souverän und Herrschaftsträger, als Organ, vermittelst dessen die bürgerliche Klasse sich zur herrschenden Klasse organisiert, all das geht verloren. Der Revolutionär unterscheidet sich dadurch vom Reformisten, daß er genau diese Seite des Staates als die entscheidende festhält und hervorhebt. Das Programm des KBW hält deshalb an der Marxschen Bezeichnung des Staates als "geschäftsführendem Ausschuß der Bourgeoisie" fest, bestimmt den Staat also grundsätzlich als **Herrschafts**organ der bürgerlichen Klasse und betont, daß das ständige Anwachsen der Staatstätigkeit im Imperialismus begleitet ist von der Tendenz, daß "der staatliche Unterdrückungsapparat zunehmend Vorrang vor allen anderen Seiten der Staatstätigkeit" gewinnt. (Ergebnisse . . ., S.17)

Muß in Westdeutschland heute der antifaschistische Abwehrkampf geführt werden?

Wenn wir gegenüber dem Revisionismus prinzipiell an der marxistisch-leninistischen Bestimmung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, sowie von Staat und Revolution festhalten und ein Minimalprogramm uns gegeben haben, das die politischen Forderungen der Arbeiterklasse hinsichtlich der Staatsform zum Ausdruck bringt, so ist damit noch nicht entschieden über die bestimmte Taktik, die in der gegenwärtigen Situation gegenüber dem bürgerlichen Staat in Westdeutschland eingeschlagen werden muß. Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale hatte herausgearbeitet, daß Lagen eintreten können, wo die Arbeiterklasse ihr nächstes Ziel, den bürgerlichen Staat zu zerschlagen und durch eine neue Staatsform, einen Staat nach dem Muster der Pariser Kommune zu ersetzen, nur verfolgen kann, wenn sie zuvor den Angriff der Bourgeoisie auf die bürgerlich-parlamentarische Herrschaftsform zurückschlägt und dabei die demokratischen Rechte und Freiheiten verteidigt. Solche Lagen sind defensive Lagen für die Arbeiterklasse, Situationen, wo sie sich einem umfassenden politischen Angriff der bürgerlichen Klasse ausgesetzt sieht, der darauf abzielt, die von der Arbeiterklasse eroberten ökonomischen und politischen Positionen völlig zu vernichten.

Besteht gegenwärtig in Westdeutschland eine solche Lage? Wenn das der Fall wäre, so müßten wir uns zwar kein anderes Minimalprogramm geben. Wir könnten aber damit rechnen, daß Teile der bürgerlichen Parteien, soweit ihre Existenz davon abhängt, daß die politische Herrschaft in der Form der parlamentarischen Republik ausgeübt wird, für einzelne demokratische Forderungen und für den Kampf gegen den Faschismus gewonnen werden können. In Westdeutschland wäre das in erster Linie die SPD, die sich weitgehend auf die Arbeiterklasse als Wählerstamm stützt. Aber auch beträchtliche Teile von CDU und FDP stehen durchaus im Widerspruch zum Faschismus. Alle diese Parteien sind zwar bürgerliche Parteien und betreiben Politik im Interesse der bürgerlichen Klasse. Sie taugen aber als politische Herrschaftsträger für die bürgerliche Klasse und ihre Spitze, die Großbourgeoisie, nur dann, wenn sie gleichzeitig die Klein- und Mittelbourgeoisie, die Bauern und Kleingewerbetreibenden, die neue unproduktive Mittelklasse und große Teile der Arbeiterklasse politisch zu binden vermögen. Diese Bindung wird erzielt durch den ständig neu herzustellenden Kompromiß zwischen den Klassen und Klassenfraktionen. Die in Westdeutschland auf der Ebene des Parlaments vorhandenen Parteien sind Organisatoren solcher Kompromisse, die unter Vorherrschaft der bürgerlichen Klasse hergestellt werden. Vom Grünen Plan über die verschiedenen Mittelstandsmaßnahmen, die Mietzuschüsse, mit denen die Interessen von Grundbesitzern, Industrie und Lohnabhängigen versöhnt werden sollen, die Subventionierung einzelner Industriezweige, die Maßnahmen für die "Zonenrandgebiete" usw. gibt es eine Vielzahl von staatlichen Eingriffen, welche einen Ausgleich innerhalb der bürgerlichen Klasse unter Vorherrschaft der Großbourgeoisie zustandebringen sollen. Die dazu erforderlichen Kompromisse werden über die bürgerlichen Parteien zustande gebracht. Nicht anders organisiert sich die bürgerliche Arbeiterpolitik, die einen Klassenkompromiß zwischen Bourgeoisie und Proletariat anstrebt, über Parteien. Sie versucht, Politik im Dienste der bürgerlichen Klasse zu betreiben und gleichzeitig die Arbeiterklasse über die eine oder andere sozialpolitische Maßnahme des Staates politisch im bürgerlichen Lager zu halten.

Ein tatsächlicher Faschisierungsprozeß würde darauf hinauslaufen, daß das Großkapital seine Interessen rein und ohne jeden innerbourgeoisen Kompromiß und jeden Versuch zur Kollaboration zwischen Großbourgeoisie, Kleinbürgertum und Teilen der Arbeiterklasse durchzusetzen gezwungen wäre. Daß es zu diesem Zweck anstreben muß, die politischen Organisationen und Einrichtungen des Klassenkompromisses unter Vorherrschaft der Monopolbourgeoisie zu zerschlagen. Sein Angriff müßte sich sowohl gegen die parlamentarischen Einrichtungen des bürgerlichen Staates, also gegen die Stätten des "Kuhhandels", als auch gegen die parlamentarischen Parteien richten. Er müßte begleitet sein vom Aufbau eigener Organisationen und Verbände gegen die traditionellen Einrichtungen bürgerlicher Politik, bis hin zum Aufbau von Wehrverbänden außerhalb der offiziellen, staatlich bewaffneten Macht, wie es mit SA und SS auch geschehen ist. Und dieser Aufbau eigener Organisationen müßte sich stützen können auf rebellierende Massen.

All das gibt es in Westdeutschland gegenwärtig nicht, und es gibt keinen einzigen nennenswerten bürgerlichen Publizisten,

der eine solche Zerschlagung des parlamentarischen politischen Systems, ein Abrücken vom traditionellen politischen Personal der bürgerlichen Klasse und von den vorhandenen Parteien empfehlen würde. Eine kommunistische Organisation, die das Gegenteil behauptet und heute ernsthaft den antifaschistischen Kampf als Hauptaufgabe begreift, müßte konsequenterweise dazu übergehen, das Bündnis mit der SPD und bürgerlich-antifaschistischen Kräften in CDU und FDP zu suchen. Da sie einen Kampf führt gegen etwas, was es nicht gibt, und als Bündnispartner die aktuellen Träger der bürgerlichen Klassenherrschaft zu gewinnen sucht, wird sie sich zweifellos lächerlich machen und im günstigsten Fall nutzlos sein.

Was es heute gibt im bürgerlichen Lager, das sind Empfehlungen, bei der Durchsetzung von Kompromissen innerhalb der Bourgeoisie und von Klassenkompromissen gegenüber der Arbeiterschaft härter aufzutreten, keine "Zugeständnisse" mehr zu machen, die Lebenshaltung zu drücken und Rechte zu beschneiden. Und es gibt eine weitverbreitete Sorge unter den bürgerlichen Publizisten angesichts der sich ausweitenden Krise, ob ein solches Programm wohl direkt durchsetzbar sei und wer es wohl durchsetzen könne. Die bürgerliche Klasse, ihre Parteien, Publizisten, Ideologen bewegen sich gegenwärtig durchweg auf der Ebene der nach 1945 entwickelten politischen Formen ihrer Klassenherrschaft und ihre Gedanken kreisen darum, wie sie diese ausbauen und verteidigen können.

Das kann auch gar nicht anders sein. Anders als nach dem 1. Weltkrieg sind aus dem 2. Weltkrieg alle Klassen der Gesellschaft in Westdeutschland erschöpft hervorgegangen. Die deutsche imperialistische Bourgeoisie war derart massiv geschlagen wie nie zuvor in ihrer Geschichte. Sie verlor große Teile ihres staatlichen Territoriums und die politische Souveränität über die Restgebiete. Daß sie gleichzeitig im wesentlichen in ihren ökonomischen Positionen bestätigt wurde, war zwar die Grundlage ihrer schnellen Erholung, geschah aber nicht aus eigener Kraft, sondern durch die alliierten Besatzer, welche die politische Soueveränität ausübten.

Auch die Arbeiterklasse kam erschöpft aus dem 2. Weltkrieg hervor, nicht als revolutionäre Klasse. Befreit worden ist sie durch die alliierten Mächte. Keinen Aufstandsversuch gegen den Faschismus in letzter Minute hat es gegeben. Hineingezogen in den militärischen Zusammenbruch teilte sie das von der imperialistischen Bourgeoisie angerichtete nationale Schicksal, ohne die Kraft zu entwickeln, die Geschicke der Nation in die Hand zu nehmen. Zum Kampf um die politische Macht ist die westdeutsche Arbeiterklasse zu keinem Zeitpunkt in der Nachkriegsgeschicht angetreten, weder gegen die alliierten Besatzer, noch gegen die zur politischen Herrschaft zurückkehrende westdeutsche Bourgeoisie. Die Forderung nach Sozialisierung, die zunächst einen breiten Boden fand, blieb immer gebunden an die parlamentarischen Vertretungen, die sie verwirklichen sollten. Mit der Rückkehr der westdeutschen Bourgeoisie an die politische Macht und der Schaffung eines westdeutschen Staates wurde bald auch die Sozialisierungsforderung von den Reformisten durch die defensive Forderung nach Mitbestimmung ersetzt. Nicht nur wurde verzichtet auf Forderungen, die auf die Eroberung der politischen Macht abzielten, die Parität zwischen Kapital und Arbeit wurde Gipfelpunkt dessen, was als soziale Umwälzung in breiten, sozialdemokratisch gebundenen Arbeitermassen ins Blickfeld geriet.

Welche politischen Positionen konnte die Arbeiterklasse in der neuen, der Bonner Republik sich erhalten? Sie nimmt teil am **allgemeinen Wahlrecht.** Aber dieses Recht ist ihr am entscheidenden Punkt, wo es für ihre Organisierung zur selbständigen Klasse taugen könnte, verkürzt. Die 5 Prozent-Klausel des Wahlgesetzes bewirkt eine Konzentration auf die großen bürgerlichen Parteien, fördert den innerbourgeoisen Kompromiß und macht es einer revolutionären Partei außerordentlich schwer, die von der bürgerlichen Klasse gezimmerte Bühne der nationalen Repräsentanz im Parlament zu betreten und zu benutzen.
Ihr sind zugestanden **demokratische Rechte und Freiheiten.** Aber die entscheidenden Rechte, insbesondere das auf politische Organisierung, sind ihr beschnitten. Die Ausnahmeparagraphen des Grundgesetzes wurden genutzt, um die Kommunistische Partei und das Kommunistische Kampfprogramm zu illegalisieren. Jeder Versuch zur revolutionären Organisierung der Arbeiterklasse steht damit außerhalb der von der bürgerlichen Verfassung verbrieften Rechte.
Die **Koalitions- und Streikfreiheit** werden zwar zugestanden, bzw. nicht ausdrücklich verboten, aber ein ganzes System von höchstrichterlichen Urteilen hat erreicht, daß prinzipiell nur der von den Gewerkschaften geführte Streik als rechtens anerkannt wird. Und obwohl das angesichts des Charakters der westdeutschen Gewerkschaften schon eine sehr einschneidende Beschränkung ist, ist die Bewegungsfreiheit der von den SPD-Fraktionen geführten Gewerkschaften durch zahlreiche Urteile noch zusätzlich eingeschränkt. Daß gleichzeitig durch das Betriebsverfassungsgesetz Politik grundsätzlich aus den Betrieben verbannt wird, schränkt die politischen Bewegungsmöglichkeiten weiter ein.

All diese grundsätzlichen Bestimmungen, die darauf hinauslaufen, die Arbeiterklasse als politische Klasse in der westdeutschen Republik nur zuzulassen, solange sie sich auf dem Boden bürgerlicher Reformpolitik bewegt, wurden schon in den fünfziger Jahren im Wesentlichen durchgesetzt. Und ebenfalls in den fünfziger Jahren wurde mit dem offiziellen Schwenk der SPD zur Volkspartei auch der Rest von **politischem** Klassenzusammenhalt, der auf reformistischem Boden noch bestand, allmählich aufgelöst.

Die bürgerliche Klasse herrscht in Westdeutschland uneingeschränkt, und zwar zum ersten Mal in Deutschland in ihrer Normalform, der parlamentarischen Republik. Die parlamentarische Republik in Westdeutschland ist nicht Ergebnis einer von der Arbeiterklasse getragenen, aber nicht zu Ende geführten Revolution. Ihr fehlen alle diejenigen Kompromisse an die Revolution, welche die Weimarer Republik eingehen mußte: vom uneingeschränkten Verhältniswahlrecht, über die Freiheit der Parteienbildung, die Möglichkeit, Volksentscheide herbeizuführen, die direkte Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament ohne Konstruktives Mißtrauensvotum und Kanzlerprivileg usw. Die Bundesrepublik ist aber nicht nur eine politische Herrschaftsform der bürgerlichen Klasse, die so weit wie eben möglich gegenüber dem Einfluß der Massen und der Einwirkung revolutionärer Erschütterung auf die offiziellen Staatsorgane abgesichert ist. Sie ist vor allem Herrschaftsform einer Bourgeoisie, deren innere Widersprüche viel weniger schroff sind als noch zur Weimarer Zeit. Mit der militärischen Niederlage ist die preußische Junkerkaste vernichtet worden. Ihr für die zwanziger Jahre immer noch charakteristischer Zugriff auf das Heer als wesentlichstem Teil des Staatsapparats existiert nicht mehr. Die politische Dominanz des Finanzkapitals innerhalb der bürgerlichen Klasse ist heute weitgehend durchgesetzt und was in keiner vorhergehenden Phase deutscher Geschichte

gelang, das gelang aufgrund der Abschwächung der innerbourgeoisen Kollisionen in der Bundesrepublik: die politische Zusammenfassung aller Bestandteile der bürgerlichen Klasse in einer Partei, der CDU/CSU, bzw. in Ergänzung dazu, der FDP. Und darüberhinaus die Etablierung eines parlamentarischen Wechselspiels auf bürgerlichem Boden zwischen CDU und SPD.

Wenn sich die Lage so darstellt, wenn die Staatsordnung zugeschnitten ist ausschließlich darauf, bürgerliche Politik und bürgerliche Parteien zur nationalen Repräsentanz zuzulassen, wenn die Parteien weitgehend in Organe der bürgerlichen Staatsmacht selbst verwandelt sind, von dieser finanziert und kontrolliert werden, wenn die Arbeiterklasse jeder politischen Klassenvertretung beraubt ist und auf ihre gewerkschaftliche Organisierung zurückgeworfen wurde, die zugleich unter bürgerlicher Führung steht, wenn die bürgerliche Klasse in aller Legalität sich Gesetze hat schaffen können, die ihr in Krisenzeiten den Ausnahmestaat garantieren, worauf soll sich dann die Faschisierung beziehen? Welchen Angriff soll eine Klasse führen, die wie die westdeutsche Bourgeoisie politisch alle Positionen in der Hand hat?

Die westdeutsche Bourgeoisie führt gegenwärtig einen Angriff auf das Lebensniveau der Arbeiterklasse durch. Dazu braucht sie nicht die Beseitigung ihrer bisherigen politischen Formen, sondern bedient sich ihrer. Insbesonderer dort tut sie das, wo sie verhindern will, daß die Arbeiterklasse auch nur wirtschaftliche Kämpfe führt.
Ihr politischer Eingriff über Konzertierte Aktion, Gerichtsurteile gegen Streiks und Streikende, das gesetzlich sanktionierte Tarifvertragswesen, sind ihr dabei gegenwärtig die wichtigsten politischen Hebel neben dem ideologischen Dauerfeuer, das Parteien, Zeitungen, Fernsehen usw. eröffnen, um eine öffentliche Meinung gegen die Forderungen und Kämpfe der Arbeiter zustande zu bringen.
Aber nicht nur diejenigen Bestimmungen, die sich unmittelbar auf die Sphäre der Beziehungen zwischen Kapitalisten und Arbeitern beziehen, werden herangezogen. Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit, Verbotsdrohungen gegen revolutionäre politische Organisationen sind Elemente der allgemein-politischen Unterdrückung, zu welcher der bürgerliche Staat mit der Verschärfung der Klassenkämpfe greifen muß und auch heute schon greift.

Während die Arbeiterklasse noch hauptsächlich an den wirtschaftlichen Fragen sich in Bewegung setzt und die bürgerliche Klasse alles unternimmt, um zu verhindern, daß die in der Arbeiterklasse und im Volk zunehmende Bewegung eine selbständige politische Form annimmt und sich unter revolutionären Forderungen sammelt, müssen vor allem zwei Fehler vermieden werden: erstens der Fehler, die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter nur auf der Ebene des wirtschaftlichen Kampfes selber radikalisieren zu wollen. Dieser Fehler ist der Hintergrund der verschiedenen RGO-Vorstellungen, die gegenwärtig von den ökonomistischen Strömungen in der kommunistischen Bewegung vertreten werden. Hauptvertreter dieser Linie des radikalisierten Ökonomismus ist in Westdeutschland die Gruppe Rote Fahne (KPD). In Anknüpfung an Fehler der KPD nach 1929 und fest auf den Positionen Bucharins stehend, propagiert diese Organisation in der beginnenden Krise der Bourgeoisie, während diese über ihren Staat umfassende Notstands- und Krisenmaßnahmen plant und organisiert, im Streikrat und in der RGO äußerst beschränkte und im letzten Fall generell untaugliche Antworten der Arbeiterklasse auf die Politik der bürgerlichen Klasse.

Neben Lohn- und Arbeitszeitforderungen und solchen Forderungen, die sich auf die politische Regelung der Beziehungen zwischen Kapitalisten und Arbeitern beziehen, wird selbstverständlich vom radikalisierten Ökonomismus propagandistisch auch die Diktatur des Proletariats gefordert und in "beispielhaften Aktionen" der bewaffnete Kampf propagiert. Das ändert aber nichts daran, daß die Massenlinie dieser Organisation ökonomistisch ist und es angesichts der Leugnung der grundlegenden demokratischen Forderungen auch gar nicht anders sein kann.

Der zweite Fehler, der vermieden werden muß, besteht darin, das Schwergewicht darauf zu legen, **innerhalb** und **durch** die Einrichtungen des bürgerlichen Staates Positionen für die Arbeiterklasse zu gewinnen. Weder die Rechtsgrundsätze des bürgerlichen Staates, noch die politischen Formen, die er für die Artikulation des Willens den bürgerlichen Parteien bereit hält, können noch als Stütze für revolutionäre Politik dienen. Die Zusammenfassung und demokratische Organisierung des Volkes muß vielmehr von vornherein gegen den bürgerlichen Staat erfolgen. Als Stütze für jeden weiteren Schritt, den man tun will, kann einzig die Kraft und die Bewegung der Massen dienen. Unsere Politik wird weder zielen können auf "Demokratisierung" des Staatsapparate, noch auf die Bildung von Koalitionen innherlab des Parlaments. Sie muß von vornherein von dem Ziel bestimmt sein, politische Räte als Organe der Doppelherrschaft zu entwickeln und aufzubauen, die schließlich die Grundlage für den bewaffneten Aufstand bilden.

Organisierung von Massen gegen den bürgerlichen Staat, Aufbau von Räten als Organen der Doppelherrschaft, welche schließlich die bürgerliche Staatsmacht stürzen, das erfordert schon heute, an allen Reibungspunkten des Volkes mit dem bürgerlichen Staat nicht nur zu agitieren und aufzuklären, sondern auch zu organisieren. Solche Organisierung von Massen erfolgt gegenwärtig schon auf Versammlungen, durch die Bildung von offenen Komitees für bestimmte Forderungen. Noch sind solche politischen Komitees, die zu einzelnen aktuellen Fragen entlang der Forderungen unseres Programms gebildet werden, weit entfernt von politischen Räten. Ihnen fehlt jede Beauftragung und Kontrolle durch einen Wahlkörper, der alle umfaßt. Ihre jeweiligen Ziele sind begrenzt. Sie haben noch selten längere Dauer, sondern verschwinden mit den Anlässen, zu denen sie entstanden sind. Gleichwohl steigern sie die Organisiertheit der Massen gegenüber dem bürgerlichen Staat, sind Formen, innerhalb derer sie sich zusammenschließen und bewegen können und bilden ein politisches Organ, das alle umfaßt, die zu dem gegebenen Anlaß unter der richtigen Forderung zu kämpfen bereit sind.

Die Bildung solcher politischer Massenorgane gegen den bürgerlichen Staat hat ihren Ausgangspunkt heute zumeist noch im Stadtteil und in den Wohngemeinden. Politische Aktionen, Versammlungen und Komiteebildungen gehen noch äußerst selten von den Betrieben aus. Das zu erreichen aber muß das Ziel der Kommunisten sein. Es erfordert vor allem, den Charakter der agitatorischen und propagandistischen Arbeit im Proletariat darauf auszurichten. Sowohl für die politische Zeitung als auch für die Betriebszeitungen steht deshalb die Aufgabe, die Verbindung von wirtschaftlichem und politischem Kampf zum einheitlichen Klassenkampf zu befördern. Die Betriebszeitungen stehen nicht außerhalb dieser Aufgabe. Sie müssen hinausgehen über die Fabrikenthüllungen, über die Kritik am Vorgehen sozialdemokratischer und revisionistischer Gewerkschafter und die Propagierung

bestimmter Forderungen im wirtschaftlichen Kampf. Hineintragen müssen sie in den Betrieb sowohl Agitation zum jeweils zentralen, die Aufmerksamkeit der Menschen fesselnden politischen Tagesgeschehen, als auch über die Volkskämpfe, die sich derzeit auf der Ebene der Stadt entfalten. – Auch im Betrieb allerdings gibt es schon Möglichkeiten zur organisierenden Arbeit über die wirtschaftlichen Kämpfe hinaus. Die in einzelnen Betrieben durchgeführten Sammlungen für die Unterstützung des Widerstandes des chilenischen Volkes sind ein Schritt in diese Richtung.

In der aktuellen Klassenkampfsituation, angesichts der sich verschärfenden Krise des westdeutschen Imperialismus, der Einengung seiner Rohstoffbasis durch das Unabhängigkeitsstreben der Völker, der wachsenden Zahl von Arbeitslosen und den Notstands- und Krisenmaßnahmen von Staat und Kapitalistenklasse gewinnt die allgemeine Notwendigkeit zur Verbindung des wirtschaftlichen mit dem politischen Kampf zum einheitlichen Klassenkampf brennende Aktualität. Immer deutlicher wird die Hilflosigkeit eines radikalisierten Ökonomismus, der die Krise nur als ein Manöver im Lohnkampf zu begreifen weiß, nach dem Motto: " . . . die berechtigten Lohnforderungen sollen mit dem Gespenst der Krise und der Arbeitslosigkeit abgewürgt werden." (Rote Fahne Nr.48, vom 28.11.1973) Während die bürgerliche Klasse auf die kapitalistische Krise politisch reagiert und von der Regierung bis zum letzten Unternehmer mit politischen Argumenten auftritt, sind die Kommunisten häufig noch nicht darüber hinausgekommen, den wirtschaftlichen Kampf als "weitest anwendbares Mittel" auch in der Krise zu propagieren. Wird diese Beschränkung nicht überwunden, so muß die kommunistische Politik notwendig scheitern. Angesichts wachsender Arbeitslosenzahlen und einer Kapitalistenpropaganda, die darauf abzielt, daß man den Gürtel enger schnallen müsse, wenn man schnell durch die Krise hindurch will, wird man nur Gehör finden können, wenn man gegen die ganze bürgerliche Ordnung auftritt, ihre Untauglichkeit entlarvt und den politischen Weg zu ihrer Abschaffung propagiert. Nur indem man so der Politik den Vorrang gibt, kann man glaubhaft den wirtschaftlichen Kampf auch in der Krise propagieren, weil man herausstellen kann, daß die Arbeiterklasse ihn "ohne Rücksicht auf Verluste" führen muß. Und man wird gleichzeitig unter den politischen Tagesforderungen gegen die Notstandsmaßnahmen der Regierung die Volksmassen unter Führung des Proletariats gegen den bürgerlichen Staat zusammenschließen können. – Das Programm des KBW, das die Aufgabe der Verbindung von wirtschaftlichem und politischem Kampf zum einheitlichen Klassenkampf stellt und in seinen politischen Forderungen die Linie für den Kampf gegen den bürgerlichen Staat entwickelt, gibt auch in diesem Fall eine klare Orientierung.

W.Maier

Wieder erhältlich:

ERGEBNISSE der GRÜNDUNGSKONFERENZ des KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND

INHALT:

Gründungserklärung

Programm des KBW

Statut des KBW

Die Entwicklung des Klassenkampfes und die Aufgaben der westdeutschen Kommunisten

Leitsätze zur Arbeit in den Gewerkschaften

Zu beziehen über
Kühl KG , Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf
68 Mannheim, Sandhoferstr. 29 Preis: 2,-

Der KB-Nord:
Eine Gruppierung ohne politischen Halt

VORBEMERKUNG

Im folgenden drucken wir eine Kritik von Hamburger Genossen an verschiedenen Positionen des Kommunistischen Bundes Nord, bzw. seiner Zeitschrift "Arbeiterkampf" ab. Das Verhältnis vom KB Nord zum Kommunistischen Bund Westdeutschland ist auf seiten des KB Nord durch einen gewissen Verfolgungswahn bestimmt, was ihn zu hemmungslosen Angriffen auf den KBW veranlaßt. Auf der anderen Seite beklagt sich der KB Nord ständig, wir würden der inhaltlichen Auseinandersetzung mit ihm aus dem Weg gehen und seine Positionen nicht mit dem genügenden Ernst behandeln. Dazu müssen wir folgendes festhalten: Das Wesentliche, was zu dieser Organisation zu sagen ist, ist noch einmal in einem Nachtrag zu dem Artikel "Die gegenwärtige Klassenkampfsituation und die Aufgaben der Kommunisten" in Kommunismus und Klassenkampf Jg. 1, Nr. 1, S.19–20 zusammengefaßt. Richtig ist freilich, daß die Auseinandersetzung mit dem KB Nord in unseren Organen längst nicht soviel Raum einnimmt wie umgekehrt.

Wohin die Strömung des theoretischen und praktischen Kapitulantentums inzwischen jene Gruppen geführt hat, die sich von ihr treiben lassen, zeigt besonders drastisch die Kieler Gruppe des KB Nord. Im Oktober 1973 erschien ihr "Metaller. Zeitung des Kommunistischen Bundes für die Kieler Metallkollegen" mit folgender Schlagzeile: **"Gesellschaftliche Entwicklung treibt weiter nach rechts."** *Das ist nun wirklich eine Blüte! In einer Schlagzeile sämtliche Grundlagen des Marxismus, des Leninismus und der Mao Tse-tungideen beseite zu fegen, ist für Leute, die sich Kommunisten nennen, schon eine Kunst. Bisher gingen die Marxisten davon aus, daß die "gesellschaftliche Entwicklung", vorwärtsgetrieben durch den unlösbaren Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in Richtung auf Untergang des Kapitalismus und Sieg des Sozialismus verläuft. Bisher gingen die Marxisten von aus, daß die "gesellschaftliche Entwicklung" die Gesellschaft immer mehr in zwei Klassen auseinanderreißt und daß diese beiden gegensätzlichen Klassen sich in einem unversöhnlichen Klassenkampf befinden. Bisher gingen die Marxisten davon aus, daß im Verlauf dieser Entwicklung die Bourgeoisie zunehmend ein Hemmnis für den gesellschaftlichen Fortschritt wird, während das Proletariat den gesellschaftlichen Fortschritt vertritt. Bisher gingen die Marxisten davon aus, daß sich diese unvermeidliche Entwicklung im Bewußtsein der beiden Klassen so niederschlägt, daß die Arbeiterklasse und unter ihrer Führung die werktätigen Volksmassen nach vorwärts, das heißt politisch nach links wollen, während die Bourgeoisie nur nach rückwärts, das heißt nach rechts gehen kann, daß der Polarisierung der Gesellschaft in zwei Klassen die Polarisierung nach rechts und links entspricht, wenn sich der Klassenkampf offen entfaltet.*

Die Leute von der Kieler Gruppe des KB Nord dagegen setzen die Entwicklung der Bourgeoisie und die gesellschaftliche Entwicklung schlicht in eins. Das ist zwar nicht gerade originell, aber bei Leuten, die sich Kommunisten nennen, doch überraschend. Für sie besteht die "gesellschaftliche Entwicklung" nicht in der Entfaltung der Widersprüche zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, zwischen Fortschritt und Rückschritt, Revolution und Reaktion, sondern ausschließlich aus der Entwicklung der einen Seite des Widerspruchs – der Seite, die die Bourgeoisie vertritt. Wer immer nur die eine Seite des Widerspruchs sieht und seine Stärke, die Haupttendenz aber nicht sehen will, muß schließlich mit Notwendigkeit leugnen, daß der Widerspruch überhaupt existiert. Mit der "gesellschaftlichen Entwicklung" treibt für den Kieler "Metaller" die ganze Gesellschaft nach rechts, weiter nach rechts, bis auf die paar wenigen, die sich abseits halten. Diese paar wenigen sind wohl die "Kommunisten". Wer die Grundlagen des Marxismus, des Leninismus und der Mao Tse-tungideen verläßt, landet notwendig beim Defaitismus. Die Schlagzeile sagt mehr aus und in gedrängterer Form als Dutzende von "Arbeiterkampf"-Seiten, was es mit dieser Kapitulantenströmung auf sich hat. Was will man dazu im Rahmen der Auseinandersetzung unter den Kommunisten noch viel sagen?

J.S.

EINE ANTWORT AUF DIE POLEMIK DER ZEITSCHRIFT "ARBEITERKAMPF" GEGEN DIE POLITIK DES KBW

Vor kurzem hat der "Arbeiterkampf" eine Broschüre herausgegeben, in der auf 75 Seiten ein Teil der Polemik zusammengefaßt ist, die er gegen die Politik des KBW und seiner Vorläuferorganisationen herausgebracht hat. Obwohl diese Broschüre keine neuen Argumente bringt, ist diese Zusammenfassung dennoch nützlich, weil sie es dem Leser erleichtert, zu studieren, wie der KB Nord die von ihm beschworene "ideologische Auseinandersetzung" selber führt: als prinzipienlose Anpinkelei mit dem Ziel der Rechtfertigung des eigenen Ladens und nicht als Streit um die Sache: die Bestimmung der politischen Aufgaben und der Methoden ihrer Lösung.

Das Vorgehen des "Arbeiterkampf" entspricht dabei ein wenig der Taktik des Chamäleons: In der Situation der Gefahr die Farbe wechseln, dem Erdboden anpassen und für den Gegner unsichtbar (ungreifbar) werden. Was bei der Lektüre der Broschüre des "Arbeiterkampf" als erstes frappiert, ist die offenkundige Beliebigkeit der Positionen, die er der Polemik gegen die Politik des KBW zugrundelegt: Hatte der "Arbeiter-

kampf" im Herbst 1972 zur Wahl der SPD aufgerufen und den Wahlaufruf der damaligen Kommuniqueorganisationen als "sektiererisch" kritisiert, so hatte er in der Programmdebatte den Eindruck, daß die Programmdiskussion dem Kampf gegen Sozialdemokratismus und Revisionismus zu wenig Bedeutung beimißt. Hatte er im gleichen Zusammenhang der Position, "daß wir uns bewußt in die Tradition der KPD stellen und darum die Kritik an ihren Fehlern als Selbstkritik führen" (zit. nach NRF 1–2/73, S.25) vorgeworfen, wir wollten die Fehler der KPD tabuisieren, so warf er uns auf der anderen Seite "unglaubliche Arroganz" gegenüber der KPD vor ("Arbeiterkampf" 25), weil wir festgestellt haben – worauf im übrigen schon Herrmann Duncker hingewiesen hat ("Die Internationale", Bd.9, S.360) –, daß die KPD nicht über ein Programm im eigentlichen Sinne verfügt hat. Hatte er das Vorhaben kritisiert, überhaupt an die Erarbeitung eines Programms heranzugehen, und die Position vertreten, das Programm müsse aus der spontanen Arbeiterbewegung selbst entstehen, verfiel er nach der Gründung des KBW dem Eindruck, diesem in erster Linie "Spontaneismus" vorwerfen zu müssen. Bei dieser Prinzipienlosigkeit und Inkonsequenz in der ideologischen Auseinandersetzung scheut er sich nicht, dem KBW vorzuwerfen, der ideologischen Auseinandersetzung aus dem Wege zu gehen.

Daran wird deutlich, was der "Arbeiterkampf" selber unter ideologischer Auseinandersetzung versteht: Nicht den Streit um die Sache, die Auseinandersetzung um die Aufgaben unserer Politik nach richtig und falsch, sondern die prinzipienlose Anpinkelei mit dem Ziel der Rechtfertigung des eigenen Landes. Darin erweist sich der KB Nord als typisches Produkt der Zirkelbewegung. Mit aller Macht sträubt er sich dagegen, durch die Klärung der entscheidenden Fragen der politischen Linie den schädlichen, aber immer noch bestehenden Zustand der Zersplitterung zu überwinden und den Parteiaufbau voranzutreiben. Stattdessen ist er von dem Bestreben geleitet, möglichst viel Verwirrung in die kommunistische Bewegung in Westdeutschland zu tragen, die ohnehin an Verwirrung nicht eben arm ist.
Der KB Nord ist insgesamt ein Lehrbeispiel für die Notwendigkeit, mit der ein Zirkel in den Sumpf marschiert, wenn er sich weigert, den Schritt hinaus "über den in der lokalen Arbeit vorherrschenden Praktizismus", die Selbstgenügsamkeit und Introvertiertheit der marxistisch-leninistischen Bewegung zu tun. Darauf hatte schon die Programmstellungnahme hingewiesen.

Inzwischen ist der Prozeß der Versumpfung im KB Nord schon sehr weit vorangeschritten. Von der Verteidigung des Praktizismus ist er vorangeschritten zur – allerdings noch ein wenig verbrämten – Denunziation kommunistischer Politik und ihrer Ziele. Das wird nicht nur daran deutlich, daß die Diffamierung des KBW und der Volksrepublik China in seinem Organ einen immer breiteren Raum einnimmt. Ebenso deutlich wird es in der Auseinandersetzung mit den aktuellen Kämpfen der Arbeiterbewegung in Westdeutschland, deren Quintessenz darin besteht, den Arbeitern die Sinnlosigkeit ihres Kampfes einzureden. Daß der Kampf für den Sozialismus in der BRD "noch keine 'aktuelle' Aufgabe (falls man den Begriff 'aktuell' nicht in allgemeinster, nichtssagender Weise verstehen will)" ("Arbeiterkampf" 32) ist, das ist das Dogma, von dem der KB Nord ausgeht. Wofür man dann aber heute kämpfen will, wenn nicht für den Sieg, das ist das Rätsel, das der KB Nord jedem seiner Anhänger aufgibt. Ein Genosse, der inzwischen die Reihen des KB Nord verlassen hat, erzählte uns kürzlich, er habe schließlich bei dem Versuch, sich die Position des "Arbeiterkampf" zu eigen zu machen, überhaupt nicht mehr den Sinn politischer Arbeit gesehen. Dieser Genosse hat uns auch klargemacht, was die gemeinsame Position des vom "Arbeiterkampf" fabrizierten Wirrwarrs ist: **Liquidatorentum.** Liquidatorentum deshalb, weil der ganze Streit, den der "Arbeiterkampf" mit uns austrägt, kein Streit um die Linie ist, auf der wir die Bourgeoisie besiegen können. Auf seiten des "Arbeiterkampf" geht es vielmehr darum, plausibel zu machen, daß aktuell nichts blöder wäre, als den Kampf für den Sieg, für die Revolution, für den Sozialismus zu führen – "falls man den Begriff 'aktuell' nicht in allgemeinster, nichtssagender Weise verstehen will."

Die selbständigen Streiks der Arbeiterklasse und der "Arbeiterkampf": "Besser sie wären nicht gewesen!"

Seit dem letzten Sommer, seit dem Beginn der selbständigen Streiks führt der "Arbeiterkampf" seine Polemik gegen den KBW vor allem unter der Parole "Kommunismus oder Jubel-Ökonomismus". Es wurde dem KBW vorgeworfen, mit der Propagierung der selbständigen Streiks, mit genauen Berichten über Ablauf und Ergebnis der Streiks, "den Spontaneismus und Ökonomismus zur Politik" zu erheben, statt "politische Klarheit über die Bedingungen unseres Kampfes" zu schaffen, bloß "auf jeden Funken kräftig (zu) blasen, in der Hoffnung, daß ein Brand daraus wird."(Arbeiterkampf Nr.30, S.8)

Nun ist es in der Tat so, daß Genossen im KBW ökonomistische Positionen vertreten haben und in der Politik des KBW ökonomistische Fehler gemacht wurden und werden.
Auf der Gründungskonferenz mußte einem ganzen Sortiment ökonomistischer Anschauungen der Kühl-Maier-Thesen entgegengetreten werden; der Sekretär des ZK hat in seinem politischen Bericht vom 13.Oktober 73(KVZ Nr.5) festgestellt, daß Zugeständnisse an den rechten Opportunismus sich noch in der beschlossenen taktischen Hauptresolution in der Frage der selbständigen Streiks niedergeschlagen haben und daß "der Rechtsopportunismus gegenwärtig" im KBW "die Hauptgefahr" ist; der Sekretär der Ortsleitung Hamburg hat in seinem Bericht ökonomistische Fehler, z.B. "Fixierung auf den Lohnkampf"(S.9) in der Politik der Ortsgruppe Hamburg kritisiert. Die Auseinandersetzung mit dem Ökonomismus in den eigenen Reihen ist also innerhalb des KBW von Anfang an geführt worden, und zwar öffentlich, für alle interessierten Menschen sichtbar. Wir halten dies hier nur deshalb fest, weil der "Arbeiterkampf" so tut, als hätte es seines Scharfsinns bedurft, um solche Fehler aufzufinden, und sich in seiner Kritik vorwiegend auf die Kühl-Meier-Thesen und die "WAHRHEIT" (Politische Zeitung des damaligen KBB) beruft.

Es fragt sich aber, ob die Polemik des "Arbeiterkampf" diese Fehler richtig herausarbeitet, was er meint, wenn er vom Ökonomismus des KBW spricht, und welche Politik er stattdessen vorschlägt.
Gehen wir dabei aus von der Stellung zu den selbständigen Streiks. In der taktischen Hauptresolution des KBW heißt es: "Auf die verschärfte Ausbeutung, die Ausplünderung auf dem Warenmarkt und die Knebelung des Lohnkampfes, verbunden mit der Aushöhlung des Tarifwesens (1), die durch

(1) Was "die Zeit zwischen den Tarifrunden aus einer Zeit, in der sich die Arbeiter auf den nächsten Kampf vorbereiten, in eine Zeit verwandelt, in der die Arbeiter zwischen zwei unzureichenden Abschlüssen den Angriffen der Kapitalisten durch Steigerung der Arbeitshetze und

die Gewerkschaftsführung und die Kapitalisten betrieben wird, antwortet die Arbeiterklasse immer häufiger mit Streiks in einzelnen Betrieben. Die Kommunisten müssen sich nicht nur auf die Möglichkeit solcher Streiks einstellen, sondern alles daran setzen, daß diese Streiks mit einem möglichst hohen Grad an Bewußtsein und Organisation eingeleitet werden. (Ergebnisse der Gründungskonferenz, S.40)

Mit dieser taktischen Festlegung – auf dem festen Boden von Programm und Statut – ist der KBW darangegangen, auf der Basis der Untersuchung des internationalen und nationalen Klassenkampfes die Aufgaben der Kommunisten zu bestimmen. Durch die beschlußmäßige Festlegung seiner Linie hat er damit nicht nur die Voraussetzungen geschaffen zur Weiterentwicklung der Linie – denn politische und ideologische Klarheit gedeiht nur dort, wo Positionen ihren nachprüfbaren Niederschlag finden –, sondern auch die Voraussetzungen für einheitliche Ausrichtung und einheitliches Handeln seiner gesamten Organisation. Denn die klare Einschätzung der gegenwärtigen Klassenkampfsituation und der Aufgaben der Kommunisten ermöglicht die Korrektur von Fehlern, die die Kommunisten immer dann begehen müssen, wenn sie subjektiv und einseitig an die Klassenkämpfe herangehen, wenn jedes überraschende Ereignis sie in große politische Verwirrung stürzt und – da sie eigentlich ausgegangen waren von einer Sicht der allmählichen Entwicklung der Klassenkämpfe, – jede sprunghafte Entwicklung sie aus den Wolken fallen und auf spontane Bewegungen bloß noch reagieren läßt.

So aber erging es dem KB Nord in diesem Jahr angesichts der selbständigen Streiks. So konnten die Leser seiner Zeitschrift z.B. im August erfahren: "Anders als 1969. Die von den meisten linken Gruppen propagierte Illusion eines unmittelbar bevorstehenden "neuen 69", einer Wiederholung der damaligen "wilden" Streikbewegung, hat sich nicht erfüllt." (AK Nr.32, S.5)

Diese Einschätzung brachte der "Arbeiterkampf" in einer Situation vor, in der der bisherige Verlauf des Jahress, das Nichtabreißen spontaner Streiks, die anhaltende Preistreiberei und Verschärfung der Arbeitshetze, klargemacht hatten, daß die Welle der selbständigen Streiks andauern und anwachsen würde. Innerhalb von zwei Wochen streikten über 80 000 Arbeiter vor allem in der Metallbranche. (2)

Es ist nicht sehr verwunderlich, daß die "Arbeiterkampf"-Autoren nicht so recht in der Lage waren, die Entwicklung richtig zu beurteilen, leugnen sie doch – abgesehen davon, daß sie sich nicht auf die geringste Festlegung programmatischer und taktischer Positionen stützen zu können, da so etwas nicht im KB existiert - den Aufschwung der Arbeiterbewegung, der vor aller Augen vor sich geht. Hier lassen sie sich auch durch die Wirklichkeit nur ungern korrigieren. So haben sie es zwar aufgegeben, vom "Abschwung" (z.B. "Unser Weg"-Extra zum Aufbau eines SSB, Januar 1972) zu reden, setzen aber alles daran, die Kämpfe der Arbeiterklasse zu leugnen oder zumindest in ihrer Bedeutung zu relativieren. Um so mehr betonen sie die Stärke und Heftigkeit des Klassenkampfes von Seiten der Bourgeoisie. Der Genosse J.Schmierer hat im Nachtrag zu seinem Artikel "Die gegenwärtige Klassenkampfsituation und die Aufgaben der Kommunisten"(Kommunismus und Klassenkampf Nr.1 S.19f) richtig festgestellt, daß die ganze Position des "Arbeiterkampf" auf die Leugnung der Arbeiterklasse als fortschrittliche und revolutionäre Klasse und die Setzung der Bourgeoisie als frei handelnde Klasse hinausläuft (was das absolute Gegenteil einer reaktionären Klasse wäre)". und daß dieser Position "die Auffassung zugrunde (liegt), daß die Bourgeoisie aus irgendwelchen Gründen von sich aus und aus Lust und Laune sich nicht mehr damit zufrieden gibt, daß die Arbeiter bloß dem stummen Zwang der Verhältnisse unterworfen sind, die in ruhigen Zeiten durchaus reichen, um die Arbeiter an die Kette zu legen, sondern zum Angriff auf die Arbeiterklasse übergeht, ohne daß diese überhaupt gegen die Verhältnisse rebellieren würden."

So erging es dem "Arbeiterkampf" nicht nur wie einer ganzen Reihe politisch unaufgeklärter Bürger, die im Klassenkampf des Proletariats eine Art "Störung" des normalen Ganges der Gesellschaft sehen und nicht als deren notwendiges und wesentliches Produkt (an das man sich wird wieder "gewöhnen" müssen), sah er die selbständigen Streiks nicht als Anfang vom Ende des relativen Klassenfriedens in der BRD, **nicht als Beginn des Krieges** der unterdrückten Klasse, sondern nahm er gar die Haltung ein: "Besser wäre es gewesen, sie hätten nicht stattgefunden."

Denn erstens seien die Streiks durch die Kapitalisten bewußt provoziert worden, die extra einen harten Kurs eingeschlagen hätten, und zweitens sei dies gerade aus dem Grunde geschehen, um den Arbeitern ein Waterloo zu bereiten."Allgemein ist es vielmehr so, daß die Arbeiter Niederlagen erleiden. Mehrfach zeigt sich klar, daß die Kapitalisten es offen darauf anlegen, es zu einer Kraftprobe mit den kampfwilligen Metallern kommen zu lassen, um ihnen für längere Zeit das Rückgrat zu brechen."(AK Nr.30, S.7) Als Beispiel wird hierfür Klöckner angeführt. Die Kapitalisten hätten dadurch, daß sie beim Abschluß des Lohnrahmen-Tarifvertrages unterschiedliche, z.T.geringe, z.T. gar keine Lohnerhöhungen für die Arbeiter durchgesetzt hätten, "die Konfrontation zu einer Kraftprobe zwischen Kapital und Arbeit verschärfen" wollen (AK Nr.31, S.2). Hier offenbart sich der ganze Widersinn der Argumente der "Arbeiterkampf"-Redakteure. Versucht die Bourgeoisie – die natürlich durch die Verschärfung der internationalen Konkurrenz gezwungen ist, den Angriff auf den Reallohn mit aller Schärfe vorzutragen – durch geringe Zugeständnisse und Spaltung der Belegschaft um den Kampf in einer Situation herumzukommen, in der bei Klöckner die Auftragsbücher voll sind und die Produktion auf Hochtouren läuft, dann macht der "Arbeiterkampf " daraus ein großangelegtes Manöver, um die Arbeiter zu einem Kampf zu provozieren, in dem die Arbeiter nicht bestehen können. Doch wenn es so wäre: Könnte die Bourgeoisie als "bewußt handelnde und verantwortliche (und wir möchten noch hinzufügen: kühl rechnende) Klasse" (AK Nr.31, S.27) den Klassenkampf nicht billiger bekommen haben? Denn was sollte sie veranlaßt haben, auch noch etwas zu bezahlen, wenn doch der kürzeste Weg zur angestrebten Konfrontation der des Nichtzahlens gewesen wäre?

Auf solch ausgemachten Unfug, dem es sogar noch an aller Logik gebricht, können nur die Gemüter stoßen, die die Arbeiterbewegung für so schwach halten, daß, wenn es zum Kampf kommt, sie sich bloß fragen, durch welche Klügelei die Bourgeoisie wohl diesen Kampf nun wieder vom Zaune gebrochen haben könnte.

Diese politische Haltung läßt sich nun mal nur "Starren auf

---

durch Preistreiberei ausgeliefert sind, ohne sich im offiziellen Rahmen der gewerkschaftlichen Organisation zur Wehr setzen zu können" (Gewerkschaftsresolution, Ergebnisse . . .S.57)

(2) Der KBW selbst wurde trotz seiner Einschätzung, daß die selbständigen Streiks sich verstärken würden, in gewisser Weise überrascht. Allgemein bestand im KBW die Vorstellung eines "heißen Herbst", statt zu sehen, daß das entscheidende Datum für das Wiederaufflammen der Streikbewegung nicht der Herbst sein konnte, sondern die volle Wiederaufnahme der Arbeit nach der Urlaubszeit.

die Bourgeoisie" nennen, auch wenn das dem "Arbeiterkampf" nicht passen mag (AK Nr.31, S.28).
Und so erscheint es dann auch als das eigentliche Resultat der selbständigen Streiks für die Arbeiter, daß sie wieder einmal der Spielball der Bourgeoisie gewesen sind, daß sie auf die Manöver der Kapitalisten wieder einmal hereingefallen sind und danach dumm dastehen: "Die sind schlauer als wir. Die haben sowas gelernt. Wir Idioten rennen ins offene Messer", wie ein Vertrauensmann bei Klöckner es ausdrückte. "Oder" wie ein Arbeiter dort nach dem Streik sagte: "Wir sind wie gebrochene Hunde"(AK Nr.30, S.7).

Jedem, der die Kämpfe im vergangenen Jahr einigermaßen bewußt miterlebt hat, wird die Absurdität der Schlußfolgerungen des "Arbeiterkampf" ins Auge springen. Selbst die bürgerliche Presse konstatierte "selbstbewußteres Verhalten der Arbeitnehmer" (Spiegel, Nr.36). So konnte auch der KB Nord nicht umhin, sich in seiner Einschätzung, daß durch ihren Aufschwung sich die Arbeiterbewegung das Grab der Resignation schaufele, hin und wieder durch die Wirklichkeit belehren zu lassen. Selbstkritisch mußten die Frankfurter Vertreter des KB-Nord ihre Schlußfolgerungen aus dem "Arbeiterkampf" Nr.32 korrigieren. "Sie (die ATE-Kapitalisten) haben es vorerst geschafft, den Abwehrkampf der Kollegen gegen verstärkte Ausbeutung und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen niederzuringen und die Kampfbereitschaft der Arbeiter in Resignation umzuwandeln.!" (Zit. nach AK Nr.37, S.7). Denn: "Noch während der ATE-Artikel bei der AK-Redaktion lag, wurde im Werk erneut gestreikt", heißt es in einer "Anmerkung" der "Arbeiterkampf"-Redaktion (ebd.). – Allerdings eine makabre Situation, in der die Kommunisten über Resignation philosophieren, während die Arbeiter bereits einen weiteren Streik organisieren und durchführen! – Zudem machte es die Frankfurter Genossen doch nachdenklich als sie die Position des "Arbeiterkampf" konsequent zu Ende dachten: "Bei uns hatte sich Anschauung eingeschlichen, daß sich die negativen Kampferfahrungen aus den spontanen Kämpfen sozusagen potenzieren, was ja bedeuten würde, daß nach einer bestimmten Zeit der Punkt kommt, wo gar nichts mehr läuft. Danach wäre es ein Rätsel, wieso es nach über 100 jährigem Bestehen des Kapitalismus überhaupt noch spontane Kämpfe geben kann".(ebd.)
Dies entlarvt schlagend die ganze Unsinnigkeit der Theorie von der Bourgeoisie als "bewußt handelnder und verantwortlicher Klasse", die die Klassenkämpfe lenkt, während Gott denkt.
Gegen die **konsequente** Anwendung dieser Theorie in den eigenen Reihen muß der "Arbeiterkampf" zunehmend zu Felde ziehen, da hier ihr liquidatorischer Charakter **offen** zutage tritt:

Ein weiteres Beispiel ist die Auseinandersetzung mit der KB-nahen Studentenzeitschrift "Solidarität" zum Kampf des griechischen Volkes. Die "Solidarität" hatte die Ansicht vertreten, durch die "Massenaktionen (des griechischen Volkes) vom November wird dieses Ziel (Sturz der Militärjunta) . . .noch schwerer zu erreichen sein. Die Niederlage wird viele Antifaschisten in die Resignation treiben"(zit. nach AK Nr.37, S.20). Der "Arbeiterkampf" kritisierte: "Die prinzipiell richtige Fragestellung der Provozierung von Kämpfen durch die Bourgeoisie, der Resignation etc. wird bis zur völligen Unsinnigkeit getrieben, unter dem Strich bleibt nur noch die Resignation." (ebd.) Diese "Übertreibung" sei notwendig gewesen, solange "die Tendenz zum schlichten Hochjubeln der spontanen Arbeiterkämpfe vorherrschte". Nun, dies scheint gründlich ausgerottet: "Die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Kapitalisten werden (durch die konzertierte Aktion) aus den Betrieben herausgenommen und an die 'grünen Tische' verlegt, wo sie der demokratischen Kontrolle der Arbeiter entzogen sind. Deshalb führte die 'Konzertierte Aktion' auch – unabhängig von den jeweiligen wirtschaftlichen Ergebnissen – langfristig auch zur Abstumpfung des Klassenbewußtseins der Arbeiter, die nicht mehr **Subjekt**, sondern **Objekt** der Tarifauseinandersetzungen sind," schrieb der "Metallarbeiter" Nr.12, Hamburger Branchenzeitung des KB-Nord. Der Kern aller dieser Positionen ist immer derselbe: die Arbeiterklasse erscheint bloß als das Objekt des Klassenkampfes, den die Bourgeoisie führt und ist ihm blind ausgeliefert. Da diese Konsequenzen jedoch keineswegs den Positionen des "Arbeiterkampf" zuwiderlaufen, sondern vielmehr gerade den Anschauungen entspringen, die der "Arbeiterkampf" verbreitet, und diese auf den von ihren Urhebern "nicht gewollten" Punkt bringen, muß es der Kritik des "Arbeiterkampf" ergehen wie der Stimme des Rufers in der Wüste.

"Kämpfen, unterliegen, nochmals kämpfen, wieder unterliegen, erneut kämpfen und so weiter bis zum Sieg – das ist die Logik des Volkes" (Mao Tse-tung, "Weg mit den Illusionen, zum Kampf bereit sein!", zit. nach AK Nr.37, S.20) – dies wird man nur dann richtig im Kopf behalten können, wenn man "prinzipiell" nicht von der Bourgeoisie ausgeht, sondern von folgendem: "Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst hinweggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihre eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich." (Marx/Engels, Kommunistisches Manifest, zit. nach "Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus – Schulung", S.18f.), und die Klassenkämpfe als Voranschreiten auf dem Wege des Unterganges der einen und der Sieg der anderen Klasse begreift.

H. L., Hamburg

nationale befreiung

3

Inhalt:

- **Geschichte der Arbeiterbewegung Indonesiens**
- **Selbstkritik der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI)**
- **Neues Programm der PKI von 1966**

Bestellungen an:
VERLAG JÜRGEN SENDLER, 69 Heidelberg
Lutherstraße 44 a

Der Charakter der chilenischen Revolution

Chile: Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus

"Es kann niemand behaupten, daß es an Kräften innerhalb der Massen gefehlt hat, in jedem einzelnen dieser politischen Momente in die Öffentlichkeit zu treten. Was fehlte, war eine revolutionäre Entscheidung. Statt ihrer siegte der versöhnlerische Geist, der zu nichts anderm führen kann als zur Zerstörung der revolutionären Errungenschaften."
(aus: Tarea Urgente – Wichtige Aufgabe – vom 24.8.1973 Tarea Urgente war das Organ der Cordones Industriales von Santiago)

Die Verstärkung der Massenkämpfe in nahezu allen lateinamerikanischen Ländern als Reaktion auf den faschistischen Putsch, die zahllosen Sympathiekundgebungen für den Kampf des chilenischen Volkes in allen Teilen der Welt zeugen von der Ausstrahlungskraft des Versuchs eines Volkes, den Imperialismus zu schlagen und den Sozialismus aufzubauen; sie zeugen davon, daß die Völker Lateinamerikas immer weniger bereit sind, die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung weiter zu erdulden.

"In Chile kämpft Lateinamerika" schrieben die Verfasser der "Resistencia" auf das Titelblatt der Zeitung. Sie brachten damit zum Ausdruck, daß das chilenische Volk die Avantgare der Völker des lateinamerikanischen Kontinents ist.
Diese Avantgarde-Rolle besteht nicht allein darin, daß das chilenische Volk als erstes dieser Völker diesen Kampf auf allen Ebenen aufnahm und dabei die bisher größten Fortschritte erzielte; sie besteht insbesondere darin, daß der Zeitraum 1970–1973 das Ende der mechanischen und subjektivistischen Übertragung der Erfahrungen und Methoden der kubanischen Revolution auf andere Länder Lateinamerikas darstellen wird. Diese falsche Verallgemeinerung bestand im Ausspielen der "Propaganda der Waffe" gegen die "Waffe der Propaganda". Das Verhältnis von Propaganda und bewaffnetem Kampf war auf den Kopf gestellt: Der bewaffnete Kampf wurde nicht als höchste Form des Massenkampfes begriffen, sondern als dessen Voraussetzung. Dies führte zur vollständigen Vernachlässigung der Massenarbeit und ist nicht zuletzt dafür verantwortlich, daß es beispielsweise dem brasilianischen Militärregime gelungen ist, die Revolutionäre völlig unter den Massen zu isolieren und ihren Vernichtungsfeldzug mit großem Erfolg zu betreiben.

Diese Fehler, die in der gesamten lateinamerikanischen Linken weitverbreitet waren und es heute noch sind, können zu einem gewissen Teil als historisch notwendig betrachtet werden. Einmal kann sich keines dieser Völker auf die Tradition und Erfahrung einer breiten Arbeiterbewegung stützen; sehr kurze Perioden revolutionären Aufschwungs wurden immer wieder abgelöst von langen Perioden heftigster Unterdrückung oder populistischer Illusionen. Mit Ausnahme Chiles spielten die kommunistischen Parteien insbesondere nach dem 2. Weltkrieg ein kärgliches Randdasein. Zum andern stand die Entstehung und Verbreitung marxistisch-leninistischen Gedankenguts vor der objektiven Schranke unreifer kapitalistischer Verhältnisse. In weiten Teilen der Landwirtschaft des Kontinents durchdringen sich heute noch feudalistische und kapitalistische Strukturen in der Produktionsweise. Das Proletariat und das Subproletariat in den wenigen industriellen Zentren besteht zu breiten Teilen aus in diese Zentren aus den völlig verarmten, riesigen Landgebieten eingewanderten Massen, die, aus jahrhundertelang bestehenden Verhältnissen herausgerissen, noch immer mit kleinbürgerlichen Ideen aller Art behaftet sind.

Zumindest die erste dieser beiden Bedingungen hat sich mit dem Kampf des chilenischen Volkes geändert. Dabei ist es in dieser Beziehung von untergeordneter Bedeutung, daß das chilenische Volk mit dem 11.9.1973 nocheinmal eine Niederlage erlitten hat. Weit wichtiger ist es, daß in den drei Jahren der UP–Regierung die lateinamerikanische Arbeiterbewegung lernen konnte, daß es einzig und allein die Massenarbeit auf allen Ebenen war, die schließlich das Volk so nahe an die Macht brachte, wie es bisher noch nirgends auf dem lateinamerikanischen Kontintent der Fall gewesen ist. Ohne an dieser Stelle näher auf den Charakter dieser Massenarbeit einzugehen, können wir feststellen, daß die Bedingungen zur revolutionären Verarbeitung der Erfahrungen des chilenischen Volkes günstig sind:

- Die Linke in verschiedenen Ländern Lateinamerikas befindet sich gegenwärtig in einem Prozeß der Selbstkritik, deren wesentlicher Punkt die bisherige Vernachlässigung der Massenarbeit ist. Die drei Jahre UP-Regierung werden diesen Prozeß beschleunigen und die Fronten schärfer herausstellen.
- Das Debakel des Reformismus und des Revisionismus in Chile wird in ganz Lateinamerika die Linie der Revolution schärfer von der Linie der Reform trennen. Die revisionistischen Kommunistischen Parteien unterliegen vor den Massen der Probe auf die Wirklichkeit. Wir wollen keinen falschen Automatismus predigen, der die Massen von diesen Parteien löst – wir kennen die Demagogie dieser Führer und werden sie auch im folgenden für Chile aufzeigen – es kommt jedoch niemand darum herum, festzustellen, daß sich das Kräfteverhältnis im Kampf zwischen proletarischer Linie und bürgerlicher Linie in der Arbeiterklasse an der ideologischen Front zugunsten der proletarischen Linie verändert hat.
- Die ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der lateinamerikanischen Arbeiterbewegung werden vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Krise des Imperialismus geführt. Die historische Erfahrung zeigt, daß in Situationen, in denen die Imperialisten in erster Linie mit ihrem eigenen Überleben beschäftigt waren, die Widersprüche zwischen den lateinamerikanischen Nationen und ihren Unterdrückern sich außerordentlich zuspitzten. Aufgrund

der Schwäche der Imperialisten konnten die nationalen Bourgeoisien bisher vom Imperialismus beherrschte Bereiche erobern und an den Aufbau einer selbständigen kapitalistischen Wirtschaft gehen. In diesen Prozeß wurde die werktätige Bevölkerung miteinbezogen, wobei die nationale Bourgeoisie die Führung innehatte: Sie bestimmte die Ziele und die Spielregeln. Das ist der Kern des Populismus. Er zeigt zweierlei: die Schwäche der Arbeiterbewegung, die sich Ziele und Spielregeln diktieren ließ, und auf der anderen Seite die Stärke der nationalen Bourgeoisie, die in der Lage war, ihre Ziele und Spielregeln auch dem Imperialismus gegenüber durchzusetzen. Nirgendwo jedoch hatte der Populismus Bestand; er zerbrach, sobald die Imperialisten ihre internen Geschäfte erledigt hatten und wieder verstärkt an die Unterdrückung und Ausplünderung der "3.Welt" gehen konnten. Dem ökonomischen und politischen Druck des Imperialismus hatte die Bourgeoisie nichts entgegenzusetzen. Sie kapitulierte meist sang- und klanglos. Wenngleich sich die Widersprüche zwischen Imperialismus und diesen Nationen in den Epochen des Populismus zuspitzten, können die Populistischen Regimes objektiv als Statthalter des Imperialismus betrachtet werden.

In der gegenwärtigen Krise des Imperialismus ist die populistische "Alternative" weniger denn je Perspektive für die Arbeiterklasse. Was als zweiter Frühling Perons angekündigt war, entpuppt sich als Spätherbst: Die Massen lassen sich den Peronismus nicht mehr aufschwätzen, das Kräfteverhältnis hat sich zugunsten der Arbeiterklasse verschoben. Die mit der Krise des Imperialismus notwendig erfolgende Zuspitzung der Widersprüche werden somit nicht mehr die Widersprüche zwischen imperialistischer und nationaler Bourgeoisie sein, sondern sie werden die Widersprüche zwischen den Interessen des Imperialismus und den historischen Zielen der Arbeiterklasse sein.

Daraus folgt, daß Lateinamerika mehr und mehr zu einem der schwächsten Kettenglieder des Imperialismus wird. Soll uns diese Entwicklung nicht unvorbereitet treffen, wie es mit den Klassenkämpfen in Chile teilweise der Fall war, wollen wir die Kämpfe dieser Völker in ihrer Bedeutung entsprechend propagieren und unterstützen und wollen wir in der antiimperialistischen Bewegung eine führende Rolle einnehmen, dann müssen wir die Untersuchung und Diskussion der Klassenkämpfe in Lateinamerika zu einem untrennbaren Bestandteil unserer Arbeit machen.

Aus diesem Grund haben wir bewußt einen Teil des folgenden Artikels zu einer systematischen Etappenbestimmung der chilenischen Revolution verwendet und beantworten damit gleichzeitig einige Kritiken, die an den Chile-Artikeln in der KVZ innerhalb und außerhalb des KBW geübt worden sind. Dabei sind wir nicht der Meinung, daß diese Etappenbestimmung für alle lateinamerikanischen Länder zutrifft, glauben jedoch für die Untersuchung der Etappen in anderen Ländern mehr Klarheit geschaffen zu haben.

Neudemokratische oder sozialistische Revolution in Chile?

I.

Mao Tse-tung schreibt über die chinesische Revolution: "In ihrem ersten Stadium, ihrer ersten Phase, ist zwar diese Revolution der Kolonien und Halbkolonien dem gesellschaftlichen Charakter nach im wesentlichen immer noch eine bürgerlich-demokratische und ihre Forderung gilt der Wegbereitung für eine Entwicklung des Kapitalismus"; jedoch hat nicht die Bourgeoisie die Führung inne, sondern sie ist "eine Revolution von neuem Typus, die unter der Führung des Proletariats steht und in ihrem ersten Stadium die Errichtung einer neudemokratischen Gesellschaft, den Aufbau eines Staates der gemeinsamen Diktatur der revolutionären Klassen zum Ziel hat." (Über die Neue Demokratie, Ausgewählte Werke II, S.401) Die neudemokratische Revolution war notwendig, weil die "bürgerlich-demokratische Revolution . . . bis heute unvollendet geblieben (ist), . . . weil ihre Feinde noch außerordentlich stark sind." (ebda., S.400)

In die "Chinesische Revolution und die KP Chinas" konkretisiert Mao die Notwendigkeit der neudemokratischen Revolution durch die Analyse der herrschenden Produktionsweise. Er beschreibt, wie die japanischen Imperialisten China in eine Halbkolonie verwandelten, Es wurden nicht nur große Teile Chinas besetzt, darüber hinaus "führten sie ihr besonderes Herrschaftssystem ein, ein System, das von dem chinesischen Verwaltungssystem und der chinesischen Gerichtsbarkeit völlig unabhängig war, das heißt ein imperialistisches Kolonialsystem." (Die chinesische Revolution und die KP Chinas, Ausgewählte Werke II, Anm.20, S.388) "Sie übten die Kontrolle über Chinas Zollhoheit, Außenhandel und Verkehrswesen (See-, Land-, Binnenwasser- und Luftwege) aus." (ebda. S.361)

Um China als ihre Halbkolonie zu erhalten, "verbündeten (sie) sich vor allem mit den herrschenden Schichten der früheren sozialen Ordnung – mit den feudalen und der Handels- und Wucherbourgeoisie – gegen die Mehrheit des Volkes. Überall versucht der Imperialismus die vorkapitalistischen Formen der Ausbeutung (insbesondere auf dem Lande), die die Grundlage für die Existenz seiner reaktionären Bundesgenossen sind, zu erhalten und zu verewigen." (ebda. S.361, Mao zitiert aus den Thesen des VI. Weltkongresses der Komintern über die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und Halbkolonien) Aus dieser "Koalition des ausländischen Imperialismus mit dem einheimischen Feudalismus" (ebda. S.363) folgt, "daß die Grundlage des Systems der feudalen Ausbeutung – die Ausbeutung der Bauern durch die Grundherrenklasse – nicht nur weiter beibehalten (wird), sondern sie nimmt in Verbindung mit der Ausbeutung durch das Kompradoren- und das Wucherkapital eine eindeutig dominierende Stellung im sozialökonomischen Leben Chinas ein." (ebda. S.362) (01)

Die grundlegenden Widersprüche der chinesischen Gesellschaft waren somit "der Widerspruch zwischen dem Imperialismus und der chinesischen Nation sowie der Widerspruch zwischen dem Feudalismus und den breiten Volksmassen." (ebda. S.363) Aus dieser Analyse ergibt sich, daß die chinesische nationale Bourgeoisie zu den revolutionären Klassen zählt; aus ihren Interessen an der Überwindung der feudalen Verhältnisse und am Aufbau eines selbständigen nationalen Kapitalismus folgt ihr Interesse an der Vertreibung der Impe-

(01) "Kompradorenbourgeoisie" bezeichnet jeden Teil der Bourgeoisie, der "unmittelbar im Dienst der Kapitalisten der imperialistischen Länder steht und von diesen gemästet wird; sie ist durch Tausende Fäden mit den feudalen Kräften des Dorfes verbunden." (Mao, Die chinesische Revolution . . . Ausgewählte Werke Bd.II, S.371) Ihre Verbindung zu den feudalen Kräften des Dorfes besteht hauptsächlich darin, daß sie sich im Sektor des (Außen-) Handels mit den Produkten der Landwirtschaft ansiedelt. Diese Produkte der Landwirtschaft stellen für die Kapitalisten der imperialistischen Länder Luxusartikel dar; damit sie diese landwirtschaftlichen Produkte beziehen können, ist die Kompradorenbourgeoisie unerläßlich für sie.

rialisten. Nur durch die Vertreibung der Imperialisten können die feudalen Kräfte geschwächt werden: "Stürzt man nicht die Herrschaft des Imperialismus, so kann man die Herrschaft der feudalen Grundherrenklasse nicht beseitigen, denn der Imperialismus ist ihre wichtigste Stütze." (ebda. S.363)

Die neudemokratische Revolution ist somit nicht nur notwendig, sie ist aufgrund der revolutionären Rolle der nationalen Bourgeoisie möglich und findet ihren politischen Ausdruck in der gemeinsamen Diktatur aller revolutionären Klassen: des Proletariats, der Bauernschaft und der nationalen Bourgeoisie. Sie muß, was die Wirtschaft betrifft, "den Weg der Regulierung des Kapitals und des Ausgleichs der Bodenrente" gehen. Die monopolistischen in- und ausländischen Konzerne werden enteignet und unter Kontrolle des Staates gestellt, während von einer allgemeinen Abschaffung des Kapitals nicht die Rede sein kann. Auf dem Land bedeutet dies die Verwirklichung der Losung "Jedem Pflüger sein Feld", das heißt Konfiszierung des grundherrlichen Bodens und Überführung in Privateigentum der Bauern.

Wir haben die wichtigsten Äußerungen Mao Tse-tungs zur Frage der neudemokratischen Revolution unter anderem auch deswegen dargestellt, weil innerhalb und außerhalb des KBW die Position vertreten wird, in Chile stand und stehe eine neudemokratische Revolution auf der Tagesordnung. Die Implikationen einer solchen Position sind klar: Es wird dann davon ausgegangen, daß Chile ein halbkoloniales, halbfeudales Land ist, dessen Gesellschaft neben dem Widerspruch der chilenischen Nation zum Imperialismus durch den Widerspruch zwischen dem Feudalismus und den breiten Volksmassen gekennzeichnet ist. Die einheimische Bourgeoisie ist dann eine nationale Bourgeoisie, das heißt ihr wird eine revolutionäre Rolle zugeschrieben, die von daher rührt, daß die vom Imperialismus genährten feudalen Kräfte die Entfaltung des Kapitalismus hemmen: Der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und dem Proletariat muß bei dieser Position nebensächlich sein. (vgl. ebenda, S.363. Am Rande bemerkt: Diese Position impliziert auch, daß zumindest in einem Punkt die revisionistische KP Chiles recht gehabt hätte: in der Frage der Verstaatlichungen, in der sie nicht fortschreiten, sondern die neue Lage sich konsolidieren lassen wollte. Ihre Angriffe auf alle Positionen links von ihr wären in dieser für Chile sehr wichtigen Frage genauso berechtigt gewesen wie Maos "Zurückweisung der linken Phrasendrescherei". Wir werden auf dieses vermeintliche Paradoxon noch genauer eingehen.)

II.

Die spanische Kolonie Chile erlangte nach mehreren Unabhängigkeitskriegen gegen die spanische Krone und ihre peruanischen Handlanger 1818 die Unabhängigkeit. Treibende Kräfte der Unabhängigkeitsbestrebungen waren die feudalen Großgrundbesitzer und die Handels- und Bergbaubourgeoisie, aus der sich eine junge und schwache Industriebourgeoisie rekrutierte.

In der Folgezeit kennzeichnet der Konflikt zwischen der Feudaloligarichie und ihren Verbündeten im Handel und Bergbau einerseits und der Industriebourgeoisie auf der anderen Seite die chilenische Geschichte bis weit ins 20. Jahrhundert hinein – nicht nur, was den Kampf der letzteren um die politische Macht betrifft, die unabdingbare Voraussetzung für die Industrialisierung des Landes war, sondern auch, weil diese Konflikte sehr genau anzeigten, auf welche Klasse sich die eindringenden Imperialisten stützten.

Eine Etappe dieses Machtkampfes der Agraroligarchie und der mit ihr verfilzten Kompradorenbourgeoisie einerseits und der Industriebourgeoisie andererseits muß besonders hervorgehoben werden: die "Ära Balmaceda". Balmaceda, von 1886 bis 1891 Präsident Chiles, läutete die Epoche des Populismus in Lateinamerika ein. Seine Regierung vertrat als erste in Lateinamerika die Interessen der nationalen Bourgeoisie.

Die chilenische Industriebourgeoisie hatte während des Salpeterkrieges 1879–84 mächtigen Aufschwung erfahren. Ihr Aufschwung bestand nicht nur darin, daß früher importierte Produkte aufgrund von Devisenbewirtschaftung nun im Land selbst produziert werden mußten, wodurch die materielle Basis der nationalen Bourgeoisie verbreitert wurde; vielmehr verbreiterte sich auch die kapitalistische Ideologie. Als das Ergebnis des Salpeterkrieges darin bestand, daß die Salpeterminen in britischen Besitz gelangten und der nationalen Bourgeoisie und den Anhängern ihrer Ideologie im Kleinbürgertum klar wurde, daß der britische Imperialismus die chilenische Wirtschaft beherrschte, war es für diese fortschrittlichen Kräfte verhältnismäßig einfach, sich durchzusetzen.

Balmaceda, ihr Präsident, versuchte seine Aufgabe auf die gleiche Weise zu erfüllen, wie es alle Populisten nach ihm taten: Nach außen versuchte er den britischen Imperialismus gegen den deutschen und den US-amerikanischen auszuspielen, nach innen versuchte er die Industriebourgeoisie durch Importbeschränkung und höhere Besteuerung der Exporte zu begünstigen. Gleichzeitig wurden der Industriebourgeoisie über den Ausbau des Schul- und Bildungswesens qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt; die stark anwachsende ökonomische Tätigkeit des Staates verbreiterte das Proletariat und begann das bisher unerschöpfliche Arbeitskräftereservoir zu leeren.

Die Revolte der nationalen Bourgeoisie scheiterte, als die Statthalter des Imperialismus zum Angriff bliesen. Die Identität der imperialistischen mit den Interessen der Grundbesitzer und der Kompradorenbourgeoisie fand ihren sichtbaren Ausdruck darin, daß die britische Marine in den Bürgerkrieg eingriff. (1)

Die folgenden 30 Jahre waren düstere Zeiten für die nationale Industriebourgeoisie. Die Oligarchie hatte die Staatsgeschäfte fest in der Hand und konnte mit der Unterstützung des US-Imperialismus rechnen, dem sie Tür und Tor öffnete. 1918 betrug der Anteil der US-Konzerne an der Kupferproduktion in Chile 87 %, während er wenige Jahre zuvor so gut wie null war. Was in dieser Zeit von den Reformen Balmacedas bestehen blieb, geht aus keinem der Bücher und Publikationen hervor, die zu Chile erschienen sind. (2) In jedem Fall

(1) Diese Interessenidentität bestand im wesentlichen darin, daß sowohl der Imperialismus, der im Besitz der Minen war, als auch die Oligarchie durch die höhere Exportbesteuerung in ihrer Position auf dem Weltmarkt geschwächt wurden. Und die Importsteuern verteuerten die Luxusartikel für die Oligarchie, für den britischen Imperialismus verteuerten sich Werkzeuge und Maschinen, die zur Ausplünderung der Minen importiert werden mußten, sowie die Verteuerung der zum Aufbau der Infrastruktur eingeführten Eisenbahnen. Darüber hinaus bestanden personelle und finanzielle Verfilzungen zwischen Imperialismus und Oligarchie.

(2) Arno Münsters "Chile – friedlicher Weg? " ist diesbezüglich dadurch gekennzeichnet: Alle "fortschrittlichen" Regierungen Chiles werden dahingehend untersucht, ob ihre Umgestaltungen sozialistisch gewesen sind. Dies weist darauf hin, daß er den Konflikt zwischen der nationalen Bourgeoisie und Agraroligarchie in seiner historischen Bedeutung nicht erfaßt. Seine Fragestellung führt ihn zwar richtigerweise immer zur negativen Beantwortung, gleichzeitig gerat aber das eigentlich Wesentliche dieser Regierungen – die schrittweise Machtverschiebung zugunsten der nationalen Bourgeoisie – vollständig aus dem Blickfeld.

jedoch setzte während der Regierungszeit Balmacedas die nationale Bourgeoisie programmatische Zeichen; darüberhinaus konnte sie der Unterstützung ihrer Programmatik durch die Arbeiterklasse gewiß sein, deren Lebensstandard durch die populistische Politik Balmacedas gehoben wurde und die zu selbständigen Kämpfen noch zu jung und unerfahren war.

So führten die als Reaktion auf die ungeheure Unterdrückung und Ausplünderung des Landes ausbrechenden Klassenkämpfe in den 20er Jahren dazu, daß die nationale Bourgeoisie mehrere Präsidenten stellen konnte. Sie begannen mit der Verwirklichung bürgerlich-demokratischer Forderungen dort, wo auch Balmaceda eingesetzt hatte: die allgemeine Schulpflicht von 7–15 Jahren wurde eingeführt, das Wahlalter wurde auf 21 Jahre herabgesetzt. Die Agrarreform des Präsidenten Ibanez stand im Zeichen der Mechanisierung der Landwirtschaft, ohne daß jedoch erwähnenswerte Erfolge erzielt werden konnten.

III.

Weiter festigen gegenüber der Agraroligarchie und dem Imperialismus konnte die nationale Bourgeoisie ihre Stellung durch die "Volksfront" 1938–50. Zwar fiel das Agrarreformprogramm der Volksfront hinter dem der Regierung Ibanez zurück, jedoch besaß sie ein umfangreiches Programm zur Förderung und Entwicklung der nationalen Industrie. "Der Entwicklung der Industrie, die im Schatten der monopolbeherrschten ausländischen Industrie entstanden war, galt die 1939 gegründete Corporacion de Formento a lo Produccion (abgekürzt: CORFO – Gesellschaft zur Stimulierung der Produktion, P.F.), die durch großzügige Vergabe staatlicher Kredite den Aufbau einer eigenen – bescheidenen – Stahl-, Elektro- und ölverarbeitenden Industrie bewirken sollte. Sie schuf die Grundlage dafür, daß 1950 mit einer eigenen Stahlproduktion begonnen werden konnte." (Münster, S.555f.) Aufgrund dieser Aktivitäten der nationalen Bourgeoisie, in die sie den Staat in großem Umfang miteinbezog (3), erfuhr die chilenische Industrie großen Aufschwung. Abgesehen von einer Krise 1948/49 betrug die industrielle Wachstumsrate jährlich etwa 10 %.

Ob und in welchem Maß diese industrielle Akkumulation aus in der Landwirtschaft erwirtschafteten Überschüssen finanziert wurde, geht aus keinem der Standardwerke über Chile deutlich hervor. Vieles spricht jedoch für die Verfilzung von Agraroligarchie und Industriebourgeoisie in diesem Zeitraum: Die im Vergleich zu den Profiten geringe Nettoinvestition in der Landwirtschaft oder auch die Tatsache, daß zu Beginn der 60er Jahre von den 20 größten Latifundien sich 6 im Besitz von Kapitalgesellschaften befanden.
Vor allem jedoch würde ohne diese Verfilzung der Industriebourgeoisie mit der Landoligarchie die Analyse der Frei-Ära widersprüchlich werden: "Der Aufstieg Freis bedeutete den Triumph der modernen Technokratengruppe der Mittelklasse, die von den dynamischen Kräften der Bourgeoisie, verschiedenen Fraktionen des Kleinbürgertums und Marginalschichten des Proletariats unterstützt wurde", so J.Chonchol, MAPU Landwirtschaftsminister unter Allende. (zit. nach Münster, S.70)

In der Tat hielt auch Frei sich noch an die von Balmaceda praktizierte Programmatik der nationalen Bourgeoisie. Das Schulsystem wurde weiter ausgebaut – 93,5 % der Schulpflichtigen besuchten unter Frei die Grundschulen; am hervorstechendsten jedoch sind zwei Punkte seines Programms: die "Chilenisierung" des Kupfers (4) und die Agrarreform. Wenngleich sich beide Programme auf dem Papier wesentlich radikaler ausnahmen, als sie dann praktiziert wurden, zeigen sie beide die relative Stärke der nationalen Bourgeosie. Insbesondere an der Agrarreform kann nachgewiesen werden, daß der Kapitalismus in Chile zur dominierenden Produktionsweise geworden war.

IV.

Der Akzent der Frei'schen Agrarreform lag eindeutig in der Forcierung der kapitalistischen Elemente, die nach der Volksfrontregierung in wachsendem Maß in der Landwirtschaft anzutreffen waren:
1955 waren noch über die Hälfte der landlosen Landbevölkerung "inquilinos". Als "inquilinos" werden Landarbeiter bezeichnet, die in einer Mischform von kapitalistischen und feudalistischen Ausbeutungsverhältnissen beschäftigt sind. Ein "inquilino" verpflichtet sich dem Grundbesitzer jeweils für ein Jahr. Die "Entlohnung" erfolgt teilweise in Naturalien, teilweise in Geld. Von 1955 bis 1965 soll, so Boris, die Zahl der "inquilinos" um die Hälfte abgenommen haben, sodaß sie noch etwas über 10 % der gesamten Landbevölkerung ausmachten. Parallel dazu, und die Ursache für diesen Entwicklungsprozeß darstellend, entstanden auf dem Land technisierte Mittelbetriebe, die landwirtschaftliche Produkte weiterverarbeiteten. Sie verwandelten große Teile der Landarbeiter in kapitalistische Lohnarbeiter.

Die Ursachen für die Umwälzung der Produktionsverhältnisse auf dem Land sind gleichermaßen in der Landwirtschaft selbst als auch in den Interessen der nationalen Bourgeoisie zu finden. Die Landwirtschaft befand sich in einer permanenten Krise der traditionellen extensiven Bewirtschaftung. "Setzt man 1935–39 den Pro-Kopf-Volumenindex der agropekuarischen Produktion 100, so lag er 1956/57 bei 88, oder, nimmt man 1951–53 als Basis, so ergab sich für 1965 ein Index von 94,8." (Boris, S.89) (4a) "Damit haben sich in einem halben Jahrhundert die Hektarerträge nicht wesentlich erhöht, die des Weizens haben sich sogar um 4 % verringert." (ebda. S.90)

Für sich allein genommen hätte diese Krise die traditionellen Produktionsverhältnisse wohl kaum im Kern getroffen. Die Agraroligarchie jedoch stand in ökonomischer und politischer Konkurrenz mit der Industriebourgeoisie, die mit 10 %igen Wachstumsraten aufwarten konnte. Wollte sie ihre Stellung gegenüber der Industriebourgeoisie auch nur annähernd behaupten, wurde der Übergang zur intensiven Bewirtschaftung, verbunden mit der Mechanisierung der Produktion, zum unumgänglichen Gebot. Indem sie dies in Angriff

---

Das Buch von Boris u.a. "Chile auf dem Weg zum Sozialismus" kann politisch nur schwerlich ernstgenommen werden. Außer seiner unverhohlenen Sympathie für die KP Chiles hat dieses Buch eher den Charakter eines anekdotengespickten statistischen Jahrhundertbuches.

(3) "Die Ausgaben für ökonomische Entwicklung stiegen von 1940 bis 1954 von 18 auf 24 % des Staatsbudgets an, die für Erziehung, Gesundheit und Sozialleistungen von 28 auf 37 %, während die dritte Hauptkategorie der Staatsausgaben (allgemeine Verwaltung, Polizei, Militär) von 54 auf 38 % sank." Boris u.a., S.84/85

(4) Wir gehen im folgenden nicht näher auf die Nationalisierung des Kupfers ein. Klar ist, daß nur eine relativ starke nationale Bourgeoisie auf die Idee kommen kann, dem Imperialismus die Rohstoffquellen streitig zu machen.

(4a) "Agro-pecuarische" Produktion ist die gesamte landwirtschaftliche Produktion; sie umfaßt den Ackerbau ("agricultura") und die Viehzucht ("pecuaria").

nahm, legte sie den Grundstein für die kapitalistische Produktion auf dem Lande, oder anders ausgedrückt: die Agraroligarchie begann, sich als Oligarchie selbst aufzuheben, was, gesamtgesellschaftlich gesehen, bedeutete, daß der Widerspruch zwischen Stadt und Land nicht mehr durch den Widerspruch zwischen zwei Gesellschaftsordnungen – der kapitalistischen und der feudalistischen – gekennzeichnet ist, sondern durch die Widersprüche der kapitalistischen Konkurrenz. (5)

Es muß jedoch auf die Feststellung Wert gelegt werden, daß die Agraroligarchie aus sich heraus diese Umwälzung niemals hätte vollbringen können. Sie war und ist eine durch und durch verfaulte Klasse, deren Kennzeichen es gerade ist, ihre Probleme nicht selbst lösen zu können. Was die Kapitalisierung der Landwirtschaft betrifft, trafen sich ihre Interessen mit denen der Industriebourgeoisie, und zweifellos war diese der treibende Motor.
Für die letztere war die Kapitalisierung der Landwirtschaft in zweifacher Hinsicht Existenzbedingung. Einmal ließ die Krise der Landwirtschaft Chile von einem Exporteur landwirtschaftlicher Produkte zu einem Importeur werden; was der herrschenden Klasse einst Devisen einbrachte, verschlang diese nun. Die Industriebourgeoisie, die sich in erster Linie auf die Leichtindustrie stützte, war auf diese Devisen jedoch angewiesen; sie produzierte mit veralteten Maschinen und Technologien und konnte neue nur im Ausland erwerben. Die notwendigen Devisen konnte sie selbst nicht erwirtschaften, denn ihre Produkte waren auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig.

Damit ist implizit auch der zweite Grund benannt worden. Auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig, mußte sich die Industriebourgeoisie den Binnenmarkt sichern und erweitern. Die Landwirtschaft bot bislang in keiner Hinsicht Absatzchancen: Die Landarbeiter wurden zu einem großen Teil in Naturalien "entlohnt", die Großgrundbesitzer bezogen ihre Luxusartikel eh aus dem Ausland, und die extensive, nicht mechanisierte landwirtschaftliche Produktionssphäre stellte ebenfalls keinen nennenswerten Absatzmarkt dar.

Vor diesem Hintergrund stellt die Frei'sche Landreform keinen subjektiven Kraftakt dar, sondern sie entsprach den objektiven Tendenzen. Ländereien von über 60 ha wurden "lediglich unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität enteignet, und (es) wurde nur dann stärker in die vorhandenen Strukturen eingegriffen, wenn das traditionelle Ausbeutungssystem sich als unrentabel erwies." (Münster, S.67) Die Entlohnung der "inquilinos" mußte seit der Frei'schen Landreform zu 75 % in Geld geschehen; es wurde 1967 ein Gesetz verabschiedet, das den Landarbeitern die gleichen Rechte gab wie den Industriearbeitern. (vgl. Boris, S.217) Auf 15 % der Agrarnutzfläche wurden genossenschaftliche Musterbetriebe mittlerer Größe errichtet. Sie sollten drei Jahre lang gemeinsam von den Landarbeitern und der Agrarreformbehörde bewirtschaftet werden, anschließend sollte das Land den Bauernfamilien überlassen werden.

Wenngleich in der Praxis nur ein Bruchstück dessen durchgeführt wurde, was auf dem Papier geplant war und die erhofften Produktionssteigerungen großen Ausmaßes ausblieben, so ist die Tendenz doch unverkennbar: die Schaffung vieler, auf intensive Produktion angewiesener Mittelbetriebe sollte die feudale Monopolisierung des Bodens durchbrechen, und die neuen Grundbesitzer untereinander in Konkurrenz setzen; dies sollte die Mechanisierung und mit ihr die Steigerung der Rentabilität bewirken. Daß diese Reform den Durchbruch des Kapitalismus auf dem Land bedeutete, zeigen insbesondere auch die beiden obenerwähnten Gesetze, die auf die Schaffung von freien Lohnarbeitern auf dem Land hinzielten. Aus dieser Agrarreform heraus profilierte sich notwendigerweise "die Klassenstruktur immer stärker und kristallisierte sich immer radikaler in den drei antagonistischen Schichten: Agrarbourgeoisie, Mittelstand und Landproletariat." (Münster, S.68) Zehn Jahre zuvor noch unorganisiert, zersplittert und kaum zu kämpfen bereit, radikalisierte sich die Landbevölkerung in einer Art und Weise die nicht allein mit der liberalisierten Gewerkschaftsgesetzgebung erklärt werden kann, wie Boris dies tut. Diese war vielmehr nur die Hülle, in der die Bourgeoisie sich auch auf dem Lande ihren Totengräber, das Proletariat schuf.

V.

Zu Beginn der Abschnitte zur Frei-Periode verglichen wir dessen Programm mit dem des Populisten Balmaceda. Dieser Vergleich trifft nur insofern zu, als er die Programmatik der nationalen Bourgeoisie betrifft. Für die historische Situation, in der dieses Programm praktiziert wurde, trifft dieser Vergleich nicht zu. Am schärfsten kann die veränderte historische Situation durch zweierlei herausgearbeitet werden: Stand die Programmatik der nationalen Bourgeoisie bei Balmaceda noch in antagonistischem Widerspruch zu den Zielen der feudalen Landoligarchie, so war 1964 ein Arrangement möglich, was seinen sichtbaren Ausdruck darin fand, daß die Landbesitzerkaste auf die Aufstellung eines eigenen Präsidentschaftskandidaten verzichtete. Noch deutlicher wird die unterschiedliche historische Situation, betrachtet man die Strategie des Imperialismus. War es bei Balmaceda die Landoligarchie, die die Unterstützung des Imperialismus genoß und zu deren Vorteil er in die Klassenkämpfe eingriff, so unterstützte er 1964 von Anfang an die "nationale" Bourgeoisie. (Da wir der Meinung sind, daß sie spätestens von diesem Zeitpunkt an nicht mehr als "nationale" bezeichnet werden kann, werden wir sie im folgenden mit "einheimischer" Bourgeoisie bezeichnen.) (6)

---

(5) Lenin bezeichnet diese Entwicklung der Landwirtschaft zur kapitalistischen Ausbeutung als den "preußischen Weg":
"Die bürgerliche Entwicklung kann in der Weise vor sich gehen, daß an ihrer Spitze die großen Gutsbesitzerwirtschaften stehen, die allmählich immer mehr bürgerlich werden, und allmählich die fronwirtschaftlichen Ausbeutungsmethoden durch bürgerliche ersetzen; sie kann aber auch in der Weise vor sich gehen, daß an ihrer Spitze die kleinen Bauernwirtschaften stehen, die auf revolutionärem Wege aus dem sozialen Organismus den "Auswuchs" der fronherrlichen Latifundien entfernen und sich dann, ohne sie, frei in den Bahnen des kapitalistischen Farmertums entwickeln.
Ich würde diese zwei Wege objektiv möglicher bürgerlicher Entwicklung als den preußischen und den amerikanischen Weg bezeichnen. Im ersten Fall wächst die fronherrliche Gutsbesitzerwirtschaft in eine bürgerliche, in eine Junkerwirtschaft hinüber, wobei die Bauern unter Herausbildung einer kleinen Minderheit von Großbauern zu Jahrzehnten qualvollster Expropriation und Knechtschaft verurteilt werden ... Hautpinhalt der Evolution im ersten Fall ist das Hinüberwachsen der Fronherrschaft in Schuldknechtschaft und kapitalistische Ausbeutung auf dem Grund und Boden der Feudalherrn, der Gutsherrn, der Junker." (Lenin, Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie, Bd.13, S.236)

(6) Wenngleich die Unterstützung der nationalen Bourgeoisie durch den Imperialismus bei Frei recht spektakuläre Züge besaß – so die Finanzierung seines Wahlkampfes durch Misereor und die "Konrad Adenauer Stiftung" und ähnliche US-amerikanische Organisationen, so markiert Frei doch nicht den Beginn dieser Unterstützung. Was Chile betrifft, ist er Ende der 30er Jahre anzusetzen: Die CORFO erhielt nennenswerte Kredite von der amerikanischen Export–Import-Bank.

Manchen oberflächlichen Lesern von Mao Tse-tungs "Über die neue Demokratie" und "Die chinesische Revolution und die KP Chinas" mag dies unverständlich erscheinen. Da in China der Imperialismus sich auf die feudale Grundbesitzerklasse stützte, muß dies, so argumentieren sie, in jedem vom Imperialismus beherrschten Land so sein. Da das vom Imperialismus beherrschte und bedrohte China ein halbfeudales und halbkoloniales Land war, sind alle vom Imperialismus beherrschten Länder halbkolonial und halbfeudal, und überall dort stehen neudemokratische Revolutionen auf der Tagesordnung. (7)
Hören wir dazu Lenin: "Für den Imperialismus ist es gerade kennzeichnend, **nicht nur** agrarische Gebiete, sondern sogar höchstentwickelte Industriegebiete zu annektieren (Deutschlands Gelüste auf Belgien, Frankreichs auf Lothringen) . . ." (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Ausgewählte Werke Bd.II, S.732). Der Charakter des Imperialismus als Finanzkapitalismus macht es zum ersten Mal in der Geschichte möglich, daß die Beherrschung fremden Territoriums nicht auf dem Wege der militärischen Annexion und Kolonisierung des Territoriums vor sich zu gehen braucht, sondern über die normalen Spielregeln der kapitalistischen Konkurrenz vonstatten gehen kann. Letzteres wird für den Imperialismus umso wahrscheinlicher, je mehr das Land, nach dem er die Finger ausstreckt, von einer auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähigen Bourgeoisie beherrscht wird. Und der auf diese Weise ins Land gekommene Imperialismus wird im Durchschnitt immer an einer Zerschlagung feudalistischer Strukturen interessiert sein, weil er, wenn auch in geringerem Maße als die einheimische Bourgeoisie, die Erweiterung des Binnenmarktes zu nutzen weiß. Neben dem Aufbau neuer Industriezweige, neben Krediten und Anleihen wird dann die Beteiligung an schon bestehenden Betrieben die Form seiner Einflußnahme sein.

Wenn wir daraufhin die in Chile ansässige Industrie betrachten und damit die Untersuchung der wirtschaftlichen und politischen Situation Chiles am Vorabend des Wahlsiegs der UP abschließen, kommen wir zu folgenden Ergebnissen:
Die Ansätze zur Entwicklung einer nationalen Industrie reichen bis ins 19.Jahrhundert zurück. Scheiterten diese frühen Versuche der nationalen Bourgeoisie noch aufgrund der aus der spanischen Kolonialzeit herrührenden wirtschaftlichen und politischen Stärke der Agraroligarchie, die die Unterstützung vornehmlich des britischen und später des US-amerikanischen Imperialismus genoß, so konnte sie in der Folgezeit Stück für Stück und unterbrochen von Perioden der Herrschaft der Agraroligarchie ihre wirtschaftliche und politische Position verbessern, ohne daß eine bürgerlich-demokratische Revolution nach europäischem Vorbild stattgefunden hätte. Auch für Chile gilt, was Andre Gunder Frank nachwies: daß in den Perioden der imperialistischen Krisen die lateinamerikanischen Bourgeoisien verstärkt nationale Industrien aufbauen konnten. In Chile war dies insbesondere während und unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg der Fall, in der Zeit, in der mit der "Volksfrontregierung" die nationale Bourgeoisie die Führung der Staatsgeschäfte innehatte. Parallel zum Aufbau einer nationalen kapitalistischen Industrie und dem wachsenden Engagement des Staates in der Industrie gelang der nationalen Bourgeoisie, wie oben erwähnt, im wesentlichen die Durchsetzung bürgerlich demokratischer Freiheiten.
Während der Periode des Aufbaus der nationalen Industrie war das imperialistische Kapital in erster Linie mit der Ausplünderung der chilenischen Bodenschätze beschäftigt, wobei charakteristisch ist, daß ein großer Teil des Transportwesens sich ebenfalls in den Händen des britischen und US-amerikanischen Kapitals befand. Eindeutig falsch ist jedoch Münsters Behauptung, daß die ungeheure Ausplünderung des chilenischen Kupfers (3,5 Millionen Dollar Investitionen im Zeitraum von 1922–1970 bei einem Reingewinn von 4,5 Milliarden Dollar im gleichen Zeitraum) "vor allem durch die gleichzeitige Kontrolle anderer Industriezweige und durch die nahezu vollständige Kontrolle des Bankwesens durch die US-Gesellschaften" (Münster, S.23) gelang.
Betrachtet man die Geschichte des Engagements des US-amerikanischen Finanzkapitals in der chilenischen Industrie – wozu der Aufbau eines Banksystems Voraussetzung war –, so erkennt man, daß nahezu die gesamten Kapitalexporte in die Industrie und das Bankwesen erst getätigt wurden, als der Aufbau der nationalen Industrie Erfolge gegenüber der Agraroligarchie aufweisen konnte. Die Gründung von US-Banken in Chile erfolgte mit einer Ausnahme (First National City Bank, gegründet 1916) Ende der 50er und in den 60er Jahren, ebenso wie der Hauptanteil der Kapitalexporte in die Industrie in diesen Zeitraum fällt. (vgl. die Publikation des National Congress on Latin America (NACLA), "NEW CHILE", 1972, S.150–167). Die Ausplünderung der Bodenschätze, um Münster zu korrigieren, war vor allen Dingen möglich, da der Imperialismus sich auf die Landoligarchie stützen konnte, die aufgrund ihres Widerspruchs zur nationalen Bourgeoisie keinerlei Interessen hatte, dem Imperialismus das Kupfer streitig zu machen.

Ende der Frei-Regierung zeigt die chilenische Industrie folgendes Bild: Etwa 750 000 Menschen waren in Industrie- und Bauunternehmen beschäftigt, was einen Anteil von ca. 25 % an der Erwerbsbevölkerung darstellte. Die privaten Investitionen in der Industrie machten 25 %, die staatlichen 12 % des Bruttosozialprodukts aus. 90 % der Produktion entfielen auf industrielle Gebrauchsgüter, 10 % auf Investitions- und langlebige Konsumgüter. Der Anteil des ausländischen Kapitals am Gesamtkapital der chilenischen Industrie machte nicht mehr als 17 % aus, es "konzentrierte sich jedoch auf bestimmte entscheidende Branchen: 45 % der Aktiva im Bereich der Elektromaschinen und -artikelindustrie, 44 % in der Gummiindustrie, 32 % in der chemischen Industrie . . . Von den 160 größten Aktiengesellschaften des Landes sind 82 von Ausländern zu mehr als 33 % kontrolliert, und 37 zu mehr als 50 %." (zitiert nach Boris, S.187, der eine sich auf CORFO-Veröffentlichungen stützende chilenische Publikation zitiert. In der brasilianischen Industrie, zum Vergleich, liegen die Anteile des ausländischen Kapitals in allen Branchen etwa doppelt so hoch.) Von allen Autoren wird übereinstimmend darauf hingewiesen, daß auch die nicht in ausländischem Besitz befindliche Industrie einen außerordentlich hohen Konzentrationsgrad aufwies, was deutlich zeigt, daß das einheimische Kapital nicht nur die Produktionsweise in Chile vorherrschend bestimmte, sondern darüber hinaus noch genügend Zeit zur "Reifung" zum Monopol hatte.

VI.

In einem Diskussionspapier aus Bremen *) heißt

(7) "Die Seite der Medaille, daß Chile ein halbfeudales Land ist, wird von mir hier nicht näher untersucht, da mir Material und Zeit fehlt. Aufgrund der bestehenden Kenntnis der ökonomischen Verhältnisse kann man aber ohne Gewissensbisse behaupten, daß Chile halbfeudal ist, wenn auch die genauen Formen nicht klar sind."

*) Das Bremer Diskussionspapier, auf das der vorliegende Artikel des öfteren eingeht, ist im Anschluß an den Artikel abgedruckt. (d.Red.)

es: "Allende war der Meinung, der Hauptfeind sei der Imperialismus. Diese Meinung ist richtig." Dieser Meinung stimmen auch wir zu, denn sie gehört zu den Grundwahrheiten des Marxismus-Leninismus, seit es den Imperialismus gibt, und sie kennzeichnet das **Allgemeine** aller sozialen Revolutionen im Zeitalter des Imperialismus. Nur: Sie reicht in keiner Weise aus, um den konkreten, historisch-sozialen Charakter der Aufgaben zu bestimmen, die das Proletariat in unterschiedlichen historischen Situationen zu erfüllen hat. Würde sie ausreichen, wären keinerlei Unterschiede zwischen neudemokratischen und sozialistischen Aufgaben zu erfüllen. Die Unterschiede zwischen beiden Revolutionstypen resultieren gerade nicht aus der Tatsache, daß der Imperialismus bei der einen der Hauptfeind ist und bei der anderen nicht.

Die Unterschiede resultieren aus der Präzisierung, aus der Verbindung des Allgemeinen mit dem Besonderen, die sich aus der Frage ergibt: wessen Hauptfeind? Nur so kommt man an die Bestimmung der revolutionären Klassen heran und mit ihr an die Aufgaben der Revolution. Die entscheidende Rolle spielt offensichtlich der **historische** Charakter der nationalen Bourgeoisie, die Mao Tse-tung zuspitzt auf die Frage: Ist der zweite Hauptwiderspruch der zwischen Feudalismus und den breiten Volksmassen oder ist es der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital? Ist ersteres der Fall, dann ist die nationale Bourgeoisie objektiv eine revolutionäre Klasse, und die historische Aufgabe des Proletariats besteht darin, im **Klassenbündnis** dem Kapitalismus den Weg zu bereiten. Die nationale Bourgeoisie ist dann Teil der revolutionären Volksbewegung und wenn sie als solcher vom Proletariat und seiner Avantgarde behandelt wird, wird sie in dieser Etappe der Revolution auch als Teil dieser Volksbewegung kämpfen – und gegenbenfalls auch zu den Waffen greifen.

"In der ganzen kommunistischen Bewegung (in der BRD) herrscht die Ansicht, in Chile ginge der Kampf um die sozialistische Revolution. Diese Ansichten sind falsch." So das Bremer Papier. Überlegen wir also, welche gemeinsamen historischen Aufgaben sich dem Proletariat und der "nationalen" Bourgeoisie in Chile stellen. Die Entwicklung des Kapitalismus? Der war längst zur vorherrschenden Produktionsweise geworden und die vormals nationale Bourgeoisie hatte sich beharrlich in einem Jahrhundert die bürgerlich demokratischen Rechte erkämpft; Zweifellos bestehen Widersprüche zwischen dem Imperialismus und der einheimischen Bourgeoisie, aber das sind nicht mehr die Widersprüche, die sie zur **nationalen** Bourgeoisie, das heißt zur revolutionären Klasse machen; es sind vielmehr die Widersprüche der Konkurrenz, es sind die Widersprüche der feindlichen Brüder, die – wenn auch mit ungleichen Mitteln – um das gleiche Ziel kämpfen: die Ausbeutung des chilenischen Proletariats und nicht, wie es für eine neudemokratische nationale Bourgeoisie anstände, um die Besiegung des Imperialismus und seiner feudalen Stützpunkte. Deutlicher gesagt: Der zweite Hautpwiderspruch in Chile ist der Widerspruch zwischen Kapitalismus und den breiten Volksmassen. Der Imperialismus stützt sich nicht mehr auf die Feudalherren wie in China, sondern seine Hauptstütze ist die kapitalistische Produktionsweise insgesamt. Deswegen muß, um die "Parallele" zu China zu vervollständigen, jeder, der in Chile gegen den Imperialismus kämpfen will, gegen den Kapitalismus kämpfen. Aus systematisch den gleichen Gründen war in China der Kampf gegen den Imperialismus untrennbar mit dem Kampf gegen die feudale Grundherrenklasse verbunden (vgl. Mao, Die chinesische Revolution . . . S.369). Die Parole der Neuen Demokratie zur Behandlung der Wirtschaft, "die Regulierung des Kapitals", verliert unter diesen Bedingungen ihren revolutionären Charakter und reiht sich ein in die Strategie der Revisionisten zur Erreichung der antimonopolistischen Demokratie. Die Entwicklung der Produktivkräfte, die diese Parole bewirken soll, um den Boden für die sozialistische Revolution vorzubereiten, hatte in Chile bereits stattgefunden.

Kann in der Landwirtschaft "jedem Pflüger sein Feld" noch die Hauptparole sein? Niemand wird bestreiten wollen, daß in der chilenischen Landwirtschaft noch feudale Reste bestanden und noch weiterbestehen; aus diesem Grund behält diese Parole als taktische zur Neutralisierung der Kleinbauern und Pächter auch in Chile Gültigkeit. Aber auch hier hatte die Geschichte längst dafür gesorgt, daß die strategische Parole des Sozialismus: Aufbau von genossenschaftlich organisierten Großbetrieben, nicht mehr idealistisch, sondern historisch möglich und notwendig ist und was sich durch den Aufbau der (autonomen) Bauernräte bestätigte.

So wird sich jeder, der den Charakter der chilenischen Revolution als neudemokratisch bestimmt, in Widersprüche verwickeln. "In der Unidad Popular" führte allerdings nicht die Arbeiterklasse, sondern die Bourgeoisie. Unterstellen wir, dies sei richtig, obwohl so einfach die Sache sicher nicht ist. Die "nationale" Bourgeoisie, denn nur die kann gemeint sein, hat also den Kampf um die Durchsetzung ihrer Interessen gegen den Imperialismus aufgenommen. Für ihre Ziele muß sie die Arbeiterklasse gewinnen, wollte sie nicht von vornherein völlig aussichtslos kämpfen. Hierbei hatte sie offensichtlich großen Erfolg; die Arbeiterklasse war bis zum Ende bereit, diese vermeintliche Regierung der nationalen Bourgeoisie zu unterstützen und für sie zu kämpfen und zu sterben. "Die Bourgeoisie aber warf sich, tränenden Auges, da ihr der eigene kapitalistische Weg versperrt wurde, voll in die Arme des Imperialismus. Die Bourgeoisie kann auch in einem halbkolonialen Land recht angenehm leben. Das muß ihr lieber sein als eine immer stärker werdende bewaffnete Volksbewegung." Nichts "muß"! Mao Tse-tung hat die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes auch in der Etappe der neudemokratischen Revolution deutlich hervorgehoben, nirgends jedoch schrieb er etwas davon, daß die nationale Bourgeoisie sich **davor** fürchtete. Würde sie sich davor fürchten, wäre ihr das Leben in einem halbkolonialen Land immer angenehmer als eine bewaffnete Volksbewegung, dann wären viele Seiten über die neudemokratische Revolution umsonst geschrieben worden. Bei näherem Hinsehen jedoch handelt es sich bei der chilenischen "nationalen" Bourgeoisie, so wie im Bremer Papier dargestellt wird, auch um eine ganz besondere. Da hat sie gerade erst vollzählig die Arbeiterklasse hinter sich und ihre Ziele gebracht und nie in der chilenischen Geschichte war sie ihrem Ziel näher, da gibt sie ihre Ziele auf und wirft sich heulend an die Brust des Imperialismus. Besteht die Bourgeoisie nun aus Weichlingen oder handelt es sich um eine falsche Theorie?

Zunächst: Die Bourgeoisie hat niemals die Führung in der Unidad Popular innegehabt; die Führung in der UP hatten verbürgerlichte und romantische Teile der chilenischen Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie war in der Christdemokratischen Partei organisiert, Teile auch in der PN, der nationalen Partei. Nach der ersten Verwirrung über den Wahlsieg der UP gingen diese Elemente tatkräftig daran, das Programm der UP zu boykottieren; sie taten dies Hand in Hand und abgestimmt mit den Aktionen des Imperialismus. Denn sehr schnell hatten sie erkannt, daß sie auf längere Sicht kein Auskommen mit der UP haben konnten, nicht jedoch, weil der Bourgeoisie

von der ohnehin kompromißbereiten UP ernsthaft Gefahr drohte, sondern weil sie sah, daß der Boden für die Diktatur des Proletariats, in der kein Platz mehr für sie ist, bereitet war. Sie flüchtete nicht schlicht vor den bewaffneten Massen, sondern sie flüchtete, weil die Massen die Waffen gegen sie gerichtet hätten. Da zieht man als durchschnittlicher Bourgeois dann doch die stürmische Welt der Konkurrenz mit dem imperialistischen Kapital vor.

Zweiter Teil

I.

Bei den Parteien, die als "Unidad Popular" 1970 die Wahl gewannen, handelt es sich nicht um eine Einheit, die auf Klarheit beruhte. Es handelte sich im Gegenteil um ein Konglomerat von Parteien, in denen quasi alle Strömungen vertreten waren, die die Arbeiterbewegung hervorzubringen in der Lage ist; revisionistische Kräfte hatten zusammen mit der "Arbeiterreformer"-Fraktion der Sozialistischen Partei (PS) die Führung inne. Auf der anderen Seite war der Mehrheitsflügel der PS, selbst eher Sammelbecken als homogene Fraktion, und die Abspaltung der Christdemokratischen Partei, die Isquerda Cristiana (IC) und die MAPU, in denen relativ starke Elemente des Marxismus-Leninismus vertreten waren.

Das Wahlprogramm der UP war insofern Ausdruck dieses Parteienkonglomerats unter bürgerlicher Führung, als es auf der einen Seite, insbesondere was die Behandlung der Ökonomie betraf, ein Programm des antiimperialistischen Kleinbürgertums war; auf der anderen Seite jedoch waren im Programm Sätze zu lesen wie: Die Volksregierung hat die Aufgabe, "die gegenwärtigen Institutionen qualitativ so zu verändern, um einen neuen Staat zu bilden, in dem die Arbeiter und das Volk die Macht wirklich ausüben." Kern dieser qualitativen Veränderungen des Staatsapparates sollte die Schaffung eines "Volksstaates" sein, der in der Ersetzung der "Präsidentendiktatur" durch eine Volksversammlung bestehen sollte. Die Gewählten "sollen der Überwachung durch ihre Wähler unterliegen, und zwar mit Hilfe von Beratungen, in denen die Aufhebung des Mandats möglich sein wird." Insofern entsprach das Programm noch durchaus den Kräften innerhalb der UP, deren Ziel die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats war. Die übrigen vorgesehenen "qualitativen Veränderungen" der Institutionen waren in Wirklichkeit quantitative. "Justizorganisationen und -verwaltungen müssen auf den Prinzipien der Autonomie, wie sie durch die Verfassung festgelegt wurde, und auf einer echten materiellen Unabhängigkeit beruhen." Was die Streitkräfte betraf, wird dieser reformerische, auf die Reinigung der bürgerlichen Institutionen von allem Übel (was aber in Wirklichkeit ihr Wesen ausmacht) bedachte Politik besonders deutlich: "Verstärkung des nationalen Charakters der Streitkräfte ... Eine Ausbildung, wie sie der heutigen Technik und der modernen Militärwissenschaft entspricht ... Integration und Teilnahme der Streitkräfte am gesellschaftlichen Leben unter all seinen Gesichtspunkten."

Charakteristisch ist, daß der UP keine quantitativen Veränderungen gelangen. Von den Streitkräften brauchen wir hier nicht zu reden, sie hatten ihre modernen Waffen erhalten und ließen keinen Zweifel daran, daß sie dazu ausgebildet waren, sie zu gebrauchen. Betrachten wir den Justizapparat. Corvalan mußte sich nach drei Jahren, am 8.7.1973, noch beklagen: "Alles (!) wird hinter den Kulissen geregelt. Nur durch Zufall kann jemand in den Gerichtshof kommen, der nicht dessen Vertrauen genießt. Und noch mehr, die Mitglieder des obersten Gerichtshofes bleiben auf Lebenszeit im Amt, während die Richter gemäß Artikel 85 solange in ihren Ämtern bleiben, als sie sich gut aufführen. Wer aber beurteilt ihr Betragen, wenn nicht wiederum der oberste Gerichtshof? In Chile ist es schwieriger, daß ein Mann von links Karriere (!) im Justizapparat macht, als daß ein Kamel durchs Nadelöhr ginge." (Zit. nach: Dokumente und Materialien zur Entwicklung in Chile 1970–73, hrsg. von MSB Spartakus, Köln u.a., S.41) Nun, ihr Männer von links, ihr Herren Karrieristen, habt ihr das nicht vorher gewußt? Ihr habt drei Jahre lang über die Besonderheiten der chilenischen Revolution nachgegrübelt und habt das Allgemeine aller Revolutionen vergessen. Ihr habt euch über die Macht der Reaktion beklagt, ihr habt sie aber nie dort wirklich geschwächt, wo sie am empfindlichsten ist: im Kampf gegen den Staatsapparat. Ihr habt gestagt: "Wir haben die Regierung übernommen, nicht aber die Macht" und habt euch mit der Regierung zufrieden gegeben.

Das Programm der UP war insgesamt nicht neudemokratisch, wie es in manchen Stellen im Bremer Papier durchklingt. Mao Tse-tung nannte die Politik der Neuen Demokratie die "gemeinsame Diktatur aller revolutionären Klassen" und beantwortete so die Frage nach dem Charakter der Staatsmacht, deren Aufgabe es ist, ihre Feinde zu unterdrücken. Das Programm der UP beruhte aber gerade auf den bürgerlichen Freiheiten, die es nicht zulassen, daß das revolutionäre Volk, indem es seine Demokratie ausübt, seine Feinde unterdrückt: Es stand somit den revisionistischen Theorien der "nichtkapitalistischen Entwicklung", der "nationalen Demokratie" sehr viel näher. In manchen Punkten, so in der Frage des Charakters der Streitkräfte, springen die Anleihen bei den Revisionisten geradezu ins Auge. (vgl. dazu Tjulpanow, Politische Ökonomie und ihre Anwendung in Entwicklungsländern, Moskau 1969)

Wenngleich die falsche Einschätzung und Behandlung der Staatsmacht geradezu ins Auge springt, scheint sie uns nicht die Wurzel der Fehler der UP zu sein. Der springende Punkt ist der, daß die UP versuchte, in einer objektiv für den Sozialismus reifen Situation ein Programm durchzusetzen, das den Schwerpunkt auf nationale, demokratische Kräfte legte. Dieser Widerspruch kennzeichnete alle Aspekte der UP-Politik.

Es gibt viele Menschen, die sagen: "Was hätte Allende anders tun sollen; als er an die Regierung gelangte, gab es keine Massenbewegung für den Sozialismus. Insofern war sein Programm Ausdruck der Klassenkämpfe." Dieses Argument ist zweifellos richtig, insofern es die subjektiven Bedingungen und den Stand des sozialistischen Bewußtseins der Massen zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme richtig beschreibt. Es kann aber die falsche Politik einer Regierung, die für sich in Anspruch nimmt, mit "dem Aufbau des Sozialismus (zu) beginnen" (UP-Regierungsprogramm) nicht rechtfertigen. Für eine solche Regierung kann es nicht darauf ankommen, den Stand der Klassenkämpfe auszudrücken, sondern sie muß die Klassenkämpfe vorantreiben, sie muß die subjektiven Bedingungen den objektiven angleichen.

Dies hat die UP-Führung zu keinem Zeitpunkt bewußt geleistet. Ihr Programm verpflichtete sie, das **Klassenbündnis** mit der einheimischen Kleinbourgeoisie und Teilen der Mittelschichten in den Vordergrund zu rücken, wo es ihre Aufgabe

gewesen wäre, ihre Kraft auf die Vorbereitung der Arbeiterklasse zur Eroberung der Macht zu verwenden. Damit ist weder gesagt, daß mit Amtsantritt Allendes die Zerschlagung des Staatsapparates hätte beginnen müssen, noch soll dies heißen, daß sich die Politik der UP **gegen** die einheimische Kleinbourgeoisie und die Mittelschichten **insgesamt** hätte richten müssen. In der ganzen Geschichte der sozialistischen Revolutionen gab es nie eine, bei der auf der einen Seite das Proletariat und auf der andern Seite der Rest der Gesellschaft stand. Immer wurden **taktische** Zugeständnisse an kleinbürgerliche Schichten gemacht, mit dem Ziel, sie zu **neutralisieren**. Dies ist jedoch eine ganz andere Sache als die **Strategie** eines **Klassenbündnisses**, das voraussetzt, daß der Bündnispartner der Proletariats als **Klasse**, das heißt objektiv, die gleichen historischen Interessen besitzt. (8)

Schon jetzt wird klar, daß eine Politik, die zu einem Zeitpunkt, wo die objektiven Verhältnisse die sozialistische Revolution notwendig und möglich machen, darauf hinzielt, ein Klassenbündnis zu realisieren, sich vom Proletariat isolieren wird und der Reaktion gegenüber in die Defensive gerät. Vom Proletariat isolieren, weil das Proletariat unter diesen Bedingungen kein Interesse an einem Klassenbündnis hat und dahin drängt, dieses Bündnis zu sprengen; der Reaktion gegenüber in die Defensive geraten, weil ihren Angriffen nicht offensiv, mit der organisierten Macht des Proletariats begegnet werden kann und weil die Voraussetzungen für das Stellen der Machtfrage fehlen. Und schließlich werden die vermeintlichen Bündnispartner sich abkehren, weil sie – falsch behandelt – verspüren, daß das versprochene Klassenbündnis keine historische Perspektive besitzt.
Wenn wir den Gang der Revolution und Konterrevolution in Chile konkret untersuchen, dann stellen wir genau diese Entwicklung fest.

II.
Betrachten wir zunächst das Proletariat. Es besteht kein Zweifel darüber, daß zu Beginn der UP-Regierung die große Masse des Industrieproletariats und der Landarbeiter nicht "mehr" wollte, als das Programm der UP durchführen wollte. Zu sehr wirkte die idologische Verseuchung der Frei-Periode nach und zu stark war der Einfluß insbesondere der revisionistischen KP, die sich immerhin auf eine lange, wenn auch zwischen Links- und Rechtsopportunismus pendelnde Tradition stützen konnte. (9) Zu zersplittert war die PS, als daß ihr "linker" Flügel sich hätte durchsetzen können, und zu jung waren die Ansätze zu marxistisch-leninistischen Avantgarde-Organisationen wie MIR und MAPU, als daß sie zu diesem Zeitpunkt eine nennenswerte Alternative hätten bieten können.

Ebenso wird niemand bezweifeln können, daß die Arbeiterklasse sich von den Illusionen des Programms zu lösen begann. Das Kennzeichnende dieses Lösungsprozesses war, daß er von Beginn an politischen Charakter trug. Er setzte ein, als die Reaktion sich konsolidierte, und offensichtlich wurde, daß die UP-Führung mit den Mitteln des bürgerlichen Staatsapparates den Konsolidierunsprozeß und die Angriffe der Reaktion nicht abwehren konnte, als Schwarzmarkt und Produktionssabotage deutliche Formen annahmen. Die UP-Führung hatte zudem im günstigsten Moment der gesamten Regierungszeit – als sie bei den Gemeindewahlen im April 1971 über 50 % der Stimmen erhielt – auf das zur Schaffung eines "Volksstaates" notwendige Plebiszit verzichtet. Ein solcher "Volksstaat" hätte zumindest die politische Position der Reaktion geschwächt, ohne allerdings selbst schon dem Proletariat die gesamte Staatsmacht zu geben. Als durch den Verzicht auf dieses Plebiszit klar wurde, daß die Massen in die Rolle des Zuschauers gedrängt und dort gehalten werden sollten, und als sich abzeichnete, daß das Schauspiel, dem sie zuschauen sollten, mit dem Ausgleich mit der Bourgeoisie enden würde, gingen die Massen daran, sich unabhängig vom bürgerlichen Staatsapparat zu organisieren. 1971 wurden unter maßgeblicher Beteiligung des MIR und MAPU die ersten autonomen Bauernräte gegründet, die später mit den Bauernräten der UP zu den "consejos campesinos ampialdos" zusammengelegt wurden. Ebenfalls 1971 wurden die ersten "Vereinigungen zur Versorgung und Preiskontrolle" in den Stadtvierteln gegründet, die einen Grundstein für die später entstehenden "Comandos Comunales" darstellten. Als im Juni 1972 die Verhandlungen über einen Kompromiß in der Verstaatlichungsfrage zwischen UP und PDC begannen, war die Antwort der Arbeiterklasse noch im gleichen Monat die Bildung des ersten "Cordon Industrial" im Industriebezirk Cerillos in Santiago. Bei der Gründung des Cordon Industrial Cerillos trat der politische Charakter dieser Organisationsform als Keimzelle der Doppelherrschaft am deutlichsten zu Tage: Seine Gründung erfolgte ausschließlich zum Kampf gegen die Justiz, die sich weiterhin in den Händen der Reaktion befand, und zur Entlarvung des Parlaments. Zusammengefaßt wurde diese Rätebewegung im Juli 1972 durch die Volksversammlung von Concepcion.

Nach dieser Volksversammlung und vor allem während der ersten Generaloffensive der Reaktion im Herbst 1972 bildeten sich solche Räte im ganzen Land. Sie sind weitgehend nach den Prinzipien der proletarischen Demokratie strukturiert. Die Mitglieder werden von den jeweiligen Bewohnern des Dorfes, Stadtviertels oder den Arbeitern eines Industriebezirks gewählt, sind ihnen rechenschaftspflichtig und jederzeit abwählbar. Ein "campamiento" (Wohnviertel am Rande der Städte, vorwiegend von Arbeitslosen und ehemaligen Landarbeitern bewohnt) war, beispielsweise, in meist sieben "Blöcke" aufgeteilt, die die gesamten Bewohner des campamiento umfaßten. Jeder dieser Blöcke wählte sich eine Leitung nach den oben erwähnten Prinzipien. Diese Leitungen der einzelnen Blöcke waren für sämtliche Angelegenheiten zuständig, soweit sie innerhalb des Blocks erledigt werden konnten. Betrafen sie das gesamte campamiento, so wurden die Angelegenheiten in der Diskussion mit den Leitungen der anderen Blöcke gelöst, in schwierigen Fällen wurde eine Versammlung des campamiento einberufen. Hervorzuheben

(8) Diese Differenzen sehen die Genossen vom ALA Freiburg nicht, wenn sie in der Chile Dokumentation 3 vom Oktober 1973 auf S.10 schreiben: "Die Avantgarde des Proletariats muß den nationaldemokratischen Kampf jener Sektoren der Nationalbourgeoisie ausnutzen, die mit der Oligarchie und dem Imperialismus in Konflikt stehen, denn im Rahmen des nationaldemokratischen Kampfes lassen sich die Bedingungen schaffen, daß die proletarischen Massen ihre eigenen sozialistischen Klassenziele zu begreifen . . ."
Der neudemokratische Kampf wird gerade nicht geführt, damit die Massen ihre sozialistischen Klassenziele **begreifen**, sondern um die **materielle** Basis für den Sozialismus vorzubereiten. Ist diese materielle Basis bereits vorhanden, dann begreifen die Massen ihre sozialistischen Klassenziele im Kampf um sie, wobei es die Aufgabe der Avantgarde ist, sie in diesem Kampf zu führen und über demokratische Forderungen an diesen Kampf heranzubringen. In diesem Kampf werden sie versuchen, die breiten Massen zu vereinigen und dabei werden sie selbstverständlich sämtliche Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft ausnutzen, so in Chile die Widersprüche zwischen Imperialismus und einheimischer Bourgeoisie. Dies ist jedoch etwas ganz anderes als den neu- oder nationaldemokratischen Kampf zu führen.

(9) vgl. dazu (mit Vorsicht, siehe Anm.2) Münster S.45ff. Auch Boris u.a. kommen nicht daran vorbei, vgl. insbesondere S.174ff.

ist, daß die Räte nicht nur rein verwaltungstechnische Aufgaben übernahmen, sondern daß sie auch in gewissem Maß Recht sprachen und den Strafvollzug selbst ausführten. Dabei war kennzeichnend, daß die Rechtsprechung nicht durch besondere Institutionen erfolgte, sondern Aufgabe der Leitung des campamiento war.

Die cordones industriales entstanden neben den übrigen zahlreichen demokratisch strukturierten Organen des Volkes zur Preisüberwachung, Versorgung, Verteidigung u.ä. als besondere Organisationen der Fabrikarbeiter, in denen die Produktion und Verteilung der Produkte im privaten Sektor überwacht, in denen die Produktion und ihre Verteilung in besetzten Betrieben beschlossen wurde, die die Mineralbeschaffung organisierten etc. Ihr Verhältnis zur CUT (Gewerkschaftsdachverband) und den Einzelgewerkschaften löste heftige Diskussionen aus, denn so, wie ihr Aufgabenbereich bestimmt war, gab es Überschneidungen mit den Aufgaben der CUT (vgl. Forum über poder popular, in Dokumente zur Entwicklung in Chile, Offenbach 1973, S.28ff.). Das Ergebnis dieser Diskussionen bestand darin, daß erkannt wurde, daß diese Organisationsform der notwendigen politischen Führungsrolle nicht gerecht wurde, da sie die Arbeiterklasse von den selbständig geführten Kämpfen der übrigen Teile des Volkes trennte. "Nach dem Putschversuch vom 29.Juni wurde diese Trennung nach und nach überwunden. Mit der Erweiterung der cordones durch die Aufnahme von Bauern, Pobladores, Studenten und Angestellten konnten die cordones in Richtung auf Comandos Comunales weiterentwickelt werden, in denen das Volk unter Führung der Arbeiterklasse und durch ein revolutionäres Programm vereint wurde." (Die Volksmacht, ihre Entwicklung, ihre Aufgaben, ihre Perspektiven, übersetzt aus Punto Final, Juli 1973, in ebda. S.19ff.)

Wir halten die Polemik des KB Nord über unsere Einschätzung dieser Basisorganisationen für ausgesprochen billig und dem übrigen Schwachsinn, den sich diese Gruppe zu eigen gemacht hat, für durchaus entsprechend. "Der KBW schwätzt und schwärmt am laufenden Meter von der 'Selbsttätigkeit' der Arbeiter: daß die Arbeiter 'ihre Sache selbst in die Hand nehmen', daß sie gar in Chile 'selbständig' auf dem Weg waren, die 'Volksmacht' zu errichten." Dagegen spielt der KB Nord die "marxistisch-leninistische Vorhutorganisation" aus: "Auch der KBW weiß, daß es in Chile eine marxistisch-leninistische Vorhutorganisation (Kommunistische Partei der Arbeiterklasse) nicht gibt. Aber dennoch konnte die chilenische Arbeiterklasse . . . 'selbständig' an den Aufbau einer 'Volksmacht' gehen? Wozu dann überhaupt noch eine Kommunistische Partei? " (Arbeiterkampf 35, S.23)

Es mag dem KB Nord entgangen sein, daß Kommunistische Parteien nicht vom Himmel fallen, daß sie nicht entweder da sind oder nicht da sind, sondern daß sie in Klassenkämpfen und aus der Diskussion und Festlegung eines Programms entstehen. Weiterhin war es in Chile nicht so, daß die chilenische Arbeiterklasse ein "weißes Blatt Papier" war; es war vielmehr so, daß der Einfluß der bürgerlichen Führer in der Arbeiterbewegung ungeheuer groß war. Wenn der KB Nord sich beklagt, daß anderthalb Jahre, nachdem die Arbeiterklasse sich von diesen Führern zu lösen begann, immer noch keine revolutionäre Partei existiere – wobei er geflissentlich MIR und MAPU unter den Tisch fallen läßt –, dann gilt seine Polemik nicht uns, sondern der chilenischen Arbeiterklasse. Die chilenische Arbeiterklasse hatte keine andere Wahl, als "selbständig", das heißt unabhängig von ihren ehemaligen Führern im bürgerlichen Staatsapparat, den Kampf aufzunehmen. Wir müssen diesen Kampf untersuchen und die positiven Seiten dieses Kampfes propagieren. Gingen Marx und Engels an die Pariser Kommune etwa so ran, daß sie sagten: Daraus konnte ja nichts werden, da fehlte die Kommunistische Partei? Im Gegenteil. Sie untersuchten die Taten der Kommune und hoben insbesondere "das viele Richtige (hervor), das trotzdem von der aus Blanquisten und Proudhonisten zusammengesetzten Kommune getan wurde."

Die Organe der Volksmacht taten so viel Richtiges, daß es jedem, der zu einer ernsthaften Untersuchung bereit ist, schwerfällt, ihnen grundsätzlich Falsches nachzuweisen. Sie waren in der Lage, die falsche Organisationsform der cordones zu erkennen und zu verändern in die des Comando Comunal, in dem wir die wesentlichsten revolutionären Eigenschaften der Pariser Kommune wiederentdecken: "Es organisiert das Volk, um durch Entlarvung, durch Ausübung von Druck, durch Kontrolle und durch Unterordnung der staatlichen Bürokratie unter die Macht des Comandos den Kampf gegen den kapitalistischen Staat zu führen, mit dem Ziel seiner Zerstörung. Andererseits geht es darum, daß das Comando Comunal die Kontrolle über die Bewachung übernimmt und die neue Ordnung in der Kommune garantiert und gleichzeitig seine eigenen Formen der Rechtsprechung über kommunale Volksgerichte entwickelt . . . Das Comando muß sich in ein Organ der politischen Kämpfe der Arbeiter zur Eroberung der Macht verwandeln, und es muß in dem Maß, wie die Situation es verlangt, auch zu einem Organ des Aufstands werden." (ebda.)
Die Comandos, und vorher schon die cordones, stellten Forderungen revolutionären Charakters an die UP-Führung. Die wichtigsten dieser Forderungen waren die nach Beendigung der Konzessionen an die Bourgeoisie und die Forderung nach Ausschaltung des privaten Handels bei der Lebensmittelversorgung.

Das Wichtigste, was im Zusammenhang mit dem Aufbau der Volksmacht erwähnt werden muß, ist ihre Einsicht in die eigene Unzulänglichkeit. Dies in doppelter Hinsicht: Die Comandos erkannten, daß für die Aufgaben, die sie sich gestellt hatten, die kommunale Organisationsform nicht ausreichte; sie strebten die Bildung von Regionalkomitees an. Die Avantgarde-Organisationen, die den Aufbau der Comandos anleiteten, erkannten, daß sie als Organe "der politischen Kämpfe der Arbeiter" nicht ausreichten, weil sie nicht in der Lage waren, eine umfassende Politik zu entwickeln und die Gefahr der Handwerkelei sehr groß war. In den Diskussionen über den Aufbau und Charakter der Comandos fand eine prinzipielle Vereinheitlichung ihrer Standpunkte statt. Zirka einen Monat vor dem Putsch fand ein Treffen zwischen Vertretern des MIR, der MAPU und des Sektors Altamirano (linker PS-Flügel) statt, in dem die Vereinheitlichung dieser Organisationen zu einer revolutionären Partei erörtert wurde. (10)

III.
Die UP-Führung konnte, bei Strafe ihres Untergangs, diese Entwicklung nicht akzeptieren, geschweige denn vorantreiben. Ihr Programm ließ die Massenintitiative nicht zu, weil diese ihr Programm in Frage stellen mußte: In dem Maß, wie die subjektiven Bedingungen der Revolution begannen, sich

(10) Diese Information muß unbelegt bleiben. Sie stammt jedoch aus verschiedenen voneinander unabhängigen Quellen. Unbekannt ist, wie die Einschätzung der verschiedenen Organisationen in dieser Frage war, inwieweit die Vereinheitlichung eher Plan als schon zur Verwirklichung reif angesehen wurde.

den objektiven anzugleichen, klaffte der Widerspruch zwischen Programm der UP und den Erfordernissen der Revolution auf.

Um diesen Widerspruch zu kitten, bekämpfte sie anfänglich die Volksmacht offen. "Ausdruck der Konterrevolution", "gefährliche Doppelherrschaft" – das waren die Schlagworte. Als sich die Arbeiterklasse davon jedoch nicht beirren ließ, sich die Organe der Volksmacht während der Offensive der Reaktion im Herbst 1972 hervorragend bewährten und sich auch eine wachsende Zahl von KP-Mitgliedern in den Basisorganisationen organisierten (und auch Einbrüche in die Mitglieder des umworbenen Bündnispartners PDC erzielten), mußte sich die KP-Führung auf die Spaltung und das Abwiegeln verlegen, behielt jedoch ihren revisionistischen Kurs voll und ganz bei. Ihr Ziel bestand darin, der Volksmacht die revolutionäre Spitze zu nehmen und sie als effiziente Ergänzung in den bürgerlichen Staat zu integrieren oder sie zu Teilen der CUT zu machen.
"Der Staatsapparat ist das Hauptwerkzeug des Aufbaus der neuen Gesellschaft. Dabei ist die Volksregierung, die tiefgreifende revolutionäre Veränderung anstrebt, auf den bürgerlichen bürokratischen Apparat angewiesen. Die Ersetzung dieses Apparats ist notwendig, sie ist jedoch nicht mit der Ersetzung der bestehenden Macht durch eine andere Regierung, sondern mit der Verstärkung dieser Regierung verbunden. . . . Sie ist weiter verbunden . . . mit der Tätigkeit verschiedener Volksorganisationen, die einzelne Glieder des Staatsapparats dynamisch machen oder Aufgaben erfüllen, die dieser Apparat nicht erfüllen kann . . . Die Industriebezirkskomitees sollen als Grundorganisation des einheitlichen Gewerkschaftszentrums und nicht als dessen Parallelorganisation arbeiten." (Thesen des ZK zum XV. Parteitag der KP Chiles, in: MSB Dokumentation, S.45)

Diese Demagogie gliederte sich nahtlos in die Politik der KP ein, die seit Mitte 1972 eindeutig die Führung in der UP innehatte. In Worten bisweilen ungeheuer radikal, wiegelte sie in Taten ab, spaltete das Volk und hetzte gegen die Revolutionäre.

Im Oktober wurde ein Gesetz verabschiedet, das den Militärs die uneingeschränkte Kontrolle über den privaten Waffenbesitz gab und sich hervorragend zur Entwaffnung des Volkes eignete. Über das Zustandekommen dieses Gesetzes gibt es zwei Versionen: Die eine lautet, daß "ein vom Präsidenten Allende ausgearbeitetes Veto . . . von einem pflichtsäumigen Regierungsfunktionär nicht rechtzeitig eingebracht worden" war (MSB Dokumentation S.13). Die andere lautet, daß das Ausbleiben des Vetos Voraussetzung für die Verhandlungsbereitschaft der PDC war. Beide Versionen sind nicht nachprüfbar. Fest steht jedoch, daß der KP dieses Gesetz nicht ungelegen kam. In einem Interview in der DDR-Zeitschrift "Horizont" Nr.46/47 wurde an Corvalan die Frage gestellt: "Bekanntlich (!) fügen ultralinke Elemente dem revolutionären Prozeß in Chile großen Schaden zu. Was können Sie zu diesem Aspekt des politischen Kampfes sagen?" Corvalan antwortete, diese Kräfte hinderten die "Regierung daran, energische Maßnahmen gegen die Reaktion zu ergreifen". Sie würden mit "Schußwaffen herumfuchteln" und die "These von der Unvermeidlichkeit des bewaffneten Zusammenstoßes" vertreten. Jedoch: "Die meisten Chilenen sind der Ansicht, daß alle Extremisten – die rechten wie die 'linken' – in gleicher Weise zu behandeln sind, sobald sie das Gesetz übertreten." (MSB Dokumentation, S.31)
Für die Polemik gegen die PDC war der KP kein Wort zu hart.

Wie sahen die Taten aus? Seit Sommer 1972 herrschte die Linie des Kompromisses auf allen Ebenen. "Man muß mehr Kompromisse machen, um die Zahl der Feinde nicht zu vergrößern", lautete die Linie. Diese Konzessionen wurden gemacht, angefangen bei der Zusammenstreichung der Liste der Verstaatlichungen, die immer kürzer wurde – das Projekt des Wirtschaftsministers Millas sah sogar die Reprivatisierung von Betrieben vor – über die Bildung des ersten Militärkabinetts, das auf Vorschlag der Christdemokraten gebildet wurde (11), bis hin zu dem Dialog mit den Christdemokraten einen Monat vor dem Putsch. Dieser Dialog kann nicht scharf genug kritisiert werden. Er fand in einer Zeit statt, als nach dem 29.Juni-Putsch die Volksmassen im Kampfe gegen den sich abzeichnenden faschistischen Terror ungeheure revolutionäre Kräfte entwickelten, die sich in dem Aufschwung der Organe der Volksmacht manifestierten; als so deutlich wie nie zuvor war, daß die Reaktion keine Zugeständnisse wollte, sondern die gesamte Macht; als die zahllosen Notstandsübungen des Militärs, seine Überfälle auf Fabriken und Wohnviertel zeigten, daß die Militärs nicht "durch eine Reihe von moralischen Werten geeint" sind, wie Corvolan vermutete, und noch viel weniger "den revolutionären Prozeß mit wachsendem Engagement schützen", wie in der "UZ" zu lesen war. Mit diesem Dialog wurden die Massen aus ihrer Offensive "wieder in die Rolle des Zuschauers gedrängt, . . . sie werden zu Instrumenten einer Politik, die auf keine Weise ihren historischen Interessen entspricht." (Tarea Urgente, S.12) Mehr noch: Er entsprach vollkommen der Strategie der Reaktion, die sich sammeln, ihren Aufstand proben und sich die Zeit der bewaffneten Konfrontation selbst aussuchen konnte. Die verschiedenen Militärkabinetts hatten zur Folge, daß Pinochet letztlich zum Oberbefehlshaber des Heeres ernannt wurde.

Insbesondere die hiesigen Revisionisten argumentieren, Allende wollte mit diesen Manövern Zeit gewinnen. Zeit wozu? Die Arbeiterklasse brauchte keine Zeit mehr, was sie brauchte, waren Waffen. Hätte Allende das Volk bewaffnet, antworten die Revisionisten, wäre der Putsch eben früher gekommen. Das ist die armselige Antwort von Kleinbürgern, die die Kraft der Massen nicht erkennen, und deren Hauptziel die Resignation vor der Macht des Imperialismus und seiner Verbündeten, dem das Volk nichts entgegenzusetzen hat. Daß der Putsch kommen mußte, war in Chile allen klar; um dies zu erkennen, braucht man nur die Zeitungen der chilenischen Linken wie auch der Rechten zu lesen. Die Frage war, wann kommt es zur bewaffneten Konfrontation? Bestimmt die Arbeiterklasse den Zeitpunkt, sammelt sie ihre Kräfte unter der Losung: "Den Bürgerkrieg gewinnen", oder kann die Reaktion sich den Zeitpunkt aussuchen, kann sie ihre Kräfte sammeln?

Die KP segelte unter der Losung: "Den Bürgerkrieg vermeiden". Was bedeutet diese Parole in einer revolutionären Situation? Sie bedeutet, ganz schlicht, daß die, die diese Parole ausgeben, die Revolution nicht wollen; vielmehr hängen sie ihren Hirngespinsten nach, die nichts mit der Realität zu tun haben. Sie bedeutet, daß diejenigen, die zielstrebig auf diesen Putsch hinarbeiteten, dies ungestört tun konnten, weil diese

(11) Auf einer von den "Christen für den Sozialismus" veranstalteten Diskussion benutzte Enriquez dieses Argument, um aufzuzeigen, daß die KP das Volk belog, wenn sie dieses Militärkabinett die "chilenische Schweinebucht" nannte. Die KP-Vertreterin forderte Enriquez auf, dieses Argument zu belegen. Enriquez tat es, worauf sich die KP-Vertreterin mit den Worten "Meine Lage ist sehr ungemütlich" zurückzog. Sie war Mitglied der Regierung.

Parole den Kampf der Arbeiterklasse falsch bestimmte, weil sie die Arbeiterklasse immer wieder zurück, in die Defensive warf. "Es kann niemand behaupten, daß es an Kräften innerhalb der Massen gefehlt hat, in jedem einzelnen dieser politischen Momente in die Offensive zu treten. Was fehlte, war eine revolutionäre Entscheidung. Statt ihrer siegte der versöhnlerische Geist, der zu nichts anderem führen kann als zur Zerstörung der revolutionären Errungenschaften."

IV.

Fassen wir zusammen. Der soziale Charakter der chilenischen Revolution muß sozialistisch sein. Der Kapitalismus hatte in Chile seine historische Aufgabe, die Entwicklung der Produktivkräfte und die Errichtung bürgerlich-demokratischer Freiheiten, besorgt. Die verbliebenen feudalistischen Verhältnisse und vorkapitalistische Formen des Kapitals nahmen in keiner Weise mehr eine sozialökonomisch dominierende Stellung ein.

Die Führer der UP dagegen bestimmten die Etappe als antiimperialistisch, antioligarchisch, antimonopolistisch. Mit dieser falschen Etappenbestimmung rannten sie sich, wie Mao Tsetung es nennt, den Kopf ein und sind mitverantwortlich an der gegenwärtigen Lage des chilenischen Volkes. Die falsche Etappeneinschätzung, zu der sich eine bürgerliche Auffassung und Behandlung des kapitalistischen Staatsapparates gesellte, engte den Handlungsspielraum der UP mehr und mehr ein, sie ließ nicht zu, daß sie sich auf die Massen stützte, weil die Massen für den Sozialismus kämpften. Sie war nicht geeignet, eine richtige Politik den Mittelschichten und der einheimischen kleinen Bourgeoisie gegenüber zu betreiben; sie strebte das Klassenbündnis an, wo dieses Klassenbündnis keine objektive Perspektive besaß. Gilt in der Etappe der neuen Demokratie, daß diese Gesellschaftsschichten zwischen Imperialismus und Proletariat schwanken, so gilt dies in der Etappe der sozialistischen Revolution erst recht. Sie können nicht mehr genommen werden, indem man ihnen als Klasse eine Perspektive bietet, indem man ihre Existenz durch umfassende ökonomische Zusagen garantiert, wie es die Politik der UP gewesen ist. Diese Schichten landeten in Chile nahezu geschlossen in den Armen des Imperialismus, weil der Imperialismus ihnen zumindest die Zusage machen konnte, die Bedingungen ihrer Existenz nicht zu liquidieren – was ihnen die UP-Regierung zwar auch versprach, was aber der objektiven Grundlagen entbehrte.

Die Organisierung des Proletariats hinter sozialistischen Zielen wurde durch diese Politik erschwert, immer wieder zurückgeworfen und mit ideologischen Manövern gespalten. Die Kraft, die das Proletariat entwickelte, wurde nicht zur revolutionären Umgestaltung benutzt, sondern sie wurde von der UP-Führung in der Auseinandersetzung mit der Reaktion zur Erhaltung des Status quo vernutzt. Dieser Status quo war die Realität des bürgerlichen Staatsapparates, der nie dem Volks, sondern nur der Bourgeoisie dienen wird. Die machte in Chile weidlich Gebrauch von ihm.

Was können wir aus den Klassenkämpfen in Chile lernen, ohne daß wir mechanistisch übertragen? Es wird kein Patentrezept sein, nichts, was sozusagen inspiriert oder zu schnellen Erfolgen führt. Die wichtigste Lehre ist unserer Meinung nach die, daß die Volksmassen sich sehr schnell von ihren falschen Führern lösen können. Wollen wir, daß sie sich hierbei den Sozialismus zum Ziel machen, dann müssen wir die Formen und Inhalte erkennen, die im Verlauf dieses Lösungsprozesses entstehen, und wir müssen uns an die Spitze dieser Kämpfe stellen. Dies gelingt uns nur, wenn wir alle reformistischen und revisionistischen Ansichten in den eigenen Reihen bekämpfen, wenn unser Ziel nicht die Einheit um ihrer selbst willen, sondern die Einheit um der Revolution willen ist; wenn wir uns nicht scheuen, Fehler zu bekennen und zu kritisieren. Allgemeinplätze? Die Klassenkämpfe in Chile zeigen, wie notwendig es ist, diese Prinzipien zu betonen.

P.F., Ortsgruppe Heidelberg

OPEL STREIKT

OPEL STREIKT – AUSBEUTUNG UND KÄMPFE BEI OPEL 1973

Behandelt wird: Streik 1973, politische Organisationen beim Streik, Kampf gegen Entlassungen; Opel/General Motors, Überproduktions-Krise; Profitanalyse; Lohn; Gewerkschaftliche Auseinandersetzungen; SPD und Staatsorgane u.a.

200 Seiten. Solidaritätsbeitrag plus Versandkosten:
1 Exemplar DM 5,–, 2 Expl. DM 10,–; 5 Expl. DM 23,–; 10 Expl. DM 45,–; 20 Expl. DM 86,–; 30 Expl. DM 130,–

Bestellungen durch Einzahlung des Gesamtbetrages auf Konto 801 208 Städtische Sparkasse Bochum, oder durch Barscheck an Redaktionskollektiv in der Projektgruppe Ruhrgebietsanalyse Bochum, Lennershofstr. 66/8.

In Chile wird um Unabhängigkeit und Freiheit gekämpft

Die rechtsopportunistischen und trotzkistischen Ansichten zu Chile am Beispiel des KBW und des Genossen W.Maier

Die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes in Chile hatten die Sympathie der Völker der Welt. Gegen den faschistischen Putsch erhob sich ein weltweiter Proteststurm. Trotzdem hat das chilenische Volk wegen seiner inneren Schwäche eine schwere Niederlage hinnehmen müssen. Es muß die Lehren aus dieser Niederlage ziehen, um zum Sieg zu kommen. Für die internationale Arbeiterklasse ist es ebenso wichtig, die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Besonders die Marxisten-Leninisten müssen entgegen allen Verdrehungen die richtige Linie vertreten. Die Revisionisten und Reformisten propagieren nach wie vor den "friedlichen Übergang zum Sozialismus". Die Illusionen vom "friedlichen Übergang" sind durch die Tatsachen völlig zertrümmert. Aber in der ganzen kommunistischen Bewegung herrscht die Ansicht, in Chile ginge der Kampf um die sozialistische Revolution. Diese Ansichten sind falsch. Um die richtige Etappe der Revolution in Chile zu bestimmen, muß zuallererst die Frage beantwortet werden: Ist Chile ein "kapitalistisches Land wie jedes andere", oder ist Chile ein halbkoloniales halbfeudales Land?

Ist Chile ein kapitalistisches Land wie jedes andere?

Diese Ansicht wurde von dem Genossen Erik Kühl auf einer Chile-Kundgebung in Bremen verfochten. Der Genosse Joachim Töws verstieg sich sogar bis zu der Behauptung, die allermeisten lateinamerikanischen Staaten wären relativ unabhängige kapitalistische Länder. Diese Behauptungen sind völlig unbeleckt von jeder Kenntnis der wirklichen Lage in Lateinamerika. Natürlich kann man ungeheuer "prinzipienfeste" Behauptungen aufstellen, wenn man die Wirklichkeit nicht untersucht hat. Mit Subjektivismus und idealistischer Metaphysik kommt man am leichtesten durch die Welt, denn man kann soviel Unsinn daherschwatzen, wie man will. Die chinesischen Genossen schreiben zur Lage in Lateinamerika (Peking Rundschau 25/73):

"In der Vergangenheit manipulierten einige wenige supranationale Kompanien aus den USA die Wirtschaft der lateinamerikanischen Länder, indem sie die wichtigsten Produktionszweige kontrollierten, z.B. 90 % der Kupferausbeutung von Chile, und monopolisierten diesen Export. Die American Smelting Company und die Cerro de Pasco Copper Corporation kontrollieren 87 Prozent der Kupferausbeutung Perus und 51 Prozent seiner Bleiproduktion. Die American Smelting Company und die Fresnillo Company kontrollieren 58 Prozent der Silberförderung in Mexiko, das einer der größten Silberproduzenten der Welt ist. Die Standard Oil Company of New Jersey, die Gulf Oil Company und die Sun Oil Company haben 75,5 Prozent von Venezuelas gesamter Erdölproduktion in den Händen und kontrollieren den Transport, die Raffinerie und den Verkauf des Öls. Die als "grüner Teufel" bekannte United Fruit Company der USA hat Investitionen in acht mittel- und südamerikanischen Ländern und kontrollieren 92 bzw. 80 Prozent der Bananenproduktion von Guatemala und Panama, welche die Hauptzweige der Landwirtschaft dieser beiden Länder sind. Einige Kompanien mischen sich auch in die inneren Angelegenheiten der Gastländer ein, wenn sie ihre Interessen gefährdet sehen. Ein typisches Beispiel dafür ist ITT, die 1970 zuerst versuchte, Präsident Salvador Allende an der Regierungsübernahme zu hindern, und dann 1972 ein Komplott schmiedete, seine Regierung zu stürzen. Als eine Vergeltung für die Nationalisierung ihres Eigentums in Chile versuchten die Organe der Kennecott mit allen Mitteln, den Kupferverkauf von Chile auf den internationalen Märkten zu verhindern." In derselben Peking Rundschau wird die Lage in Brasilien untersucht. Es heißt da:

"Brasilien ist das Land Lateinamerikas mit der größten Auslandsverschuldung, Ende 1972 erreichten nach einem Bericht des brasilianischen Finanzministers die Schulden 10 Milliarden Dollar. Das sind 3,4 Milliarden mehr als 1971 . . . Dieser massive Kapitalzufluß hat Brasiliens hauptsächliche Wirtschaftszweige immer mehr unter die Kontrolle der ausländischen Firmen gestellt . . . Die Wochenschrift 'vision' sagte in einem Kommentar, obwohl die brasilianische Wirtschaft sich 'schnell entwickelt' habe, bekamen '60 Prozent der Lohnempfänger Brasiliens einen Lohn, der sie nur gerade am Leben erhält.' " Hier wird von den chinesischen Genossen klar herausgeschält, daß die Länder Lateinamerikas nicht "relativ unabhängige kapitalistische Staaten" sind, sondern halbkoloniale. Es wird deutlich aufgezeigt, daß die imperialistische Ausplünderung die breiten Volksmassen im Elend hält. Dies läßt sich durch tausend Tatsachen weiter belegen. Die chinesischen Genossen unterstreichen auch, daß die Völker und Staaten Lateinamerikas einen Kampf gegen die imperialistische Kontrolle aufgenommen haben. Sie schreiben:

"Seit langer Zeit ist Lateinamerika das Opfer der wirtschaftlichen Aggression des Kolonialismus und Imperialismus. In vielen Ländern fielen fast alle wichtigen Ressourcen in die Hände des ausländischen Monopolkapitals, das Raubbau betrieb und damit diesen Ländern ersten Schaden zufügte. Es kamen daher immer mehr Länder zu der Erkenntnis, daß es unumgänglich ist, die imperialistische Kontrolle abzuschütteln und die Ressourcen und Reichtümer, die vom ausländischen Monopolkapital in Besitz genommen wurden, zurückzuerlangen, wenn die eigene nationale Wirtschaft entwickelt werden sollte." (Peking Rundschau 9/73, Seite 17)

An der Spitze dieses Kampfes um nationale Unabhängigkeit standen Chile, Peru, Ekuador, Kolumbien, Bolivien und Venezuela (in der Reihenfolge der Wichtigkeit). Gründlich analysierte diesen Kampf der Genosse Huang-Hua auf der Pana-

ma-Konferenz des UNO-Sicherheitsrates. (Peking Rundschau 12/73, Seite 9)

Ganz offensichtlich ist es eine falsche Behauptung, die lateinamerikanischen Länder wären "kapitalistische Länder wie alle anderen". Wie sieht die Sache in Chile aus?

In der Peking Rundschau 20/73 ist auf Seite 21 Allende zitiert worden: "Der Imperialismus, der Verbündete der einheimischen Reaktion, ist der Hauptfeind von gestern, heute und morgen." Gegen diesen Hauptfeind richtete sich das Programm der UP. Es sah nicht die Verstaatlichung **irgendwelcher** Industrien vor, sondern die Enteignung der ausländischen Mopole. In den Händen der Imperialisten waren die wesentlichen Betriebe der Berg- und Hüttenindustrie (Kupfer, Salpeter, Jod, Eisenerz und Kohle), die Textilindustrie, die Zementindustrie, die Zellulose- und Papierfabrikation, die größten Betriebe der Chemie- und Elektrobranche, der Banken und Versicherungen. Im Programm der UP wird ausdrücklich gesagt: "Im Privatbesitz bleiben jene Betriebe der Industrie, des Bergbaus, der Landwirtschaft und der Dienstleistungen, die die Mehrheit der chilenischen Betriebe bilden . . . Bei allen Verstaatlichungen werden die Interessen der kleinen Aktienbesitzer voll respektiert werden."

Das Ziel der Allende-Regierung war also niemals, wie der Genosse W.D. in der KVZ annimmt, die "Schwächung der Bourgeoisie" oder, "die Bourgeoisie auf der Basis der Legalität zu Zugeständnissen zu zwingen" oder der "friedliche Übergang zum Sozialismus". Das Ziel der Allende-Regierung war, den Imperialismus zu schlagen und einen eigenen, kapitalistischen Weg zu gehen. Dies entspricht vollkommen den Interessen von Teilen der nationalen Bourgeoisie. Aus diesem schlichten Grund unterstützten die Christdemokraten anfangs die Allende-Regierung. Chile sollte kein halbkoloniales Land bleiben. Die chilenische Bourgeoisie wollte die Werktätigen Chiles in eigener Verantwortung und auf "eigene Kosten" ausbeuten. Das wichtigste Ergebnis des Putsches ist, daß Chile auf diesem Weg gestoppt und im Zustand eines halbkolonialen Landes gehalten wurde. (Die Seite der Medaille, daß Chile ein halbfeudales Land ist, wird von mir hier nicht näher untersucht, da mir Material und Zeit fehlt. Aufgrund der bestehenden Kenntnisse der ökonomischen Verhältnisse kann man aber ohne Gewissensbisse behaupten, daß Chile halbfeudal ist, wenn auch die genauen Formen nicht klar sind.)

Hat die Arbeiterklasse ein Interesse am Kampf um nationale Unabhängigkeit?

Mit Sicherheit. Die elende Lage der Volksmassen ist zu einem großen Teil auf die imperialistische Ausplünderung des Landes (und die feudalistischen Verhältnisse auf dem platten Land) zurückzuführen. Daher die breite antiamerikanische Stimmung in Lateinamerika. Aber nicht nur aus diesem Grund hat die chilenische (und internationale) Arbeiterklasse ein Interesse an einer national-demokratischen Revolution. Ein Sieg in Chile zerreißt ein weiteres Kettenglied im System des Weltimperialismus, schränkt den Herrschaftsbereich des Imperialismus ein. Ein Sieg in Chile gibt anderen Befreiungskämpfen einen großen Aufschwung, schwächt aber auch objektiv das imperialistische Weltsystem, da die Imperialisten ein Land weniger ausplündern können.

Daher hat die Arbeiterklasse ein brennendes Interesse, den Kampf für die national-demokratische Revolution zu **führen**, weil auf die Bourgeoisie und andere kein Verlaß ist. In der Unidad Popular führte allerdings nicht die Arbeiterklasse, sondern die Bourgeoisie. Warum? Weil es in Chile keine größere kommunistische Partei gibt, die den Kampf der Arbeiterklasse für die richtigen Ziele mit den richtigen Methoden hätte anleiten können. Auf die MIR kommen wir noch zu sprechen. Zunächst einmal:

Wer ist der Hauptfeind in Chile?

Allende war der Meinung, der Hauptfeind sei der Imperialismus. Diese Meinung ist richtig. ITT zettelte verschiedene Putschversuche an. Kennecott versuchte, den Kupferabbau und -verkauf zu sabotieren. In einer ITT-Denkschrift werden die Ziele der US-Imperialisten genau genannt, einen schnellen Niedergang der Wirtschaft herbeizuführen, der gewaltsame Auseinandersetzungen auslöst und schließlich zum Militärputsch führt.
Der Fuhrunternehmerstreik vom Oktober 72 wurde durch die USA angezettelt und finanziert. Die LKW-Fahrer erhielten vierfache Löhne in US-Dollars.
Beim Putsch selbst war der CIA die treibende Kraft. Vom CIA stammen die Putschpläne und Finanzmittel. Vom CIA war im Frühjahr schon ein "Probeputsch" einer Marineeinheit veranstaltet worden. Während des Putsches nahmen mehrere US-Kriegsschiffe im Pazifik Kurs auf die chilenische Küste.
Nach dem Putsch flossen sofort wieder die Subventionen. Die verstaatlichten Betriebe wurden zurückgegeben. Die USA versuchten es mit einer Neuauflage des Marshall-Planes, indem sie eine Weizenflotte losschickten. Der Weg für eine verschärfte, imperialistische Ausbeutung des Landes ist frei. Die Menschen fallen und die Dividenden steigen.

Aber die Imperialisten haben nicht nur ein Interesse, Chiles Reichtümer und Werktätige auszubeuten. Darüber hinaus haben sie dem Unabhängigkeitskampf der Länder Lateinamerikas eine Spitze abgeschlagen, die für sie äußerst gefährlich wurde.

Die chilenische Bourgeoisie aber warf sich, tränenden Auges, da ihr der eigene kapitalistische Weg versperrt wurde, voll in die Arme des Imperialismus. Die Bourgeoisie kann auch in einem halbkolonialen Land recht angenehm leben. Das muß ihr lieber sein, als eine immer stärker werdende bewaffnete Volksbewegung.

Und warum konnte der Putsch nicht sofort zerschlagen werden? Weil es in Chile keine Kommunistische Partei gab, die den Volksmassen die richtigen Ziele gezeigt hat, die den Kampf in allen Teilen des Landes organisierte, die in einem breiten antiimperialistischen Bündnis die Führung der Arbeiterklasse verwirklichte. Der blutige Faschistenputsch war siegreich, weil die Arbeiterklasse nicht die führende Kraft war, sondern im Schlepptau der Illusionen hinter der Bourgeoisie hersegelte.

Was sind also die Aufgaben der Arbeiterklasse in Chile?

Erstens muß die Etappe der Revolution richtig bestimmt werden. Die Etappe heißt heute genausowenig wie vor Monaten "Sozialismus", sondern nationale Unabhängigkeit, neudemokratische Revolution.
Zweitens muß eine breite Einheitsfront aller antiimperialistischen, antifaschistischen Kärfte geschaffen werden. Jedermann, der für die bestimmten Etappenziele bereit ist zu kämpfen, ist willkommen. Ob Teile der nationalen Bourgeoi-

sie sich anschließen, ist nicht das wesentliche Problem. Es geht um viel breitere Volksmassen als um die Bourgeoisie. Aber auch sie können nur gewonnen werden, wenn die Ziele stimmen. Was Teile der nationalen Bourgeoisie betrifft, so werden sie bei einer solchen Bündispolitik wenigstens neutralisiert.
Drittens können nur mit einer solchen korrekten Politik sämtliche Widersprüche ausgenutzt und die Kräfte maximal auf den Hauptfeind konzentriert werden. Eine falsche Politik führt in die Niederlage.
Viertens: Das Ziel ist also eine volksdemokratische, antiimperialistische Revolution.

Welche Politik verfolgt die MIR?

Die MIR verfolgt das Ziel, eine sozialistische Revolution durchzuführen und die Diktatur des Proletariats zu errichten. Ihr Programm läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:
"Die FIR (Frente Izquierda Revolucionario; die peruanische trotzkistische Partei) kämpft für eine Arbeiter- und Bauernregierung, für eine sozialistische Regierung. Sie kämpft für eine Nationalisierung der Banken, des Außenhandels und aller ausländischen Unternehmen. Sie kämpft für die Übergabe der Industrie in die Hände der Arbeiterklasse und des Landes in die Hände der Bauern. Wir wissen, daß wir dies nur durch eine Revolution erreichen können, daß die Ausbeuter niemals freiwillig die Macht an die Arbeiter abtreten werden." (Zitat Hugo Blanco, Über das Regime in Peru, in: "Was tun? ", Organ der Gruppe Internationaler Marxisten, Nr.13/70, Seite 15; Einfügung durch die GIM)

Die trotzkistische Position

Die theoretischen Grundlagen dieser Politik sind klassisch formuliert worden von Trotzki selbst: "In bezug auf die Länder mit einer verspäteten bürgerlichen Entwicklung, insbesondere auf die kolonialen und halbkolonialen Länder, bedeutet die Theorie der permanenten Revolution, daß die volle und wirkliche Lösung ihrer demokratischen Aufgaben und des Problems ihrer nationalen Befreiung nur denkbar ist mittels der Diktatur des Proletariats als des Führers der unterdrückten Nation und vor allem ihrer Bauernmassen . . . Die Diktatur des Proletariats, das als Führer der demokratischen Revolution zur Herrschaft gelangt ist, wird unvermeidlich und in kürzester Frist vor Aufgaben gestellt sein, die mit weitgehenden Eingriffen in die bürgerlichen Eigentumsrechte verbunden sind. Die demokratische Revolution wächst unmittelbar in die sozialistische hinein und wird dadurch allein schon zur permanenten Revolution."

Trotzki formulierte diese Ansichten im Kampf gegen die Komintern, den Genossen Stalin und die KP Chinas. Sie wurden damals schon von den Kommunisten gründlich widerlegt. Genosse Mao Tse-tung schrieb dazu: "Das Ziel der chinesischen Revolution besteht im gegenwärtigen Stadium darin, die Herrschaft des Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus zu stürzen und eine neudemokratische Republik der breiten Volksmassen mit den Wekrtätigen als Hauptkraft zu errichten, nicht aber den Kapitalismus im allgemeinen abzuschaffen. . . Und dies bestimmt, daß unsere Revolution im jetzigen Stadium den Charakter einer neudemokratischen, einer volksdemokratischen Revolution trägt und sich von einer sozialistischen Revolution wie der Oktoberrevolution unterscheidet." (Mao, Bd.IV, Seite 217/18)

Mit dieser politischen Linie siegten die chinesischen Volksmassen, obwohl Trotzki behauptete, sie würden in eine neue blutige Niederlage hineinrennen. Was sind die entscheidenden falschen Ansichten der Trotzkisten?

1. Sie verleugnen den Widerspruch zwischen Imperialisten und unterdrückten Völkern und Nationen. Sie sehen nur den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital. Insofern sie die imperialistische Unterdrückung sehen, behandeln sie sie nur als schmückendes Beiwerk zum Widerspruch zwischen Kapital und Lohnarbeit.
2. Sie verleugnen die etappenweise Entwicklung der Revolution. Sie steuern direkt die Diktatur des Proletariats an. Sie stoßen so wesentliche Kräfte ab, die für die korrekten Ziele gewonnen werden könnten. Die Rede der Trotzkisten ist Ja Ja, Nein Nein, alles was darüber ist, ist von Übel. Entweder direkt den Sozialismus oder gar keine Revolution. Ihre Ansichten sind völlig idealistisch, unmaterialistisch.
3. Sie verleugnen die Notwendigkeit einer korrekten Bündnispolitik. Unter "Führung durch die Arbeiterklasse" verstehen sie eine Unterordnung der Volksmassen unter die Ziele des Proletariats. Sie verstehen nicht, daß die Grundlage für Bündnispolitik darin besteht, daß die materiellen Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen in bestimmten Etappen übereinstimmen. Das heißt, sie machen überhaupt keine Bündnispolitik. Ihre Rede ist, entweder eine lupenrein proletarische Revolution oder gar keine.

Die Politik der Trotzkisten ist geeignet, die Arbeiterklasse permanent in Niederlagen zu führen. Die totale Schädlichkeit ihrer Ansichten wird besonders am Beispiel Chiles klar.

Die Ansichten der Trotzkisten waren von den Genossen Lenin, Stalin, Mao Tse-tung und anderen theoretisch zertrümmert worden. Ihr praktischer Einfluß war verschwindend gering. Aber nach dem Verrat der modernen Revisionisten in der UdSSR erhoben sie freudig wieder ihr Haupt. Überall schossen trotzkistische Organisationen und Ideen empor wie Pilze nach einem warmen Regen. Kein Wunder, denn die trotzkistischen Ansichten können nur von den Marxisten-Leninisten bekämpft werden. Dies ist eine äußerst wichtige Aufgabe in der kommunistischen Bewegung Westdeutschlands. Umso trauriger, wenn führende Genossen des KBW trotzkistische Ansichten nicht nur nicht bekämpfen, sondern propagieren!

Willfried Maier schreibt in einem Brief an die Ortsleitung Bremen des KBW (vom 22.10.): "Es gibt Genossen, die vertreten die Auffassung, daß die chilenische Revolution ihrem Klasseninhalt nach zunächst neudemokratischen Charakter tragen müsse, das heißt insbesondere die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Unabhängigkeit des Landes durchsetzen müsse. Ich halte diese Position so für falsch, nicht weil keine neudemokratischen Aufgaben anstünden, sondern weil schon der Verlauf der Volksbewegung unter Allende deutlich gemacht hat, daß die Revolution in Chile unmittelbar auch die Besetzung und Enteignung der Betriebe auf die Tagesordnung gesetzt hat, daß also neudemokratische und sozialistische Aufgaben eng verbunden auftauchen und beide nur erfüllt werden können, wenn die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern die politische Macht ausübt."
Ist das nicht die klassische trotzkistische Formulierung, ein bißchen auf die Höhe der Zeit gebracht? Was heißt hier, neudemokratische und sozialistische Aufgaben wären eng verbunden? Hat die chilenische Revolution den Charakter einer antiimperialistischen, neudemokratischen oder den der sozialistischen? Was heißt hier, W.M. halte die obengenannte

Ansicht "so für falsch, nicht weil . . ."? Ist sie nun falsch oder nicht? Was soll es, sich in den Formulierungen zu drehen und zu wenden, dann aber hintenrum doch die sozialistische Revolution zum Etappenziel zu machen?

Was hat denn der Verlauf der Volksbewegung unter Allende gezeigt? Hat er gezeigt, daß die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung steht? Nein, keineswegs. Er hat gezeigt, wie verhängnisvoll es ist, wenn die Volksmassen keine Klarheit über ihre geschichtlichen Aufgaben haben, wie schlimm es ist, wenn die Arbeiterklasse nicht die führende Rolle hat. Genosse W.M. sollte vielleicht einmal gründlich die Erfahrungen der Arbeiterbewegung über die volksdemokratischen Revolutionen studieren. Ohne Zweifel werden beispielsweise in der neudemokratischen, antiimperialistischen Revolution einige Betriebe besetzt und enteignet – genau die Betriebe der Kollaborateure und der Feinde der antiimperialistischen Revolution, aber nicht "die Betriebe" schlechthin. Ohne Zweifel gestattet der volksdemokratische Staat den Imperialisten und ihren Dienern nur, sich sittsam aufzuführen, wird aber Umsturzbestrebungen hart unterdrücken. Dies alles sind keine Aufgaben, die nur unter der Diktatur des Proletariats zu verwirklichen sind.
Genosse W.M. sollte die Verwirrung der Begriffe und Ansichten klären. Ohne Zurückweisung der trotzkistischen Theorien ist es unmöglich, eine richtige kommunistische Politik zu entwickeln.

Bremen, den 6.11.73 GOM

Über die internationale Bedeutung der Lehre Mao Tsetungs

(Überarbeitete Fassung eines Referats, das am 6.12.73 bei einer Veranstaltung der KHG im Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg gehalten wurde)

Die Berufung der chinesischen Kommunisten und Mao Tsetungs auf den Marxismus ist nicht beliebig oder eine gewählte Verkleidung für eine ansonsten spezifisch chinesische Praxis, wie manche behaupten. Darin drückt sich aus, daß allein der Marxismus, die Theorie des fortgeschrittenen westlichen Proletariats, in der Lage war, die Klassenverhältnisse der chinesischen Gesellschaft und deren internationale Bedeutung zu erklären und die chinesische Revolution zum Sieg zu führen. Darin drückt sich die weltweite Geltung der marxistischen Theorie aus.

Der Kampf der bürgerlichen Ideologen gegen den Marxismus und gegen den Sozialismus stützt sich heute vor allem auf die Behauptung, diese existierten heute in widersprüchlichen, sich gegenseitig ausschließenden Formen.
Häufig ist die Gegenüberstellung verschiedener "Modelle" des Sozialismus, des sowjetischen oder chinesischen, des tschechischen oder jugoslawischen Weges, die die Beliebigkeit und letztlich die Unmöglichkeit des Sozialismus als Befreiung von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung beweisen soll.
In einer Epoche, in der die sozialistische Revolution nicht mehr als Utopie und unerfüllbarer Wunschtraum hingestellt werden kann, sondern greifbare Realität geworden ist, können die Mythen über die bürgerliche Gesellschaft als letzte und bestmöglichste aller Welten nur mehr so aufrechterhalten werden, daß die Wirklichkeit des Sozialismus auf den Kopf gestellt wird. Entweder werden oft in beliebiger und oberflächlicher Weise verschiedene "sozialistische Länder" prinzipienlos gegenübergestellt, um mit der "Spaltung des Weltkommunismus" zu beweisen, daß man nicht sagen könne, was Sozialismus sei, oder die Erfolge beim sozialistischen Aufbau werden in exotische Fernen verlegt, die für unsere gesellschaftlichen Probleme keine Bedeutung haben sollen. Der heftige Streit angeblich "innerhalb des Marxismus" soll dazu herhalten, die Möglichkeit einer klaren trennscharfen marxistischen Analyse der sozialistischen Gesellschaft zu bestreiten.

In Wirklichkeit gibt es natürlich klare Kriterien, und die sind beim Marxismus nicht Buchgläubigkeit und Frömmigkeit, sondern die revolutionäre Praxis. Und wenn hier davon ausgegangen wird, daß Mao Tsetung ein orthodoxer Marxist ist, dann nicht aus Interesse an Dogmengeschichte, sondern aus Interesse an der Lösung wesentlicher Fragen der Weltrevolution.

Der Marxismus ist keine philosophische Schule, in der sich verschiedene Zweige und Traditionen bilden können. Schließlich wird er nicht im Treibhaus gehalten, sondern in der frischen Luft der Klassenkämpfe. Deshalb ist nach wie vor die Entscheidung darüber, ob etwas marxistisch ist oder nicht, nicht der seminarwissenschaftlichen Kapitalexegese anheimgegeben, sondern eine Frage des Verhältnisses zu den praktisch vor sich gehenden Klassenkämpfen.
Deshalb sprechen die Kommunisten seit dem Sieg der Oktoberrevolution und der Wiederbelebung des Marxismus durch Lenin vom "Marxismus-Leninismus", weil ein Verständnis des Marxismus ohne den Weg über Lenin nicht mehr möglich ist. In diesem Sinne stellte die Exekutive der Kommunistischen Internationale 1925 fest: "Es versteht sich von selbst, daß der Leninismus in keiner Weise dem Marxismus gegenübergestellt werden kann. Lenin war der hervorragendste Schüler von Marx. Ohne Marxismus kein Leninismus . . . Nach allem aber, was die Führer der II. Internationale aus dem Marxismus gemacht haben, . . . muß erklärt werden, daß

es in der gegenwärtigen Situation ohne Leninismus auch keinen revolutionären Marxismus geben kann." (1)
Der Leninismus ist das notwendige Kettenglied zum Marxismus. Dieses wesentliche Kettenglied ist der historische Fortschritt der proletarischen Weltrevolution, der sich theoretisch in den Schriften Lenins ausdrückt. "Die Marxsche Dialektik erfordert eine konkrete Analyse der jeweiligen historischen Situation", sagt Lenin. (2) Es sind nicht zufällig die Führer zweier siegreicher Revolutionen, Lenin und Mao Tsetung, deren Arbeiten aufbauend auf Marx in der Lösung konkreter Probleme der Weltrevolution die aktuelle Gestalt des Marxismus repräsentieren.

Der Leninismus und die Oktoberrevolution

Der Leninismus und die Oktoberrevolution sind die theoretische und praktische Lösung einer Revolution nicht in der fernen Zukunft, sondern unter den realen Bedingungen des Imperialismus. Es hat immer "Marxisten" gegeben, die die russische Revolution und erst recht die chinesische nur als Abweichung von der ursprünglichen Marxschen Konzeption begreifen wollten, die also eine "Revolution nach Marx" (3) in diesen kaum oder relativ wenig kapitalisierten Ländern für unmöglich hielten. (4) "Revolution nach Marx" heißt in diesem Zusammenhang eine proletarische Revolution, das heißt eine Revolution, die die politische Herrschaft der Arbeiterklasse und den Aufbau des Sozialismus zum Ergebnis hat. Diese Revolution kann nicht eingebildeten Verhältnissen oder dem bloßen revolutionären Willen entspringen, sie entspringt den unauflöslichen Gegensätzen der bürgerlichen Gesellschaft selber.

Nachdem Marx geschildert hat, wie das Kapital durch die Enteignung der unmittelbaren Warenproduzenten, der kleinen Privateigentümer entstanden ist, fährt er fort: "Sobald die Arbeiter in Proletarier, ihre Arbeitsbedingungen in Kapital umgewandelt sind, sobald die kapitalistische Produktionsweise auf eigenen Füßen steht, gewinnt die weitere Vergesellschaftung der Arbeit und weitere Verwandlung der Erde und anderer Produktionsmittel in gesellschaftlich ausgebeutete, also gemeinschaftliche Produktionsmittel, daher die weitere Expropriation der Privateigentümer eine neue Form . . . Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale. . . Mit der ständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch der Empörung, der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinigten, organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit der kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriiert." (5) Das Proletariat als Repräsentant einer fortgeschritteneren Produktionsweise stürzt die Bourgeoisie und beginnt mit dem Aufbau des Sozialismus.

Diese Revolution vollzieht sich aber nicht in einem Buch, in einem Reagenzglas, oder auch nur in einem von allen internationalen Widersprüchen abgeschnittenen Land hinter einer chinesischen Mauer. Diese Revolution findet statt in der konkreten Welt, deren Eroberung durch den kapitalistischen Weltmarkt inzwischen abgeschlossen ist, die aber dennoch keineswegs eine einheitliche Gesellschaftsformation beherbergt, sondern durch vielerlei unterschiedliche Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten gekennzeichnet ist. "Marx hat eine abstrakte Analyse des Kapitals im allgemeinen unternommen und im wesentlichen abgeschlossen. . . Die Analyse des Kapitals im Allgemeinen setzt voraus eine Abstraktion von allen nichtkapitalistischen Verhältnissen, eine Voraussetzung, die historisch zur Zeit der Niederschrift des 'Kapitals' noch nicht gegeben war und die heute schon nicht mehr gegeben ist und die tatsächlich nie bestanden hat und nie bestehen wird. Die Strategiefindung des Proletariats vollzieht sich also unter qualitativ anderen Verhältnissen, als sie in der Analyse des Kapitals im allgemeinen vorausgesetzt sind. Die Strategie und Taktik des proletarischen Kampfes ist deshalb in viel engerem Sinne historisch als die abstrakte Analyse des Kapitals, die den Begriff des Kapitals entfaltet, aber nicht die spezifische Entwicklung des Kapitalverhältnisses untersucht, in der sich der Klassenkampf des Proletariats entfaltet." (6)
Der Marxismus ist nur dann wirklich die revolutionäre Theorie und wird seinem Anspruch gerecht, wenn er nicht nur abstrakt den Grundwiderspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie herausarbeitet, sondern diese seine wissenschaftliche Erkenntnis dazu benutzt, die Welt, wie sie ist, zu analysieren und eine Strategie der Revolution zu erarbeiten.
Die Bedeutung des Leninismus besteht darin, eine Analyse des Imperialismus als letztes Stadium des Kapitalismus erarbeitet und so die Aktualität der Revolution in neuer und angemessener Weise herausgearbeitet zu haben.

Es zeugt von ziemlichem Unverständnis der marxistischen Theorie, sähe man in der Behauptung Lenins von der Aktualität der proletarischen Revolution im Weltmaßstab eine Abweichung von Marx und Engels. Nicht selten ist versucht worden, nicht nur die besonderen Formen der russischen und der chinesischen Revolution, sondern die Strategie der Revolution auf dem Boden des Marxismus überhaupt, wie sie von Lenin und später Mao Tsetung übernommen, bewahrt und weiterentwickelt wurde aus den zurückgebliebenen Verhältnissen dieser Länder, Rußlands und Chinas, zu erklären.

---

(1) Über die Bolschewisierung der Parteien der Komintern, Thesen der erweiterten Exekutive der Komintern, Moskau, März/April 1925.

(2) Über die Junius-Broschüre: Lenin Werke (LW) Bd.22, S.322

(3) vgl. Lenin, LW 15, S.39

(4) Damit kann man eine positive wie eine negative Haltung einnehmen. Das erstere tut Edoarda Masi, die an Mao Tsetung gerade positiv hervorhebt, daß er nach ihrer Meinung vom orthodoxen Marxismus abgehe (vgl. E.Masi, Der Maoismus und die europäische Linke, Berlin (merve) 1970); das zweite vertritt Paul Mattick, der überhaupt die Möglichkeit der Verbindung der proletarischen Revolution mit den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen, und damit im Grunde die Möglichkeit der proletarischen Weltrevolution überhaupt für die ganze gegenwärtige Epoche des Imperialismus leugnet. (vgl. P.Mattick, Der Leninismus und die Arbeiterbewegung des Westens, in: Lenin, Revolution und Politik, Ffm 1970). Diese beiden Positionen entsprechen einander, aber keinesfalls der Realität und dem Inhalt der marxistischen Theorie. In deren Lichte ist Mao Tsetung ein orthodoxer Marxist.

(5) Das Kapital, Marx-Engels-Werke (MEW), Bd.23, S.790f; Expropriation heißt 'Enteignung', Expropriateurs sind Enteigner.

(6) Joscha Schmierer, Bauern, Befreiungsbewegungen und die proletarische Revolution bei Marx und Engels, in: Neues Rotes Forum 2/70, S.24

Nichts ist dümmer und unmarxistischer als dies. (7)

Auch Marx zog aus seiner Analyse des Kapitalismus nicht den Schluß, daß es die Aufgabe der Revolutionäre wäre, die Vergesellschaftung der Arbeit unter kapitalistischer Hülle voranzutreiben oder abzuwarten, bis sie den Punkt erreicht hätte, wo diese Hülle so oder so abgesprengt wird. Er ging ebenfalls von der Aktualität der Revolution aus, freilich noch in einem anderen historischen Sinn als Lenin. Der Imperialismus aber hatte die Eroberung der Welt und die Herstellung des Weltmarktes, die "Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes", wie es Marx ausdrückte, abgeschlossen. Damit wurde der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu dem bestimmenden Widerspruch auf der ganzen Welt, aber nicht zum einzigen, und noch nicht einmal in allen Phasen der historischen Entwicklung der verschiedenen Länder zum jeweiligen Hauptwiderspruch. (9)
Die Leistung Lenins und der III. Internationale besteht in der Formulierung der Grundzüge einer Strategie der proletarischen Revolution unter diesen konkreten Bedingungen. "Der Weltimperialismus muß fallen, sobald der revolutionäre Ansturm der ausgebeuteten und unterdrückten Arbeiter in jedem Lande . . . sich mit dem revolutionären Ansturm von Hunderten Millionen Menschen vereinigt, die bisher außerhalb der Geschichte standen und als ihr Objekt betrachtet wurden." (10) Diese Vereinigung zu organisieren und zum Sieg zu führen war und ist die Aufgabe der Kommunisten unter den Bedingungen des Imperialismus. Dazu braucht es eine Analyse der internationalen Widersprüche in den unterentwickelten Ländern selber. Ausgangspunkt der Analyse, der "grundlegende Gedanke", ist "die Unterscheidung zwischen unterdrückten und unterdrückenden Völkern." (11) Diese These Lenins und der Komitern hat überhaupt nichts damit zu tun, daß an die Stelle der Marxschen Auffassung vom bestimmenden Klassengegensatz von Bourgeoisie und Proletariat eine quasi klassenneutrale These gesetzt würde, wie manchmal neunmalkluge "Marxisten" behaupten (12). "In der Epoche des Imperialismus ist es für das Proletariat und die Kommunistische Internationale besonders wichtig, die konkreten wirtschaftlichen Tatsachen festzustellen und bei der Lösung aller kolonialen und nationalen Fragen nicht von abstrakten Leitsätzen, sondern von den Erscheinungen der konkreten Wirklichkeit auszugehen. Das charakteristische Merkmal des Imperialismus besteht darin, daß sich, wie wir sehen, gegenwärtig die ganze Welt in eine große Zahl unterdrückter Völker und eine verschwindende Zahl unterdrückender Völker teilt, die über kolossale Reichtümer und gewaltige militärische Kräfte verfügen." (13)

Zum zweiten mußten die Kommunisten den konkreten Inhalt und die konkrete Form der antiimperialistischen Revolution analysieren. Zur Lösung dieser Aufgabe hatte die Oktoberrevolution schon praktisch beigetragen: Sie lag im Bündnis der Arbeiter und Bauern.
"Es wäre eine Utopie zu glauben, daß proletarische Parteien, wenn sie in solchen Ländern überhaupt entstehen können, imstande sein werden, eine kommunistische Taktik und eine kommunistische Politik in diesen zurückgebliebenen Ländern durchzuführen, ohne in bestimmte Beziehungen zur Bauernbewegung zu treten und ohne sie tatkräftig zu unterstützen." (14) Auch was die Form betrifft, hatte die russische Revolution konkrete Erfahrungen gebracht. "Und eine unserer wichtigsten Aufgaben besteht jetzt darin, darüber nachzudenken, wie wir den Grundstein zur Organisierung der Sowjetbewegung in den nichtkapitalistischen Ländern legen können. Sowjets sind dort möglich: Sie werden keine Arbeitersowjets, sondern Bauern- und Werktätigensowjets sein." (15)

Die Aufgabe der chinesischen Marxisten bestand darin, diese Erfahrungen und Erkenntnisse auf die Verhältnisse in China anzuwenden und die Probleme der chinesischen Revolution zu lösen. Die Lösung dieser Probleme gelang den chinesischen Kommunisten nicht mit einem Schlage und vor allem nicht ohne große blutige Niederlagen und ungeheure Opfer. Mao Tsetung erwies sich gerade dadurch als der Führer des chinesischen Proletariats und des chinesischen Volkes; daß er diese Aufgabe anpackte und löste.
Die Hauptaufgabe des revolutionären Marxismus bestand nach der Oktoberrevolution nicht in der Analyse einer völlig neuen Epoche und in der Bestimmung einer völlig neuen Strategie, sondern sie bestand darin, die theoretischen und praktischen Probleme der internationalen Revolution zu lösen, die dadurch entstanden waren, daß die Herrschaft des Imperialismus an seinem schwächsten Kettenglied durchbrochen, daß real mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft begonnen worden war. Erstens war also erforderlich,

---

(7) Gegenüber ähnlichen Vorwürfen gegen die Auffassung der Bolschewiki von der russischen Revolution sagte Lenin 1909:" Der Gedanke, die revolutionäre Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft bedeute, daß die Sozialdemokraten in volkstümlerischem Gedankengut befangen seien, kann nur ein Lächeln hervorrufen. Einen solchen Vorwurf müßten die so denkenden Quasi-Marxisten vor allem gegen Kautsky, Marx und Engels erheben." LW 15, S.379; vgl. auch den schon erwähnten Aufsatz von Joscha Schmierer im Neuen Roten Forum 2/70.

(8) entfällt

(9) "Theorie und Praxis des Proletariats sind vermittelt auf einer bestimmten Entwicklungsstufe des Kapitalverhältnisses. Das bedeutet, daß die Strategie und Taktik des Proletariats gerade nicht aus der Analyse des Kapitals im allgemeinen abgeleitet werden kann, sondern in der Dialektik von wissenschaftlicher Analyse der historisch-spezifischen Entwicklungsstufe des Kapitalismus und der historisch-spezifischen Kampferfahrungen herausgearbeitet werden muß . . . Der Klassenkampf des Proletariats vollzieht sich also nicht unter den Voraussetzungen der abstrakten Analyse des Kapitals im allgemeinen, sondern unter historischen Bedingungen, in denen vorkapitalistische Klassen, wie kleine Warenproduzenten etc., ebenso noch vorhanden sind, wie ganze Länder, die noch nicht voll durchkapitalisiert sind." Joscha Schmierer, a.a.O., S.25

(10) Lenin, Referat über die internationale Lage und die Hauptaufgaben der Kommunistischen Internationale, 19.7.1920, LW 31, S.220; Lenin fügt hinzu: "Der Zusammenschluß der revolutionären Proletarier der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder mit den revolutionären Massen jener Länder, in denen es kein oder fast kein Proletariat gibt, mit den unterdrückten Massen der östlichen Kolonialländer – dieser Zusammenschluß erfolgt auf dem gegenwärtigen Kongreß."

(11) Lenin, Bericht der Kommission für die nationale und die koloniale Frage auf dem II. Weltkongreß der Komintern, LW 31, S.228

(12) Das gilt natürlich auch für die neunmalklugen Gegner der These der chinesischen Kommunisten von den Supermächten. Auch die chinesischen Kommunisten setzen hier nicht an die Stelle einer Klassenanalyse eine "klassenneutrale" Einteilung. Die Supermächte sind imperialistische Mächte, und damit Produkt der kapitalistischen Entwicklung im Weltmaßstab. Eine sozialistische "Supermacht" oder auch "Großmacht", wie die Revisionisten gern selber von der Sowjetunion sagen, ist ein Unding und kann es nicht geben.

(13) Lenin ebd.

(14) Lenin, a.a.O. S.230

(15) Lenin ebd.

den von der Oktoberrevolution geöffneten Weg der kolonialen Revolution zu beschreiten, ihre Bedingungen zu analysieren und eine Strategie auszuarbeiten, und zweitens das Problem der Politik des siegreichen Proletariats zur Festigung seiner Herrschaft im Innern und in einer imperialistischen Umwelt zu formulieren. (15a)

Mao Tsetung leistete dies mit der Theorie der nationaldemokratischen Revolution durch den Volkskrieg, der Weiterführung dieser Revolution, das heißt der ununterbrochenen Revolution in Etappen und unter Fortführung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats.

DIE MAO-TSETUNG-IDEEN

Die historischen Wurzeln der chinesischen Revolution

Ursache und Verlauf der chinesischen Revolution sind von drei Faktoren bestimmt: von der feudalen Ausbeutung im Innern des Landes, der Unterwerfung unter den Imperialismus und von der Teilung der Welt in ein sozialistisches und ein imperialistisches Lager nach der Oktoberrevolution und der Gründung der III. Internationale.

In der Geschichte Chinas ist es immer wieder zu Bauernaufständen und regelrechten Bauernkriegen gekommen, sie waren die eigentlichen Triebkräfte der historischen Entwicklung. Aber ein Sieg der Bauern und ihre Befreiung waren natürlich nur dann möglich, wenn fortgeschrittene gesellschaftliche Produktivkräfte existierten und eine Klasse, die sie repräsentierte, auf deren Basis die Zerschlagung der alten Gesellschaft möglich gewesen wäre.

Eine solche Klasse fehlte zunächst in China. Eine Bourgeoisie war wegen der zurückgebliebenen Produktivkräfte fast nicht entwickelt. Zwar, so meint Mao Tsetung, hätte sich die chinesische Gesellschaft selber allmählich zu einer kapitalistischen Gesellschaft entwickelt, aber China fand keine Zeit zu dieser Entwicklung. Der Imperialismus griff nicht nur dadurch in China ein, daß er sich den Markt für den Absatz seiner Waren öffnete, und schon damit begann, die alten Sozialstrukturen zu ruinieren, er errichtete auch Produktionsstätten in China und beschleunigte so die kapitalistische Entwicklung, schuf ein modernes hochkonzentriertes Industrieproletariat, ohne daß eine chinesische Bourgeoisie als Gegenstück sich in gleicher Weise entwickelte. Der Imperialismus hatte aber keineswegs ein geradliniges Interesse an der Kapitalisierung Chinas, das heißt an dessen Befreiung von den alten Fesseln der Produktion. Vielmehr ist es ein Wesenszug schon der nachrevolutionären und erst recht der imperialistischen Bourgeoisie, ein Bündnis einzugehen mit der alten herrschenden Klasse, der Feudalaristokratie, den Grundbesitzern. In China waren die Grundbesitzer nicht nur Inhaber des Monopols an Grund und Boden, sondern sie bemächtigten sich auch des Marktmonopols, weil sich die Reste der feudalen Herrschaft mit dem vordringenden Kaufmannskapital verflochten, und die Kaufmannsbourgeoisie dazu überging, besitzlosen Bauern Grund und Boden zu verpachten. So war das Grundeigentum mit der Kompradorenwirtschaft verbunden, und die kombinierte Unterdrückung in halbfeudalen und halbkolonialen Verhältnissen ließ die Ausbeutung ins Unerträgliche steigen.

Die Oktoberrevolution war die Fackel, die diesen ganzen Strohhaufen des alten China entzündete. Sicher hatte es schon im 19. Jahrhundert heftige Revolten und Aufstände gegeben, sicher hatte auch die bürgerliche Revolution in China 1911 begonnen. Aber im ersten Fall handelt es sich um die ganze historische Differenz zwischen dem vorimperialistischen Kapitalismus und dem voll ausgebildeten Imperialismus. In dem Maß wie China in das Weltsystem des Kapitalismus einbezogen wurde, wenn auch nur als dessen Extremitäten, waren die gesellschaftlichen Erschütterungen in China nicht mehr dem Kapitalismus äußerlich, gegen dessen Eindringen man sich verzweifelt und vergeblich wehrte, sondern waren Erschütterungen des Kapitalismus selbst. Im zweiten Fall handelt es sich darum, daß die Rebellion gegen den Imperialismus nicht nur dann hoffnungslos ist, wenn man das Rad der Geschichte zurückdrehen will zu vorkapitalistischen Verhältnissen, sondern auch dann, wenn das Ziel sein soll die Schaffung eines eigenen idealen, von allen imperialistischen Zuspitzungen freien Kapitalismus. Erst die Verbindung der antifeudalen und antikolonialen, antiimperialistischen Revolution mit der Perspektive der Überwindung des Imperialismus als höchsten Stadiums des Kapitalismus schafft einen realistischen Weg der Befreiung all dieser unterdrückten Völker.

Die chinesische Revolution ist damit nicht nur in ihrem Endergebnis Beschleuniger und Teil der Weltrevolution, sondern sie bewahrt und ergänzt, indem sie den Marxismus auf die chinesischen Verhältnisse anwandte, mit ihren konkreten Erfahrungen als proletarische Revolution die revolutionäre Theorie des Marxismus.

Die Massenlinie

Schon gegen die russische Revolution war eingewandt worden, das Proletariat könne in einem solchen Land, in dem es nicht die Mehrheit bilde, nicht die Macht ergreifen und behaupten. Aber der Marxismus ist kein Dogma, er diktiert kein Schema der historischen Entwicklung. Der Sieg der Oktoberrevolution und der Leninismus, das waren die praktischen und theoretischen Wegweiser für die chinesische Revolution. Aber auch hier war es notwendig, die allgemeinen Erfahrungen mit der chinesischen Revolution zu verbinden. Lenin betonte, daß "die revolutionäre Theorie kein Dogma ist, sondern nur im engen Zusammenhang mit der Praxis einer wirklich revolutionären Massenbewegung endgültige Gestalt annimmt." (16)
Der Marxismus-Leninismus ist die Quintessenz der revolutionären Bewegung des Weltproletariats, die universelle Geltung hat. Das heißt, daß die Kommunisten in allen Ländern einerseits "an der allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus festhalten und gleichzeitig vom realen Leben ausgehen müssen. Sie müssen enge Verbindung mit den Massen unterhalten, ununterbrochen die in den Kämpfen der Massen gesammelten Erfahrungen zusammenfassen und selbständig

---

(15a) Mao Tsetung und die chinesischen Kommunisten konnten sich dabei auf die Erfahrungen des weiteren sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion unter der Führung Stalins stützen, ebenso wie auf einige Arbeiten Stalins, mit denen Stalin die leninistische Auffassung verteidigte. Einige Einschätzungen und Formulierungen hat Mao Tsetung direkt von Stalin übernommen. Was die Grundfragen der chinesischen Revolution betrifft, so ist der oft beschworene Gegensatz zwischen Stalin und Mao Tsetung eine Legende, vielmehr vertraten beide hier einen marxistisch-leninistischen Standpunkt. In dem Referat wird aber nicht weiter auf diese Frage eingegangen, sondern nur besonders hervorgehoben, daß Mao Tsetung in der marxistischen Tradition des Leninismus steht.

(16) Lenin, Der "linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW 31, S.9

eine den Verhältnissen im eigenen Lande entsprechende Politik und Taktik ausarbeiten und danach handeln." (17)
Dieses Prinzip, den Massen keine doktrinären Rezepte vorzuschreiben, sondern sich im Gegenteil auf ihre reale Bewegung zu stützen, ist eines der grundlegenden Prinzipien der Kommunistischen Partei Chinas unter der Führung Mao Tsetungs geworden. Mao Tsetung sagt darüber:
"Seit mehr als zwei Jahrzehnten leistet unsere Partei täglich Massenarbeit, und seit einem guten Dutzend Jahren spricht sie täglich von der Massenlinie. Wir vertreten von jeher den Standpunkt, daß sich die Revolution auf die Volksmassen stützen muß, daß jedermann dabei Hand anlegen soll, und wir treten stets dagegen auf, daß man sich lediglich auf einige wenige Leute stützt, die herumkommandieren." (18)

Dieses Zitat bezieht sich keineswegs auf eine gewisse Technik der Organisation und der Massenführung. Es ist richtig betrachtet ein ganzes Programm für eine Revolution. Und das ist es, weil es eben die Massen sind, die eine Revolution machen können, und nur sie allein. "Das Volk und nur das Volk ist die Triebkraft, die die Weltgeschichte macht!" – Das ist die Position Mao Tsetungs und die aller Marxisten. "Unter allen Dingen in der Welt sind die Menschen das Wertvollste. Unter der Führung der Kommunistischen Partei kann – solange es Menschen gibt – jedes Wunder auf Erden vollbracht werden. – Wir glauben daran, daß die Revolution alles verändern kann, und daß es nicht lange dauern wird, bis ein neues China entsteht." (19) Solche Äußerungen Mao Tsetungs haben ihm von bürgerlicher Seite den Vorwurf des Voluntarismus eingetragen. Der revisionistische Vorwurf kleidet sich zusätzlich noch gern damit, Mao Tsetungs Haltung in diesen Fragen, sein Begriff der "Massen", sei "klassenneutral". Und sie fügen hinzu, darin zeige sich Mao Tsetungs unmarxistische unproletarische Auffassung, die ihre eigentliche Grundlage im bäuerlichen Kleinbürgertum habe. Damit teilen sie die Position derjenigen chinesischen Revolutionäre und ehemaligen Mitglieder der KP Chinas, die einen dogmatischen, einen anderen Weg für die chinesische Revolution vorschlugen als Mao Tsetung, und die vollständig Bankrott gemacht haben.

Wie schon gegenüber Lenin zeugt die Kennzeichnung Mao Tsetungs als "Bauernführer" oder "Bauernrevolutionär" von geringem oder gar keinem Verständnis nicht nur für die chinesische Revolution, sondern vor allem auch für den Marxismus. Was Mao Tsetung vorschlug, und was unter seiner Führung dann auch die allgemeine Praxis der chinesischen Kommunistischen Partei wurde, bedeutete gerade nicht, die marxistische Theorie, die Theorie der proletarischen Revolution aufzugeben, sondern insofern Ernst mit ihr zu machen, als daß das Proletariat sich eben dadurch als Führer der nichtproletarischen Massen erweist, daß es sie mobilisiert und ihre eigene revolutionäre Initiative entfalten läßt.

Die Strategie der Revolution muß natürlich gerade aus den realen Bedingungen und dem realen Bewußtsein der Massen in einer bestimmten historischen Situation abgeleitet werden. Das Studium des Bewußtseins der Massen heißt nun aber keineswegs, daß man hinabsteigen müßte, sondern das heißt vielmehr, daß die Revolutionäre von den Massen lernen, sich zu einem Verständnis der konkreten Situation und der Scheidelinien im Klassenkampf hinaufarbeiten müssen. Der marxistische Revolutionär ist also nicht der Vertreter eines abstrakten Prinzips, daß er von außen in die Massen hineinzutragen hätte, sondern er ist gerade dann Marxist, wenn er die realen Widersprüche, Meinungen und Wünsche der Massen aufspüren und systematisieren kann. Der Gedanke des Sozialismus in seiner modernen, wissenschaftlichen Form hat allein in der Klasse des modernen Industrieproletariats seine Herkunft und Stütze. In China bildete diese Klasse eine zahlenmäßig nicht sehr bedeutende Minderheit. Trotzdem heißt dies nicht, daß die Arbeiterklasse ihre Revolution stellvertretend und ohne die bewußte Zustimmung der breiten Volksmassen durchführen müßte oder könnte, oder im anderen Fall auf die Revolution oder die Führung der Revolution zunächst verzichten müßte. Die Interessen und Forderungen der breiten Massen eines unterdrückten Volkes, vor allem der Bauern, können nur erfüllt werden, wenn das Proletariat die Führung übernimmt. Die Revolution des Proletariats hat letztlich nichts anderes zum Ziel, als daß die Menschen die Geschichte, die sie machen, endlich und zum ersten Mal bewußt in die eigenen Hände nehmen. Die unter der Führung Mao Tsetungs entwickelte und strikt befolgte Massenlinie der Kommunistischen Partei Chinas zeigt den proletarischen Charakter dieser Partei und ihrer Führung der chinesischen Revolution.

Die revisionistischen Gegner Mao Tsetungs verraten gerade in ihrer Kritik allzu schnell ihren bürgerlichen Standpunkt. So werden die Aufgaben der chinesischen Kommunisten in Abgrenzung zu Mao Tsetung und zur KP Chinas so beschrieben: "Die Aufgabe der marxistisch-leninistischen Kräfte in der KP Chinas bei der Überwindung der halbkolonialen und halbfeudalen Lage, bei der Vollendung der demokratischen Revolution und beim Übergang zum Sozialismus mußte in erster Linie darin bestehen, die sozial-ökonomischen und die politisch-ideologischen Voraussetzungen und Bedingungen für die Verwirklichung der führenden Rolle der Arbeiterklasse im Lande zu schaffen." (20) Die hier so genannten "marxistisch-leninistischen Kräfte" sind wahre Weltschöpfer. Sie **schaffen** die sozial-ökonomischen wie die politisch-ideologischen Voraussetzungen, damit **erst dann** die führende Rolle der Arbeiterklasse überhaupt möglich wird. Sie treten auf wie die Vollzugsorgane einer schematisch ablaufenden Weltgeschichte, nicht aber als führende Kräfte, als Avantgarde einer Klasse, die mit Hilfe dieser Avantgarde ihre Führungsrolle verwirklicht. So soll die sozial-ökonomische Veränderung, letztlich die Schaffung einer revolutionären Arbeiterklasse, das Werk

(17) Leitartikel der Renmin Ribao vom 18.9.1968, deutsch in Peking Rundschau 38/1968; ebenso Mao Tsetung: "Indem die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus, die die Praxis des Kampfes des Weltproletariats widerspiegelt, mit der konkreten Praxis des revolutionären Kampfes des Proletariats und der breiten Volksmassen Chinas integriert wird, verwandelt sie sich in eine unfehlbare, siegbringende Waffe des chinesischen Volkes." Zitiert in: Wegweiser zum Sieg der revolutionären Völker aller Länder, Peking 1968

(18) Mao Tsetung, Ansprache an die Redaktionsmitglieder der Djin-Sui Jibao, Mao Tsetung, Ausgewählte Werke (MAW) Bd. IV, S. 258

(19) Mao Tsetung, Der Bankrott der idealistischen Geschichtsauffassung, MAW IV, S. 484

(20) L. Pfeffer, W. Schöbe, J. Schulze, Sozialökonomische und politisch-ideologische Entwicklung der Arbeiterklasse in der Volksrepublik China, in: Klassen und Klassenbeziehungen in der Volksrepublik China, hrsg. in Zusammenarbeit mit dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Dresden 1973. – Diese Aufsatzsammlung von Autoren verschiedener revisionistischer Länder ist unter den letzlich so häufig erschienenen revisionistischen Werken über die Volksrepublik China ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie heruntergekommen die Propagandaarbeit im Dienste der neuen Bourgeoisie dieser Länder ist und wie wenig sie mit Marxismus zu tun hat. Solche Werke wie dieses haben offensichtlich kein anderes Ziel, als die Funktion solcher westlicher Zeitschriften wie etwa "Ostprobleme" zu übernehmen, deren Stil und Niveau man ja schon längst übertroffen hat, und die auch nur die politisch-propagandistische Vorbereitung für einen Kreuzzug nach Osten zu leisten hatten.

der "marxistisch-leninistischen Kräfte" sein. Das ist Sophisterei und im Kern bürgerlicher Objektivismus. Das ist die Theorie der Produktivkräfte, von denen es heißt, man müsse sie überhaupt erst entwickeln, um zu weiteren revolutionären Veränderungen kommen zu können. Diese Entwicklung der Produktivkräfte soll gerade nicht das bewußte revolutionäre Werk der Arbeiterklasse und der Volksmassen sein, die sich von den Fesseln der alten Produktionsweise befreien. Die Führung tritt vielmehr als Agent der "Entwicklung der Produktivkräfte" auf, deren Bedingungen die Massen sich zunächst zu unterwerfen haben. Das ist natürlich alles in allem die Theorie, mit der die in Wahrheit kapitalistische Entwicklung zurückgebliebener Länder und in der Sowjetunion selbst die Restauration des Kapitalismus kaschiert wird.
Jetzt sieht man auch, was es mit dem Vorwurf des Subjektivismus und Voluntarismus gegenüber Mao Tsetung auf sich hat: nichts als die Verleumdung der revolutionären Initiative der Massen, die man fürchtet. (21) Das Festhalten am revolutionären Inhalt des Marxismus, der Kampf gegen seine revisionistische Verfälschung zur objektivistischen Geschichtsphilosophie, ist das Verdienst und die Bedeutung der Mao-Tsetung-Ideen und ihrer Generallinie: "Die Politik führt überall das Kommando!"

Die neudemokratische Revolution

Welche konkreten Bedingungen mußten die chinesischen Kommunisten beachten, wenn sie die Revolution zum Sieg führen wollten?
Das chinesische Proletariat war noch sehr jung, noch vielfach mit dem Lande verbunden und zahlenmäßig relativ gering. Dennoch war es in den wenigen Industriezentren konzentriert und sammelte schnell Erfahrungen in erbitterten Kämpfen vor allem gegen die ausländischen Kapitalisten. Unter kommunistischer Führung entwickelte sich die Gewerkschaftsbewegung relativ rasch, sodaß 1925 endgültig der allchinesische Gewerkschaftsbund gegründet werden konnte. Die ausgedehnten und hartnäckigen Streikkämpfe der ersten Hälfte der 20er Jahre bewirkten auch einen erneuten Aufschwung der antifeudalen antiimperialistischen Bewegung. Das Auftreten der chinesischen Arbeiterklasse im Klassenkampf veränderte trotz der zahlenmäßigen Schwäche dieser Klasse entscheidend deren Charakter.

Es war klar, daß die Millionenmassen der Bauern in einem halbfeudalen und zurückgebliebenen Land wie China eine entscheidende Rolle spielen mußten. Wollte man die Frage entscheiden: Werden die Bauern eine Reserve der Konterrevolution oder der Revolution sein? , dann mußten zu allererst die Klassenverhältnisse auf dem Lande selbst untersucht werden.
Die Erfahrungen der ersten Periode der chinesischen Revolution zeigten aber deutlich, auch der noch so heroische und opfervolle Kampf der Arbeiterklasse kann die Revolution nicht zum Siege führen, wenn die Arbeiterklasse nicht gleichzeitig die breiten Volksmassen in den Kampf führen kann. Die Macht in den Städten kann nicht erobert werden, wenn das breite Land noch unter der Herrschaft der Reaktion liegt und deren Reserve ist. Die Führung der breiten Massen zu erobern, bedeutet aber die konkreten Bedingungen ihrer Bewegung zu analysieren und die Etappen der Revolution zu bestimmen.

"Die Besonderheiten Chinas bestehen darin, daß es kein unabhängiger demokratischer Staat ist, sondern ein halbkoloniales, halbfeudales Land, daß innerhalb des Landes keine Demokratie herrscht, sondern feudale Unterdrückung, während das Land außenpolitisch keine nationale Unabhängigkeit besitzt, sondern unter dem Joch des Imperialismus leidet. . . Die Aufgabe der Kommunistischen Partei besteht hier im wesentlichen nicht darin, über einen langwierigen legalen Kampf zu Aufstand und Krieg zu kommen, und auch nicht darin, die Städte zu erobern und dann die Dörfer zu gewinnen. Sie muß völlig anders vorgehen." (22)
Wie? Aus den Besonderheiten Chinas ergab sich, daß die chinesische Revolution ihrem Charakter nach zunächst eine bürgerlich-demokratische Revolution sein mußte. Sie mußte sich hauptsächlich gegen den Imperialismus und den Feudalismus richten; das heißt, ihre Aufgabe war es, "nach außen hin eine nationale Revolution und innerhalb des Landes eine demokratische Revolution zur Beseitigung der Unterdrückung durch die feudale Grundherrenklasse zu verwirklichen." Und weiter: "Diese beiden großen Aufgaben der chinesischen Revolution sind miteinander verbunden. Stürzt man nicht die Herrschaft des Imperialismus, so kann man die Herrschaft der feudalen Grundherrenklasse nicht beseitigen, denn der Imperialismus ist ihre wichtigste Stütze. Und wenn man der Bauernschaft nicht hilft, die feudale Grundherrenklasse zu stürzen, wird es nicht gelingen, eine mächtige Armee chinesischer Revolutionäre zu schaffen, um die Herrschaft des Imperialismus zu stürzen, denn die Klasse der feudalen Grundherren ist die soziale Hauptbasis der imperialistischen Herrschaft in China, während die Bauernschaft die Haupt-

---

(21) Den Vorwurf des Subjektivismus speisen die Revisionisten häufig mit der Behauptung, Mao Tsetung "bestimmt erstens die Produktionsverhältnisse als den entscheidenden Bestandteil im Verhältnis der Produktivkräfte zu den Produktionsverhältnissen. Zweitens ist er der Auffassung, daß die Schaffung neuer Produktionsverhältnisse nicht von der objektiven Notwendigkeit abhängt, die im Prozeß der materiellen Produktionsweise wurzelt, sondern vom subjektiven Willen der Menschen." (in: Autorenkollektiv, Kritik der theoretischen Auffassungen Mao Tsetungs, Übersetzung aus dem Russischen, Ffm 1973) Da selbst die russischen Autoren nicht ganz ausschließen können, daß man ihre Behauptungen überprüft, fügen sie superschlau eine Fußnote an: "Einschränkungen, die die Maoisten, zum Beispiel auch in den oben betrachteten Fällen machen, tragen taktische Züge und verfolgen das Ziel, die Revision der materialistischen Geschichtsauffassung zu tarnen." (ebd.S.68) Mit der Methode kann man freilich alles beweisen. Wenn immer wieder behauptet wird, die chinesischen Kommunisten seien der Auffassung, "das Objektive ist das Werk des Subjektiven", wollen wir eine entsprechende Passage zitieren: "In unserer derzeitigen Lage wäre jeder Versuch, den Übergang zum Kommunismus in einem Zeitraum von wenigen Jahren vollenden zu wollen, völlig abwegig, denn es käme einer subjektiven Überschreitung der objektiven Möglichkeiten gleich. Aber die Menschen sind auch wiederum keine Sklaven der objektiven Wirklichkeit. Entspricht die menschliche Erkenntnis den objektiven Entwicklungsgesetzen des Weltlaufs, so genügt das schon dafür, daß die subjektive Tatkraft des Volkes sich in ihrem ganzen Umfang entfalten kann, um alle Schwierigkeiten zu überwinden, um die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen und die Revolution voranzubringen. **In dieser Hinsicht** ist das Objektive Werk des Subjektiven." (Wu Jiang, Ein Verfechter der Theorie der permanenten Revolution muß mit Notwendigkeit dialektischer Materialist sein, in S.R.Schram, Die permanente Revolution in China, Ffm 1966, S.134, Hervorhebung von mir, D.H.)
Die chinesischen Kommunisten sind eben wie Marx der Auffassung, daß " die materielle Gewalt durch die materielle Gewalt gestürzt werden muß, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift."Diese Auffassung von Marx werde, so die russischen Autoren, von den chinesischen Kommunisten "unzulässig vereinfacht". Ist es nicht vielmehr so, daß die Herren Revisionisten und Bourgeois mächtig fürchten müssen, daß die revolutionäre Theorie auch die Massen ihrer Länder wieder ergreift und zur materiellen Gewalt wird, und daß sie deshalb alle Anstrengungen unternehmen, diese Theorie bis zur Unkenntlichkeit zu verhunzen?

(22) Mao Tsetung, Probleme des Krieges und der Strategie, MAW II, S.256

kraft der chinesischen Revolution ist. Folglich unterscheiden sich diese beiden grundlegenden Aufgaben – die nationale und die demokratische Revolution – voneinander und bilden zugleich eine Einheit." (23)
Somit ergeben sich komplizierte Beziehungen der Klassen untereinander, die die historische Besonderheit im Verlauf der Revolution in den Kolonien und Halbkolonien ausmachen.

Mao erwies sich unter anderem dadurch als Führer der chinesischen Revolution, daß er diese Probleme theoretisch und praktisch an der Spitze der Kommunistischen Partei löste und damit ein durch die Oktoberrevolution und Lenin begonnenes Werk fortsetzte.
Die chinesische Revolution unter Führung des Proletariats, das heißt die erfolgreiche Fortsetzung der Weltrevolution zunächst in einem halbkolonialen, halbfeudalen Land, war die Probe auf eine wesentliche Erkenntnis des Leninismus.

War die chinesische Revolution hauptsächlich gegen den Imperialismus und gegen den Feudalismus gerichtet, so ergab sich daraus, "daß die grundlegenden Triebkräfte der Revolution, das Proletariat, die Bauernschaft und das städtische Kleinbürgertum sind und daß sich in bestimmten Perioden und in bestimmten Grade auch die nationale Bourgeoisie beteiligen kann; daraus ergibt sich ebenfalls, daß die Hauptform des revolutionären Kampfes in China der bewaffnete Kampf ist." (24)

Auf Grund der historischen Entwicklung mußte die chinesische Revolution zunächst eine bürgerlich-demokratische Revolution sein, aber die chinesische Bourgeoisie konnte diese Revolution nicht führen und die politische Herrschaft der Bourgeoisie konnte auch nicht das Ergebnis sein, deshalb spricht Mao Tsetung von der neudemokratischen Revolution. Da die nationale Unterdrückung durch den Imperialismus in China den schärfsten Widerspruch hervorrief, konnte die nationale Bourgeoisie an der Einheitsfront teilnehmen. Aber die chinesischen Kommunisten unter Mao Tsetung waren sich darüber im klaren, daß die Haltung der nationalen Bourgeoisie schwankend sein mußte und daß der Bruch mit ihr unvermeidlich werden konnte. Die chinesische Bourgeoisie unterliegt als Bourgeoisie eines halbkolonialen, halbfeudalen Landes einigen Besonderheiten. Ihre Kraft als Klasse ist im allgemeinen schwächer als die ihres unmittelbaren Gegenpols, des Proletariats, das sich auch in der Verbindung mit den von den ausländischen Imperialisten betriebenen Unternehmen entwickelte. (25) Im Kampf gegen die ausländischen Imperialisten hatten die nationale Bourgeoisie und die breiten Volksmassen, vor allem die Bauern, gleiche Interessen. Die nationale Frage ist dem Wesen der Sache nach eine Bauernfrage, das hatte Stalin betont. (26) Die Bauern bilden die Hauptarmee in der nationalen Befreiung. Aber ihre Forderungen und Ziele geraten schnell mit den Interessen der Bourgeoisie in Konflikt, die die Bauernrevolution gegen die Grundherrschaft und das Wucherkapital nicht führen kann, weil sie Grundherrschaft und Wucherkapital nicht antasten kann, ohne ihre eigene Stellung zu gefährden. Die Forderungen der Bauern als Kleineigentümer nach Gleichheit und Gerechtigkeit sind meist idyllisch-utopisch, weil sie auf der Basis der Kleinproduktion illusorisch sind. Politisch wie ökonomisch aber können sie letztlich nur befriedigt werden durch eine Revolution, die die Macht der Grundherren ebenso bricht wie die Macht der Imperialisten und Kapitalisten.

Nach langen Kämpfen gelang es der KP Chinas erst unter der Führung Mao Tsetungs, diesem Haupterfordernis der chinesischen Revolution, der Führung der Bauernrevolution durch das Proletariat, gerecht zu werden. Nachdem Mao Tsetung in den beiden früheren Arbeiten "Analyse der Klassen in der chinesischen Gesellschaft" und "Bericht über die Bauernbewegung in Hunan" die Bedeutung der Bauernbewegung für die chinesische Revolution hervorgehoben hatte, formulierte er später endgültig, vor allem in den späten 30er Jahren, die Grundzüge der Strategie der chinesischen Revolution, wobei er sich auf Marx und Lenin, auf die Beschlüsse der Komintern und einige Arbeiten Stalins stützen konnte.

1. Die chinesische Revolution ist zunächst eine bürgerlich-demokratische Revolution gegen die Grundherrenklasse und die Imperialisten, die aber nicht von der Bourgeoisie geführt werden kann. Die strikte Erhaltung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der proletarischen Partei ist daher unbedingt notwendig, damit diese auch gegen den Verrat der nationalen Bourgeoisie die Führung der Revolution bewahren kann.

2. Die chinesische Revolution ist ihrer Form nach im wesentlichen ein durch die Arbeiterklasse geführter Bauernkrieg. Der bewaffnete Kampf, die Errichtung der politischen Macht in den befreiten Gebieten und die Mobilisierung der Massen sind der Schlüssel zum Sieg. "In China hätten das Proletariat und die Kommunistische Partei ohne den bewaffneten Kampf keine Geltung gehabt, hätte keine einzige der revolutionären Aufgaben gelöst werden können." (27)

Das war der Weg, auf dem die chinesische Arbeiterklasse und das chinesische Volk den Sieg errangen. Ihm zugrunde lag die marxistisch-leninistische Analyse der Klassenverhältnisse in China und der internationalen Widersprüche und das Festhalten an den allgemeinen Erkenntnissen des Marxismus. In China konnte keine sozialistische Revolution durchgeführt, konnte nicht mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen werden, bevor nicht die Aufgaben der demokratischen Revolution gelöst und abgeschlossen waren. Erst die ökonomische und politische Befreiung des chinesischen Volkes von der Grundherrschaft und dem Imperialismus bildet die Grundlage des Fortschreitens zur sozialistischen Revolution. Auf der anderen Seite nämlich können die Errungenschaften der

(23) Mao Tsetung, Die chinesische Revolution und die KP Chinas, MAW II, S.369

(24) Mao Tsetung, Der Zeitschrift 'Kommunist' zum Geleit, MAW II, S.333, und dort weiter: "Man kann sagen, daß die Geschichte unserer Partei eine Geschichte des bewaffneten Kampfes ist. Genosse Stalin sagte: 'In China kämpft die bewaffnete Revolution gegen die bewaffnete Konterrevolution. Das ist eine der Besonderheiten und eine der Vorzüge der chinesischen Revolution.' Das ist sehr treffend gesagt."

(25) vgl. Mao Tsetung, Die chinesische Revolution und die KP Chinas: "Der Entstehungs- und Entwicklungsprozeß des nationalen Kapitalismus in China ist zugleich auch der Enstehungs- und Entwicklungsprozeß der chinesischen Bourgeoisie und des chinesischen Proletariats ... Sie sind zwei miteinander verbundene und gleichzeitig antagonistische Klassen; sie sind von Chinas alter (feudaler) Gesellschaft geborene Zwillinge. Aber das chinesische Proletariat entstand und etwickelte sich nicht nur im Zusammenhang mit dem Aufkommen und mit der Entfaltung der chinesischen nationalen Bourgeoisie, sondern auch in Verbindung mit der Entwicklung der von den Imperialisten unmittelbar in China betriebenen Unternehmen. Deshalb ist ein bedeutender Teil des chinesischen Proletariats älter und erfahrener als die chinesische Bourgeoisie, deshalb ist seine gesellschaftliche Kraft größer und seine soziale Basis breiter." MAW II, S.359

(26) Stalin, Werke, Bd.7, S.61, Zur nationalen Frage in Jugoslawien

(27) MAW II, S.258

demokratischen Revolution nicht bewahrt werden, wenn man nicht ununterbrochen dazu übergeht, die politische Macht des Volkes durch die Führung der Arbeiterklasse, durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu festigen und mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen.

Die neudemokratische Revolution ist also eine Revolution,
1. in der die breiten Volksmassen unter der Führung der Arbeiterklasse die Herrschaft des Imperialismus und der Grundherrenklasse stürzen und die politische Macht der revolutionären antiimperialistischen Klassen unter der Führung der Arbeiterklasse errichten;
2. die durch den Volkskrieg, das heißt durch den bewaffneten Kampf und die Mobilisierung der Massen, durch die Errichtung der politischen Macht in den befreiten Gebieten und die Durchführung der Agrarrevolution, durch die Einkreisung der Städte vom Land her den Sieg erringt;
3. die durch ihren Sieg nicht zum Kapitalismus, sondern zum Sozialismus führt, die also selbst nur eine Etappe ist in der ununterbrochenen Revolution.

Die Fortführung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats

Das Prinzip der ununterbrochenen Revolution in Etappen hat nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats und beim Aufbau des Sozialismus seine Gültigkeit nicht verloren. Um das Ziel der Revolution, den Kommunismus, die klassenlose Gesellschaft zu erreichen, kann man sich nicht auf automatisch wirkende Entwicklungsgesetze, sondern nur auf die bewußte Aktion der Massen, der Menschen selbst verlassen, die ihre Lage erkannt haben.

Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion wurde begleitet und kaschiert durch die nötige Revision der marxistischen Theorie. Es ist verständlich, daß diejenigen, die die alte Klassenherrschaft wieder aufrichten wollen, sich gegen die Fortsetzung der Revolution, das heißt gegen das Festhalten an der politischen Macht der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen, wenden müssen. (28) Endgültig festgelegt wurde diese Revision nach den ersten Anläufen auf dem XXII. Parteitag der KPdSU durch die berüchtigte These vom "Staat des ganzen Volkes".
Die chinesischen Kommunisten haben bald gegen diese Verfälschung des Marxismus protestiert. Mao Tsetung hat die marxistische Auffassung und ihre aktuelle Bedeutung 1957 in seiner Schrift "Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk" so formuliert: "In unserem Lande ist, was das Eigentumssystem betrifft, die sozialistische Umgestaltung im wesentlichen vollzogen und sind die für die Periode der Revolution charakteristischen umfassenden und stürmischen Klassenkämpfe der Massen im wesentlichen beendet; Überreste der gestürzten Klassen der Grundherren und Kompradoren sind aber noch vorhanden, die Bourgeoisie besteht noch, und das Kleinbürgertum ist gerade erst im Begriff, sich umzuerziehen. Der Klassenkampf ist noch nicht zu Ende. Der Klassenkampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, der Klassenkampf zwischen den verschiedenen politischen Kräften und der Klassenkampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie auf ideologischem Gebiet wird noch lange andauern und verwickelt sein und zuweilen sogar sehr scharf werden. Das Proletariat trachtet, die Welt nach seiner eigenen Weltanschauung umzugestalten, und die Bourgeoisie tut das gleiche. In dieser Hinsicht ist die Frage 'Wer wen? ' im Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus immer noch nicht endgültig entschieden." (29)

Dabei konnten sich Mao Tsetung und die chinesischen Kommunisten auf die Auffassungen von Marx und Lenin stützen, die oft deutlich genug von der Fortführung des Klassenkampfes bis zur Aufhebung aller Klassenherrschaft gesprochen haben. (30) Und das kann, hält man am Ziel der klassenlosen von aller Ausbeutung befreiten Gesellschaft fest, auch nicht anders sein. Marx selbst erklärt das so: "Dieser Sozialismus ist die Permanenzerklärung der Revolution, die Klassendiktatur als notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen." (31) Die Verstaatlichung der Produktion ist der erste Schritt, mit dem sich das siegreiche Proletariat die Mittel verschafft, mit der planmäßigen Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit zu beginnen, und die hinter dem Rücken der Beteiligten wirkenden ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Produktion, der Wert- und Mehrwertproduktion, zu

---

(28) vgl. z.B.: Widerstand gegen die proletarische Revolution ist das Wesen der "Theorie der Produktivkräfte" in: Peking Rundschau 38/1969; auch in: Chinas sozialistischer Weg, hrsg. von Frank Rainer Scheck, Ffm 1972

(29) Mao Tsetung, Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke, Peking 1967, S.58

(30) z.B. Karl Marx, Entwürfe zum "Bürgerkrieg in Frankreich", MEW Bd.17, S.545 f.: "Das ist also die Kommune - die politische Form der sozialen Emanzipation...Die Kommune beseitigt nicht den Klassenkampf, durch den die arbeitenden Klassen die Abschaffung aller Klassen und folglich aller Klassenherrschaft erreichen wollen... aber sie schafft das rationelle Zwischenstadium, in welchem dieser Klassenkampf seine verschiedenen Phasen auf rationellste und humanste Weise durchlaufen kann... Die Arbeiterklasse weiß, daß sie durch verschiedene Phasen des Klassenkampfes hindurch muß... Die Arbeiterklasse weiß, daß dieses Erneuerungswerk immer wieder aufgehalten und behindert werden wird durch die Widerstände erworbener Anrechte und Klassenegoismen. Sie weiß, daß das gegenwärtige "spontane Wirken der Naturgesetze des Kapitals und des Grundeigentums" nur im Verlauf eines langen Entwicklungsprozesses neuer Bedingungen durch das "spontane Wirken der Gesetze der gesellschaftlichen Ökonomie der freien assoziierten Arbeit" ersetzt werden kann."
Und Lenin: "Die Diktatur des Proletariats ist die Fortsetzung des Klassenkampfes des Proletariats in neuen Formen." in: Über die Diktatur des Proletariats, LW 30, S.79; und in: Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, LW 30, S.91–101: "Theoretisch unterliegt es keinem Zweifel, daß zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus eine gewisse Übergangsperiode liegt, die unbedingt Merkmale oder Eigenschaften dieser beiden sozial-ökonomischen Formationen in sich vereinen muß. Diese Übergangsperiode kann nur eine Periode des Kampfes zwischen dem sterbenden Kapitalismus und dem entstehenden Kommunismus oder, mit anderen Worten, zwischen dem besiegten, aber nicht vernichteten Kapitalismus und dem geborenen, aber noch ganz schwachen Kommunismus sein. Nicht nur dem Marxisten, sondern jedem gebildeten Menschen, der einigermaßen mit der Entwicklungstheorie bekannt ist, sollte die Notwendigkeit einer ganzen historischen Epoche, die diese Merkmale der Übergangsperiode aufweist, ohne weiteres klar sein."
Und in: Die Proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, LW 28, S.252f: "Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus umfaßt eine ganze geschichtliche Epoche. Solange sie nicht abgeschlossen ist, behalten die Ausbeuter unvermeidlich die Hoffnung auf eine Restauration, und diese Hoffnung verwandelt sich in Versuche der Restauration."

(31) Karl Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1859, MEW 7, S.89f.

überwinden. Das erfordert von Anfang an ein bewußtes politisches Herangehen an die Produktionsaufgabe in scharfer Auseinandersetzung mit den Kräften, die sich auf die nach wie vor existierenden Widersprüche und Lücken in der bewußten gesellschaftlichen Planung des Produktionsprozesses stützen, um Ausbeutungs- und Klassenverhältnisse zu konservieren oder wiederherzustellen. Die bewußte Planung der Produktion aber wirklich durchzusetzen, bedeutet die Mobilisierung derer, die produzieren, der Arbeiterklasse und der Volksmassen, erfordert die breiteste Demokratie, um den Massen nicht nur die Teilhabe an der Leitung, sondern die volle Leitung der Produktion zu ermöglichen. Die marxistisch-leninistische Generallinie für den sozialistischen Aufbau, die alle positiven Faktoren für diesen Aufbau zur Geltung bringt, formulierte Mao Tsetung 1958 so:
"Unter Anspannung aller Kräfte vorwärtsstreben, den Sozialismus mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher aufbauen!"

Mao Tsetung und die chinesischen Kommunisten haben aber nicht nur die sowjetischen Revisionisten und ihre Anhänger kritisiert und ihnen den Spiegel der marxistischen Theorie vorgehalten, sie haben den Klassenkampf unter der Diktatur des Proletariats und zur Festigung dieser Diktatur selbst fortgeführt. Die Kulturrrevolution in China war die Anwendung der allgemeinen Wahrheiten des Marxismus auf die konkreten Verhältnisse eines Landes; und in dieser Anwendung und den damit gewonnenen praktischen Erfahrungen werden wiederum allgemeine international gültige Erkenntnisse für den Kampf des Proletariats und seine vollständige Befreiung gewonnen. Mao Tsetung fomulierte das zusammengefaßt so: "Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Während dieser Geschichtsperiode sind Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe immer noch vorhanden; der Kampf zwischen zwei Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, geht weiter und die Gefahr einer kapitalistischen Restauration bleibt bestehen. Man muß die Langwierigkeit und Kompliziertheit dieses Kampfes erkennen."

"Wir haben bereits große Siege errungen, aber die geschlagene Klasse wird immer noch verzweifelt kämpfen. Diese Leute leben noch, diese Klasse existiert noch. Daher können wir nicht von einem Endsieg reden. Auch in einigen Jahrzehnten kann davon nicht die Rede sein. Wir dürfen unsere Wachsamkeit nicht verlieren. Vom leninistischen Gesichtspunkt aus betrachtet, erfordert der Endsieg in einem sozialistischen Staat nicht nur die Anstrengungen des Proletariats und der breiten Volksmassen des betreffenden Landes, sondern er hängt überdies davon ab, daß die Weltrevolution den Sieg erringt und das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf dem ganzen Erdball beseitigt wird, was zur Befreiung der gesamten Menschheit führt. Darum ist es falsch, läuft es dem Leninismus zuwider und entspricht auch nicht den Tatsachen, wenn man leichtfertig vom Endsieg der Revolution in unserem Lande redet."

"Die derzeitige große Kulturrevolution ist nur die erste; es werden in Zukunft unausbleiblich noch mehrere erfolgen. Die Frage, wer wen in der Revolution besiegt, wird erst in einem sehr langen historischen Zeitraum entschieden werden können. Behandelt man diese Angelegenheit nicht richtig, ist es jederzeit möglich, daß der Kapitalismus restauriert wird. Alle Parteimitglieder und das gesamte Volk in unserem Lande dürfen nicht annehmen, daß nach ein oder zwei großen Kulturrevolutionen, oder auch drei oder vier, alles in schönster Ordnung sein werde. Wir müssen uns aufs Äußerste in acht nehmen und unsere Wachsamkeit darf nie nachlassen." (32)

Die Lehren Mao Tsetungs und die praktische Fortführung der chinesischen Revolution sind die lang.gesuchte Lösung einer grundlegenden Frage der internationalen Arbeiterbewegung, die durch die Niederlage der Revolution in der Sowjetunion, durch die Wiedereroberung der politischen Macht in der Sowjetunion durch die Bourgeoisie neuen Typs aufgeworfen war.
"Lenin sagte vor fünfzig Jahren: 'Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt. Das muß der Prüfstein für das wirkliche Verstehen und Anerkennen des Marxismus sein.' Wir können heute sagen, daß nur der ein echter Marxist-Leninist ist, der die Anerkennung der Diktatur des Proletariats auf die Anerkennung der Notwendigkeit, die Revolution unter der Diktatur des Proletariats fortzusetzen, erstreckt. Dies ist der Prüfstein für das wirkliche Verstehen des Marxismus-Leninismus." (33)

Mao Tsetung ist der führende Marxist-Leninist unserer Zeit.
Mao Tsetung ist dadurch Führer des chinesischen Proletariats und des chinesischen Volkes, daß er die Bedingungen der chinesischen Revolution analysierte und eine den Besonderheiten Chinas angemessene Strategie der Revolution auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus vorschlug und durchsetzte; er ist Führer des Weltproletariats dadurch, daß er einige dringende Aufgaben und Probleme der proletarischen Weltrevolution unter den Bedingungen des Niedergangs des Imperialismus, des anwachsenden revolutionären Sturms der Befreiungsbewegungen und des Beginns des Aufbaus des Sozialismus in einigen Ländern anpackte und löste:

1. Ausgehend von der Aktualität der Revolution in der Epoche des Imperialismus formulierte Mao Tsetung die Erfahrungen und Lehren der proletarischen Führung der Volksrevolution der unterentwickelten Länder und damit in gewisser Weise das aktuelle Hauptproblem der proletarischen Weltrevolution.
2. Ausgehend von dem Ziel der Abschaffung jeder Klassenherrschaft formulierte er die Erfahrungen und Lehren der Fortführung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats.
3. Ausgehend von den Prinzipien des Dialektischen Materialismus formulierte er die Erfahrungen und Lehren des Klassenkampfes, der Eroberung der politischen Macht und des Aufbaus des Sozialismus durch die bewußte Aktion der Massen selbst und verteidigte und erneuerte durch die Praxis der Massenlinie die dialektische Beziehung von Massen und Theorie, die die Massen ergreift.

Wie ein Verständnis von Marx nur über Lenin, so ist ein Verständnis des Marxismus-Leninismus in gewisser Weise nur über die Mao-Tsetung-Ideen möglich. Der Marxismus ist eine praktische, revolutionäre, lebendige Theorie. Er ist keine Buchweisheit aus dem 19. Jahrhundert. Wer die Anerkennung des Marxismus nicht auf die Anerkennug der praktisch vonstatten gehenden Revolution seiner Zeit und ihrer Strategie erstreckt, kann nicht ernsthaft als Marxist bezeichnet werden.

Dietrich Hildebrandt, Heidelberg

---

(32) alle Zitate aus: Peking Rundschau 39/69

(33) Auf dem von der sozialistischen Oktoberrevolution gebahnten Weg vorwärtsschreiten, Peking 1967, S.39

Der Kolonialcharakter des israelischen Staates

Vorbemerkung

In KVZ Nr.6 haben wir eine "Antwort auf Leserbriefe zum Krieg im Nahen Osten" veröffentlicht. Auf diesen Artikel bezieht sich die folgende Stellungnahme von P.Z. . Bei P.Z. handelt es sich um ein Pseudonym, das heißt den Emigrationsnamen eines deutschen Juden, den der Faschismus aus seiner Heimat vertrieben hatte und der bis einige Zeit nach Ende des Weltkrieges in Palästina lebte. Inzwischen lebt P.Z. wieder in Westdeutschland.

Die Auffassungen, die P.Z. in seiner Stellungnahme vertritt, sind die Auffassungen eines zionistischen Sozialisten, eines Vertreters der linken Strömung innerhalb des Zionismus, und sie hat wesentlich dazu beigetragen, daß sich viele Menschen über den kolonialistischen Charakter des Zionismus und des Staates Israel nur schwer Klarheit verschaffen konnten, bzw. diesen kolonialistischen Charakter des Zionismus kennen. Wir drucken die Stellungnahme von P.Z. ab, weil wir meinen, daß gerade in Auseinandersetzung mit ihr weitere Klarheit über den Charakter des Staates Israel und die gerechten Ziele des palästinensischen Volkes geschaffen werden kann. Es ist natürlich nicht üblich, daß eine marxistisch-leninistische Zeitschrift die Stellungnahme eines sozialistischen Zionisten abdruckt und damit zur Verbreitung seiner Auffassungen beiträgt. Wir halten den Abdruck aber für gerechtfertigt, weil an dieser Stellungnahme sehr gut deutlich wird, wie es dazu kommen kann, daß Sozialisten zu ideologischen Vertretern des Kolonialismus und Zionismus werden. Die Ursache ist die Verachtung gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht der Nation und die Mißachtung der für den Imperialismus wesentlichen Unterscheidung zwischen unterdrückenden und unterdrückten Nationen. Dies hat schon die deutschen Sozialdemokraten zu Sozialimperialisten gemacht und dies macht jüdische Sozialisten zu Sozialzionisten.

In diesem Zusammenhang möchte ich klarstellen, daß ich in dem Artikel in der KVZ niemals geschrieben habe: "die **Juden** *sind von Anbeginn eine Kolonialisten- und Eroberernation gewesen", wie mir P.Z. unterstellt. Ich habe in diesem Zusammenhang nicht von Juden, sondern von* **Israelis** *gesprochen und das macht einen wesentlichen Unterschied. Die Israelis aber sind zweifellos von Anbeginn als Kolonialisten und Eroberer in Palästina aufgetreten, auch wenn dies die Palästinenser nicht sofort erkannten und einige Großgrundbesitzer sogar aus dem Verkauf des ihnen nicht gehörenden Landes an die Israelis Geld schlugen. Mit seinem Versehen versucht mir P.Z. Antisemitismus zu unterstellen. Dies ist ein alter zionistischer Trick. Gerade deshalb ist es sinnvoll, darauf hinzuweisen, daß eines der wichtigsten Bildungserlebnisse von jungen Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg der tiefste Abscheu vor dem Antisemitismus gewesen ist und daß dieser tiefe Abscheu sie lange daran gehindert hat, den wirklichen Charakter des Zionismus und des israelischen Staates zu erkennen. Insofern hat der Trick verfangen; die Taten und die ununterbrochenen Aggressionsakte des israelischen Staates öffnen aber immer mehr Menschen die Augen – nicht nur für die Gegenwart des israelischen Staates, sondern auch für seine Vergangenheit.*

Viele sehen: Genauso gerecht wie die Zerschlagung des Deutschen Reiches gewesen ist, genauso gerecht wird auch die Zerschlagung des israelischen Kolonialstaates sein. Die Errichtung einer Volksrepublik Palästina auf seinen Trümmern wird die Gewähr dafür sein, daß aus diesen Trümmern nicht ein neuer Unterdrücker- und Erobererstaat entstehen wird.

Nach der Stellungnahme von P.Z. drucken wir die Antwort zweier Genossen ab, denen wir die Stellungnahme von P.Z. zugeschickt hatten, damit sie sie beantworten.

J.S.

DIE FRONT

Zeitschrift zur Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker des Nahen Ostens

Herausgegeben vom SOZIALISTISCHEN PALÄSTINAKOMITTEE HEIDELBERG

NR.1/74 **DM 1.50**

Nr. 1/74 erscheint in der zweiten Februarhälfte
Die Nummer enthält unter anderem die Artikel:
- **Wie hat die Widerstandsbewegung am Befreiungskrieg teilgenommen?**
- **Die Lage der Widerstandsbewegung nach dem Krieg**
- **Zur inneren Situation Israels**
- **Ölpolitik und Energiekrise**

Bestellungen sind zu richten an den
VERLAG JÜRGEN SENDLER
69 Heidelberg
Lutherstraße 44a

Leserbrief

Der Nahe Osten und die deutschen Kommunisten

(Zur Antwort von J.S. auf Leserbriefe in Nr.6 der KVZ)

Ich kann nicht hoffen, seit Jahren eingefahrene Klischeevorstellungen durch einen Zeitungsartikel auszuräumen. Auch kann ich in diesem Rahmen nur auf einzelne Behauptungen von J.S. eingehen, die in meinen Augen weithin pure marxistische Scholastik sind, das heißt "erfahrungfremdes, systemgebundenes Denken", und somit das genaue Gegenteil einer dialektisch-marxistischen Betrachtungsweise. Letztere setzt erstens voraus, daß man sich vorurteilsfrei bemüht, möglichst viele, wesentlich erscheinende Tatsachen zu beschaffen, und daß man zweitens auf der Grundlage fundierten Tatsachen die Entwicklungslinien einer **sich ständig ändernden** wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit erforscht, wie z.B. in unserem Fall der jüdischen Volksgemeinschaft oder der arabischen Völker, sowie die Einwirkungen dieses wirtschaftlich-gesellschaftlichen Unterbaus auf den staatlich-rechtlichen und ideologischen Überbau und nicht zuletzt die ständigen Rückwirkungen dieses Überbaus auf den Unterbau. Drittens gehört zur marxistischen Betrachtung geschichtlich-politischer Vorgänge die Parteinahme für die unterdrückten und entrechteten Klassen im Sinne des Internationalismus, d.h. unabhängig davon, um welche Nationen oder Rassen es sich dabei handelt. Die Theorie von den "unterdrückenden und unterdrückten Völkern" parallel zu unterdrückenden und unterdrückten Klassen halte ich für äußerst gefährlich; sie kann sehr schnell – wie die Behandlung Israels durch viele Linke nur allzu deutlich zeigt – zu einer nur noch notdürftig mit marxistischen Phrasen garnierten einseitig-nationalistischen Parteinahme führen. Auch wird ein Kommunist nie Krieg gegen Bauern, Frauen und Kinder führen, und immer wieder wird er aufs Neue prüfen müssen, ob die furchtbaren Leiden, die jeder Krieg mit sich bringt, nicht beendet werden können, bzw. ob das Ziel einer nationalen Befreiung und der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft nicht ohne Krieg erreicht werden kann. Das zynische Wort eines Clausewitz, daß der Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei, dürfen wir nicht einfach übernehmen, wie dies J.S. tut. Letztlich gehört zu einer marxistischen Betrachtungsweise, daß unsere politischen Losungen machbar sind. Mit schön klingenden, nur unserer politischen Selbstbefriedigung dienenden Parolen ist niemand geholfen. Auch in der Außenpolitik gilt die dialektische Einheit von Theorie und Praxis.

Diese Einleitung hielt ich für notwendig, denn nur wer begreift, wie ich an die Beurteilung eines geschichtlich-politischen Tatbestands herangehe, nämlich so, wie es Rosa Luxemburg in der Parteischule immer wieder verlangte, "nichts ohne Nachprüfung anzunehmen, alles immer wieder erneut nachzuprüfen, mit allen Problemen Fangball spielen", wird mich nicht verstehen können. Ich werde zu zeigen versuchen, daß das Problem Israel besonderer Art ist und keineswegs in den allgemeinen Rahmen "Befreiung der Dritten Welt vom Imperialismus" paßt.

Wer wie J.S. behauptet, "Israel ist ein Kolonialstaat vom Schlage Rhodesiens und Südafrikas, ... die Juden sind von Anbeginn eine Kolonialisten- und Eroberernation gewesen ... Die Politik des Staates Israel war von vornherein auf die Vorherrschaft im Nahen Osten ausgerichtet" usw.usw., weiß buchstäblich nichts von der jüdischen Geschichte, vom Zionismus, und der Entstehung des Staates Israel, oder er hat eine solche Abneigung gegen Juden ganz allgemein – bewußt oder im Unterbewußtsein –, daß er es auch nicht wissen will.

Das jüdische Volk lebte fast 2 000 Jahre als kleine, meist blutig verfolgte Minderheit in den verschiedenen christlichen und auch mohammedanischen Ländern und hatte verständlicherweise gerade während der langen Perioden der Unterdrückung nie ganz den Wunsch aufgegeben, in die alte Heimat Israel zurückzukehren. Warum die Juden so häufig und so furchtbar verfolgt wurden, läßt sich mit wirtschaftlichen Gründen darstellen, und es gibt auch einige wenige, aber sehr aufschlußreiche marxistische Untersuchungen darüber. Hier kann dieser Frage nicht weiter nachgegangen werden. Eine Realisierung des Rückkehrwillens bei Teilen des Judentums, immer wieder verstärkt durch Wellen der Verfolgung, z.B. Ende des 19. Jahrhunderts im zaristischen Rußland, nach dem ersten Weltkrieg in Polen und natürlich ab 1933 in Deutschland und den übrigen von den Nazis eroberten europäischen Ländern, war aber erst seit dem Ende des 19. Jahrhunderts möglich: Die Widerstände von Seiten des islamischen Reichs des Sultans wurden schwächer und die modernen Verkehrsmittel erlaubten es, diese Möglichkeit, allerdings noch sehr begrenzt, auszunutzen. Der damals entstehende moderne Zionismus war ursprünglich das Bestreben einer Minderheit im europäischen Judentum – bestehend aus Angehörigen verschiedener Klassen –, dieser immer wieder verfolgten und unterdrückten Minderheit eine "nationale Heimstätte" oder einen Staat zu verschaffen und die bisherige völlig einseitige berufliche Gliederung zu normalisieren. Deshalb gab es auch nie den Einheitstyp "Zionist", sondern ein breites Spektrum etwa vom zionistischen Marxisten Borochow bis zum bürgerlich-nationalistischen Jabotinsky, ein Bild, das wir bis heute in der Vielzahl israelischer Parteien wiederfinden. Dieser Zionismus hatte insofern indirekt mit dem Imperialismus zu tun, als die Verfolgungswellen ganz bestimmten Entwicklungsstufen der kapitalistischen Entwicklung zum Imperialismus in den betreffenden Ländern entsprachen; daß die Bewegung selbst sich damals nicht einem **bestimmten** imperialistischen Land verschreiben wollte, kann man daraus ersehen, daß die zionistischen Führer bei allen anklopften, die Einfluß im Nahen Osten hatten, dem deutschen Kaiser ebenso wie der englischen Regierung.

Die jüdischen Einwanderer wollten gerade keinen Kolonialstaat nach dem Muster Südafrikas errichten, denn während die weißen Südafrikaner von der Ausbeutung von Millionen Farbigen leben, haben die Einwanderer die ansässigen jüdischen Pflanzer sogar gezwungen, ihre arabischen Arbeiter zu entlassen – was in meinen Augen ein Fehler war –, weil sie eine rein jüdische Gesellschaft ohne Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung aufbauen wollten, was ihnen auch gelungen ist. Die Beschäftigung arabischer Arbeiter in größerer Zahl begann erst 1967 nach dem Sechs-Tage-Krieg und dürfte eine nur zeitweilige Erscheinung sein, die rein ökonomisch ebenso sehr im Interesse der sonst arbeitslosen arabischen Bevölkerung sein dürfte wie der Israelis. Daß sie "von Anfang an eine Eroberernation gewesen" seien, ist eine durch nichts beweisbare Behauptung. Jeder Quadratmeter Boden wurde von arabischen Grundbesitzern gekauft und gerade die erste größere Gruppe von Einwanderern aus Rußland war von den Vorstellungen der russischen Arbeiterbewegung geprägt und sie waren es, die jene bekannten und von allen möglichen Leuten – außer europäischen Kommunisten – besuchten und erforschten Gemeinschaftssiedlungen gründeten, die mit ihren arabischen Nachbarn zunächst meist friedlich zusammenlebten. Daß die jüdische Politik gar von vornherein auf die Vorherrschaft im Nahen Osten ausgerichtet gewesen sei, ist eine so absurde Behauptung, daß man im Ernst darauf überhaupt nicht antworten kann. Ich kann J.S. höchstens einen Blick auf die Landkarte oder in die Bevölkerungsstatistik des Nahen Ostens empfehlen.

Während des ersten Weltkrieges versprachen die Engländer den Zionisten die Errichtung einer "nationalen Heimstätte" in Palästina, während sie zusammen mit den Franzosen gleichzeitig den Arabern einen unabhängigen Staat im ganzen Nahen Osten zusagten. In Wirklichkeit zogen sie nach dem Krieg mit dem Lineal Grenzen und schufen aus der türkischen Provinz Syrien die Staaten Syrien, Libanon, Irak, Transjordanien und Palästina. Dies war übrigens auch der Ursprung der "palästinensischen Nation". Nach Palästina erlaubten die Engländer – die das Mandat vom Völkerbund erhalten hatten – eine begrenzte Einwanderung von Juden. Vor 1933 lebten ungefähr 1 Million Menschen in Palästina, davon nur 17 % Juden. Die großen Einwanderungsströme kamen nach der Machtergreifung Hitlers –

Flüchtlinge vor dem Faschismus und nicht "Eroberer" – wie auch ich selbst, und unser einziges Interesse bestand darin, eine bescheidene Existenz zu finden. Nach Beendigung des Krieges kamen die Überlebenden aus den KZs und die Rückkehrer aus Sibirien, wohin sie von den Sowjets während des Krieges evakuiert worden waren, Menschen, die unter keinen Umständen mehr das Risiko auf sich nehmen wollten, wieder einmal als verfolgte Minderheit leben zu müssen. Es war die Zeit der "illegalen" Einwanderung, als die Menschen nachts von Schiffen, die auf offener Reede vor Anker lagen, ans Ufer wateten. Nach Gründung des Staates Israel 1948 kamen ungefähr 1 Million Flüchtlinge aus den arabischen Ländern! Mir ist nicht bekannt, ob und wieviele arabische Flüchtlinge aus Palästina von den arabischen Ländern an Stelle der geflohenen Juden aufgenommen wurden. Heute leben im ehemaligen Gebiet Palästinas ungefähr 4 Millionen Menschen und weitere können angesiedelt werden – auch Palästinaflüchtlinge! -, wenn vor allem in der Landwirtschaft entsprechend investiert wird, ein Zeichen dafür, wie unterentwickelt das Land vorher war. Tatsächlich verkauften die arabischen Großgrundbesitzer meist Land, das gar nicht bebaut worden war. Woher kam aber die schon nach dem ersten Weltkrieg zu beobachtende Feindschaft mancher, keineswegs aller Araber, gegen die Juden?

Dazu muß man sich zunächst vor Augen halten, daß hier zwei Kulturen zusammenstießen, die in ihrer Entwicklung ein Jahrtausend voneinander entfernt waren: hier Menschen aus Industriestaaten, dort meist Bauern, die noch in primitivsten feudalistischen Verhältnissen lebten. Es ist verständlich, daß die Großgrundbesitzer zwar gerne Land verkauften, das ihnen nichts einbrachte, andererseits aber die "Ansteckung" ihrer Bauern durch "Importe" aus Europa wie Gewerkschaften, Krankenkassen, Gleichberechtigung der Frau usw. fürchteten. Dies war eine Hauptwurzel der Feindschaft gegenüber den Einwanderern. Den ideologischen Überbau für die Massen lieferte der moslemische Fanatismus, den anzustacheln nicht schwierig war. Man könnte sagen, daß es ein tragisches Ereignis der Geschichte war, wenn Flüchtlinge vor antisemitischer Verfolgung aus Europa, die oft keine andere Zuflucht hatten, mit unterentwickelten Menschen eines anderen Volkes zusammenstießen. Ein vorurteilsfreier Mensch wird Verständnis für beide Seiten in einer solchen Situation aufbringen. Die Juden freilich verstanden in ihrer Mehrheit viel zu wenig – es gibt sehr bezeichnende Ausnahmen –, daß hier ein ernstes Problem gegeben war, das man nicht einfach verdrängen konnte, und dessen Lösung eine Vorbedingung ihrer sicheren Existenz in Palästina war.

Während des zweiten Weltkriegs herrschte Ruhe im Lande. Die Juden standen fest hinter den Alliierten bzw. der UdSSR, während viele Araber schon die Kränze flochten, um für Rommels Einzug gerüstet zu sein. Als nach Beendigung des Kriegs die Unruhen schlimmer als je ausbrachen, und zwar damals vor allem auch von Seiten der Juden gegen die Mandatsmacht England, die die Einwanderung der Überlebenden verhindern wollte, beschlossen die UN die Teilung des Landes in einen arabischen und einen jüdischen Staat, vor allem auch mit der Stimme der Sowjetunion, die 1947 nach euerem Verständnis – nicht unbedingt nach meinem – doch noch völlig in Ordnung war. In seiner Rede vom 15.4.47 vor den UN bejahte der sowjetische Außenminister, Gromyko ausdrücklich das Recht der Juden auf einen eigenen Staat in Palästina. Die jüdische Linke einschließlich der KP wollte dagegen einen bi-nationalen Staat. Die Juden akzeptierten die Teilung, die Araber lehnten ab. Hätten sie sich damals dem Willen der UN unterworfen, wie sie es jetzt von den Israelis verlangen (Resolution Nr.242 von 1967!), hätte es nie einen Krieg gegeben, und die palästinensischen Araber hätten seit 1948 ihren eigenen Staat. Sie glaubten, dies mit Gewalt verhindern zu können und verloren. Von da an datiert das Flüchtlingselend – nur ein Teil floh aus Angst vor jüdischen Terroristen, viele flohen, weil ihnen ihre Führer nach Vernichtung der Juden eine baldige Rückkehr in Aussicht stellten.

Es ist richtig, daß es eine israelische Rechte gibt, die Israel in den biblischen Grenzen, d.h. einschließlich Jordaniens (nicht vom Euphrat bis zum Nil!) wiederherstellen möchte, aber es gibt keine Verlautbarung der Mehrheitsparteien, die sich solchen Phantastereien anschließt. Die Bevölkerung wiederum will in ihrer Mehrheit Sicherheit und Frieden, wie erst jetzt wieder eine Meinungsumfrage bestätigte: an Sandwüsten wie dem Sinai liegt ihr gar nichts, solange ohne Sinai ihre physische Sicherheit gewährleistet ist, und die unbedingt abzulehnende Besiedelungspolitik in den eroberten Gebieten ist auch in erster Linie als Sicherung des militärisch für notwendig gehaltenen Vorfelds zu verstehen. Wer den Staat Israel vernichten will, muß gerade dafür Verständnis aufbringen.

Wenn ich mich eingangs meiner Ausführungen gegen ein statisches Denken wandte, meinte ich damit im Zusammenhang mit der Einschätzung Israels, daß man diesen Staat bzw. die jüdische Einwanderung in ihrer Entwicklung sehen muß und nicht nur aus der Sicht des gegenwärtigen Zustands – ob diese nun richtig oder falsch ist, bleibe einmal dahingestellt – auf die Vergangenheit zurückblenden darf und meinen, so sei es immer gewesen. Je stärker und gewalttätiger die Ablehnung der jüdischen Anwesenheit in Palästina durch die Araber war, desto militanter und aggressiver wurden die Juden, und umgekehrt. Es ist z.B. unvertretbar, ständig nur die Verbrechen von Juden an Arabern zu wiederholen, aber etwa das Gemetzel auf den Straßen Jaffas 1936, dem ich selbst nur durch einen Zufall entging, oder die Ermordung sämtlicher Insassen eines Autobus, meist Ärzten und Krankenhauspersonal auf der Fahrt vom Krankenhaus auf dem Berg Skopus in die Stadt Jerusalem, zu verschweigen. Die Liste gegenseitiger Aufrechnung wäre sehr lang, kann aber nur zu der Erkenntnis führen, daß die Aggressionen beider Seiten sich allmählich immer weiter hinaufschaukelten, bis wir einen Krieg wie in diesem Jahr erlebten, der schon internationale Ausmaße – besonders in der Ausrüstung mit Waffen – erreichte. Erst im Laufe dieser Eskalation und dem unvermeidlichen Überhandnehmen rein militärischen Denkens auch in Israel – Besetzung der West Bank, des Sinai und der Golanhöhen – erzeugten das Bild eines Erobererstaats, das von euch als von jeher gegeben propagiert wird.

Wenn man die Bedingungen ändert, die dazu geführt haben, kann man sehr schnell auch den Charakter Israels ändern und den progressiven und sozialistischen Kräften Israels endlich eine echte Chance geben. Je mehr man aber den "Sieg über den israelischen Erobererstaat" herbeiwünscht, desto verhärteter werden die Fronten und desto "aggressiver" Israel. Es ist geradezu kindisch, zu glauben, solange "die Palästinenser . . . den militärischen Kampf auch gegen die Angehörigen des jüdischen Volkes führen", d.h. solange nachts jüdische Dörfer mit Frauen und Kindern beschossen werden, käme man im Interesse gerade auch der palästinensischen Flüchtlinge einer Lösung näher. Und wenn J.S. gar noch behauptet, "deshalb nützt der bewaffnete Kampf der Palästinenser auch der Entfaltung des Klassenkampfs unter den Juden", zeigt er damit nur, daß er keine Ahnung hat, wie Menschen in einer belagerten Festung denken, die wissen, daß ihnen der Völkermord droht, wenn sie auch nur einmal militärisch versagen sollten. Gerade in einer solchen Situation wird der aktive Klassenkampf bis zur Abwendung der äußeren Gefahr zunächst einmal "ohne Termin vertagt". Ihr selbst wollt die Vernichtung des Staates Israel zugunsten eines "neudemokratischen Staates, . . . in dem Araber und Juden gleichberechtigt nebeneinander leben." Zunächst einmal erkennen die Araber – von wenigen Ausnahmen abgesehen – keine Araber und Juden als gleichberechtigte Nationen eines neuen Palästina an, sondern nur "Moslems, Christen und Juden" als Religionsgemeinschaften innerhalb eines arabischen Nationalstaats. Damit wäre es schon aus mit einer Gleichberechtigung der Juden als Nation. Ferner: Wodurch haben die derzeit bestehenden arabischen Staaten je bewiesen, daß sie überhaupt demokratische Staaten aufbauen können? Etwa durch die Verfolgung und Ermordung von Kommunisten und Gewerkschaftlern in praktisch allen Staaten außer dem bourgeoisen Libanon, oder durch die Behandlung der Kurden im Irak? Und letztlich, wer garantiert überhaupt, daß nach einem militärischen Sieg über Israel, wenn der Rachedurst einer fanatisierten Soldateska gestillt wäre, die Juden bleiben könnten? Nach Ansicht z.B. des Ministers Shalout aus Libyen ("Weltspiegel"-Interview vom 18.11.73) dürften nur die "orientalischen" Juden bleiben, während die europäischen Juden verschwinden müßten. Auf die Auslassungen welcher arabischer Politiker sollen die Israelis sich nun verlassen?

Und was geschah bisher mit den palästinensischen Flüchtlingen? Von Seiten ihrer arabischen Brüder so gut wie nichts. Für Waffen gab König Feisal einen Scheck über 1 Milliarde US-Dollar, für die Flüchtlinge bisher lumpige 5 Millionen, wobei Saudi-Arabien trotz seiner Gold- und Dollarmilliarden gerade jetzt die Frechheit besitzt, von den Europäern größere Zahlungen zugunsten der Flüchtlinge zu verlangen. Diese wirklich verratenen und verkauften Menschen, denen durch eine effektive Politik zu helfen eigentlich die Aufgabe jedes Kommunisten sein müßte, wurden als Faustpfänder von arabischen Staaten und Flüchtlingsfunktionären mißbraucht: je elender ihre Lage, desto eher konnten sie manipuliert werden. Wenn von beiden Seiten eine friedliche Lösung angestrebt worden wäre, hätten diese Menschen schon längst teils nach Israel zurückkehren, teils auf bisher nicht genutzten Böden in arabischen Ländern angesiedelt werden können. Begreift ihr denn nicht, welches Verbrechen es ist, dies bisher verhindert zu haben, obwohl inzwischen jedermann weiß, daß mit Waffengewalt für die Flüchtlinge nichts erreicht werden kann

und nur ihr Elend verlängert wird? Die Schuld der arabischen Staaten ist groß, aber nicht sie allein sind schuld. Dazu kommt die jahrelange Gleichgültigkeit vieler Israelis, der Ehrgeiz palästinensischer Funktionäre und die Verblendung der Linken in vielen Ländern.

So sehr ihr dies zu bezweifeln scheint, auch im Nahen Osten werden allmählich Fakten anerkannt werden müssen. Nur ein kleiner Teil der Flüchtlinge wird nach Israel zurückkehren können, wo inzwischen mehr als 3 Millionen Menschen wohnen (ohne die besetzten Gebiete), neue Städte erbaut, neue Industrien gegründet wurden. Die Palästinenser – immer vorausgesetzt, es hat vorher keine nazistische "Endlösung" für die israelische Bevölkerung stattgefunden! – würden sich dort noch fremder vorkommen als deutsche Rückkehrer im heutigen Wrozlaw. Insofern ist der Vergleich wohl angebracht. Wenn ihr wehklagt, "Ägypten und Syrien wehren sich gegen Eroberung, Expansion und Unterdrückung", kommen mir fast die Tränen. Vergessen sind die ständigen Angriffe aus dem Gaza-Streifen gegen jüdische Siedlungen vor dem Sinaikrieg 1956, vergessen der Aufmarsch der ägyptischen Armee 1967 im Sinai, die Schließung des Suezkanals und der Straße von Tiran für die jüdische Schiffahrt, vergessen die Drohungen Shukeiris, "daß man sie ins Meer treiben würde". Vergessen auch die jahrelangen Beschießungen der Siedlungen um den See Genezareth von den Golanhöhen durch syrische Artillerie, vergessen die ständigen Angriffe und Terrorakte auf Flughäfen, die Flugzeugentführungen. Wer hat eigentlich wen unterdrückt und wer will wen erobern? Noch am 22.9.73 veröffentlichte die chinesische Nachrichtenagentur "Hsinhua" eine Zusammenfassung der Reden anläßlich des Besuchs des ägyptischen Vize-Präsidenten Hussein A-Shafei in Peking, der wörtlich erklärte, daß die Existenz des Staates ausgelöscht werden müsse (to wear out the existence of Israel). Das sind dieselben Leute, die wenige Tage darnach behaupteten, es gehe nur um die Rückeroberung ägyptischen Gebiets. Auch ihr könnt euch nicht um die Alternative herumdrücken, daß entweder der Staat Israel bestehen bleiben muß, wenn die physische Sicherheit der jüdischen Bevölkerung garantiert sein soll (wobei noch nichts über die weitere innere und äußere Entwicklung Israels gesagt ist) oder ihr nehmt in Kauf, daß nach einer militärischen Niederlage – anders gibt es kein Ende dieses Staats – unzählige ehemalige Flüchtlinge vor Antisemitismus und Faschismus bzw. deren Nachkommen hingeschlachtet werden. Ich kann immer noch nicht glauben, daß ihr so naiv seid, dies nicht zu sehen oder daß ihr dies gar in Kauf nehmen wolltet.
Auch die unbestreitbare Tatsache, daß Israel heute auf Gedeih und Verderben von den USA abhängig ist, bedeutet keineswegs, daß dies immer so war oder so bleiben muß. Die Paten des neuen Staates Israel waren 1947/48 die USA und die SU, weshalb es auch lächerlich ist, der SU 1973 vorzuwerfen, den Staat Israel nicht zerstören zu wollen. Erst als noch zu Lebzeiten Stalins klar wurde, daß Israel ohne die materielle Hilfe Amerikas nicht lebensfähig war, und gleichzeitig die SU hoffte, nach dem Sturz Farouks in Ägypten auf die Karte der sich vom Feudalismus lösenden Araber setzen zu können, glitt Israel immer mehr in die Abhängigkeit von den USA, bis es heute so ist, daß das Land ohne die amerikanischen Waffenlieferungen und sonstige Hilfe verloren wäre. Wenn man will, daß diese Abhängigkeit wieder abgebaut wird, muß man versuchen, die Bedingungen zu ändern, die dazu geführt haben, d.h. die Existenz Israels als gleichberechtigter Staat des Nahen Ostens muß durch einen dauerhaften Frieden gesichert sein, alle Staaten des Nahen Ostens müssen zugunsten ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung abrüsten und sie müssen zusammen eine wirtschaftliche Einheit aufbauen. Dann erst, wenn der Druck von Seiten der jeweiligen Nachbarn weggefallen ist, und wenn in den arabischen Staaten die primitivsten demokratischen Rechte erkämpft wurden, kann an einen wirksamen Klassenkampf in diesen Staaten und Israel gegen in- und ausländische Kapitalisten und gegen die Feudalherren vor allem in den Ölstaaten gedacht werden. Vorher werden alle Regime den Klassenkampf zugunsten des "nationalen Kampfes" abbiegen können wie bisher.

Daß die beiden Supermächte nur ihre eigenen Interessen im Nahen Osten vertreten ebenso wie anderswo, ist nichts Neues. Daß man sie desto eher los wird, je schneller alle Staaten des Nahen Ostens eine friedliche Politik betreiben und damit unabhängig von den Waffenlieferungen der Großen werden, scheint schon weniger verstanden zu werden. China hat es da leichter: es hat keine Positionen im Nahen Osten zu vertreten. Aber es noch besonders für seine Politik im Nahen Osten zu loben, erscheint mir doch leicht übertrieben zu sein: Wenn es die Rolle der beiden Supermächte hätte entlarven wollen, hätte es sich bei den entscheidenden Abstimmungen im Sicherheitsrat nicht entfernen dürfen, sondern mit seinem Veto die beiden Großen zwingen müssen, Farbe zu bekennen und gemeinsame Politik im Nahen Osten ohne die UN zu betreiben. Aber soweit wollte man offensichtlich auch wieder nicht gehen.

Vieles konnte in meinen Ausführungen nur angesprochen werden, vieles mußte ganz weggelassen werden, wie z.B. die Entwicklung in den verschiedenen arabischen Staaten, die immer wiederkehrende Verfolgung der Linken in den arabischen Staaten usw. Wenn ich wenigstens bewirken konnte, daß mancher in Zukunft zunächst in ausgewogener Weise die geschichtlichen Tatsachen erforscht und verantwortungsvoll prüft, zu welchen Konsequenzen die propagierten Losungen führen, bevor er, wie ich meine leichtfertig, Israel verdammt, bin ich schon zufrieden.

P.Z.

Antwort auf P. Z.

Die Stellungnahme von P.Z. erhebt den Anspruch einer "dialektisch-marxistischen Betrachtungsweise" der Entstehung und Rolle des Staates Israel. In Wirklichkeit untersucht sie gerade nicht die Geschichte des Palästina-Konflikts und die Rolle des Staates Israel im Rahmen der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Imperialismus auf der einen, Arbeiterklasse und unterdrückte Völker auf der anderen Seite. Sie leitet vielmehr aus den antisemitischen Pogromen und nazistischen Konzentrationslagern die Existenzberechtigung eines jüdischen Staates ab, der als "gleichberechtigter Staat im Nahen Osten" anerkannt werden müsse, um ganz "vorurteilsfrei" darüber hinweg zu gehen, daß dieser 1947 von der UNO gebildete Staat auf der Vertreibung und Flucht von nahezu 1 Million Araber in Palästina ebenso gründete wie auf der Annexion und Enteignung arabischen Bodens und Besitzes, daß seine Gründung durch eine jahrzehntelange systematische Kolonialplitik der zionistischen Organisationen vorbereitet worden war und von Anbeginn an in einem unlösbaren Widerspruch zu den nationalen Rechten und Lebensinteressen der in Palästina lebenden Araber stand.

P.Z. beginnt seine Darstellung damit, daß das jüdische Volk fast 2 000 Jahre als verfolgte Minderheit in verschiedenen Ländern lebte und nie ganz den Wunsch aufgegeben habe, in "die alte Heimat Israel zurückzukehren". Dagegen

schreibt Abraham Leon ganz richtig, daß die Behauptung, die Juden hätten schon stets nach Palästina zurückkehren wollen, sich bei historischer Prüfung als falsch erweise. "In Wirklichkeit war, solange das Judentum im feudalen System seinen Platz hatte, der 'Traum von Zion' nichts anderes als ein Traum und entsprach keinem realen Interesse des Judentums. Der jüdische Gastwirt oder 'Pächter' im Polen des 16. Jahrhunderts dachte ebensowenig an eine 'Rückkehr' nach Palästina wie heute der jüdische Millionär in Amerika." (Leon, Judenfrage und Kapitalismus, Trikont 1971, S.104)
Der Zionismus brauchte derartige idealistische Konzeptionen, um seinen Anspruch auf ein arabisches Land unter dem Aspekt der "Rückkehr" rechtfertigen zu können. Ebenso idealistisch ist es, wenn P.Z. vom "jüdischen Volk" spricht und darüber hinweggeht, daß "der Verlust des Territoriums, der gemeinsamen Sprache und auch der gemeinsamen Kultur, diese Vernichtung der Nation und ihre Verwandlung in eine millionenköpfige Kaste" (Heller, Der Untergang des Judentums, Verlag für Literatur und Politik, 1931, S.13) den nationalen Splittern der Kaste nur die "gemeinsamen sozialen und nationalen Wurzeln" beließ (Heller, S.14), und auch das, gemäß der verschieden gearteten Entwicklung, der die einzelnen Splitter unterlagen, in verschieden gestuften Resten.

So vermochte das 1897 auf dem 1. Zionistenkongress in Basel verkündete Ziel des Zionismus, "die Rückkehr der Juden als einer Nation nach Palästina" zu ermöglichen, nur sehr wenige Juden zu begeistern, während der Kampf der Zionisten gegen die Assimilation der Juden in die jeweiligen Völker auf den entschiedenen Widerstand der großen Mehrheit der europäischen Juden stieß. Hollstein zitiert den Großrabbiner von England, der erklärte: "Seit der Eroberung Palästinas durch die Römer haben wir aufgehört, eine politische Einheit zu bilden. Wir sind ganz einfach je Franzosen, Engländer oder Deutsche, die gewisse theologische Bindungen und konfessionelle Bräuche besitzen, welche unserer besonderen Religion entstammen". Dementsprechend hatten die zunehmend assimilierten jüdischen Bourgeois in Westeuropa zunächst keinerlei Interesse an dem neuen jüdischen Nationalismus. Sie hatten dagegen sehr wohl ein Interesse daran, daß die durch die Pogrome in Rußland hervorgerufenen starken Einwanderungswellen osteuropäischer Juden nach Westeuropa ihre eigene Assimilation nicht gefährdeten. Herzl erkannte diese Gefahr und empfahl in seinem Werk "Der Judenstaat" ausdrücklich "die Entfernung ... dieses nomadenhaften Proletariats" (Hollstein, Kein Frieden um Israel, Fischer, August 1973, S.32). Der moderne Zionismus hat seine gesellschaftlichen Wurzeln nicht einfach im Antisemitismus, den es in verschiedenen Formen auch im Mittelalter gegeben hatte, sondern "ist die Ideologie des jüdischen Kleinbürgertums, das zwischen den Ruinen des Feudalismus und dem absterbenden Kapitalismus zerrieben wurde" (Leon, S.105). Seine zunehmende Kraft bezog der Zionismus aus dem modernen Antisemitismus, vor allem durch den deutschen Faschismus, der den Zionisten der entscheidende Beweis für die Richtigkeit ihrer These war, daß der Antisemitismus ein Teil der menschlichen Natur sei und nur umgangen werden könne, wenn die Juden ihren eigenen Staat gründeten. Diese vollständig ahistorische Betrachtungsweise des Antisemitismus wurde auch von den Vertretern des "sozialistischen Zionismus" geteilt. So sah der von P.Z. zitierte Borokhov in der "Verstreuung" der Juden die Schuld an allem Antisemitismus und deshalb auch nur konsequent das Heil der Juden in einem eigenen Staat. Was von diesen 'Sozialisten' zu halten ist, wird daran deutlich, daß sie nicht den Kampf des Proletariats in den jeweiligen Heimatländern der Juden gegen jede Form von Unterdrückung und für die Diktatur des Proletariats unterstützten, sondern in der Emigration nach Palästina die Voraussetzung für die Aufhebung des Antisemitismus sahen. Diese Auffassung mußte nicht nur den Kampf des jeweiligen Proletariats für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volks und den Sieg des Sozialismus schwächen, sondern setzte sich auch vollständig über die Lebensinteressen der arabischen Bevölkerung in Palästina hinweg.

Allen Formen des Zionismus war und ist gemeinsam, daß sie den Kampf gegen die Verfolgung der Juden nicht als Teil des Kampfes gegen die Bourgeoisie begriffen, sondern mit der Forderung nach einem Judenstaat beantworteten. Auch bei P.Z. taucht der Antisemitismus als Rechtfertigung für den Staat Israel, niemals dagegen als bestimmte Form des Rassismus auf, der bekämpft und besiegt werden kann. Lenin, der in schärfsten Auseinandersetzungen mit dem jüdischen Nationalismus stand, der sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der jüdischen Arbeiterbewegung breit machte, hielt 1918 eine Ansprache an die Rote Armee gegen den Antisemitismus, die auf Schallplatten aufgenommen und an allen Fronten verteilt wurde. Darin heißt es unter anderem: "Nicht die Juden sind die Feinde der Werktätigen. Die Feinde der Arbeiter sind die Kapitalisten aller Länder. Unter den Juden gibt es Arbeiter, Werktätige, sie sind die Mehrheit. Sie sind unsere Brüder, unsere Genossen im Kampf für den Sozialismus, weil sie vom Kapital unterdrückt werden. Unter den Juden gibt es Kulaken, Ausbeuter, Kapitalisten, wie auch unter uns allen. Die Kapitalisten sind bemüht, Feindschaft zwischen den Arbeitern verschiedenen Glaubens, verschiedener Nationen, verschiedener Rassen zu entfachen. Die reichen Juden, wie auch die reichen Russen und die Reichen aller Länder, alle miteinander im Bunde, zertreten, unterdrücken und veruneinigen die Arbeiter.
Schmach und Schande dem verfluchten Zarismus, der die Juden peinigte und verfolgte. Schmach und Schande dem, der Feindschaft gegen die Juden, der Haß gegen andere Nationen sät!
Es lebe das brüderliche Vertrauen und das Kampfbündnis aller Nationen zum Kampf für den Sturz des Kapitals!" (Lenin, Die Pogromhetze gegen die Juden).

Für P.Z. dagegen gibt es nur die "Menschen, die unter keinen Umständen mehr das Risiko auf sich nehmen wollten, wieder einmal als verfolgte Minderheit leben zu müssen." Anstatt dazu beizutragen, daß diese Menschen den Kampf gegen die jeweilige Bourgeoisie aufnehmen, wurde ihr Leid dazu benutzt, um die Herrschaft einer jüdischen Bourgeoisie in einem Teil Palästinas zu begründen und zu rechtfertigen. Der Wunsch, "niemals mehr verfolgte Minderheit zu sein" konnte so vom Zionismus dazu benutzt werden, seine Fremdherrschaft in Palästina systematisch aufzubauen, bis schließlich die arabisch-palästinensische Bevölkerung die Herrschaft über ihre Heimat verloren hatte, ihre Kultur und Tradition vernichtet sah und sich schließlich massenhaft in den Flüchtlingslagern der arabischen Anrainerstaaten wiederfand, ständig aufs Neue den Expansionsbestrebungen des zionistischen Staates und seinen aggressiven Handlungen ausgesetzt.

P.Z. zeichnet ein vollständig idealistisches Bild des Zionismus. So behauptet er, daß der Zionismus nur **insofern** etwas

mit dem Imperialismus zu tun gehabt habe, als die Verfolgungswellen den Entwicklungsstufen der kapitalistischen Entwicklung zum Imperialismus entsprochen hätten. In Wirklichkeit konnte die zionistische Ideologie nur unter der Schirmherrschaft des Imperialismus, zunächst des britischen, dann des amerikanischen, zur staatlichen Realität in Palästina werden und hat von Anbeginn die Rolle eines imperialistischen Lakaien und konterrevolutionären Stützpunktes im Nahen Osten übernommen. Zunächst bemühte sich der Zionismus um das Wohlwollen der reaktionärsten Mächte der Epoche – des deutschen Kaisers, des türkischen Sultans, des russischen Zarenregimes. Sehr bald konzentrierte sich das Werben der Zionisten auf Großbritannien, weil dieses Land im Nahen Osten eine Vorrangstellung einnahm. "Die zionistischen Sachwalter wurden nicht müde zu wiederholen, daß ein 'Judenstaat' in Arabien die englischen Interessen verteidigen würde. Insbesondere hoben die Zionisten die Bedeutung von 'Erez Israel' für die Verteidigung des Suezkanals und die Absicherung des britischen Einflusses in Ägypten und jenseits des Jordans hervor. 'Erez Israel' wäre, so gestand Chaim Weizmann seinem englischen Gesprächspartner Lord Cecil, für die britischen Interessen im Nahen Osten eine 'Schutzwehr'." (Hollstein, S.223) So schreibt auch Otto Heller schon 1931, daß "der Zionismus zu einer Schachfigur des britischen und somit des Weltimperialismus in seinem Kampf gegen die Befreiungsbewegung der Kolonialvölker geworden" sei. (Heller, S.6)

Erst die Balfour-Deklaration von 1917, ein Versprechen der britischen Regierung an die Zionisten, in Palästina die Errichtung einer "nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes" zu billigen, ermöglichte es dem Zionismus, seine Arbeit in Palästina zu legalisieren und zu intensivieren. Die Repräsentanten der palästinensischen Araber protestierten vehement gegen diese Erklärung. Sie konnten jedoch weder die Anwendung der Balfour-Deklaration noch die Abspaltung Transjordaniens von Palästina oder die Aufteilung der arabischen Welt zwischen England und Frankreich während der Konferenz von San Remo 1920 verhindern (vgl. Hollstein, S.90). 1922 bestätigte der Völkerbund das Mandat Englands über Palästina und gab in der Präambel seiner Erklärung dem jüdischen Volk einen "Rechtsanspruch auf die Wiederherstellung seiner nationalen Heimstätte in diesem Land". Bezeichnenderweise ist in diesem Text des Völkerbunds, den alle imperialistischen Mächte unterzeichneten, von der eingeborenen Bevölkerung Palästinas kein einziges Mal die Rede, obgleich zu diesem Zeitpunkt 91 % der palästinensischen Bevölkerung Araber waren, denen 97 % allen Bodens gehörten. Dieses Mandat mißachtete nicht nur das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes, sondern verstieß auch unmittelbar gegen Artikel 22 des Convenants des Völkerbundes, in dem Palästina das Recht auf Unabhängigkeit zugesichert wird. Daran hielten sich weder Großbritannien noch der Völkerbund noch 1947/48 die UNO (vgl. Hollstein, S.93).

Nur die ständige Unterstützung durch die britische Administration ermöglichte es dem Zionismus, seine Macht in Palästina ständig auszuweiten, mit der "Jewish Agency" als politischer Vertretung eine Nebenregierung, mit dem Aufbau der zionistischen Armee "Haganah" sich eine eigene Streitmacht aufzubauen. Ohne die britische Mandatsverwaltung wäre es den Zionisten niemals gelungen, ihre Kolonialistenarbeit so unbehindert voranzutreiben und ihre Institutionen so machtvoll entgegen dem Willen der arabischen Bevölkerung zu entwickeln. Arnold Toynbee schreibt deshalb zu Recht: "Der Grund, warum der israelische Staat heute existiert und warum heute 1 500 000 palästinensische Araber Flüchtlinge sind, ist, daß während 30 Jahren den palästinensischen Arabern die jüdische Immigration durch die englische Militärmacht auferlegt wurde, bis die Immigranten genügend zahlreich und genügend bewaffnet waren, um mit eigenen Tanks und Flugzeugen für sich selbst zu sorgen." (zitiert nach Hollstein, S.95)

Als es 1929 zu erneuten Unruhen unter der arabischen Bevölkerung gegen die zionistische Machtpolitik in Palästina kam, stellte die britische Hope-Simson Kommission fest, daß am Ursprung der arabischen Proteste die Diskriminierung der einheimischen Bevölkerung durch die Zionisten stünde. Eine weitere Kommission unter Leitung von Sir W.Shaw bemerkte, daß die Araber ob der wachsenden Aussicht, dem Zionismus unterworfen zu werden, besorgt wären und deshalb rebellierten. Die Forderungen der Shaw-Kommission, Beschränkung der jüdischen Einwanderung, Kontrolle der jüdischen Bodenkäufe und Beendigung der Vertreibung arabischer Bauern und Landarbeiter, wurde in einem sogenannten "Passfield-Memorandum" von 1930 aufgenommen, das den Arabern größere innere Autonomie, Beschränkung der zionistischen Landkäufe und Reduzierung der Immigration versprach. Als Folge eines zionistischen Proteststurmes annullierte der britische Ministerpräsident Donald in einem Brief an Weizmann sämtliche Forderungen des Passfield-Memorandums. Erst im britischen Weißbuch von 1939 wurden die Einwanderung und die Bodenkäufe der Juden beschränkt und beiden Gemeinschaften Selbstregierung und Unabhängigkeit in einem arabischen Staatswesen versprochen, das innerhalb der nächsten 10 Jahre realisiert werden sollte.

Erst nach Veröffentlichung dieser Forderungen begann der Kampf der zionistischen Militärverbände gegen die britische Mandatsverwaltung, die nun hemmend für die vollständige Verwirklichung des zionistischen Machtanspruchs in Palästina wurde. Zu diesem Zeitpunkt war der arabische Widerstand von der britischen Verwaltung schon entscheidend geschwächt worden. Von 1936 bis 1939 fand eine Kette von Streiks, Demonstrationen und Gewaltmaßnahmen gegen die britische Verwaltung und die zionistische Eroberungspolitik statt. In diesen drei Jahren wurden nach Angaben der britischen Administration mehr als 3 000 palästinensische Araber getötet, etwa 2 000 verletzt, 110 gehenkt und nahezu 6 000 in Konzentrationslagern und Gefängnissen interniert. Diese Angaben werden noch von den meisten Autoren als zu niedrig bewertet (vgl. Nachweise bei Hollstein, S.138). Die Schätzungen belaufen sich auf 30 000 bis 40 000 Getötete und auf etwa 20 000 Internierte.

In diesem Kampf um ihre vom Zionismus bedrohten Rechte und Interessen entwickelte sich bald auch das nationale Bewußtsein der Palästinenser, die nun auch ihre eigenen Parteien bildeten, deren Ziele durchweg Unabhängigkeit, Freiheit und die Bewahrung des arabischen Charakters von Palästina waren. Wenn P.Z. in seiner Darstellung davon spricht, daß die Grenzziehung nach dem 1. Weltkrieg der Ursprung der palästinensischen Nation gewesen sei, so kann dies nur dazu dienen, die nationalen Rechte der Palästinenser auf ihr Land und ihre Heimat zu verleugnen. Die Palästinenser sind natürlich Araber und sie betrachten ihren Kampf auch als Teil des Kampfes der arabischen Völker gegen den Imperialismus und für Freiheit und nationale Unabhängigkeit. Sie begannen aber schon frühzeitig, gegenüber der zionistischen Kolonisation ihre palästinensischen Interessen durch die Bildung von "Palästinensischen Kongressen" zu vertreten, die einen souveränen palästinensischen Staat verlangten und verschiedene Delegationen nach London entsandten. Es bil-

dete sich ein "Arab High Committee", das sich formiert hatte, um die palästinensischen Interessen zu vertreten (Hollstein, S.139) und das den Generalstreik der palästinensischen Arbeiter von 1936 unterstützte, was ihm den Bann der Engländer eintrug. Aus derselben zionistischen Ecke kommt auch der Vorwurf an die arabischen Staaten, sie hätten nichts für die Palästinenser getan. Zum einen belegt der ehemalige Generalkommissar der UNO-Hilfsorganisation für Palästina, UNRWA, John H. Davis, daß die Hilfs- und Aufnahmemöglichkeiten der arabischen Staaten beschränkt sind, daß jedes Land von Arbeitslosigkeit, Geburtenüberschuß, Wohnungsnot, Unterernährung und Landflucht gekennzeichnet ist und entgegnet deshalb den Vorwürfen gegen die arabischen Staaten: "Die im Westen weit verbreitete Auffassung, die arabischen Regierungen hätten die Flüchtlinge nicht ansiedeln wollen, entbehrt jeder Grundlage." (zitiert nach Hollstein, S.204) Entscheidend aber ist, daß die palästinensischen Flüchtlinge in den arabischen Staaten weder weitere 25 Jahre Almosenempfänger bleiben noch dort angesiedelt werden wollen. Der UNRWA-Bericht von 1965 stellt fest:

"Die Haltungen und Gefühle der Flüchtlinge, die in den früheren Berichten beschrieben worden sind, haben sich nicht geändert. Von ihrem Standpunkt aus ist eine Nation ausgelöscht und eine Bevölkerung willkürlich ihrer Rechte beraubt worden. Diese Ungerechtigkeit ist tief in ihnen verankert. . . Ihr Sehnen nach Heimkehr, das durch die Erklärung über Repatriierung und Schadenersatz in § 11 der Resolution 194 (III) und in vielen späteren Resolutionen der UNO-Vollversammlung ermutigt wurde, bleibt unverändert." Dasselbe trifft für die Flüchtlinge von 1967 zu. (vgl. Hollstein, S.206)

Der Zionismus mußte von Anbeginn die Interessen und Rechte der arabischen Bevölkerung in Palästina verleugnen, um den von ihm propagierten "Judenstaat" zu schaffen. Sowohl Herzls Schriften, Reden und Tagebücher als auch die Protokolle des 1. Zionistenkongresses behandeln die arabische Bevölkerung nahezu als nichtexistent. Populär wurde der Slogan des Zionisten Zangwill: "Gebt das Land ohne Volk einem Volk ohne Land". Später, als nicht mehr zu leugnen war, daß es in Palästina eine einheimische Bevölkerung mit nahezu einer halben Million Einwohner (schon 1895) gab, behaupteten die Zionisten, daß sie den kulturell zurückgebliebenen Arabern Zivilisation und Fortschritt brächten. Daraus entwickelte sich dann mit den Jahren das Theorem, daß die Juden aus der palästinensischen Wüste einen "Garten Gottes" gemacht hätten, eine Auffassung, die auch bei P.Z. durchdringt, wenn er vom "unterentwickelten Land" Palästina spricht.

Ministerpräsident Levi Eshkol meinte gar 1969, daß er 1913 – bei seiner Ankunft in Palästina – nur "Wüste" vorgefunden habe, "schlimmer als unterentwickelt. Es gab nichts." Diese Wüste sei von den Juden "zum Blühen gebracht und bevölkert worden." (zitiert nach Hollstein, S.47) Diese Ansicht wird von allen Dokumenten der Epoche als Unwahrheit ausgewiesen. So hebt etwa der "Baedeker" von 1912 die Fruchtbarkeit vieler Landstriche mit ihren Orangenhainen, Olivenplantagen und Getreidefeldern hervor (weitere Nachweise Hollstein, S.47). Was aber die fortgeschrittenen Produktionsweisen betrifft, die die jüdischen Siedler aus kapitalistischen Produktionsverhältnissen in ein noch feudal strukturiertes Land mitbrachten (P.Z. nennt dies den Zusammenstoß zweier in ihrer Entwicklung ein Jahrtausend voneinander liegenden "Kulturen"), so wurden sie bewußt als Herrschaftsmittel gegenüber den unterentwickelt gehaltenen Eingeborenen eingesetzt und hatten verheerende Folgen für die arabische Bevölkerung und ihre Entwicklung, nahmen ihnen ihre Heimat oder unterwarfen sie der zionistischen Fremdherrschaft. A.Schlichter schrieb schon 1929: "Natürlich ist eine kapitalistische Kolonie mit Weinkellern, mit Apfelsinenpflanzungen und Weinbergen abstrakt genommen – außerhalb des sozialen Milieus, in dem sie sich entwickelt – eine fortgeschrittenere gesellschaftliche Organisation als ein Beduinenlager. Aber nur Metaphysiker können eine soziale Organisation außerhalb ihres sozialen Milieus betrachten. In ihrem Innern, in der palästinensischen Gesellschaft, übt diese Kolonie deutlich regressive Funktionen für die Palästinenser aus. Sie dient als Waffe zur Befestigung des Kolonialregimes im Lande." (zitiert nach Hollstein, S.49) Bei P.Z. dagegen sind die jüdischen Einwanderer die Träger fortgeschrittener Errungenschaften wie Gewerkschaften, und der Gleichberechtigung der Frau, die gleichsam den Fortschritt der "unterentwickelten Menschen" verkörpern, was diese nur deshalb nicht einzusehen vermögen, weil sie in ihrem "moslemischen Fanatismus" sich von den Großgrundbesitzern gegen die Träger des Fortschritts aufhetzen lassen. Die arabischen Massen in Palästina vertreten danach bis heute nicht ihre wirklichen Interessen, wenn sie gegen den zionistischen Staat und seine Kolonialpolitik kämpfen, sondern handeln nur als jederzeit manipulierbare und fanatisierbare Masse. Was unterscheidet diese Argumentation von derjenigen der englischen, französischen und portugiesischen Kolonialherren, die, als sie Afrika eroberten, seine Bewohner unterwarfen und seine Bodenschätze ausbeuteten, ihre kolonialistische Ausbeutung dadurch kaschieren wollten, daß sie den zurückgebliebenen Schwarzen Kultur, Technik und Zivilisation zu bringen vorgaben?

P.Z. will nicht sehen, daß das Eindringen der zionistischen Kolonisation und die Errichtung kapitalistischer Produktionsverhältnisse der arabischen Bevölkerung nicht nur keinen Fortschritt brachte, sondern ihre nationale und soziale Entwicklung gewaltsam abschnitt und sie zu einem Volk von Unterworfenen, Heimatlosen und Enteigneten machte.

P.Z. bestreitet weiter den Charakter Israels als eines Kolonialstaates, weil die jüdischen Einwanderer einen solchen gerade nicht errichten, sondern eine rein jüdische Gesellschaft ohne Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung aufbauen wollten, was ihnen auch gelungen sei.

Nun ist es zum einen so, daß die in Israel lebende arabische Minderheit extrem schlecht bezahlte Arbeit verrichten muß, also besonders harter Ausbeutung ausgesetzt ist (Hollstein, S.180). Zum anderen ist es richtig, daß das Ziel der Zionisten: "eine eigene jüdische Bevölkerung in einem eigenen jüdischen Land", nicht primär die Ausbeutung der Eingeborenen, sondern deren vollständige Ausschaltung war. Daraus aber abzuleiten, daß es sich beim Staat Israel um kein Kolonialsystem handle, ist "das genaue Gegenteil einer dialektisch-marxistischen Betrachtungsweise" (P.Z.).

Wie jede Kolonialherrschaft, so nutzte auch der Zionismus die Diskrepanz zwischen den unterentwickelten Arabern und seinem eigenen europäisch-kapitalistischen Entwicklungsvorsprung machtpolitisch aus. Gegen den Willen der arabischen Palästinenser errichtete der Zionismus sukzessive die Fundamente seiner künftigen Herrschaft im Nahen Osten. Das Resultat war jenes aller Kolonialismen: "Ein fremdes Volk war gekommen und hat seine Existenz der eingeborenen Bevölkerung aufgezwungen. **Schlimmer noch:** der

spezifische Machtanspruch des Zionismus konnte die eingeborene Bevölkerung nicht in ihrem Land dulden, indem er sie – wie der traditionelle Kolonialismus – unterwarf; er **mußte sie exilieren.**" (Hollstein, S.221). Dieser spezifische zionistische Kolonialismus vermengt sich in den besetzten Gebieten zunehmend mit dem "gewöhnlichen" Kolonialismus, der die gezielte Ausbeutung der verbliebenen Bevölkerung organisiert (Hollstein, S.222). Der Zionismus organisierte planmäßig die Vertreibung und Unterwerfung der arabischen Bevölkerung, um Raum für seinen "Judenstaat" zu machen. Die vorübergehende Vernichtung der palästinensischen Nation war kein "tragisches Ereignis der Geschichte", wie P.Z. meint, sondern Resultat einer bewußten zionistischen Politik. Privat und öffentlich strebte der Zionismus eine strikte Trennung von Arabern und Juden an. Schon frühzeitig verweigerte man den Arabern Brot und Arbeit auf jüdischem Besitz; die zionistische Gewerkschaft nahm keine arabischen Werktätigen als Mitglieder auf. Die "Jewish Agency" verlangte in den Städten Palästinas gesonderte Verwaltungen für Juden und Araber. Auf Wunsch der Zionisten verankerten die Briten im Mandatstext den Artikel 15, der getrennte arabische und jüdische Schulsysteme in Palästina guthieß. Den arabischen Palästinensern war jedwede Anstellungs- und Verdienstmöglichkeit in jüdischen Betrieben verwehrt. Die Politik der "jüdischen Ware" zielte darauf ab, nur die Produktion der jüdischen Wirtschaft zu fördern, nur jüdische Produkte zu kaufen, die arabischen Waren zu boykottieren und den palästinensischen Markt entscheidend zu schwächen. Gleichzeitig wurde mit der "Jewish Agency" eine zionistische Organisation aufgebaut, die schon in den 20er Jahren eine Art Nebenregierung darstellte. Gezielt wurde nach einem Besiedlungsplan arabisches Land erworben, um strategische Schlüsselpositionen zu erobern. Im Bericht der King-Crane-Kommission von 1919 heißt es, daß bei Besprechungen der Kommission mit jüdischen Vertretern immer wieder zum Ausdruck kam, daß die Zionisten mittels verschiedener Arten des Länderkaufs eine vollständige Enteignung der nichtjüdischen Einwohner Palästinas anstrebten (Hollstein, S.119).

Trotz einer systematischen Erwerbspolitik gelang es der zionistischen Organisation bis 1939 bei einer Gesamtbevölkerung von 1 422 955 Einwohnern, darunter 977 498 Arabern (70 %) und 445 457 Juden (30 %) nur, 5,6 % der Bodenfläche zu erwerben; 94,4 % waren nach wie vor in arabischem Besitz. Bis 1947 wuchs der jüdische Bodenbesitz auf 7 % an. Mit Hilfe des UNO-Teilungsbeschlusses von 1947 in einen arabischen und jüdischen Staat kam der jüdische Staat in Besitz von 56,47 % des gesamten palästinensischen Landes, der durch Vertreibung der einheimischen Bevölkerung "jüdisch" wurde. Es kann keine Rede davon sein, daß "jeder Quadratmeter von den arabischen Großgrundbesitzern gekauft" worden wäre, wie P.Z. behauptet.

Die Juden waren auch bei dem Teilungsbeschluß der UNO bevölkerungs- und besitzmäßig eine Minderheit, die sich freilich schon ihren Staatsapparat weitgehend vor der Teilung geschaffen hatte. Im "arabischen Staat", der 42,88 % der palästinensischen Gesamtfläche umfaßte, gab es vor der Teilung 749 010 Araber und 9 520 Juden; im "jüdischen Teil" lebten laut UNSCOP 499 020 Juden und 509 780 Araber (vgl. Hollstein, S.158). In 10 Subdistrikten, die ganz oder teilweise dem jüdischen Staatswesen zuerkannt wurden, stellten die Araber die Mehrheit. Die UNO-Sonderkommission wandte sich entschieden gegen die Teilung Palästinas, da das Land "eine unauflösbare Einheit" darstelle. Sie veranschaulichte, daß der vorgesehene arabische Staat nicht lebensfähig sein könne, daß er über kein kultivierbares Land von irgendeiner Bedeutung, keine Industrie, keinen Handel verfüge und sich nur in Abhängigkeit vom jüdischen Staat und internationaler Hilfe halten könne. Deshalb ist es geradezu zynisch, wenn P.Z. den Palästinensern heute vorhält: "Hätten sie sich damals dem Willen der UN unterworfen . . .". Man muß sich dabei stets vergegenwärtigen, daß Palästina arabisch war, eine arabische Bevölkerungsmehrheit und einen nahezu ausschließlich arabischen Bodenbesitz aufwies. Die Entscheidung in der UNO, Palästina in einen jüdischen und arabischen Staat zu teilen, fiel, ohne daß man zuvor das palästinensische Volk als eigentlich Betroffenen überhaupt gefragt hätte. Der Vorschlag, in Palästina eine Volksabstimmung zu machen, wurde abgelehnt. Das alles, obwohl die Repräsentanten der Vereinten Nationen wußten, daß sie gegen die Interessen des palästinensischen Volkes verstießen, das allen Untersuchungskommissionen und internationalen Berichterstattern die Ablehnung jeder Teilung und den Wunsch nach Unabhängigkeit kundgetan hatte. (Hollstein, S.155)

Was die "Flucht" betrifft, so haben sich die Palästinenser diese in der Darstellung P.Z.s selber zuzuschreiben, sie "verloren" den Krieg eben. Tatsache dagegen ist, daß die Palästinenser Opfer eines systematischen Vertreibungsfeldzuges wurden, der Voraussetzung dafür war, daß der "jüdische Staat" überhaupt von seiner Bevölkerungsstruktur und der Eigentumslage an Grund und Boden "jüdisch" werden konnte. Folgt man der Darstellung von P.Z., so flohen viele, "weil ihnen ihre Führer nach Vernichtung der Juden eine baldige Rückkehr in Aussicht stelten." Doch nach zahlreichen Untersuchungen kann dies tatsächlich nur in Ausnahmefällen eine Rolle gespielt haben. "Eine genaue Prüfung aller Radiosendungen, Zeitungsberichte und Aussagen der Betroffenen vermag diese Behauptung (daß die arabischen Behörden zur massenhaften Auswanderung aufgefordert hätten) nicht zu belegen." (Hollstein, S.171) E.B. Childers hörte im Britischen Museum alle Aufzeichnungen der arabischen Radiosendungen der Epoche ab und stellte fest: "Es gab 1948 keinen einzige Befehl, Appell oder Vorschlag von einer arabischen Radiostation innerhalb oder außerhalb Palästinas zur Evakuierung Palästinas." Dagegen fand Childers wiederholt Aufrufe des arabischen Rundfunks an die palästinensische Bevölkerung, in ihrer Heimat zu bleiben, und zionistische Sendungen, die die Palästinenser zur Flucht ermunterten. Childers kommt in seiner Studie zu dem Schluß, daß die "offiziellen zionistischen Streitkräfte für die Vertreibung von Tausenden und aber Tausenden von Arabern verantwortlich waren. Die Zionisten selbst drücken dies alles auch viel offener aus als P.Z., so etwa Verteidigungsminister Dayan: "Der Staat Israel wurde auf Kosten der Araber geschaffen – und an deren Stelle . . . Wir kamen nicht in einen Leerraum. Hier gab es schon arabische Besiedlung. Wir siedeln Juden an Stellen an, wo Araber waren. Wir verwandeln arabisches Land in jüdisches Land." ("Yedioth Aharonoth", 10.5.73) Der langjährige Regierungschef Israels, David Ben Gurion, anerkennt, daß bis zum Abzug der britischen Truppen keine jüdische Position von den Arabern angegriffen worden war, während die jüdische Armee "Haganah" verschiedene arabische Stellungen besetzt und die Städte Tiberias, Haifa, Jaffa, Sadaf "befreit" hatte. So sei jener Teil Palästinas, in dem die "Haganah" operierte, vor der Unabhängigkeitserklärung von seinen arabischen Einwohnern "gesäubert" worden. Anfang April 1948 sei der jüdische Kampf in entscheidender Weise von der "Defensive" zur Attacke übergegangen. Dank der "Haganah" konnte

der Judenstaat erst "jüdisch und erheblich größer als vorher" werden (D.B.Gurion, in: Rebirth and destiny of Israel, zitiert nach Hollstein, S'171). Nathan Chofski schrieb 1959 noch deutlicher:
"Wir Juden zwangen die Araber, Städte und Dörfer zu verlassen . . . Einige von ihnen wurden mit Waffengewalt vertrieben; andere wurden mit List, Lüge und falschen Versprechungen zur Flucht animiert. Es reicht, die Beispiele von Jaffa, Lydda, Ramleh, Beersheba und Acre unter unzähligen anderen zu zitieren. . . Wir sind gekommen und haben aus den Arabern als Bewohnern dieses Landes tragische Flüchtlinge gemacht." (Jewish Newsletter, New York, 9.2.59, zitiert nach Hollstein, S.171) Die "Flucht" der palästinensischen Araber war kein Zufall, sie war nicht Resultat ihrer Ablehnung des UNO-Teilungsbeschlusses – wie uns P.Z. glauben mchen will –, sie war planmäßig vorbereitet. W.Hollstein beschreibt ausführlich, wie die zionistischen Militärs seit 1945 eine Reihe von Plänen entwickelten, um die arabische Bevölkerung zu eliminieren. Entsprechend Plan D wurden ab Frühjahr 1948 13 Großangriffe ausgeführt, von denen 8 außerhalb des Territoriums stattfanden, das die UNO den Zionisten versprochen hatte (Hollstein, S.173). Entscheidend für die Massenemigration der palästinensischen Araber war die Ermordung der gesamten Bevölkerung des arabischen Dorfes Deir Yassin, was der schweizerische Vertreter des Roten Kreuzes ein willkürliches Massaker nannte, und das später Menachem Begin, Chef der Terroristengruppe Irgun, späterer Minister und jetziger Führer des Oppositionsblocks "Likonel" als "gerechtfertigt" bezeichnet, da es ohne den "Sieg" von Deir Yassin keinen israelischen Staat gegeben hätte (zitiert nach Hollstein, S.173). Als Folge von Deir Yassin wurde "die arabische Bevölkerung von Panik ergriffen und flüchtete aus Dörfern und Städten mit dem kläglichen Schrei: 'Deir Yassin' " (Arthur Köstler, zitiert nach Hollstein, S.173). Wie Begin in seinem Buch berichtet, konnten die jüdischen Truppen daraufhin mehrere palästinensische Siedlungen einnehmen. Der spätere israelische Minister Yigal Allon beschreibt, wie er unter der arabischen Bevölkerung das Gerücht verbreiten ließ, daß alle arabischen Dörfer verbrannt würden und die Bewohner fliehen sollten, solange noch Zeit wäre. Mit allen Mitteln wurde unter der arabischen Bevölkerung ein Zustand der Panik geschaffen, der sie zur Flucht und zur Aufgabe ihres Besitzes treiben sollte. Isaac Rabin, späterer Generalstabschef der israelischen Armee, beschreibt die Strategie der offiziellen zionistischen Truppen der "Haganah": "Indem wir keinen Stein auf dem anderen lassen und alle Einwohner verjagen . . . wird es kein einziges Dorf mehr geben, in das die Araber zurückkehren können". Uri Averny, oppositioneller israelischer Journalist und Abgeordneter, stellt fest: "Die Evakuierung der arabischen Zivilbevölkerung war zu einem Kriegsziel des Zionismus geworden." (Hollstein, S.175) Als Folge mußten Hunderttausende Palästinenser ihre Heimat verlassen; die UNO-Hilfsorganisation UNRWA zählte im Juni 1950 960 021 arabische Palästinenser als registrierte Flüchtlinge in den Lagern.

Die Darstellung der "Flucht" der Palästinenser durch P.Z. entspricht im Wesentlichen der aller "linken" Befürworter des Staates Israel. Sie will und kann die Vertreibung nicht als konsequente Folge der zionistischen Eroberungspolitik sehen, weil für sie der Staat Israel nur als "Heimstätte des verfolgten Judentums" existiert. Die Wahrheit aber ist die, daß die verfolgten und entrechteten Juden vom Zionismus und Imperialismus als Menschenmaterial eingesetzt wurden, um das palästinensische Volk zu vertreiben und an seine Stelle einen nationalistischen "jüdischen Staat" zu setzen, der die Interessen des Imperialismus gegenüber den um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden unterdrückten Völkern im Nahen Osten wahrnahm. Der israelische Staat vertrieb nicht nur 1,5 Millionen Palästinenser, er vergrößerte nicht nur sein Staatsgebiet 1948, 1956 und 1967, er übernahm auch noch die Rolle eines imperialistischen Wachtpostens gegenüber den Völkern im Nahen Osten. Um seine Zielvorstellungen zu realisieren, mußte der Zionismus sich auf den Imperialismus stützen und diesem als willfähriges Instrument gegen die arabische Nation und gegen alle progressiven Kräfte der arabischen Nation dienen, weil die zionistische Zielvorstellung vom eigenen jüdischen Staat von vornherein ein demokratisches Zusammenleben der Juden und Araber in Palästina ausschloß.

Als 1970 die "Gefahr" bestand, daß die palästinensische Widerstandsbewegung sich in Jordanien ein festes Hinterland der Revolution schaffen könnte, erklärte Generalstabschef Bar Lev, daß "die israelischen Streitkräfte bereit sind, bedeutende Maßnahmen zu ergreifen, um die Fedayin zu zermalmen, falls Hussein das nicht gelingt." Diese Funktion des Staates Israel, jederzeit zur Zerschlagung der arabischen nationalen Befreiungsbewegung und zum Schutz der imperialistischen Interessen und der arabischen Reaktionäre eingesetzt werden zu können, ist zugleich die Garantie für seinen Fortbestand überhaupt (Nayef Hawatmeh, Die Front, Nr.2/73, S.19). "Von daher muß der antizionistische Kampf gegen die Grundlagen des Problems gerichtet werden, gegen die gewaltsame Existenz dieses kolonialistischen, zionistischen und imperialistischen Siedlerstaates auf Kosten der nationalen Rechte unseres Volkes" (Hawatmeh, a.a.O.). P.Z. betreitet den Charakter Israels als Eroberer-staat. Er meint, daß sich die gegenseitigen Aggressionen "allmählich immer weiter hinaufschaukelten" und "erst im Laufe dieser Eskalation und der unvermeidlichen Übernahme rein militärischen Denkens auch (!) in Israel . . . das Bild eines Eroberstaats erzeugten," das von uns "als von jeher gegeben propagiert" würde.

Daß es überhaupt dazu kam, ist nach P.Z. Schuld der arabischen Palästinenser, denn "je gewalttätiger die Ablehnung der jüdischen Anwesenheit in Palästina durch die Araber war, desto militanter und aggressiver wurden die Juden, und umgekehrt." "Wer hat eigentlich wen unterdrückt und wer will wen erobern", fragt P.Z., und das ist tatsächlich die entscheidende Frage. Um sie in seinem Sinn zu beantworten, vertauscht P.Z. einfach die Rollen im geschichtlichen Ablauf der Palästina-Frage. Die zionistische Kolonisation wird bei ihm zum Träger des Fortschritts und der demokratischen Errungenschaften, der Widerstand der palästinensisch-arabischen Bevölkerung gegen ihre Entwurzelung, Vertreibung und Unterdrückung zum Produkt von "moslemischem Fanatismus, den anzustacheln nicht schwierig war". Die expansionistische Ausdehnung des israelischen Staatsgebiets von 1948 bis heute wird zum "unvermeidlichen Überhandnehmen rein militärischen Denkens" – "unvermeidlich" nur für jenen, der die Existenz der israelischen Juden an die Existenz eines zionistisch-kolonialistischen Staates bindet.

Israel verfolgte von Anfang an eine expansionistische Politik, um seinen Siedlungsraum ständig zu vergrößern und seine Vormachtstellung gegenüber den arabischen Staaten auszubauen.
1948 entschlossen sich die arabischen Staaten nach langem

Zögern am 15.5.1948 – dem Unabhängigkeitstag Israels, als die zionistischen Militärverbände unter den Plänen C und D schon längst zur Offensive gegangen waren –, die Verwirklichung des UN-Teilungsplanes zu verhindern. Entgegen der üblichen Darstellung, derzufolge ein wohlpräparierter Angriff der Araber auf ein unterlegenes, aber heroisches Israel unternommen wurde, zeigte sich in Wirklichkeit die israelische Armee quantitativ und qualitativ den arabischen Truppen weit überlegen. Rund 65 000 israelische Soldaten mit militärischer Erfahrung und moderner Ausrüstung standen etwa 21 500 Arabern ohne rechte Koordination und mit unzulänglichen Mitteln gegenüber (Hollstein, S.185). Dennoch hätte, wie Yigal Allon anerkennt, "ohne die Invasion der Araber nichts die Truppen der Haganah aufgehalten", ganz Palästina zu okkupieren (Hollstein, S.184). In diesem Krieg vergrößerte Israel sein Gebiet von 56,4 % auf 77,4 % der palästinensischen Gesamtfläche. Freilich erstreckte sich auch damit noch der Staat "nur über einen Teil des Landes" (Ben Gurion, Israel Government Yearbook, 1952, S.15). Immer wieder griff in den folgenden Jahhren die israelische Armee arabisches Gebiet an, was den UN-Sicherheitsrat veranlaßte, die israelischen Aggressionen in mehreren Resolutionen zu behandeln. 1955 ließ Ben Gurion einen Luftangriff auf ein ägyptisches Militärlager fliegen, bei dem 40 Araber getötet wurden. Es folgte die bewaffnete Intervention 1956 durch England, Frankreich und Israel, bei der es für den zionistischen Staat keineswegs um einen Verteidigungskrieg ging (Hans Henle, Der neue Nahe Osten, S.226), sondern um den Sturz des anti-kolonialistischen Regimes Nassers, um die offizielle Anerkennung Israels und die Annexion des Gaza-Streifens und der Sinai-Wüste. 1967 besetzte Israel Jordanien bis zum Jordan, syrisches Gebiet zwischen dem See von Tiberias und Kuneitra, den Gaza-Streifen sowie die ägyptische Sinai-Halbinsel bis zum Suez-Kanal. Nach allen Untersuchungen waren die arabischen Handlungen vor Kriegsbeginn nicht Vorbereitung eines Angriffs auf Israel, sondern sollten dazu dienen, eine israelische Attacke gegen Syrien zu verhindern. Am 14. April erklärte der israelische Generalstabschef Rabin, daß Israel kein sozialistisches Regime in Syrien dulden werde. Israelische Angriffe gegen Syrien, die der UN-Sicherheitsrat in mehreren Resolutionen behandelte, verliehen den Worten Rabins militanten Nachdruck. In dieser Situation demonstrierte Ägypten als stärkste arabische Macht seine Hilfsbereitschaft gegenüber dem syrischen Regime. Nasser sagte am 9. Juni 1967: "Es war unsere Pflicht, dem (geplanten Angriff auf Syrien) nicht unbeteiligt zuzusehen; es war dies eine sich aus der arabischen Solidarität ergebende Verpflichtung und zugleich eine Garantie für unsere eigene Sicherheit. Denn wer Syrien angreift, bleibt dort nicht stehen. Unsere Truppen marschierten an unsere Grenze." (zitiert nach Hollstein, S.190)

Seit 1967 gibt es eine nicht endende Kette zionistischer Aggressionen gegen das palästinensische und die übrigen arabischen Völker. Mit besonderer Stärke griff Israel im Frühjahr 1972 Syrien und den Libanon an, um die Regierungen von Damaskus und Beirut zu einer repressiven Politik gegenüber den palästinensischen Befreiungsorganisationen zu zwingen.

In den besetzten Gebieten organisierte der zionistische Staat nach dem "Blitzkrieg" im Juni 1967 eine gezielte Politik der Mißhandlungen, Plünderungen, Morde, Vertreibungen, Zerstörungen und Deportationen. 350 000 neue Flüchtlinge waren im September 1967 das Resultat dieser Politik, von denen Israel wiederum behauptet, sie seien "freiwillig" geflohen (vgl. Hollstein, S.198ff.). In den besetzten Gebieten herrscht der Zustand des tagtäglichen Terrors. Nach Angaben der israelischen Liga für Menschen- und Bürgerrecht wurden in der Zeit vom 11. Juni 1967 bis 15. November 1967 7 554 arabische Häuser in den Bezirken von Jerusalem, Latrun, Ramlah u.a. zerstört. Im Herbst 1969 vernichtete die israelische Armee laut einer syrischen Beschwerde an die UN 17 Dörfer auf den besetzten Golan-Höhen, um die "115 000 syrischen Bewohner jener Region zum Abzug zu veranlassen". Dokumente der UNO belegen, wie die israelische Militärverwaltung kein Mittel des Terrors bis hin zu Erschießungen der Zivilbevölkerung, kollektiver Bestrafung der Zivilbevölkerung und Folterungen ausläßt (Nachweise bei Hollstein, S.213ff.). P.Z. meint, daß wir für diese Politik "Verständnis aufbringen" müßten – und weiß doch selbst, daß niemand anders als er selbst für die Politik der Expansion und Annexion Verständnis aufbringen muß, weil sie der Logik des Aggressors entspricht und tatsächlich seinen wohlverstandenen Interessen dient. Wer die Existenz des zionistischen Staatsgebildes bejaht und die legitimen nationalen Rechte der Palästinenser negiert, der muß selbst der Logik des Agrressors folgen und wird wie P.Z. nicht von der Eroberung fremder Gebiete, sondern von der "Sicherung des militärisch für notwendig gehaltenen Vorfelds" sprechen. Wer die Existenz des zionistischen Staatsgebildes bejaht, der muß – das zeigt sich an dieser Stelle – jede Aggressionshandlung dieses Staats, wenn auch nach einigen Windungen, bejahen, weil allein diese Aggression die Aufrechterhaltung und Stabilisierung des zionistischen Staates vorerst gewährleisten kann.

Für P.Z. steht fest, daß die Zerstörung des zionistisch-imperialistischen Staatsgebildes den Massenmord an "unzähligen ehemaligen Flüchtlingen vor Antisemitismus und Faschismus bzw. deren Nachkommen" bedeutet. Für ihn sind die Araber manipulierbar, fanatisierbar, ihre "fanatisierbare Soldateska" wartet nur darauf, ihren "Rachedurst" befriedigen zu können. Wer derart vom Kampf der unterdrückten Völker spricht, für wen die um die Wiederherstellung ihrer nationalen Rechte kämpfenden Volksmassen nur Objekte reaktionärer Politik, nicht Subjekte ihres gerechten Kampfes sind, der unterstützt praktisch die imperialistische Politik. Für wen sich die Palästina-Frage in ein Problem von Terror und Gegenterror verwandelt, der ignoriert die materiellen und ideologischen Wurzeln dieses Kampfes, um sich praktisch an die Seite des Eroberstaates stellen zu können. "Die Wurzeln des zionistischen Terrors, der gegen das palästinensische Volk und die anderen arabischen Völker gerichtet ist, liegen in der Existenz dieses zionistisch-kolonialistischen Staates selber, der sich auf die zionistische Ideologie beruft und mit dem Imperialismus, insbesondere mit dem US-Imperialismus, verbunden ist, mit dem er gemeinsame Ziele im Nahen Osten verfolgt." (Hawatmeh, a.a.O.)

P.Z. versucht die Notwendigkeit der Anerkennung des zionistischen Staates weiter damit zu begründen, daß erst nach Anerkennung Israels der Klassenkampf in Israel selbst entfaltet werden könnte. An diesem "Klassenkampf" aber kann einiges nicht in Ordnung sein, wenn er zur Voraussetzung haben soll, daß das palästinensische Volk auf die Wiederherstellung seiner legitimen nationalen Rechte verzichten soll. Was ist dies für ein "Klassenkampf", der die Solidarität mit dem gerechten Kampf der arabischen Völker verleugnet und sich an die Seite eines expansionistischen Eroberstaates stellt? Ganz im Gegenteil ist es so, daß die

Entfaltung des Klassenkampfes in Israel gegen die zionistische Bourgeoisie die unbedingte Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes und aller arabischen Völker gegen Imperialismus, Zionismus und Reaktion zur Voraussetzung hat. "Seit Bestehen der FPDLP hat diese immer auf die Notwendigkeit der Vereinheitlichung aller palästinensischen und israelischen Kräfte hingewiesen, die gegen die zionistische Ideologie und gegen die zionistische Kolonisation Palästinas in der Gestalt des israelischen Staates und dessen Institutionen sind. All diese Kräfte müssen sich in einer Einheitsfront zusammenschließen für den gemeinsamen Kampf gegen den zionistischen Chauvinismus und die zionistischen Institutionen in Palästina und gleichzeitig gegen alle arabisch-chauvinistischen Strömungen gegen die Israelis." (Hawatmeh, a.a.O., S.17) Anstatt diesen harten und schwierigen Weg der Revolution in Palästina zu gehen, verweisen die Befürworter des zionistischen Staates scheinheilig auf den reaktionären Charakter der arabischen Regimes, allein zum Ziel, ihren Nationalismus gegen die revolutionäre Lösung der palästinensischen Frage auszuspielen. Auf wen "sollen sich die Israelis nun verlassen? ", fragt P.Z. Auf niemanden als auf ihre eigene Kraft und die Solidarität mit dem palästinensischen und allen arabischen Völkern im Kampf für einen volksdemokratischen Staat in Palästina, "der die Verbrüderung und die Gleichberechtigung von Arabern und Juden in allen Rechten und Pflichten ermöglicht" (Programmentwurf der FPDLP, Die Front 2/73, S.17). Es ist eine durch und durch reaktionäre Haltung, unter Hinweis auf die Schwierigkeit des Kampfes, den die demokratischen und revolutionären Kräfte in der arabischen Nation gegen den arabischen Chauvinismus führen, die Fahne der Revolution zu verraten und die des zionistischen Erobererstaats zu ergreifen. "Die Lösung des Problems kann nicht in der Beendigung von Terror und Gegenterror liegen, die wie Imperialisten und die reaktionären Propagandaapparate in der Welt behaupten. Die Lösung kann nur darin liegen, den militärischen, imperialistisch-zionistischen Unterdrückungsapparat zu besiegen, Israel zur Räumung aller im Krieg von 1967 besetzten Gebiete zu zwingen und den Kampf des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker für eine fundamentale Lösung des Problems weiterzuführen. Eine solche Lösung wird den legitimen nationalen Rechten des palästinensischen Volkes entsprechen und auch zugleich die Lösung der israelischen Frage im Rahmen einer fortschrittlichen, antiimperialistischen, nationaldemokratischen Gesellschaft in Palästina beinhalten, die sich dem Kampf der vereinigten Kräfte der arabischen Revolution für den Sozialismus anschließt." (Hawatmeh, Die Front, 2/73, S.19)

Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes um die Wiederherstellung seiner nationalen Rechte und die Gründung eines volksdemokratischen Staates in Palästina! Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker gegen Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion!

M.M., Ortsgruppe Freiburg

Der Zionismus jeder Spielart ist eine Kolonialideologie und nichts anderes!

Was ist das Wesen des Staates Israel? Der **Staat** Israel ist **geschichtlich geworden** als ein Unterdrückerstaat, d.h. die Totalität **aller** seiner ökonomischen, sozialen und kulturellen Äußerungen verweist auf das Prinzip der Vertreibung und Unterdrückung eines Volkes, der Besiedelung eines bewohnten Landes durch **Einwanderer**, die ihr Recht, in Palästina einen 'reinen Judenstaat' errichten zu wollen, aus der Ideologie des Zionismus hergeleitet haben.

Damit sind wir bei einem zweiten Ansatz Ihrer allgemeinen Äußerungen angelangt. Sie schreiben: "Die Theorie von den 'unterdrückenden und unterdrückten' Völkern parallel zu unterdrückenden und unterdrückten Klassen halte ich für äußerst gefährlich; sie kann sehr schnell . . . zu einer nur noch notdürftig mit marxistischen Phrasen garnierten einseitig-nationalistischen Parteinahme führen." Meines Erachtens argumentieren Sie auch hier . . . sehr nachlässig und unsauber. Sie bringen gar keine theoretische Begründung, daß die Behauptung falsch sei, 'im Weltmaßstab sei in der Ära des Imperialismus zum Widerspruch von unterdrückenden und unterdrückten Klassen der der unterdrückenden und unterdrückten Völker hinzugetreten.' Sie argumentieren eher psychologisch, was für Gefahren dieser Widerspruch bei seiner Behandlung freisetzt. Auch sind beide Widersprüche nicht einfach "parallel" zueinander zu stellen, wie Sie unterstellen, also beliebig austauschbar, sondern ihre Behandlung ist abhängig von einer Analyse der Entstehung von Klassengesellschaften, ihrer politischen und ökonomischen Expansion etc. Um diese Analyse geht es, auf die Sie bei der Behandlung Israels verzichten, und nicht um irgendein "nationalistisches" Denken, das Sie so gerne anderen, die diese Analyse leisten, unterstellen wollen; ich meine, Ihr Argument ist in dieser Hinsicht gänzlich unmarxistisch. "Ein Volk, das ein anderes Volk unterdrückt, kann sich nicht emanzipieren", schreibt Marx im Kommunistischen Manifest. Auf wen, frage ich Sie, trifft dieser Satz besser zu, als auf die gewaltsame Besiedlung Palästinas durch die Zionisten, Anhänger eines Mannes, nämlich Herzls, der ganz bewußt von der Notwendigkeit ausging, ein Volk zu vertreiben, seinen Boden zu besetzen und einen Judenstaat dann aufbauen?

Sie schreiben: "Wer wie J.S. behauptet, 'Israel ist ein Kolonialstaat vom Schlage Rhodesiens und Südafrikas . . .', weiß

buchstäblich nichts von der jüdischen Geschichte, vom Zionismus und der Entstehung des Staates Israel, oder er hat eine solche Abneigung gegen Juden ganz allgemein . . ." In diesem Fall wäre es wohl doch angebrachter, daß Sie sich einmal mit der jüdischen Gesichte und vor allem mit dem Zionismus befassen, ehe Sie mit Unterstellungen wie "Abneigung gegen Juden im allgemeinen" aufwarten.

Fangen wir einmal an mit dem Land, um das es den Zionisten bei ihren Besiedlungsprojekten geht. Stillschweigend setzen Sie in Ihrem ganzen Brief voraus, daß es sich dabei immer um **Palästina** gehandelt habe. Gerade damit aber verschleiert man den offen kolonialistischen Charakter der zionistischen Ideologie! Die frühzionistische Gruppe "Am Olam" forderte die Errichtung jüdischer Siedlungen in Amerika. Andere Strömungen des Zionismus zielten auf die Errichtung jüdischer Siedlungen in Lateinamerika und Zentralafrika. Bekanntestes und Ihnen sicher nicht unbekanntes Beispiel ist das "Uganda–Projekt" des "Vaters" des Zionismus, Theodor Herzl. An Max Nordau schreibt er 1903 zu diesem Projekt: "Von ihrer nationalen Basis aus haben sich die Völker koloniale Reiche geschaffen, die ihnen Reichtum bringen. Nehmen wir die uns dargebotene Chance wahr, umgekehrt eine Miniatur Englands zu werden! Fangen wir damit an, zunächst Kolonien zu besitzen. Machen wir uns von diesen Kolonien aus an die Eroberung unseres Vaterlandes. Auf daß die zwischen Kilimandscharo und Kenia gelegenen Gebiete die ersten Kolonien Israels seien!"
Die Verwirklichung des Zionismus als Plan der Lösung der Judenfrage durch Kolonisierung eines unterentwickelten Gebietes beinhaltete von vornherein zwei Konsequenzen: 1. Der Zionismus mußte sich, um ein Siedlungsgebiet zu bekommen, da die Welt vom Imperialismus bereits aufgeteilt war, eben mit dem Imperialismus verbünden. 2. Die zionistische Zielsetzung, einen eigenen jüdischen Staat mit eigener Klassenstruktur zu schaffen, führte zu der Verdrängung der auf dem Siedlungsgebiet lebenden autochtonen Bevölkerung. So rechtfertigte auch Borochov die Wahl gerade Palästinas nicht nur ideologisch, sondern gerade auch unter dem Hinweis auf ökonomische Bedingungen und Notwendigkeiten. In dem Pamphlet "Was wollen die Poale Zionisten? " schreibt er: "Das Territorium muß halbagrarisch sein, damit es Platz und Aufnahmemöglichkeiten sowohl für die kleinen und mittleren Kapitalisten als auch für die Arbeiter bieten kann. Diese produktiven Kräfte können sich nur dann frei entwickeln, wenn die eingeborene Bevölkerung noch nicht die Gelegenheit hatte, ihr eigenes ökonomisches und soziales Leben zu festigen, wenn sie noch nicht integriert ist in einen wirtschaftlichen geschlossenen Organismus . . ." Es ließen sich noch viele Zitate der Begründer des Zionismus anführen, ebenso derer, die ihn heute verteidigen, die eindeutig den kolonialistischen Charakter dieser Ideologie aufzeigen.

Komme ich zum Vergleich mit Rhodesien und Südafrika. Was die Ideologie angeht, so fühlten sich beide, Zionisten wie Buren als das "auserwählte Volk", Palästina bzw. Südafrika zu kolonisieren. Auch das Moment, die europäische "Zivilisation" in unterentwickelte bzw. barbarische Regionen der Welt zu tragen, haftet beiden Ideologien an. Herzl war sehr beeindruckt von den Plänen Cecil Rhodes, der unter der Krone Englands Rhodesien gründete. Er schrieb an Rhodes: "Ich möchte Sie mit folgender Geschichte vertraut machen. Dabei handelt es sich nicht um eine Angelegenheit, mit der Sie sonst Umgang haben; es geht dabei nicht um Afrika, sondern um einen Teil Kleinasiens, und nicht um die Engländer, sondern um die Juden. Warum ich mich gerade an Sie wende? Weil es sich um eine Sache handelt, die etwas mit dem Kolonialproblem zu tun hat."
Alle drei Staatsgebilde, die europäische Siedlerstaaten sind, sind ihrem Wesen nach rassistisch. Das "Transvaaler" Regierungsblatt in Südafrika schreibt: "Gibt es einen wirklichen Unterschied der Art und Weise, wie sich das Volk Israels in einem nicht-jüdischen Milieu behauptet, und wie die Afrikaaner alle Kräfte bemühen, daß es so bleibt, wie es (in Südafrika) ist? Die Israeli berufen sich auf das Alte Testament, warum sie sich nicht mit anderen Völkern mischen wollen: Die Afrikaaner tun dasselbe."

Was den Vergleich von Rhodesien, Südafrika und Israel angeht, so sollte man an anderer Stelle auch einmal auf die Verstrickung israelischen und südafrikanischen Kapitals eingehen, auf die zahlreichen "doppelten Staatsangehörigkeiten", auf die Politik der "jüdischen" Enklave in Südafrika, ihre Zusammenarbeit mit den faschistisch eingestellten Regierungen nach der "Unabhängigkeit" Südafrikas usw.
Ihre Argumente gegen den Vergleich Südafrikas, Rhodesiens und Israels gehen wieder nicht ein auf das gemeinsame Wesen dieser drei Staaten, auf die Gemeinsamkeiten ihrer politisch-ökonomischen Entstehung, sondern Sie retten sich vor diesem Vergleich in eine Position hinein, die nun ganz und gar zynisch wird; Sie schreiben: "Die jüdischen Einwanderer wollten gerade keinen Kolonialstaat nach dem Muster Südafrikas errichten, denn während die weißen Südafrikaner von der Ausbeutung Millionen von Farbigen leben, haben die Einwanderer die ansässigen jüdischen Pflanzer sogar gezwungen, ihre Arbeiter zu entlassen . . ." Erstens entscheidet sich der Charakter eines Staates nicht nach dem, was nun die Einzelnen dieses Staates **wollen**, sondern danach, unter welchen Bedingungen er entstanden ist. Außerdem ist die Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung nicht das einzige, wenn auch in den meisten Fällen entscheidende Merkmal kolonialistischer Staatsbildungen. Die Tatsache, daß ein ganzes sogenanntes Volk "umzieht" und sich damit die auszubeutenden Individuen dort, wo es sich auf dem Boden eines anderen Volkes niederläßt, gleich mitbringt, ist in der Geschichte ja nicht alltäglich. Aus verschiedenen Gründen war der zionistische Staat eben nicht gezwungen, die ansässige Bevölkerung in seiner Gründungszeit – heute sieht das bei Verschärfung der Widersprüche im Innern ja anders aus – auszubeuten. Die Zionisten haben die ansässige Bevölkerung brotlos gemacht, vertrieben. Ist das weniger kolonialistisch?
Zu dem Argument, die Zionisten hätten Palästina nicht "erobert", sondern schließlich den arabischen Grundbesitzern "abgekauft", ist wenig zu sagen. Ich glaube, daß ein Volk nicht nur aus Großgrundbesitzern besteht. Ich erinnere Sie an Ihre anfangs gemachten Ausführungen zu dem Widerspruch zwischen unterdrückenden und unterdrückten Klassen.

Ähnlich argumentieren Sie, wenn Sie schreiben: "Wodurch haben die derzeit bestehenden (arabischen) Staaten bewiesen, daß sie überhaupt demokratische Staaten aufbauen können? Etwa durch die Verfolgung und Ermordung von Kommunisten und Gewerkschaftlern . . .? " Erstens sind in diesem Zitat bestimmte – ganz vorsichtig ausgedrückt – Vorbehalte gegen Araber an sich beinhaltet, und zweitens sollte man einen Staat und seine Politik nicht mit dem Willen eines Volkes und seiner fortschrittlichen Parteien ineinssetzen, einen Fehler, den Sie in Ihrem Brief J.S. vorwerfen, den Sie aber nicht nachweisen können. Wer sagt, daß Israel ein Unterdrückerstaat ist, behauptet nicht, jeder Mensch, der heute in Israel lebt, sei ein Unterdrücker. Er macht nur klar, was die sich vorsichtig artikulierende antizionistische und

antiimperialistische Bewegung in Israel selbst tut, daß der, der lediglich von Klassenwidersprüchen in Israel ausgeht und den Widerspruch außer acht läßt, in welchem der Staat Israel zum palästinensischen Volk steht, das Problem verkürzt sieht und seinen umfassenden Charakter nicht beachtet. Wer davon spricht, daß "Fakten" anerkannt werden müssen, macht sich zum Verteidiger jedes Bestehenden, ohne seine Entstehung und seine Bedingungen zu hinterfragen. Über das "Faktum" Israel kommt heute niemand mehr hinweg. Darum geht es aber auch nicht. Es geht darum, diesen Staat, seine Entstehung und Klassenstruktur sorgfältig zu untersuchen und aus dieser Analyse die Aufgaben der Kommunisten in Israel – was nicht unsere Aufgabe sein kann – und die Unterstützungsarbeit der deutschen Kommunisten herzuleiten. Die kann momentan aber nur darin bestehen, die fortgeschrittensten Teile des Palästinensischen Volkes und der Israelis zu unterstützen und ihr Ziel, die Schaffung eines volksdemokratischen Palästina, zu propagieren.

K. (Palästinakomitee Heidelberg)

Der neue Lohnrahmentarifvertrag Nordwürttemberg/Nordbaden gibt den Weg für wirksamere Ausbeutungsmethoden frei

- Materialien zu einigen Bestimmungen des Lohnrahmentarifvertrags II -

Am 31.1.74 läuft die Frist für die Einführung eines Teils der dort vorgesehenen Änderungen ab. Dies betrifft insbesondere die Festsetzung,daß jeder Akkordarbeiter jetzt mindestens 5 Minuten Erholzeit und 3 Minuten Bedürfniszeit haben soll, als auch die Festlegung der Mindestgrenze der tariflichen Akkordlohnsumme des Betriebs auf 125 %.
Die Durchführung der Begrenzung der Taktzeit auf 1,5 Min. ist zeitlich nicht festgelegt worden, obwohl sie nicht nur auf die Neuplanung von Fließbandarbeit angewendet werden soll, sondern auch auf **bestehende Taktzeiten**, die unter 1,5 Minuten (90 sec) liegen.
Die aufgeführten neuen Bestimmungen sind alles Punkte, mit denen die SPD–Gewerkschaftsführung die Propaganda-Trommel gerührt hat. Sie nennt dies " Beitrag zur Humanisierung der Arbeitswelt".

Was ist damit gemeint?

Steinkühler gab in einem UZ-Interview (14.9.73) von sich: "Da darf es dann nicht mehr länger sein, daß die Produktion nur nach dem Bedürfnis der Profitmaximierung gestaltet wird, sondern auch nach dem Bedürfnis der arbeitenden Menschen."
Der kapitalistische Arbeitsprozess soll sowohl im Interesse der Arbeiter als auch im Interesse der Unternehmer zugleich gestaltet werden, wünscht er sich. Dabei bleibt offen, wer eigentlich der "Gestalter" ist. Denn bisher waren es die Unternehmer, die ihre bezahlten Arbeitsstudien-Fachleute gestalten ließen, und dies hat sich im neuen Tarifvertrag noch nicht geändert.
Die Ergebnisse der Arbeit dieser bezahlten Schweißauspresser sind auf der Seite der Unternehmer in wachsenden Profiten zu Buch geschlagen, auf seiten der Arbeiter jedoch mit einem ungeheuren Verschleiß der Arbeitskraft: Die Zunahme der chronischen Verschleißkrankheiten wie Herz-Gefäß, Kreislaufkrankheiten und Erkrankungen des "Bewegungsapparats" auch bei noch jungen Arbeitern, die Tatsache, daß 2/3 aller Lohnabhängigen in der Industrie das 65. Lebensjahr nicht arbeitsfähig erreichen und die sinkende Lebenserwartung der Männer in den letzten 15 Jahren (in der BRD, USA und Frankreich) belegen dies.(Materialien zur Kritik der bürgerlichen Medizin, Hersg. Projektgruppe Medizin, Zelle Medizin der KHG, HD.) S. 26ff)

Die Arbeiterklasse hat ein Interesse an der Erhaltung ihrer Arbeitskraft, weil sie sich im Kapitalismus nur durch ihren Verkauf ihre Existenzmittel erhält. Sie hat im vergangenen Jahr den Kampf gegen die Auspowerung ihrer Kräfte verstärkt aufgenommen, wie sich an den Streiks im Frühjahr (z.B. Mannesmann, Harvester, John Deere), im Sommer und im Herbst (z.B. Ford Köln, Philips Krefeld, Zeche Monopol Kamen, Rheinhütte Wiesbaden, A.Thyssenhütten Hüttenheim) zeigt. In ihnen wurden ausdrücklich Forderungen gegen die Steigerung der Arbeitshetze aufgenommen. Diese Streiks sind freilich nur der zugespitzteste Ausdruck der Kämpfe in den Betrieben.
Die Kapitalisten haben nicht nur kein Interesse daran, daß die Arbeiterklasse zu kämpfen beginnt und in den Kampferfahrungen politisch heranreift, sondern sie haben als **Klasse insgesamt** auch ein Interesse an der Erhaltung einer ausbeutbaren, arbeitsfähigen Arbeitermasse. Denn aus kranken und frühzeitig im kapitalistischen Arbeitsprozess verschlissenen Arbeitern läßt sich nicht so viel Mehrwert herauspressen wie aus gesunden.
Daß die Kapitalisten das wohl wissen, zeigt sich auch durch die Maßnahmen von Einzelkapitalisten, die sich sogenannte Sozialeinrichtungen wie einen Werksärztlichen Dienst oder betriebliche Sozialarbeiter leisten können. Durch ärztliche Einstellungsuntersuchungen werden die Gesünderen ausge-

sucht. Oder der betriebliche Sozialarbeiter wird zur Kontrolle eingesetzt: nicht nur, ob ein Arbeiter wirklich krank ist, sondern ob es sich um eine chronische Krankheit handelt, um die chronisch Kranken beim nächsten Anlaß auf die Straße setzen zu können und auch so Lohnfortzahlungsgelder sparen zu können.
"Bei 872 Einstellungsuntersuchungen in einem westdeutschen Edelstahlwerk,. . . ,waren für Arzt, Labor-, Vorzimmer- und Röntgenkosten 16 568 DM aufgewendet worden. Doch weil auf diese Weise 22 Einstellungsbewerber etwa wegen Magengeschwüren, Diabetes (Zuckerkrankheit) oder 'Knie und Galle' ausgesiebt werden konnten, habe das Unternehmen andererseits 69 869 Mark eingespart, die sonst voraussichtlich durch Krankheitsausfälle entstanden wären." (Spiegel 16/1972)

Jedoch die **Auslese** von Gesünderen nützt der Kapitalistenklasse als **ganzer** nichts, wenn der Krankenstand der Arbeiterklasse insgesamt ansteigt.

Das Interesse der Arbeiterklasse an der Erhaltung ihrer Arbeitskraft und das Interesse der Kapitalistenklasse an einer ausbeutbaren Arbeiterklasse läßt den Schein entstehen, als könne die kapitalistische Produktionsweise durch den Kampf (1) gegen ihre schlimmsten Auswüchse allmählich überwunden werden. Kurz, dies ist eine **materielle** Grundlage für den Reformismus als bürgerlicher Ideologie. Und dies ist der Inhalt der Humanisierungsphrasen. Ein Arbeitsprozeß, der der Profitproduktion dient, kann nicht den menschlichen Bedürfnissen zugleich dienen, da er auf der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft beruht.
Nach der Einigung stellt die Unternehmerzeitung Handelsblatt fest:
"Metalltarif: Beide Partner sind zufrieden." (23.10.)
Steinkühler und die bürgerliche Presse jubeln:
"Der Stuttgarter Bezirksleiter der IGM, Franz Steinkühler, sieht darin zurecht eine Umkehr, eine Abkehr von der 'bisher forcierten arbeitsteiligen Fertigungsweise', bei welcher der Mensch sich den Maschinen anzupassen hat und in der Tat nicht mehr ihr Herr geblieben ist." (Stuttgarter Zeitung, 22.10.73)

Abgesehen davon, daß der Lohnarbeiter noch nie Herr über die Maschine als Bestandteil des kapitalistischen Produktionsprozesses gewesen ist, wird hier der Eindruck erweckt, dieser Tarifvertrag eröffne dem Proletariat eine neue revolutionäre Perspektive: Herr des Produktionsprozesses zu werden über arbeitsorganisatorische Maßnahmen.

Welche Konsequenzen ergeben sich wirklich aus einem solchen Tarifvertrag für die Arbeiterklasse?

Zur Pausenregelung.
Zuerst einmal ist festzustellen, daß der Lohnrahmentarifvertrag II **eine Pausenregelung nicht vorschreibt.** Er sieht nur zwingend vor, daß die Summe von Zeitzuschlägen zur **Vorgabezeit** für persönliche Bedürfnisse und Erholung, die schon immer in der Vorgabezeit mitenthalten sein müssen, in der Stunde nicht 3 bzw. 5 Minuten unterschreiten darf. Diese Bestimmung läuft also bloß auf eine Erhöhung der Vorgabezeiten **eines Teils** der Akkordarbeiter hinaus. Und das ist nicht einmal sicher. Denn maschinen- und arbeitsablaufbedingte Wartezeiten können von den Erholzuschlägen abgezogen werden; außerdem können übertarifliche Leistungen angerechnet werden und zuletzt ist es immer noch der Zeitnehmer, der die Vorgabezeit stoppt.

Für einen anderen Teil der Akkordarbeiter kommt nicht mal eine eventuelle Erhöhung der Vorgabezeit raus, sondern nur eine Minimalabsicherung der Erholzeit. Denn der Erholzuschlag wird nach dem Refa-Verfahren bestimmt aufgrund der Dauer, der Schwere eines Arbeitsgangs und nach der vom Zeitnehmer geschätzten Intensität der Arbeit. (2)

Akkordarbeitern, die körperlich relativ schwer arbeiten müssen, steht demnach sowieso eine Gesamterholzeit von 5 Minuten und darüber in der Studen zu. Insofern ist die Darstellung der Ergebnisse des Manteltarifkampfes in der KVZ 6, 7.10.73, und die zu dieser Frage vorausgegangenen Artikel ungenau. Es stellt sich heraus, daß der Tarifvertrag noch mieser und spalterischer ist, als ursprünglich angenommen.

Was bedeutet dies für die vielgepriesene Pausenregelung?
Eine Pausenregelung ergibt sich demnach in der Konsequenz nur für Fließbandarbeiter, wenn die Unternehmer nicht eine erhöhte Zahl von Springern bezahlen wollen, die während der individuellen Pause einspringen müssen, denn sonst stockt der Arbeitsfluß.
Aber nicht einmal das ist tarifvertraglich festgehalten, sondern lediglich, daß über **Betriebsvereinbarungen** Pausen eingeführt werden können, für Fließbandarbeiter als auch für 'normale' Akkordarbeiter. Diese Entscheidung soll bis zum 31.1.74 gefallen sein.

Sind Forderungen nach regelmäßigen Kurzpausen Forderungen der Arbeiterklasse?

Die Arbeitswissenschaftler nennen sie "lohnende Pausen". Sie gehen dabei zunächst von der bekannten Tatsache aus, daß die Leistungsfähigkeit im Zustand der Ermüdung herabgesetzt ist, Bei starker Ermüdung, so haben sie herausgefunden, braucht der Körper (3) eine verhältnismäßig längere Pause , als wenn man dieses Ausmaß von Ermüdung gar nicht erst aufkommen läßt. Dies geschieht durch die Einführung kurzer Pausen. Durch eine der Stärke und Dauer der Arbeitsbelastung entsprechende Pausenregelung wird erreicht, daß aus den Arbeitern noch mehr Leistung herausgepresst wird.

---

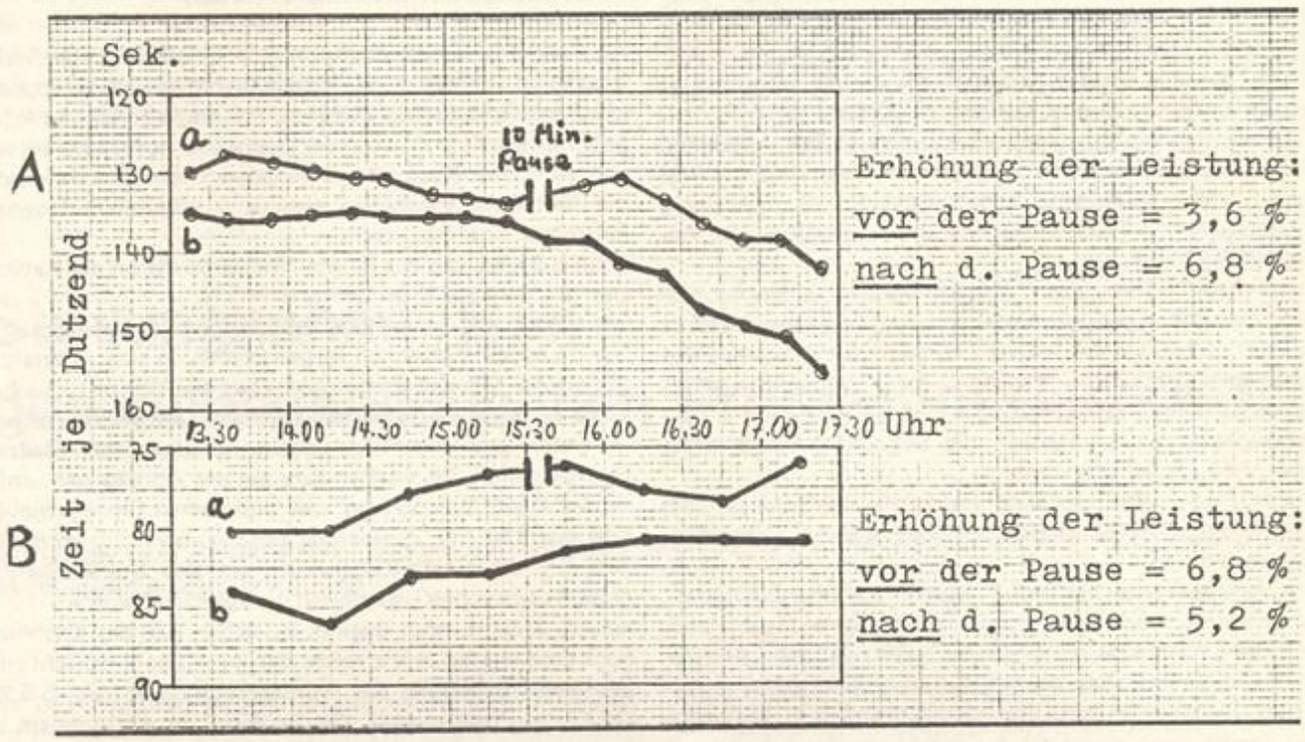
(1) Das Interesse der **gesamten** Kapitalistenklasse an einer gesunden, ausbeutbaren Arbeiterklasse bedeutet nicht, daß die Arbeiterklasse nicht um die Erhaltung ihrer Arbeitskraft kämpfen muß. Die Kämpfe der Arbeiterklasse um die Verkürzung des Arbeitstages zeigen dies. C.Zetkin schildert das anschaulich am Kampf der Crimmitschauer Textilarbeiterinnen und -Arbeiter um den 10-Stundentag. Obwohl in anderen Industriezweigen die Arbeitszeit schon auf 10, 9 1/2 und 9 Stunden herabgesetzt war, mußten die Arbeiter ein Vierteljahr streiken. (C.Zetkin, Ausgewählte Schriften und Reden I, S.238ff.)

(2) Die geschätzte Intensität der Arbeit erscheint als Leistungsgrad im REFA-System. Sie ist die vom Zeitnehmer geschätzte Abweichung von der Normalleistung. Was der Zeitnehmer für eine Normalleistung hält, steht in seinem Belieben. Seine Schätzung ist gemeinhin abhängig von der durchgängigen Arbeitshetze im Betrieb, von seiner Erfahrung also. Denn die "Normalleistung" ist nur eine gedankliche Größe, die nirgendwo, außer in REFA-Büchern, beschrieben ist. Bei einer geschätzten Normalleistung – dies entspricht einem Leistungsgrad von 100 % – zahlt der Unternehmer nur den Akkordrichtsatz. Dies hat sich auch nach der sogenannten Verdienstabsicherung im Lohnrahmentarifvertrag nicht geändert. Denn dort ist nur festgehalten, daß ein Unternehmer eine Gesamtakkordsumme von 125 % veranschlagen muß. Wie er sie verteilt, ist eine andere Frage!

(3) Als Anzeichen für Ermüdung wird meist die Veränderung einer Körperfunktion, nämlich der Häufigkeit des Pulsschlags, genommen. "Die Pulsfrequenz bildet . . . ein recht zuverlässiges Kriterium dafür, ob Muskeln unter Bedingungen arbeiten, die zur Ermüdung führen." G.Lehmann, Praktische Arbeitsphysiologie, 1953, S.40

Die Arbeitspsychologen haben sogar eine psychologische Wirkung der Pause entdeckt, die sie für die Kapitalisten noch lohnender macht: Die Pausen haben eine **"Vorauswirkung"**. Sie erklärt sich dadurch, daß durch Pausen die Monotonie der Arbeit aufgelockert wird, so daß in Erwartung der Pause die Leistung der Arbeiter sich steigert (ähnlich dem "Endspurt" gegen Ende der Arbeitszeit).

Diese 'Vorauswirkung' ist bei folgender Abbildung nach Einschaltung einer 10-Minuten-Pause am Nachmittag zu sehen. Es handelt sich um 8 bzw. 4 Arbeiterinnen, die im Akkord Taschentücher falten (A) und bügeln (B) (Graf, 1970, S.257)



Wie die Abbildung zeigt, hat schon allein die Einführung der Pause bewirkt, daß die Arbeitskurven vor dem tatsächlichen Einsetzen der Pause höher liegen als bei pausenloser Arbeit; außerdem ist im Fall B sogar die Leistungserhöhung vor der Pause mit 6,8 % stärker als jene durch die Erholungswirkung selbst (5,2 %).
Von solchen Ergebnissen her begründet die Arbeitswissenschaft die Rentabilität der Einführung von Kurzpausen im Interesse des Kapitalisten.
Weshalb sie lohnend sind und für wen, bringt ein bürgerlicher Wissenschaftler klar zusammenfassend zum Ausdruck:
"Richtige Pausengestaltung sollte zu einer Leistungssteigerung führen, die nicht nur den – aufgrund der Pausen – verursachten Zeitverlust voll kompensiert, sondern darüberhinaus noch das Tagesergebnis erhöht. Arbeitswissenschaften und Betriebswirtschaftslehre sprechen in diesen Fällen von einer 'lohnenden Pause'. Die lohnende Pause wird durch das Optimum zwischen zu kurzen und zu langen Pausen bestimmt. Zu kurze Pausen können relativ wenig Ermüdungsausgleich bieten, während zu lange Pausen verhindern, daß der Arbeitsverlust durch gesteigerte Mehrleistung nach der Pause aufgeholt wird." (Wöher, Einführung in die allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Berlin 1973, S.68)

Die Hauptseite dieser Pausenregelung besteht also darin, die Ausbeutung zu erhöhen, indem man sich die "Materialkenntnisse" der Arbeitswissenschaftler über die Ware Arbeitskraft zunutze macht.

Indem die Arbeitswissenschaftler die "Muskelarbeit unter verschiedenartigen Arbeitsbelastungen" studieren oder die "Vorauswirkungen" ihrer Pausen an lebendigen Untersuchungsobjekten ausprobieren, betreiben sie nichts anderes, als den Kapitalisten Kenntnisse über die Ware Arbeitskraft zu verschaffen. Dies Verhältnis zum arbeitenden Menschen kommt am zugespitztesten in folgender Aussage eines Arbeitswissenschaftlers zum Ausdruck:
"Der Körper ist eine chemische Maschine. Er arbeitet durch genaue chemische Reaktionen, und immer, wenn die gleiche chemische Reaktion bei gleicher Temperatur eintritt, muß zwangsläufig die erforderliche Zeit für die Reaktion konstant bleiben." (Arbeitsstudien Wissenschaft? , herausgegeben vom DGB 1965).

Und heute preist der DGB die Anwendung solcher "Erkenntnisse" als Humanisierung der Arbeitswelt an!
Nach einer Meldung der "Stuttgarter Zeitung" (22.10.73) stellt der Betriebsratsvorsitzende von Bosch fest: " . . . daß es bei Bosch bereits zweimal 10 Minuten Erholzeit pro Achtstundenschicht gibt und daß seiner Erfahrung nach jede Pausenregelung leistungssteigernd und nicht leistungsmindernd wirke."
Dies wird in demselben Artikel von einem namentlich nicht genannten Gewerkschafter bekräftigt:
"Es ist zu hoffen, daß die Belegschaften auf solche Betriebsvereinbarungen dringen und nicht die Schwarzmaler unter den Arbeitgebern (!!!) recht behalten, die vermuten, daß die Arbeiter die vereinbarten Erholzeiten nur zum Durcharbeiten und damit zur Erhöhung des Akkordverdienstes benutzen werden."
Die Gruppe Rote Fahne hat die Forderung nach bezahlten Kurzpausen ausdrücklich aufgestellt (Rote Fahne 39, 1973).
"Statt der völlig unkontrollierbaren Grunderholzeiten – bezahlte Kurzpausen in regelmäßigen Abständen."

Prinzipiell richtig ist, daß bezahlte Kurzpausen besser für die

Arbeiter sind, als wenn sie durcharbeiten müssen.
Aber ist das die richtige Alternative?
Die Arbeiter haben sich bisher ihre Pausen genommen – unter der Voraussetzung allerdings, daß sie ihren Akkord schaffen konnten. Bürgerliche Wissenschaftler (Graf, Arbeitszeit und Arbeitspausen, in: Handbuch der Psychologie, Band 9, 1970, S.160ff.) haben durch Beobachtungen einer Vielzahl von Arbeitern ausgekundschaftet, daß die Arbeiter wesentlich mehr Pausen machen, als es den Anschein hat. (Eine Tatsache, die den Arbeitern bekannt ist, ohne daß sie wissenschaftliche Untersuchungen bräuchten.)
"Die auf diese Weise zusammengekommenen Zeiten belaufen sich häufig auf 5 bis 10 % der gesamten Arbeitszeit, das sind bis zu 45 Minuten bei einer Acht-Stunden Schicht." (E.Ulich, Psychologie und Rationalisierung, in: Psychologie und Praxis, 1956/57, 1, S.340)
Doch diese "willkürlichen" Pausen, wie sie von den Arbeitswissenschaftlern genannt werden, steigern die Leistung nicht so effektiv (4) wie das von den bürgerlichen Arbeitswissenschaftler ausgeklügelte "Pausenregime". (So nennen sie es selbst, siehe Graf, a.a.O., S.254)
Deswegen sollen die Pausen, die sich die Arbeiter selbst aussuchen, abgeschafft werden.
Die Arbeiter sollen die Pausen nur für die Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft verwenden, wann und wie es die Unternehmer wollen!
Die Arbeiterklasse hat jedoch weder ein Interesse daran, durch Pausen noch mehr aus sich rausholen zu lassen, noch sich der Unterdrückung durch den kapitalistischen Arbeitsprozeß so weit zu unterwerfen, daß sie sich an- und abstellen lassen, wie eine Maschine, die zu heiß gelaufen ist. Die richtigen Forderungen gegen die Ausplünderung der Arbeitskraft sind:
Da individuelle Pausen, ohne Druck des Zeitnehmers, nur im Zeitlohn möglich sind:

Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Lohnsysteme und

Beschränkung des Arbeitstages auf 7 Stunden an 5 Wochentagen bei vollem Lohnausgleich.

Zur Minimaldauer eines Arbeitstaktes von 90 Sekunden.
Die Begrenzung der Taktzeit auf 90 Sekunden ist im Lohnrahmentarifvertrag II gekoppelt mit bestimmten arbeitsorganisatorischen Abänderungen. "Arbeitgeber und Betriebsrat haben alle Möglichkeiten der Aufgabenerweiterung und Aufgabenbereicherung auszuschöpfen." (Lohnrahmentarifvertrag, Punkt 6.3.1, S.16)

Diese Maßnahmen bedeuten keineswegs, daß die Arbeitshetze geringer wird. Denn Arbeitserweiterung bedeutet, daß die Arbeiter am Band in dieser Zeit auch mehr Arbeitsgänge machen müssen. Je mehr Arbeitsgänge ein Arbeiter zu erledigen hat, desto mehr holt der Unternehmer aus ihm raus.
Die Arbeitserweiterung (5) wird von einem Arbeitswissenschaftler als nicht ausbeuterisch genug kritisiert: "Humane Arbeitsplätze allein genügen zur Motivierung nicht." (Handelsblatt, 9.10.)
Er schlägt stattdessen die Bildung "teilautonomer Arbeitsgruppen" vor. Diese Arbeitsgruppen sollen auch die Qualitätskontrolle über das, was sie erarbeiten, übernehmen. Das heißt, er hält die im Tarifvertrag vorgeschlagene **Arbeitsbereicherung** – angewendet auf Akkordgruppen – für die Unternehmer günstiger als die Arbeitserweiterung. Warum?
Er verspricht, den Unternehmern dadurch die betrieblichen Kämpfe vom Hals zu schaffen! Denn er glaubt, daß die Arbeiter sich dadurch weniger unterdrückt fühlen, weil sie einzelne Entscheidungen treffen können.
Sie sollen also am Arbeitsplatz selber über ihre eigene Ausbeutung "mitbestimmen".
Im "Gewerkschafter" (11/73) steht dann: "Der eingeplante 'Faktor Arbeit', das Objekt Arbeiter kann endlich sich und seine Arbeit als Subjekt steuern." (S.439)

Aber ein zweiter Gesichtspunkt ist bei der Arbeitserweiterung noch wichtig, auch wenn sie nicht nur auf Gruppenarbeit angewendet wird: Dadurch, daß die Arbeiter ihre Arbeit gegenseitig und in Konkurrenz zueinander kontrollieren, werden nicht nur Kontrolleure eingespart, sondern sie werden auf diese Weise angehalten, genauer zu arbeiten und weniger Ausschuß zu produzieren.
Welche Bedeutung das für die Profitproduktion der Kapitalisten hat, wird aus folgendem ersichtlich:
"Ein Werk mit rund 1 300 Mitarbeitern, das elektronische Geräte herstellt, hat sich vorgenommen, in einer Vierjahresaktion die Qualitätskosten um etwa die Hälfte zu senken. Dazu wurde ein eingehendes Programm aufgestellt, wonach im ersten Jahr allgemeine **arbeitsorganisatorische Maßnahmen** getroffen, im zweiten Jahr ein alle Abteilungen umfassendes Qualitätsprogramm mit zahlreichen Einzelprojekten und quantitativer Zielsetzung durchgeführt . . ., im dritten Jahr . . . die Gesamtbelegschaft auf das Null-Fehler-Programm verpflichtet und dies offiziell gestartet wurde.
Heute, 3 Jahre nach Beginn, ist sicher, daß das Kostenziel nach dem vierten Jahr erreicht sein wird. Das entspricht einer **jährlichen Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 5,5 %.**" (M.Kluge, Produktivität, der Schlüssel zu wachsendem Lebenstandard, in: Produktivität und Rationalisierung, Frankfurt, 1971, S.18, Hervorhebungen vom Verfasser, R.S.)

Genau dies ist die Stoßrichtung des bürgerlichen Arbeitswissenschaftlers:
"Im Rahmen der jetzt im Metallbereich aufgestellten Forderungen nach einer Humanisierung der Arbeit besteht die große Chance, von Unternehmerseite einen Schritt weiter zu gehen über die **reine humane Arbeitsgestaltung hinaus, die lediglich mehr Kosten verursacht,** eine motivierende Arbeitsstruktur anzustreben, **die langfristig produktivitätserhöhend** wirkt." (Handelsblatt, 9.10.73) Deswegen sind die Unternehmer zufrieden mit dem Lohnrahmentarifvertrag: Nicht bloß Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft, die nach Unternehmerauffassung nur kosten, sondern gleichzeitig die Erhöhung der Ausbeutung und die Befriedung der Arbeiter versprechen sie sich davon.

---

(4) entfällt

(5) Ein Teil seiner Kritik ist bemerkenswert: "1,5 Min. werden je nach Mitarbeitertyp nach einiger Zeit vielleicht genauso bedrückend empfunden wie vielleicht heute ein 30-Sekunden-Takt." Da hat er recht, denn in der Arbeitshetze wird kein Unterschied bestehen. Mit den Worten "je Mitarbeitertyp" ist noch gemeint: Es soll Arbeiter geben, denen einseitige und monotone Arbeit weniger auf die Nerven geht als anderen. Dies wird vor allem von Arbeiterinnen behauptet, mit der Folgerung, daß man sie noch hemmungsloser ausbeuten könne. Hinter dem Typ der "Monotonie-Anfälligkeit" verbirgt sich nichts anderes als die gesellschaftliche Lage der Arbeiterfrau!
(vgl. R.Wild, Rationalisierung der Arbeit und Berufsunzufriedenheit, in: Arbeit und Leistung 6, 1970)

Was bleibt von der ganzen "Humanisierung" übrig?

Diese Maßnahmen stellen sich als wirksamere Methoden der Profitproduktion heraus.
Daß ihre Anwendung und Durchführung durch die Kapitalisten zu einem geringeren Verschleiß der Arbeitskraft führt, wie uns die Arbeitswissenschaftler wie auch die Gewerkschaftsfürsten (6) weismachen wollen, widerspricht allen bisherigen Erfahrungen. Die Arbeiterklasse hat an solchen spalterischen Machenschaften für die Profitproduktion kein Interesse.

Sie wird den Kampf um die Erhaltung ihrer Arbeitskraft im Kapitalismus immer wieder führen müssen!

Renate S. (Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Heidelberg. Sektion Sozialpolitik)

(6) Auch Vetter deutete vor einem Jahr an, daß die Profite der Unternehmer keineswegs beschnitten werden sollen: "Versuche haben längst bewiesen, daß die Arbeit auch anders eingerichtet werden kann, ohne das die Produktion sinkt." (Gewerkschaftliche Monatshefte 1/73: Humanisierung der Arbeitswelt als gewerkschaftliche Aufgabe, S.16).

Stellungnahme zum gesundheitspolitischen Programm des DGB

Vorgelegt vom Arbeitskreis "Das gesundheitspolitische Programm des DGB – eine Alternative zur Misere in der Gesundheitsversorgung? "

Der DGB-Vorstand geht davon aus, daß im großen und ganzen im Gesundheitswesen alles in Ordnung sei. Davon kann aber keine Rede sein! Die Lebenserwartung der Männer ist in den letzten 15 Jahren um 3 Jahre gesunken; das durchschnittliche Berentungsalter von 58 auf 54 Jahre zurückgegangen; die chronischen Erkrankungen nehmen ständig zu, so zum Beispiel die Herz–Kreislauferkrankungen, die die größte Krankheitsgruppe darstellen. Eine Untersuchung unter 32 000 berufstätigen und nicht krankgeschriebenen Mitgliedern von Ortskrankenkassen in Baden-Württemberg ergab: bei 64 % der Männer und 71 % der Frauen waren therapeutische Maßnahmen erforderlich; bei 14 % der Männer und 13 % der Frauen wurden Erkrankungen erstmals festgestellt; 21 % der Männer und 18 % der Frauen dieser nicht krankgeschriebenen Kassenversicherten waren sanatoriumsreif.

Das sind gravierende Eckdaten über den Gesundheitsstand der Sozialversicherten, der breiten Massen der Lohnabhängigen. Sie sind Resultat der ständig steigenden Arbeitshetze und des immer größeren Kräfteverschleißes, dem die Lohnabhängigen unterworfen sind. Diese Daten bezeugen: Das Gesundheitswesen in der BRD ist nicht im Stande, den Bedürfnissen der Krankenversorgung der Sozialversicherten zu entsprechen. Von einer Sicherstellung der ärztlichen und gesundheitlichen Versorgung kann keine Rede sein. Das trifft nicht nur auf einige extreme Stadtrand- und ländliche Gebiete zu. Die Misere ist ein allgemeiner Zustand.

Dem DGB-Vorstand ist entschieden zu widersprechen, wenn er meint, das Gesundheitswesen in der BRD habe sich im großen und ganzen bewährt und auf seinen Grundlagen könne eine befriedigende Gesundheitsversorgung garantiert werden (s.S.5). Die Lage der Sozialversicherten, der großen Mehrheit der Lohnabhängigen, bietet für diese Behauptung keine Rechtfertigung.

Die Misere ist allgemein und verschärft sich von Tag zu Tag: Immer weniger ist die 3-Minuten Medizin der Niedergelassenen im Stande, der Entwicklung der medizinischen Technik und Kenntnisse zu entsprechen; eine gesundheitliche Versorgung im Betrieb, am Arbeitsplatz erfolgt praktisch nicht, obwohl die Gefahren für Leben und Gesundheit der Lohnabhängigen hier am größten sind (auch mit der Ersten Hilfe am Arbeitsplatz steht es schlecht); die Krankenhäuser sind überfüllt, das Personal ist ständig überlastet, die Leistungsfähigkeit sehr unterschiedlich und unzuverlässig; immer unübersichtlicher wird die Anzahl der Medikamente, das eh nur unzulängliche Versorgungsprogramm klappt nicht.

Hier muß grundlegend Änderung geschaffen werden!
Wie können die Sozialversicherten, die breiten Massen der Lohnabhängigen das erreichen?

Um Einfluß zu gewinnen auf das Gesundheitswesen und seine Entwicklung und den Kampf für eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung erfolgreich führen zu können, müssen die Sozialversicherten ihre Sache selbst in die Hand nehmen. Sie müssen die Krankenkassen als Instrument für diesen Kampf nützen.
Dazu muß der Zustand beseitigt werden, wo die Unternehmerbeteiligung in den Entscheidungsgremien der Krankenkassen das verhindert, wo die Kassen nur Zahlstellen sind, von denen das Geld in die Säcke der Niedergelassenen, der Pharma-Industrie, der Krankenhausträger fließt, wo die Kassen immer nur zahlen, aber keinen wirksamen Einfluß besitzen, wo die Zersplitterung der Kassen verhindert, daß die Sozialversicherten ihre Stärke, ihre große Zahl, zur Geltung bringen können. Zentrale Bestandteile des gewerkschaftlichen Gesundheitsprogramms müssen daher folgende Forderungen sein:

- **Vollständige Selbstverwaltung der Versicherten**
- **Schaffung einer einheitlichen Krankenkasse, die alle Sozialversicherten umfaßt!**

- **Eingliederung aller Einrichtungen des Gesundheitswesens unter die Leitung der Krankenkasse**
- **Das betriebliche Gesundheitswesen ist der besonderen Kontrolle der betrieblichen Organe der Belegschaft zu unterstellen!**
- **Die Versicherungskosten erbringen die Unternehmer bzw. der öffentliche Arbeitgeber.**
  Für deren Profit und Nutzen wird die Arbeitskraft verbraucht, Gesundheit und Lebenskraft zu Markte getragen!

Zu Abschnitt II: Versorgung und Früherkennung

Das seit 1971 bestehende Vorsorgeprogramm ist unzulänglich: Die Hauptvolkskrankheiten (Herz-, Kreislauferkrankungen) sind gar nicht berücksichtigt, die Berechtigtengruppen stark eingeschränkt (Kinder bis zum 4. Lebensjahr, Frauen ab 30. Lebensjahr, Männer ab 45. Lebensjahr), die zur Verfügung stehenden Kapazitäten des Gesundheitswesens werden nicht genutzt (Beschränkung auf niedergelassene Ärzte).
Für die Ausschöpfung selbst dieses mageren Angebots sind die notwendigen Bedingungen nicht geschaffen, wie Durchführung des Vorsorgeprogramms in Betrieben, Stadtvierteln, Schulen. So ist es nicht zu verwundern, wenn nur 20 % der sozialversicherten Frauen und 12 % der Männer (Scholmer, Quick 42/73) das Vorsorgeprogramm in Anspruch nehmen können.
Das Hauptproblem ist nicht, wie der DGB-Vorstand behauptet, den einzelnen "zur Änderung seiner Lebensweise" (S.7) zu gewinnen. Das Hauptproblem für die Lohnabhängigen, die Sozialversicherten ist: die Bedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, Vorsorgeprogramme für die Hauptvolkskrankheiten breit zu nutzen und Vorkehrungen zum Schutz von Leben und Gesundheit zu treffen.
Hierzu sucht man im Abschnitt II des Programms vergeblich nach entschiedenen Forderungen und einer klaren Linie. Forderungen des gewerkschaftlichen Gesundheitsprogramms für diesen Bereich müssen sein:

- **Verlagerung des Schwerpunktes in der Gesundheitsversorgung auf die Prävention.**
- **Setzung von Prioritäten anhand der Volkskrankheiten und Hauptgefahren für Leben und Gesundheit!**
- **Entwicklung von massenhaft anwendbaren Untersuchungsmethoden!**
- **Nutzung aller zur Verfügung stehenden Kapazitäten und Aufhebung des Vorsorgeuntersuchungsmonopols der Niedergelassenen!**
- **Durchführung der Untersuchung und Zuleitung zu Behandlungsmaßnahmen durch ein und dieselbe Instanz!**
- **Keine Altersbegrenzung für Vorsorgemaßnahmen!**

Zu Abschnitt III: Rehabilitation

Die Zahl der Behinderten in der BRD wird auf 5 Millionen geschätzt, aber die bestehenden Rehabilitationseinrichtungen reichen nur zur notwendigsten Versorgung von ca. 40 % der Behinderten. Besonders schlecht sieht es bei der Rehabilitation behinderter Kinder aus. Der Forderung des DGB-Vorstands nach Ausbau des Rehabilitationswesens ist zuzustimmen. Allerdings mangelt es an einer Konkretisierung. Zuzustimmen ist auch einer Reihe anderer Forderungen:

- **Ausdrückliche Verpflichtung in der Reichsversicherten-ordnung (RVO), "die Therapie bis zum bestmöglichen Behandlungserfolg zu führen".**
- **Die Verpflichtung zu voller Kostenübernahme bei allen Heil- und Hilfsmitteln, sowie allen Behandlungsmaßnahmen.**
- **Den zeitlich unbegrenzten Rechtsanspruch auf Kranken- und Hauspflege.**

Mit der Forderung, **auch** die Krankenversicherungen zum Träger der Rehabilitation zu machen, macht der DGB-Vorstand einen Schritt in die richtige Richtung. Das reicht aber nicht aus. Es muß entschieden der derzeitigen Zersplitterung und dem Nebeneinander des Gesundheitswesens entgegengewirkt und ein einheitliches Gesundheitswesen gefordert werden. Am wirkungsvollsten und in breitester Weise können Sachverständige für Rehabilitation im Rahmen eines **einheitlichen** Gesundheitswesens zum Einsatz kommen.
Zur Schaffung der notwendigen Voraussetzungen zur Eingliederung der Behinderten ist darüberhinaus aber erforderlich:

- **Bereitstellung eines bestimmten Anteils (etwa 5 %) der Arbeitsplätze als Schonarbeitsplätze für Rehabilitanten bei vollem Lohnausgleich!**

Zu Abschnitt IV: Ambulante Versorgung

Die Misere der Rezepturpraxis, Dreiminuten-Medizin und der langen Wartezeiten ist allgemein. Ist es nicht völlig offenkundig, daß die Niedergelassenen nicht imstande sind, die Sicherstellung der ambulanten Versorgung zu garantieren? Und das nicht nur in einigen Land- und Stadtrandgebieten, und auch nicht erst in einigen Jahren, wie der DGB-Vorstand vorgibt. Die herkömmliche Einzelpraxis ist angesichts der technischen Entwicklung und dem Stand der medizinischen Kenntnisse zu einem Hindernis für die Verbesserung der Primärversorgung geworden. Auch die Gruppenpraxis ist nur ein vorübergehender Ausweg und die Vorteile dieser Konzentration kommen fast nur den Niedergelassenen zugute. Die ganzen Probleme der vorstationären Diagnostik und der nachstationären Betreuung werden durch das Niedergelassenentum verursacht. Auch das Verbot der ärztlichen Behandlung in den Betrieben ist nur ein Zugeständnis an die Geschäftsinteressen der Niedergelassenen. So auch das Verbot der ambulanten Behandlung für die Krankenhäuser. Das alles zeigt, das Niedergelassenentum ist ein Hemmnis für die Entwicklung des Gesundheitswesens nach den Bedürfnissen der Sozialversicherten.

Der DGB-Vorstand droht den Niedergelassenen nur scheinbar ihre Stellung streitig zu machen (S.11). In Wirklichkeit aber läuft dieser Abschnitt, dem im Rahmen des Programms ein enormes Gewicht beigemessen wird, nur darauf hinaus, das Geschäft der Niedergelassenen mit der Krankheit auf lange Sicht sicherzustellen. Es werden komplizierte Strukturen erfunden (wie Planung von MTZ durch Krankenkassen, Krankenhaus und Kassenärztliche Vereinigung) und komplizierte Verfahren (wie Leistungskomplexhonorar und Bewertungssystem; das LKA ist rein eine Maßnahme, um bei Auslagerungen der Laborleistungen in das MTZ die Einkommenshöhe den Niedergelassenen zu sichern) und alles nur, um den Niedergelassenen das "Schritthalten" mit der modernen Entwicklung zu ermöglichen. Und nicht genug damit, daß der DGB-Vorstand allenthalben Garantien für die Einkünfte der Niedergelassenen abgibt, sie sollen an den MTZ auch noch mitverdienen und entscheidenden Einfluß auf sie haben. Das ist wahrlich ein gutes Programm für die Niedergelassenen, aber nicht für die Sozialversicherten.

Der DGB ist aber nicht dafür da, sich Sorgen zu machen um die Einkünfte der Niedergelassenen, ob sie auch ja "angemessen" sind (S.13), sondern dazu, wie die ambulante Versorgung im Interesse der Sozialversicherten unter Nutzung der modernen Möglichkeiten zu gestalten ist.
Gegenstand der gewerkschaftlichen Gesundheitspolitik kann daher nicht die Sicherung des Niedergelassenentums und dessen Einkünfte sein. Forderungen des gesundheitspolitischen Programms müssen vielmehr sein:

- **Errichtung einer gegliederten Primärversorgung mit Polikliniken, Ambulatorien und Außenstellen (mit angestellten Ärzten) unter der Leitung der einheitlichen Krankenversicherung!**
- **Abschaffung des Behandlungsmonopols der Niedergelassenen!**

Zur "freien Arztwahl":

Sie ist eine Farce. Jeder Sozialversicherte, der einen Niedergelassenen außerhalb seines engen Bezirkes aufsuchen will, muß die Fahrtkosten selbst tragen, Ärzte in Kliniken, im Betrieb kann er nicht auswählen. Es besteht also nur eine eng begrenzte Auswahlmöglichkeit für die Sozialversicherten. Eine begrenzte Auswahlmöglichkeit ist aber überhaupt nicht an die derzeitige Organisationsform der ambulanten Versorgung gebunden, sie kann von jedem System geboten werden. Das "Mysterium" der "freien Arztwahl", das die Standesorganisationen pflegen, ist angesichts der Dreiminuten-Medizin, der Rezepturpraxis eine rechte Schmierenkomödie, zu nichts gut, als dem Geschäft mit der Krankheit einen Heiligenschein zu verschaffen.

Zum Notdienst:

Die schädliche Konkurrenz der verschiedenen Verbände muß beseitigt werden. Die Errichtung eines einheitlichen Notdienstes in der Regie der Krankenkasse ist erforderlich!

Zu Abschnitt V: Medizinische Versorgung im Krankenhaus

Die Situation an den Krankenhäusern in der BRD ist miserabel: Es herrscht Bettenmangel (die Krankenhauszugänge steigen viel rascher als die Pflegetage und Bettendichte), Personalmangel (sogar die Krankenhausgesellschaft gibt einen Mangel von 3 000 Ärzten und 30 000 Pflegekräften an), Überalterung (mehr als ein Drittel der Krankenhäuser und Betten sind älter als 50 Jahre), zwischen Stadt und Land besteht ein starkes Mißverhältnis des Angebotes. Selbst die Bundesregierung mußte zugeben: Das Krankenhauswesen entspricht nicht den Anforderungen, die an die Gesundheitsversorgung gestellt werden müssen (Begründung zum Krankenhausfinanzierungsgesetz).

Der DGB-Vorstand aber interessiert sich für das Krankenhaus nur unter dem Gesichtspunkt der betriebswirtschaftlichen Kostenrechnung. Nach dem, was für ein Krankenhauswesen die Sozialversicherten brauchen, wird nicht gefragt. Vergeblich sucht man nach Forderungen zur Bettenzahl, Gewichtung der Fachrichtungen, Ausstattung mit technischen Geräten und pflegerischen Einrichtungen.
Die vom DGB-Vorstand vorgeschlagene Trennung der Krankenhausfinanzierung in Investions- und Benutzerkosten bewirkt nur, daß dem Staat alle Entscheidungen über Umfang, Struktur und Entwicklung des Krankenhauswesens zugeschustert, den Sozialversicherten aber die laufenden Kosten aufgehalst werden. Dieses Prinzip dient zudem als Steuerungsinstrument für eine Beschleunigung des "Patientenumschlages", was einer "relativen Erhöhung" der Bettenzahl dient, und damit den drückenden Bettenmangel kaschiert. All diese Maßnahmen liegen nicht im Interesse der Sozialversicherten. Forderungen des gewerkschaftlichen Gesundheitsprogramms für diesen Bereich müssen hingegen sein:

- **Eingliederung des Krankenhauswesens unter die Leitung einer einheitlichen Krankenkasse**
- **Ausbau und Modernisierung des Krankenhauswesens, ausgerichtet an den tatsächlich für die Krankenversorgung bestehenden Notwendigkeiten.**

Zur psychiatrischen Versorgung:

Der DGB-Vorstand macht hier Vorschläge in die richtige Richtung: Durch Angliederung psychiatrischer Abteilungen und Ausrichtung der Behandlung auf Rehabilitation läßt sich die Isolierung der psychisch Kranken überwinden. Notwendig ist dazu auch unbedingt die Erhöhung des Pflegepersonals.
Die Isolation der psychisch Kranken auf das Bewußtsein der Bevölkerung zurückzuführen, ist unzulässig. Die Bevölkerung ist vor der Errichtung von psychiatrischen Landeskrankenhäusern und ähnlichen Anstalten nicht gefragt worden! Die gesellschaftliche Isolation der psychisch Kranken ist eine Folge der Bedingungen ihrer "Behandlung", der Bedingungen, unter denen zu leben sie gezwungen sind. Und eben diese Bedingungen gilt es zu ändern.

Was die Lage der Beschäftigten im Krankenhaus angeht:

Was das Personal der Krankenhäuser braucht, ist ein Personalvertretungsgesetz, das ihm und seinen betrieblichen und gewerkschaftlichen Vertretungsorganen das Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung garantiert. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Personals und um den drückenden Personalmangel zu beseitigen, sind erforderlich: Erhöhung des Stellenplans, Senkung der Arbeitszeit, Beseitigung der ständigen Überstundenschinderei, eine Tarifpolitik, die sich konsequent an den Interessen des Personals ausrichtet. Das Recht zur privaten Liquidation ist abzuschaffen.

Zu Abschnitt VI: Sozialärztlicher Dienst

Die Bildung einer organisatorisch selbständigen Sonderinstitution für Rehabilitationsmaßnahmen, wie sie der DGB vorschlägt, ist nicht sinnvoll. Die Zersplitterung und Uneinheitlichkeit des Gesundheitswesens wird dadurch nur verstärkt, eine möglichst enge Verzahnung aller Bereiche des Gesundheitswesens verhindert; so weiß die rechte Hand kaum, was die linke tut. Die Fachkräfte für Rehabilitation können aber auf die breiteste und wirkungsvollste Weise nur im Rahmen eines **einheitlichen** Gesundheitswesens eingesetzt werden.
Die Erfahrung mit dem Gutachterwesen zeigt ganz klar: Der "Vertrauensärztliche" Dienst im Sinne des § 369 b der Reichsversicherungsordnung (RVO) ist eine Kontrollbehörde, die die Sozialversicherten dem Sparsamkeitsregime des § 182 der RVO unterwirft. An solch einer Institution kann den Sozialversicherten aber nicht gelegen sein. Daher muß dessen Abschaffung gefordert und nicht – wie in den Vorschlägen des DGB-Vorstands – von seiner Erhaltung ausgegangen werden.

Es ist daher zu fordern:

- **Bereitstellung von Rehabilitationsfachkräften im Rahmen eines einheitlichen Gesundheitswesens unter der Leitung der Krankenkasse**
- **Abschaffung des Vertrauensärztlichen Dienstes im Sinne des § 369 b RVO**

Zu Abschnitt VII: Öffentlicher Gesundheitsdienst

Die vom DGB-Vorstand behauptete Trennung von "Individualmedizin" und öffentlichem Gesundheitsbedürfnis gibt es nicht. (Zum Beispiel ist die Ausführung einer Vorsorgeuntersuchung eine individuelle Maßnahme; daß sie aber durchgeführt werden kann, ist im allgemeinen Interesse der Sozialversicherten.)
Der ganze Komplex Vorsorge (Prävention), den der DGB-Vorstand hier als spezifische Aufgabe einer gesonderten Institution des Gesundheitswesens, dem Öffentlichen Gesundheitsdienst, zuweisen will, muß aber unbedingt eine Hauptaufgabe des Rahmens der elementaren Einrichtungen des Gesundheitswesens, eine Priorität im Rahmen eines einheitlichen Gesundheitswesens darstellen.
Was die Bedrohung von Leben und Gesundheit durch die auf Seite 23 angeführten "zunehmenden Umweltgefahren" angeht, empfiehlt der DGB-Vorstand eine weitere Behörde (den Öffentlichen Gesundheitsdienst) zu schaffen. Behörden helfen uns aber nicht weiter. Was wir brauchen, sind klare, konkrete Forderungen an das Arzneimittel-, Lebensmittel-, Wasserhaushalts-, Abfallbeseitigungsgesetz etc. und auch, daß der gewerkschaftliche Kampf zu deren Durchsetzung organisiert wird.

Zu Abschnitt VIII: Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin

"Am gefährlichsten lebt der Deutsche, wenn er arbeitet." (J.Scholmer in Quick 42/73)
1972 wurde jeder zehnte Arbeitnehmer – in der Metallindustrie sogar jeder siebte – bei einem Arbeitsunfall verletzt oder getötet; 1970 bezogen ca. 50 % der Rentner Invalidenrente (konkret 73). Gerade diese letzte Zahl dokumentiert – neben dem Sinken der Lebenserwartung und des Berentungsalters sowie dem Anstieg der chronischen und insbesondere der Herz- und Kreislauferkrankungen – den enormen Verschleiß, dem die Arbeitskraft in der BRD ausgesetzt ist. Aber nur 0,1 % der Unternehmen haben Betriebsärzte: 470 hauptamtliche und 1 083 nebenamtliche kamen 1971 auf ca. 27 Millionen Arbeitnehmer (Unfallbericht der Bundesregierung 1973). Besonders schlecht sind die Arbeitsbedingungen der Jugendlichen, wie schon aus der hohen Zahl der Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz hervorgeht.

Wenn der DGB-Vorstand selbst davon ausgeht, daß die "Belastung am Arbeitsplatz in weitem Maße das gesundheitliche Schicksal vieler Arbeitnehmer" bestimmt, dann ist es doch erstaunlich, daß nicht dementsprechend das Schwergewicht des ganzen Programms und der Forderungen auf diesen Bereich des Gesundheitswesens gelegt wird. Das Gegenteil ist der Fall: Dieser Abschnitt ist besonders mager, seine Forderungen bringen den Lohnabhängigen fast gar nichts. So zentrale Probleme wie Akkordarbeit, Überstundenschinderei, Nacht- und Schichtarbeit werden noch nicht einmal angesprochen.
Der DGB-Vorstand beschränkt sich im wesentlichen darauf, dem Entwurf der Bundesregierung für ein Betriebsärztegesetz seine Zustimmung zu geben. Außer einer Vermehrung der Anzahl von Werksärzten und Sicherheitsfachkräften bringt dieser Gesetzentwurf aber nur eine Zementierung des miserablen Zustands: Betriebsarzt und Sicherheitskräfte bleiben Hilfsorgane des Arbeitgebers und sind somit fest an seine Interessen und Entscheidungen gebunden. Außer bei Erster Hilfe dürfen die Werksärzte nicht ärztlich tätig werden. Diese Einschränkung ist nur deshalb notwendig, damit den Niedergelassenen das Geschäft mit der Krankheit nicht verdorben wird. Hier zeigt sich besonders krass, wie schädlich es für die Lohnabhängigen ist, die Niedergelassenen unter Naturschutz zu stellen, wie es der DGB-Vorstand im ganzen Programm tut.
Die über den Regierungsentwurf hinausgehenden Forderungen sind bis auf einzelne, wie zum Beispiel nach Offenlegung der Unfallhäufigkeit und -schwere, so unpräzise, daß die Unternehmer leicht zustimmen können, ohne etwas ändern zu müssen.
Zu fordern ist aber:

- **Einrichtung von betrieblichen Gesundheits- und Arbeitssicherheitseinrichtungen, die den Betriebs- und Personalräten unterstellt sind.**
- **Auswahl und Einstellung des gesamten Sanitäts- und Sicherheitspersonals durch den Betriebs- und Personalrat. Die Kosten hat der Arbeitgeber zu tragen. Das Sanitätspersonal muß alle Behandlungsrechte erhalten (Aufhebung des Behandlungsverbotes).**
- **Überbetriebliche Überwachung des Arbeitsschutzes durch die Gewerkschaften und selbstverwalteten Sozialversicherungen**
- **Völliges Verbot der Überstundenarbeit bei vollem Lohnausgleich; Beschränkung des Arbeitstages auf 7 Stunden an 5 Wochentagen.**
- **Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Systeme**
- **Verbot der Nacht- und Schichtarbeit in allen Zweigen der Volkswirtschaft mit Ausnahme jener, in denen sie aus technischen, von den Gewerkschaftsorganisationen gebilligten Gründen unbedingt notwendig sind, jedoch unter der Bedingung, daß die Nachtarbeit vier Stunden nicht übersteigt.**
- **8 Wochen bezahlter Urlaub im Jahr**
- **Für Jugendliche unter 18 Jahren Beschränkung des Arbeitstages auf 6 Stunden.**

Zu Abschnitt IX: Arzneimittel

Die Sozialversicherten sind derzeit der Ausplünderung durch die Pharma-Industrie gänzlich ausgeliefert. Die Krankenkassen müssen zahlen, die Ärzte aber sind diejenigen, die den Kauf bewerkstelligen. Zudem sind die über 1 500 gesetzlichen Krankenkassen so vielfältig zersplittert, daß sie gar nicht einheitlich vorgehen können. Die Pharma-Industrie hat somit eine ungeheuer starke Marktstellung, die dadurch noch verstärkt wird, daß einzelne von den großen Unternehmen in bestimmten Bereichen Monopolstellungen haben (zum Beispiel kontrolliert Schering 60 % des Hormonmarktes; 1972 stiegen die Schering-Gewinne um 30 %. Quelle: Pharma-Arbeitskreis im Bund gewerkschaftlicher Ärzte – ötv Berlin; Hoffmann-La Roche kontrolliert den Markt für Tranquilanzien, etc.)

Wilfried Maier: Rechtsopportunismus und Zirkelwesen

Stellungnahme zur Kritik an den "Thesen zur Taktik der westdeutschen Kommunisten"

Der folgende Text ist Ende September 1973 entstanden. Er wurde zum ersten Mal vorgetragen auf der Konferenz der Ortssekretäre des KBW am 3. Oktober und danach als "Offener Brief an die Ortsgruppe Bremen" geschickt, in deren Mitgliederrundbriefen er am 11. November abgedruckt wurde. Was die politischen Ursachen für die dargestellten Fehler in der Arbeit des alten KB Bremen angeht, glaube ich einen entscheidenden Punkt inzwischen genauer gefaßt zu haben in dem Referat: "Die Krise in der Ortsgruppe Bremen ist auf dem Boden des Ökonomismus entstanden. Sie kann nicht auf dem Boden des Ökonomismus überwunden werden", das ich auf der Mitgliederversammlung in Bremen gehalten habe und das in der Broschüre "Klassenkampf und Programm" abgedruckt ist. Der hinzugekommene Gedanke ist kurz gesagt der, daß nicht nur der Aufschwung der Massenkämpfe von uns in seiner Bedeutung nicht wahrgenommen wurde und wir es versäumt haben, dafür neue Instrumente zu schaffen. Sondern daß der Aufschwung nur politisch und organisatorisch gefaßt werden kann, wenn der demokratische Kampf als Hauptkettenglied ergriffen wird. – Der Genosse E.Kühl vertritt ebenfalls nicht mehr die Positionen der "Thesen" und schließt sich dieser Stellungnahme an.

W.M.

Durch die Gründung des KBW hat der Kampf zweier Linien, der vorher schon in und zwischen den verschiedenen Zirkeln existierte, eine größere Klarheit und Schärfe erreicht. Die organisatorischen Grenzen zwischen den verschiedenen Orten können nicht länger als Schutzwall für falsche Anschauungen dienen. Das ist eine gute Entwicklung. Gut und notwendig, weil eine falsche, auf der bornierten Zirkelexistenz beruhende Linie beträchtliche Verbreitung gefunden und in den von E.Kühl und mir verfaßten "Thesen zur Taktik der westdeutschen Kommunisten" sich eine Plattform geschaffen hat. Gegen diese "Thesen" und die in ihnen zusammengefaßte Linie ist der Kampf eröffnet worden und diese Kritik ist richtig.

Ich brauche die Argumente der Kritiker an der rechtsopportunistischen Linie der "Thesen" nicht zu wiederholen. Sie sind schlagend. Das gilt für den Vorwurf der **mitteleuropäischen Beschränktheit**, für die es den Kampf der Völker, die sozialistischen Länder und den Klassenkampf des Proletariats in anderen kapitalistischen Ländern nicht gibt; was bedeutet, daß überhaupt nicht ernstgemacht wird mit der marxistisch-leninistischen Bestimmung der gegenwärtigen Epoche als Ära des Imperialismus und der sozialen Revolution des Proletariats. Das gilt für den Vorwurf des **Ökonomismus**, der besonders darin zutage tritt, die praktische Tätigkeit der Organisation vornehmlich auf die Tarifrunden konzentrieren zu wollen. – Für den **Spontaneismus**, der nicht klar bestimmte Aufgaben der Kommunisten festlegt, sondern sich in Spekulationen über die Bewußtseinsentwicklung der westdeutschen Arbeiter ergeht; der der linksradikalen Theorie vom "Machen" der Revolution durch die Kommunisten die spontaneistisch-opportunistische Theorie des "Unterstützens" der Massenkämpfe entgegenstellt und nicht die leninistische Theorie des Organisierens der Massen und des Kampfes um ihre Führung. – Für den Vorwurf des **Empirismus**, der – statt alle Momente der Empörung gegen die herrschenden Zustände herauszuarbeiten und, von der Massenempörung ausgehend, die Mittel zur Bewältigung objektiv anstehender Aufgaben zu entwickeln – den Genossen empfiehlt, sich mehr zu schonen und nicht gar so hektisch zu sein.

All diese Fehler sind in den Thesen enthalten und lassen sich fast an jedem Satz aufzeigen. Wie aber konnte eine so durchgängig falsche Linie entstehen, auf welchem Boden sich so rasch ausbreiten, und wie kann sie bekämpft und überwunden werden?

Das sind die Fragen, die ich untersuchen will. Dazu ist es notwendig, an einzelnen exemplarischen Punkten auf die Politik des alten KB Bremen einzugehen, in dessen Leitung ich von Anfang an mitarbeitete und auf dessen Politik die Thesen der literarische Reflex sind. Trotz des damit notwendigen Eingehens auf einige lokale Besonderheiten ist eine solche Untersuchung von allgemeinem Interesse, weil sie Fragen aufwirft, die sich den Kommunisten nicht nur in Bremen gestellt haben und stellen.

Auf zwei Dinge war der alte KB Bremen besonders stolz: Darauf, daß er in einer Zeit, wo die meisten kommunistischen Zirkel sich noch aus Studenten und Schülern zusammensetzten, schon hauptsächlich aus jungen Arbeitern bestand, und auf seine ab Februar 1972 herausgegebene Zeitung, die "Wahrheit". Daß die Organisation in ihrem Kern aus jungen Arbeitern der Bremer Metallindustrie bestand, gab ihr die Möglichkeit, ziemlich schnell Zellen zu schaffen, das heißt Instrumente zur Führung der Arbeitermassen in den Großbetrieben und zur Organisierung ihrer Kämpfe. Und trotz zahlreicher Mängel und Fehler in unserer Arbeit kann man sagen, daß es seit 1970 in Bremen kaum einen betrieblichen Kampf gegeben hat, an dem nicht Genossen des damaligen KBB und der jetzigen Ortsgruppe des KBW führend beteiligt waren. Die Voraussetzungen für kommunistische Arbeit waren also günstig. Wie aber wurden sie genutzt?

Die Fehler der "Wahrheit"

Sie wurden insgesamt nach erfolgreichen und guten Anfängen schlecht genutzt. Dem KBB ist es letztlich nicht gelungen, den Zustand eines kommunistischen Propagandazirkels zu überwinden, der gleichzeitig eine ökonomistische Arbeit in Betrieb und Gewerkschaften unterhält. Eines Zirkels also, der eher die Notwendigkeit des Klassenkampfes propagiert, als

ihn praktisch zu führen. Dessen praktische Führung der Kämpfe im Grunde eingeschränkt blieb auf den wirtschaftlichen Kampf, darin wieder auf den Lohnkampf und innerhalb des Lohnkampfes noch einmal weiter auf den Tarifkampf. Mit der Herausgabe der "Wahrheit" und der Einsetzung einer Redaktion aus denjenigen Genossen, die bis dahin die ideologischen Führer der Organisation waren, nun aber aus allen organisatorischen Verbindlichkeiten weitgehend herausgenommen wurden, fand dieser schlechte Zustand seine formelle Befestigung. Gerechtfertigt haben wir diesen Schritt mit einer falschen Theorie über die politische Zeitung, die ausdrücklich von der Aufgabe der Anleitung der Organisation und der Führung der Massen entbunden wurde. "Unter politischer Zeitung verstehen wir ein Organ, das auf alle Fragen des Kampfes der Arbeiterklasse und auf die Kämpfe aller anderen werktätigen Klassen eingeht, sie vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus aus beleuchtet und – soweit das beim jetzigen Stand der Auseinandersetzungen möglich ist – darüber zur politisch-theoretischen Anleitung wird", schrieben wir in der ersten Nummer der "Wahrheit". Die Redaktion erklärte damit, daß die Zeitung vorerst noch nicht die Anleitung wahrnehmen könne, sondern erst noch einen "Arbeits- und Forschungsplan" bewältigen müsse, bevor sie sich dieser Aufgabe stellen wolle. Und auch dann war nur an eine "politisch-theoretische Anleitung" gedacht. In aller Form nahm sich damit die Redaktion Urlaub von den Klassenkämpfen, um sich erst einmal theoretischer Arbeit hinzugeben. Daß dann die Zeitung und mit ihr die Redaktion nicht umhin konnten, auf die Tagesfragen und die praktischen Probleme des Kampfes einzugehen, ist eine andere Sache und ändert nichts daran, daß insgesamt die Aufgaben der Zeitung falsch bestimmt waren.

Ihren Niederschlag gefunden hat die Abtrennung der Zeitung von der Organisation in falschen Tendenzen in der Zeitung selber. Unter "Beleuchtung vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus" verstanden wir weniger die Antwort auf die Frage, was in dieser oder jener Frage zu tun, sondern was von ihr zu halten sei. Weil die Zeitung nicht orientiert war als ein Hebel der Organisation auf die Bewegung der Massen, in der Absicht, den Kommunisten die Führung darin zu erkämpfen, darum verfiel sie immer stärker in den Fehler, sich auf die "Bewegung", das heißt den Kreis der organisierten Kommunisten und ihrer engeren Sympathisanten zu beziehen. Gelegentlich haben wir die "Wahrheit" als das heimliche Zentralorgan der westdeutschen Kommunisten betrachtet, ohne doch in der Lage zu sein, über vage Einschätzungen von Tagesereignissen, wie sie sich in der bürgerlichen Presse widerspiegeln und breite Auseinandersetzungen mit anderen Organisationen hinauszukommen. Schlimmer noch: Die "Wahrheit" entwickelte falsche ideologische Tendenzen. Den Kampf führte sie hauptsächlich gegen das "linke" Sektierertum und sie tat das mit einer gewissen Überheblichkeit, mit dem Gestus von vernünftigen Leuten, die sich über Spinnereien lustig machen und nicht aus der Haltung von Kommunisten heraus, die mit aller Entschiedenheit den Kampf gegen falsche Linien führen, weil sie dem Befreiungskampf des Proletariats schaden. Die Redakteure der "Wahrheit" und mehr noch die Verfasser der "Thesen", die zuletzt nicht einmal mehr Mitglieder der Redaktion waren, waren im Grunde nicht enger mit den Kämpfen der Volksmassen verbunden, als ein Redakteur von "Probleme des Klassenkampfes", und es ist kein Zufall, wenn sich ähnliche ideologische Tendenzen zeigen: Ein bürgerlicher Realismus, der nur in der Lage ist, allmähliche, quantitative Änderungen zu sehen und nicht die Vorbereitung qualitativer Brüche. Ein bürgerlicher Objektivismus, der fasziniert auf die Bewegungen im bürgerlichen Lager starrt und nebenher Spekulationen über das Arbeiterbewußtsein anstellt, bei dem aber das Proletariat, die unterdrückten Völker und die sozialistischen Länder als handelnde Subjekte gar nicht vorkommen. Und ein Vorbehalt gegenüber Positionen der internationalen kommunistischen Bewegung, die man erst nach gründlicher Prüfung zu übernehmen bereit ist, statt umgekehrt vorzugehen, und es von einer gründlichen eigenen Prüfung abhängig zu machen, wenn man eine dieser Positionen zu kritisieren beginnt, da man davon ausgehen kann, spontan immer erst einmal bürgerliche Anschauungen zu vertreten. Seinen Ausdruck gefunden hat die letzte Tendenz vor allem in der zögernden Haltung, welche die "Wahrheit" in der Frage des Sozialimperialismus eingenommen hat.

Daß die "Wahrheit" sich der Aufgabe entzogen hat, die Linie des praktischen Kampfes herauszuarbeiten und in die Massenagitation umzusetzen, das schlug sich nieder auch in der Verkaufsentwicklung. Wenn auch insgesamt die Auflage ständig stieg und zuletzt bei gut 12 000 Exemplaren lag, stagnierte doch der Verkauf in Bremen, also dort, wo sie durch die vorhandene Organisation unmittelbar zu einem Hebel der Massenagitation hätte werden können. Mir liegen genaue Zahlen nicht vor,und deshalb muß ich ausweichen auf die Verkaufszahlen in Oldenburg, die ebenfalls nicht sehr genau sind, aber doch erkennen lassen, daß der Betriebsverkauf von der Nr.2/73 bis zur Nr.5/73 kontinuierlich von 62 auf 18 Exemplare zurückging, und das in einer Zeit, wo zum ersten Mal seit 25 Jahren im größten Betrieb Oldenburgs, bei der AEG, ein Streik sich entwickelte.

Die Handwerkelei der Organisation

Parallel zu dieser Entwicklung der Zeitung, die das ideologische Zentrum der Organisation war, bewegte sich die übrige Organisation in einer über mehrere Jahre ausgebildeten Routine, deren feste Bestandteile die Mai-Kampagne, die Metalltarifrunde und im Herbst jeweils eine Wahl waren. In Druck geriet der KBB dabei erstmals im Herbst 1972, als die Ereignisse sich häuften, und als sich herausstellte, daß mit der herausgebildeten Routine die neuen Aufgaben nicht mehr bewältigt werden konnten. Zutage trat das zunächst in der Form, daß die Genossen unter der Last von vier gleichzeitig laufenden Kampagnen zu stöhnen begannen: der Kampagne anläßlich des Bundestagswahlkampfes, der gegen die Ausländergesetze und gegen das Verbot von GUPS und GUPA, der dritten gegen das KBB-Verbot und viertens den Vorbereitungen auf die Metalltarifrunde. Eine andere als kampagnenmäßige Reaktion auf diese Ereignisse hatte der KBB nicht entwickelt, und eine Kampagne nahm immer mehr dieselbe Verlaufsform an: Flugblattagitation zu dem betreffenden Thema, eventuell Stände in der Stadt, Unterschriftensammlungen und schließlich eine Demonstration. Vier solche Kampagnen gleichzeitig aber kann man nicht führen. Das entwickelt weder die Kämpfe der Volksmassen, noch hält es auf Dauer die eigene Organisation aus.

Soweit gingen unsere Überlegungen damals, aus denen wir dann den falschen Schluß zogen, daß wir zu weit vorangeeilt seien und unsere Tätigkeit reduzieren müßten, wenn wir uns nicht von den noch nicht ins politische Leben eingetretenen Massen isolieren wollten. Wir hatten nicht begriffen, daß die Häufung von Ereignissen, die uns jeweils zur Reaktion zwangen, selbst Ausdruck der Tatsache war, daß sich die Widersprüche an den verschiedensten Fronten verschärfen und die Volksmassen in Bewegung kommen. Die Krise unserer Politik

rührt also nicht daher, daß wir zu weit vorausgeeilt waren, sondern daher, daß wir versuchten, mit den alten Mitteln einer sich verändernden Situation gerecht zu werden. Spontan kamen wir der Notwendigkeit nach, in immer schnellerem Rhythmus Flugblätter herauszugeben, in denen wir zu den verschiedensten Ereignissen Stellung nahmen, und als das an seine Grenzen stieß, zogen wir die Schlußfolgerung daraus, künftig nicht mehr so unsinnig viele Flugblätter herauszugeben. Die richtige Schlußfolgerung, daß wir ein neues Instrument, eine häufiger erscheindende und sich an die Massen wendende politische Zeitung brauchen, zogen wir nicht.

In der Routine erstarrt, mit einem ideologischen Zentrum, das sich immer weiter aus der politischen Verantwortung entfernt hatte, hat der KB Bremen das Neue, die sich entfaltenden Aktivitäten der Massen, nicht wahrgenommen oder nur kommentierend wahrgenommen, ohne sie wirklich zu organisieren. Etwa die Hälfte der Organisation, die in den Verteilerzellen organisierten Genossen, waren praktisch aus der Massenarbeit herausgenommen. Bei ihnen besonders kam die falsche Vorstellung auf, die Arbeit einer kommunistischen Zelle vollziehe sich hauptsächlich auf langen Sitzungen, die man miteinander abhält, eine kadermäßige Arbeit, das heißt die Organisierung von Menschen an ihren Arbeits- und Wohnstätten und die Leitung ihrer Kämpfe konnte von ihnen nicht geleistet werden, sondern wurde von der Organisation geradezu verhindert.

Der Kampf "Für die vollen 11 %" in der Metalltarifrunde 72/73

Da sich der KBB nicht als Kern und Organisator von Massenkämpfen verstand und mit aller Kraft auf diese Aufgabe ausrichtete, überließ er mehr und mehr den Sozialdemokraten die Initiative und sah seine Aufgabe darin, die Sozialdemokraten zu kritisieren und zu entlarven. In der Tarifrunde des letzten Jahres wurde zunächst zwar der Kampf um die Aufstellung linearer Forderungen in den einzelnen Betrieben mit beträchtlichem Erfolg geführt, als aber der 11 Prozent-Beschluß der Tarifkommission nicht umgestoßen werden konnte, sind wir umgeschwenkt auf die Parole "Für die volle Durchsetzung der 11 %", weil wir davon ausgingen, nur so in der Tarifrunde noch mitmischen zu können. Das bedeutet: Wir haben es als selbstverständlich angesehen, daß nur in den Tarifrunden, also unter dem Kommando sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer, die Arbeitermassen in Bewegung zu bringen sind. Unsere Aufgabe haben wir als eine Art Opposition in der von den Sozialdemokraten beherrschten Bewegung verstanden, deren Arbeit "sich natürlicherweise auf die Tarifrunden konzentriert, wenn breitere Massen in Bewegung sind", wie es in den "Thesen" heißt. Wir haben also nicht darum gekämpft, alle Momente des selbständigen Auftretens der Klasse zu entwickeln und **deshalb** an den linearen Forderungen festzuhalten, sondern sind über diese Momente hinweggegangen und haben uns darauf beschränkt, die Sozialdemokraten zu entlarven.

In den "Thesen" findet dieses falsche Verständnis darin seinen Ausdruck, daß unter der Überschrift "Gewerkschaftsarbeit – unsere zentrale Aufgabe im Massenkampf" der gesamte aktuell schon geführte Kampf der Arbeitermassen nur unter dem Gesichtspunkt untersucht wird, ob sich in ihm Ansatzpunkte zur Entlarvung der SPD bieten. Was gerade nicht untersucht wird, das ist die Frage, wie die Kämpfe vorangetrieben werden können, wo die angestaute Empörung praktisch wird in selbständigen Aktionen der Arbeiter und der Volksmassen. Im Grunde haben wir es uns nicht zugetraut, den Sozialdemokraten die Führung zu entreißen, indem wir den Massenkampf in die Hand nehmen und organisieren, sondern haben uns unter ihrer Führung als eine Flugblätter verfassende, stänkernde Opposition eingerichtet.

Das wurde besonders deutlich in dem Schwenk zum Aufbau gewerkschaftsoppositioneller Gruppen, den wir während der Tarifrunde gemacht haben, weil wir uns die Führung der Kämpfe einer **ganzen** Belegschaft bzw. der **ganzen** Bewegung nicht zugetraut haben, darum haben wir eine Art Abstaubertheorie entwickelt, die in den "Thesen" wieder auftauchte und den wesentlichen Hintergrund der verschiedenen gewerkschaftsoppositionellen Organisierungen bildet: " . . . in den stattfindenden Kämpfen der Klassen die revolutionären Kräfte zu sammeln, zu entwickeln, zu verstärken und zu schulen", das haben viele von uns als unsere eigentliche Aufgabe angesehen, und nicht als das Ergebnis, das eintritt, wenn wir unsere eigentliche Aufgabe, die Organisierung des Massenkampfes, mit allen unseren Kräften betreiben. Die Fortschrittlichen beiseite führen und getrennt organisieren, das ist die andere Seite einer auf Entlarvung und nicht auf Führung ausgerichteten Politik.

Der 1. Mai 1973

Der gleiche Fehler wiederholte sich in der Vorbereitung auf den 1. Mai. Wir hatten eine Plattform verabschiedet, Transparente gemacht, mit großem Aufwand Stellschilder in der ganzen Stadt angebracht und eine breite Flugblattagitation betrieben. Welches Ziel wir damit verfolgten, war unklar. Gewiß, Menschen sollten mobilisiert werden und wir wollten erreichen, daß wir die von uns für richtig und notwendig gehaltenen Losungen auf Transparenten im Zug mittragen konnten. Worauf wir nicht vorbereitet waren, das war, die Führung der Demonstration zu übernehmen. Als die Situation eintrat, daß die Sozialdemokraten den schon aufgestellten Demonstrationszug auflösen wollten und die DKP nachzog und ihre Mitglieder aus den Reihen holte, waren wir zunächst völlig überrascht. Daß es schließlich doch gelang, den Zug mit 6 000 wartenden Menschen in Bewegung zu setzen, ist der Geistesgegenwart und dem entschlossenen Handeln einiger Genossen zu verdanken, nicht der Linie der Organisation.

Worin konnte die Vorbereitung auf die Führung der Demonstration bestehen? Vor allem darin, daß unsere Zellen an allen Arbeitsplätzen, in allen Betrieben, in Betriebs- und Personalversammlungen die Mobilisierung zur Demonstration in Angriff nehmen, Beschlüsse herbeiführen, Resolutionen zur Verabschiedung stellen, in denen die richtigen Forderungen der Belegschaften zusammengefaßt sind, daß sie sich daran machen, gemeinsam mit ihren Kollegen die Forderungen auf Transparente zu malen, am Morgen des 1.Mai Kollegen abholen usw. Das aber ist nur in seltenen Fällen geschehen, und wo es geschah, meist nur in gewerkschaftlichen Jugendgruppen unter den Aktivsten. Stattdessen entfaltete die Organisation ihre Arbeit zentral, stellte in ihren Räumen einheitliche Transparente her mit den von der Organisation beschlossenen Parolen, verbreitete diese Parolen auf Klebern, Plakaten und Flugblättern und trat am 1.Mai unter den von ihr beschlossenen Parolen den Massen gegenüber. Es trat damit die Situation ein, daß schließlich 6 000 Menschen in einem von unseren Losungen beherrschten Zug mitmarschierten. Ein beträchtlicher Teil von ihnen war wütend über die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, von denen sie

sich im Stich gelassen fühlten, fühlte sich aber gleichzeitig von uns übertölpelt. Wir konnten den Zug dominieren, eine Ordnung aufrechterhalten, anschließend eine Kundgebung durchführen, weil wir **uns** so gut organisiert hatten. Was wir nicht verstanden haben, das war, die **Massen** politisch zu organisieren in einer Demonstration, der Mai-Demonstration, wo nicht wir die Niederlage der Sozialdemokraten ausnutzen konnten, sondern die Sozialdemokraten die Initiative wieder zurückgewannen und viele Menschen, die gemeinsam mit uns marschiert waren, wieder abschworen.
Dieses Auftreten als ein Propagandazirkel, der für das Recht kämpft, seine Parolen zu zeigen, und nicht darum, die Massen unter den richtigen Losungen zu organisieren, kommt auch noch in dem Mai-Aufruf der damaligen Kommunique-Zirkel zum Ausdruck, dem ja unsere Parolen entnommen waren. Dieser Aufruf enthält keine falschen Parolen, aber es ist kein organisierender Aufruf, keiner, der die zentralen Fragen des Massenkampfes ins Zentrum stellt und die vorhandenen Elemente der Empörung in Losungen faßt, um die selbständigen Aktionen vorzubereiten.

Die Entlarverpolitik in der GEW

In eine besonders schwierige Lage sind mit dieser Entlarverpolitik unsere Genossen in der GEW geraten. Unsere Kritik an der Politik des sozialdemokratisch beherrschten Vorstands wurde zwar auf großen, bis zu 800-köpfigen Mitgliederversammlungen schließlich von einem guten Drittel der Mitglieder unterstützt, aber die restlichen zwei Drittel waren über diesen Propagandakrieg zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten erbost und wollten ihn samt Vollversammlung und Mitgliedsrechten der Kommunisten gleich abschaffen. Dieser Versuch scheiterte, gleichwohl hielt der Vorstand die Stimmung für stark genug, um den Verband zu spalten und einen neuen Verband aufbauen zu können. Er baute dabei darauf, daß wir zwar vielleicht Reden halten könnten, aber nicht in der Lage seien, eine Gewerkschaftsarbeit zu organisieren und uns auf die Kollegen in den Schulen nicht würden stützen können. – Der alte Vorstand hatte sich verkalkuliert. Nur ein Bruchteil der Mitglieder machte den Spalterschritt mit. Der weitaus überwiegende Teil blieb in der alten Gewerkschaft. Dennoch war die Lage für unsere Genossen nicht gut. Denn hatte sich zwar der Vorstand getäuscht, wenn er die Masse der Mitglieder für ebenso reaktionär hielt wie sich selbst, so hatte er sich doch nicht getäuscht in seiner Einschätzung unserer Fähigkeiten. Tatsächlich verloren wir zunächst die Initative an die DKP, Jusos und sich in ihrer Nachbarschaft bewegende Gruppen. Wir hatten uns durch unsere bisherige Politik in eine Lage manövriert, wo wir die Führung des Verbandes hätten übernehmen müssen, ohne es zu können. Dem alten Vorstand gegenüber hatten wir schon den Fehler gemacht, die Ergänzung der Mitgliederversammlung durch eine Delegiertenkonferenz aus jederzeit abwählbaren Vertretern der Schulbetriebsgruppen abzulehnen. Wir verteidigten die Mitgliederversammlung, weil sie uns die Möglichkeit zu großen "entlarvenden" Auftritten gab. Und wir hielten an der Ablehnung der Delegiertenkonferenz zunächst auch dann noch fest, als der alte Vorstand den Verband verlassen und gespalten hatte. Die Begründung: An den Schulen kann man uns leichter isolieren und abdrängen. Im Grunde war damit gesagt: Die Masse der Lehrer werden wir nie gewinnen, ihre Kämpfe werden wir nicht führen können. Überhaupt können wir uns nicht auf die gewerkschaftlich organisierten Kollegen stützen, sondern nur auf zäh verteidigte Statuten, die uns eine Art Minderheitenschutz geben – zum Ärger der Mehrheit. Mit dieser falschen Linie konnten wir nicht die Initiative gewinnen, mußten uns vielmehr von DKP und SPD-Mitgliedern kritisieren und korrigieren lassen.

Die Auflösung des Kreisjugendausschusses

Die Initiative verloren haben wir aber noch bei einer weiteren Gelegenheit, bei der Auflösung des Kreisjugendausschusses durch den Kreisvorstand des DGB in Bremen. Nun sind gewerkschaftliche Jugendgremien wegen ihrer Isolierung vom Gesamtverband und von ihren Mitgliedern durch die sozialdemokratischen Führer der Verbände zwar verhältnismäßig leicht zu zerschlagen, aber wie ist von uns der Kampf dagegen geführt worden? Im wesentlichen durch ein Flugblatt und durch den einen oder anderen Versuch, in Gewerkschaftsgremien Beschlüsse gegen die Auflösung des KJA durchzusetzen. Es sind nicht die gesamte Organisation und ihre Massenorganisationen als ein verzweigt wirkender Hebel der Organisierung des Widerstandes eingesetzt worden.
Sind systematisch in den verschiedenen Betrieben und Behörden Jugendversammlungen bzw. Jugendmitgliederversammlungen der Gewerkschaften zu diesem Anlaß durchgeführt worden? Hat der KAJB eine Kampagne an den Berufsschulen entfaltet bis dahin, daß möglichst in jeder Klasse ein Beschluß gefaßt wird, der sich gegen die Auflösung des KJA wendet? Ist versucht worden, die durch eine solche Kampagne zusammengefaßten Menschen in einer Demonstration zu organisieren? Alles das ist nicht geschehen, und wo es geschehen ist, ist es vereinzelt, zufällig und unsystematisch geschehen.

Der KBB blieb hinter seinen Aufgaben zurück

In allen diesen Fällen ist es so gekommen, daß wir – in günstigen Positionen stehend – durch Fehler die Initiative verloren haben und in ungünstige Lagen gekommen sind. Der sich entwickelnden Bewegung in den Massen haben wir selten mehr eine positive Orientierung gegeben, noch seltener haben wir unsere Organisation als den festen Kern benutzt, um diese Bewegung zur Entfaltung zu bringen und zu organisieren.

Stattdessen sind wir den Bewegungen immer wieder gegenübergetreten als Entlarver von sozialdemokratischen Halunkereien und des revisionistischen Spalterums. Das ist das Verhalten eines Propagandazirkels und das ist zu wenig. Organisiert eingegriffen haben wir in Massenbewegungen tatsächlich nur bei den Tarifrunden. Dort haben wir die Organisation als ein einheitlich wirkendes Instrument genutzt, aber einheitlich wirkend im Hinblick auf die Gewerkschaften als eine Art Opposition. In den "Thesen" spiegelt sich dieser Sachverhalt darin wieder, daß die Notwendigkeit kommunistischer Zellen in den Betrieben damit begründet wird, daß sonst die Gewerkschaftsarbeit nicht erfolgreich betrieben werden könne und nicht von daher, daß wir den selbständigen Massenkampf entfalten müssen bis hin zum bewaffneten Aufstand und zur Übernahme der Fabriken.

Wo Teile der Arbeiterklasse in selbständige Streiks traten, zeigte sich die Organisation (damals schon Ortsgruppe des KBW) als Ganzes darauf nicht vorbereitet, obwohl in Bremen unsere Genossen in allen Fällen unter den Streikführern waren. In der ersten ernsten Situation erwies sich das gesamte Organisationsgefüge in Bremen als unbrauchbar. Die Bezirke als Anleitungsebenen wurden einfach übersprungen und die Ortsleitung nahm die Anleitung der im Streik stehenden Zellen unmittelbar selbst in die Hand. Dabei mußte sie improvisieren, da sie einen klaren Überblick über die Lage in allen

Betrieben und in allen Zellen nicht hatte und nicht haben konnte wegen ihrer abgehobenen und isolierten Stellung.

Der alte KBB, der anfänglich eine wichtige und vorwärtstreibende Rolle in der Bremer Arbeiterschaft gespielt hat und deshalb in der Lage war, sektiererische Organisationen und Linien zu schlagen, ist mit dem Aufschwung der Klassenkämpfe immer mehr hinter seinen tatsächlichen Aufgaben zurückgeblieben, trotz der großen Energie, mit der alle Genossen gearbeitet haben. Die "Thesen" waren eine Antwort auf das vage und unklare Unbehagen über diese Tatsache, das sich in der Organisation verbreitete. Sie sind eine falsche Antwort, weil sie darauf hinauslaufen, diese neuen Aufgaben zu verleugnen und sich in der alten Routine einzurichten. Sie sind ein Produkt auch der lokalbornierten Verhältnisse der Zirkel, die den Widerstand gegen den Einfluß bürgerlicher Ideen schwächen und den alten Trott begünstigen. Man kommt sowieso kaum hinterher bei all den vielen Dingen, die sich abspielen und kann sich nicht in alles einmischen. Wie sollte man da auf die Idee kommen, jetzt schon um die Führung des ganzen Volkes zu kämpfen? Man verharrt und begnügt sich damit, als vernünftige Leute zu gelten. Daß diese Tendenz sich nicht durchsetzen konnte, weder im KBW insgesamt, noch in der Ortsgruppe Bremen, vielmehr die Personen, die Hauptträger dieser Tendenz waren, unter Kritik gerieten, das ist ein Beleg dafür, daß die Organisation gesund ist und dafür, wie tief wir schon in den tatsächlichen Klassenkämpfen stecken.

Was ist zu tun?

Aber die Kritik an den alten Fehlern ist nicht abgeschlossen. Sie beginnt erst. Und sie wird nicht nur in der Ortsgruppe Bremen zu führen sein, sondern in der ganzen Organisation. Dabei muß Schluß gemacht werden mit der alten Behaglichkeit und dem Sich-Einrichten in beschränkten Verhältnissen. Das ist vor allem eine ideologische Frage, eine Frage des Kampfes gegen bürgerliche Anschauungen über die Entwicklung der Arbeiterbewegung und die Kämpfe der Volksmassen. Der Kern dieser falschen Anschauungen besteht darin, die Arbeiterbewegung und ihre aktuellen Schranken zum Gegenstand der Betrachtung zu machen und nicht die Entwicklung des Widerspruchs zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie zu analysieren unter dem Gesichtspunkt, die Aufgaben der Kommunisten herauszuarbeiten bei der Überwindung der aktuellen Schranken. Die Einschätzung der Lage als Rechtfertigung für die mangelnde Aktivität der Kommunisten, das ist der Kern der Zirkelborniertheit auf ideologischer Ebene. Der in verschiedenster Form immer wieder auftauchende Gedanke, daß nichts oder noch nichts oder in dieser oder jener Sache nichts zu machen sei.

Überwinden müssen wir die Mentalität von "Oppositionellen" in der Arbeiterbewegung, die sich im wesentlichen mit der Entlarvung der "Regierung" begnügen und die nicht in erster Linie darauf hinarbeiten, die Menschen im Kampf zu organisieren, ihre Empörung zu schüren über die Verhältnisse, unter denen sie leben müssen, ihre Kenntnisse zu vermehren, damit sie besser kämpfen können. Auch dieser Fehler ist ein Erbe der alten Propagandazirkel, wo es uns genügte, gegenüber den Sozialdemokraten und Revisionisten Recht zu haben, wir aber noch nicht daran gingen, ihnen tatsächlich die Führung der Massen streitig zu machen.

Ein Ende muß finden die Selbstabkapselung der Kommunisten in ihren Zirkeln, die nur dazu führt, daß sie sich die Organisierung der Massen nur vorstellen können als Einbeziehung aller irgendwo fortschrittlichen Menschen in eine von ihnen kontrollierte Organisation, wo diese dann ebenfalls sitzen, umeinander herumhocken und ihr "Organisationsproblem" diskutieren. Organisierung der Massen, das geschieht 'draußen'. Mit jeder Unterschriftensammlung, die man im Betrieb anzettelt, mit jeder Versammlung, die man durchsetzen kann, durch jeden Beschluß, der auf dieser Versammlung gefaßt wird. Das geschieht, indem die Vertrauensleute unter unseren Genossen vor jeder Sitzung sich mit den Kollegen ihrer Abteilung absprechen und ihnen anschließend berichten. Das geschieht aber auch durch jede öffentliche Versammlung, welche die Organisation durchführt, und in Demonstrationen. Diese öffentlichen Mittel der Organisierung sind wesentlich besser und wirksamer, als die verdeckten, von uns meist aber gepflegten Mittel der Einzelkontakte, der Arbeit in kleinen Grüppchen. Die öffentlich wirkenden Mittel sind besser, weil sie die Massen als Massen erfassen. Sie tragen dazu bei, die Demokratie als Instrument zur Organisierung der Massen und zur Zusammenfassung ihrer Aktion zu entwickeln.

Überwunden werden muß die falsche Vorstellung, daß wir nur Arbeiter organisieren wollten und nur in Fabriken Zellen aufbauen könnten. Jede Behörde, jedes Kaufhaus, jede Bank, überall wo Menschen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen und objektiv organisiert sind, ist ein Feld für die politische Arbeit einer Zelle. Nur wenn wir alle Arbeits- und Ausbildungsstätten erfassen und dann auch die Wohnbezirke, werden wir die Instrumente entwickeln, um breite politische Massenbewegungen leiten zu können. Dabei muß die falsche und in der "Wahrheit" propagierte Auffassung überwunden werden, als ob wir Zellen außerhalb der Fabriken nur unterhielten, um Informationen über das Leben anderer Klassen für die Arbeiter zu sammeln und nicht, um in deren Kämpfen die Führung durch die Arbeiterklasse auf der Grundlage des kommunistischen Programms zu verwirklichen.

Schluß muß gemacht werden mit der Vernachlässigung der Schulung in der Organisation, mit dem immer wieder gemachten Fehler, die Schulung zugunsten der Lektüre eines aktuellen Textes aus der Zeitung usw. auszusetzen. Die Schriften der Klassiker sollen studiert werden im Lichte der aktuellen Fragen, aber die Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen darf nicht die Schulung an den Klassikern ersetzen, weil sonst der bürgerlichen Lösung der aktuellen Probleme Tür und Tor geöffnet wird.

Kritisiert werden muß eine bürokratische Anleitung auf allen Ebenen, wo sie auftaucht, und eine Anleitung, die von den Grundeinheiten getrennt ist. Benötigt werden Ortsleitungen, die auf der Grundlage genauer Kenntnis der Verhältnisse die allgemeinen politischen Richtlinien in einen Tätigkeitsplan für den Ort umsetzen, für den sie alle Grundeinheiten und jeden einzelnen Genossen gewinnen müssen, weil nur über diesen Hebel die Massen für diese oder jene Aktion gewonnen werden können. Ein ZK, das die Lage in der ganzen Gesellschaft untersucht und gleichzeitig **alle** Kräfte der Organisation entwickelt. Ortsleitungen, die, ausgehend von der allgemeinen Linie, den ganzen Ort und **alle** Hebel der Ortsgruppe im Blick haben, Zellenleiter, die den ganzen Betrieb und **alle** Kräfte der Zelle überblicken – das sind die Leitungen, die wir brauchen. Bekämpft werden muß ein Arbeitsstil, wo man sich nicht auf die Untersuchung der objektiven Verhältnisse und der aus ihnen erwachsenden Aufgaben, sondern wesentlich auf die Einschätzung subjektiver Meinungen stützt. Bekämpft

werden muß ein Arbeitsstil, bei dem klare Beschlüsse vermieden und breite Debatten bevorzugt werden.
Überwunden werden muß die schlechte Gewohnheit, die offene Massenagitation in der Stadt mit dem Hebel der politischen Zeitung auf wenige Genossen zu beschränken. Aufnahme des Zeitungsverkaufs durch alle Genossen.
Überwunden werden muß die strikte Trennung der Arbeiter von den Intellektuellen, die bis auf die Leitungen in der Organisation bestanden hat und in der Trennung von Betriebs- und Verteilerzellen (= Unterstützungszellen) ihren sichtbarsten Ausdruck fand. Dafür aber nur Aufnahme derjenigen Intellektuellen in die Organisation, deren Fähigkeit zur kadermäßigen Arbeit unter den Massen erwiesen ist. Ein Teil der Schüler und Studenten, die heute in Verteilerzellen arbeiten, müssen in den Zellen innerhalb der Massenorganisationen an eine Politik unter Menschen außerhalb der Organisation überhaupt erst herangeführt werden.

Die Kritik an der falschen Linie mit der Kritik der praktischen politischen Fehler verbinden!

Es entwickelt sich gegenwärtig eine neue Tendenz, die Kritik an den "Thesen" und der in ihnen zusammengefassten Linie unernst zu führen. Unernst bleibt diese Kritik, solange sie sich darauf beschränkt, von der hohen Warte marxistisch-leninistischer Prinzipien aus gegen die "Thesen" vorzugehen, ohne überhaupt das Feld zu betreten, auf welches sich die "Thesen" vorgewagt hatten: die konkrete Untersuchung einer konkreten Situation.
Die falsche Linie der "Thesen" kann nur geschlagen werden, wenn gegen die falsche Einschätzung der aktuellen Lage, wozu die "Thesen" aufgrund einer bürgerlichen Weise des Herangehens kommen, die richtige Bestimmung der Lage und unserer Aufgaben im Klassenkampf entwickelt wird. Eine Kritik, die diesen Schritt nicht wenigstens versucht, bleibt im Dogmatismus gefangen: " . . . das innerste Wesen, die lebendige Seele des Marxismus (besteht) in der konkreten Analyse einer konkreten Situation. Unsere Dogmatiker verstoßen gegen diesen Hinweis Lenins, sie strengen niemals den Kopf an, um irgendetwas konkret zu analysieren, sondern kauen in ihren Artikeln und Reden beständig ein und dieselben Phrasen nach einer Schablone wieder und schaffen damit in unserer Partei einen äußerst schlechten Arbeitsstil"! (Mao, Über den Widerspruch, Bd. I, S.379)

Die Kritik an den "Thesen" und die Aneignung der richtigen Linie, wie sie in den Beschlüssen des KBW niedergelegt ist, ist ja gerade notwendig, weil die **Tätigkeit** der Ortsgruppe Bremen und der gesamten Organisation kritisiert und korrigiert werden muß. Der Linienkampf entartet zur hohlen Besserwisserei, wenn wir uns nicht vor Augen halten: "Der Grund, warum üble Erscheinungen wie Dogmatismus, Empirismus, Kommandoregime, Nachtrabpolitik, Sektierertum, Bürokratismus, Überheblichkeit in der Arbeit unbedingt schädlich und unzulässig sind und warum die Menschen die Übel, an denen sie kranken, unbedingt überwinden müssen, liegt darin, daß diese Übel uns von den Massen loslösen." (Rotes Buch, S.147) Die Kritik muß darum geführt werden als Kritik an der Politik unter den Massen, die wir gemacht haben und zwar an der Politik einer jeden Zelle und eines jeden Genossen. Der Rechtsopportunismus muß im **Handeln** geschlagen werden, in der Politik, die wir unter den Massen machen. Und er muß geschlagen werden **während** wir handeln. Genossen, die vorgeben, man müsse erst einmal langsamer treten in der Massenarbeit, um Zeit für den ideologischen Kampf zu gewinnen, solche Genossen gehen unernst an den Kampf gegen die falsche Linie heran und müssen kritisiert werden. Sie setzen nur den entscheidenden Fehler der "Thesen" fort, vor den neuen Aufgaben, die sich uns in der Massenarbeit stellen, zurückzuweichen und hüllen sich dabei lediglich in ein "linkes" Wortgewand. Derartigen Tendenzen, Rechtsopportunismus in der Praxis durch "linkes" Wortgeklingel zu überdecken, muß entschieden entgegengetreten werden.

W.Maier

NEUES ROTES FORUM

Nach Gründung des KBW hat das NEUE ROTE FORUM sein Erscheinen eingestellt. Es können jedoch noch folgende, bereits erschienene Hefte, über den Verlag Jürgen Sendler, 69 Heidelberg Lutherstr. 44a, bestellt werden:

NRF Sondernummer
- Kampf zweier Linien in der KP China -
Ladenpreis DM 2,50

NRF Sondernummer
- Das Programm der westdeutschen Kommunisten -
Ladenpreis DM 2.-

NRF Sondernummer
-Artikel zur Frage des Parteiaufbaus aus dem NRF 1970 -72
Ladenpreis DM 2.-

NRF 1-2/73
- Auseinandersetzung um das Programm der westdeutschen Kommunisten -
Ladenpreis: 4.-DM

NRF 3/73
- Zur Arbeit in den Gewerkschaften
- Thesen zur Politik der Aktionseinheit
- Imperialismus und Weltmarktbewegung
-Geltung des Wertgesetzes im Sozialismus
u.a.
Ladenpreis: DM 2,50

Die politische Massenzeitung

Zum Artikel von H.K. in "Kommunismus und Klassenkampf" Nr. 1/73

Vorbemerkung: Zum Fälschungsvorwurf des "Arbeiterkampf"

Auf der nächsten Seite drucken wir einen Artikel aus dem "Arbeiterkampf", Zeitung des KB-Nord, ab, in dem uns mit viel Entschiedenheit eine Fälschung Lenins und politischer Betrug vorgeworfen wird.

In einem Punkt hat der "Arbeiterkampf" recht: Das Leninzitat in dem Artikel von H.K. "Die politische Massenzeitung" auf Seite 68 von "Kommunismus und Klassenkampf" Jg.1, Nr.1, ist falsch wiedergegeben. So offensichtlich falsch, daß es schwer verständlich ist, wie der Fehler beim Korrekturlesen übersehen werden konnte. Das Zitat selbst wird durch diesen Fehler nicht "geschickt" gefälscht, wie der " Arbeiterkampf" unterstellt, sondern so entstellt, daß es weder im Satzbau noch der Logik nach einen Sinn hat. Wo ist der Fehler passiert? Das Manuskript des Verfassers ist zwar ebenfalls nicht korrekt ("blieb" statt "bliebe", die beiden kürzeren Auslassungen – Unterstreichung drei und vier in der Gegenüberstellung des "Arbeiterkampf" finden sich auch dort), der entscheidende, sinnentstellende Fehler ist jedoch im Satz geschehen und beim Korrekturlesen übersehen worden. Der Fehler zeigt, wie notwendig es wäre, im fertiggestellten Umbruch noch einmal alle Zitate zu überprüfen wie auch den gesamten Text. Dazu waren wir bei der ersten Nummer von Kommunismus und Klassenkampf nicht in der Lage und können auch nicht für die Zukunft garantieren, daß wir dazu in der Lage sein werden.

Was ist unter diesen Umständen entscheidend? Entscheidend ist, daß die Herkunft jedes Zitats genau angegeben ist, damit auch der Leser selbst, wenn ihm ein Zitat unglaubhaft oder widersprüchlich erscheint, das Zitat notfalls überprüfen kann. Gleichzeitig müssen wir uns bemühen, die Korrekturarbeit sorgfältiger durchzuführen, was im wesentlichen eine Frage von weiteren Kräften ist. Im letzten Heft finden sich leider auch noch andere Fehler, die uns zur Versendung eines Korrekturblatts zwangen (siehe S. 2). Wenn uns bis zu diesem Zeitpunkt schon ein Leser auf die Entstellung des Leninzitates hingewiesen hätte, wäre der Fehler schon auf diesem Korrekturblatt richtiggestellt worden. Das hätten wir umso lieber getan, als wir damit auch dem "Arbeiterkampf" einen Ausbruch von gespielter Empörung erspart hätten. Warum ist dieser Ausbruch gespielt? Er ist deshalb gespielt, weil durch die Entstellung des Leninzitats in dem Punkt, auf den es dem Verfasser des Artikels ankam – das Verhältnis von Agitation und Propaganda in der Zeitung – auch das vollständige Zitat für die Auffassung des Verfassers spricht: "Die Zeitung soll vorwiegend der Agitation dienen. Dennoch ist ein propagandistischer Teil notwendig." (H.K., Die politische Massenzeitung, ebd. S.68) Es war also keineswegs eine Fälschung des Zitats nötig, um diese Auffassung zu belegen.

Die ganze Empörung des "Arbeiterkampf" dient lediglich dazu, um von **dieser** Tatsache abzulenken. Denn damit ist die Zeitschrift "Solidarität" des mit dem KB-Nord befreundeten Sozialistischen Studenten Bundes (SSB) schon auf den Bauch gefallen. Diese Zeitung hatte ihre Polemik nämlich genau auf diesen Punkt zugespitzt und hatte folgendes geschrieben: "Nun sagt sich der KBW: wenn Lenin das schon nicht gesagt hat und sich sogar ausdrücklich **dagegen** ausspricht, dann verdrehen wir eben ein Zitat so, daß es unseren Vorstellungen entspricht – es wird schon keiner nachlesen. Um mit dem KBW zu sprechen: Hier haben wir es noch einmal 'klar und deutlich': Die Zeitung soll **nicht** vorwiegend der Agitation dienen! Aber noch etwas haben wir 'klar und deutlich': hier sind Betrüger am Werk!" (Solidarität Nr.13, Dezember 1973). Das Pech dieser wahrhaft ehrlichen Kommunisten ist nur, daß Lenin **sowohl** in der vollständigen **als auch** in der entstellt wiedergegebenen Fassung des Zitats tatsächlich klar und deutlich sagt: "Die Zeitschrift soll vorwiegend der Propaganda, die Zeitung vorwiegend der Agitation dienen." Auf nichts anderes aber kam es dem Verfasser des Artikels in seiner Gedankenführung an. Die Autoren des "Arbeiterkampf" und der "Solidarität" hauen mächtig auf die Pauke und nennen den Fehler der Redaktion eine bewußte Fälschung. Fälschung wozu und zu welchem Zweck?, fragen wir.

Im folgenden drucken wir die Kritik eines Berliner Genossen an dem Artikel von H.K. ab. Leider konnten wir dem Genossen H.K. diese Kritik nicht mehr vor der Schlußredaktion zustellen, so daß er erst im nächsten Heft von Kommunismus und Klassenkampf zu dieser Kritik wird Stellung nehmen können.

J.S.

ROTE ROBE

Die ROTE ROBE bringt zweimonatlich auf ca. 40 – 50 Seiten Beiträge zur materialistischen Kritik des bürgerlichen Klassenrechts, Analysen zur Entwicklung des staatlichen Unterdrückungsapparates, Berichte zu politischen Prozessen, Beiträge zur Rechtshilfe.

Die ROTE ROBE kostet DM 2,-- im Einzelverkauf und DM 9,80 im Jahresabonnement (zuzüglich Postzustellungsgebühren). Bereits erschienene Hefte können auf Wunsch nachbestellt werden; lieferbar sind noch die Hefte 1 und 4-6/72 sowie die Hefte des Jahres 1973.

KOSTENLOSES PROBEHEFT ANFORDERN!

ROTE ROBE Verlag, 69 Heidelberg 1, Postfach 1410

aus: Arbeiterkampf Nr.37/73

Tiefer und tiefer

Schon in der Vergangenheit hat sich der KBW nicht gescheut, Tatsachen zu verfälschen bzw. Dinge zu erfinden, wie etwa den „Linksrutsch" bei den letzten Wahlen in Israel (vgl. AK 35, S. 23).

Jetzt hat der KBW – unseres Wissens erstmalig – seine Künste auch an Lenin versucht: durch geschickte „Kosmetik" wurde ein Lenin-Zitat so verfälscht, daß es genau den entgegengesetzten Sinn erhält.

Wir bringen hier links das Originalzitat Lenins und rechts die „Bearbeitung" durch den KBW in der ersten Nummer von dessen „theoretischer" (!!) Zeitschrift „Kommunismus und Klassenkampf" (S. 68). Drei wesentliche Satzteile sind schlicht ausgelassen worden. Um das ganze zu „vervollständigen", wurde aus Lenins Konjunktiv „bliebe" durch eine kleine Operation (Amputation eines „e") ein „blieb" gemacht.

Original

(Lenin, Werke Bd. 4, S. 322):

Was die Verteilung der von uns ins Auge gefaßten Themen und Fragen zwischen Zeitschrift und Zeitung betrifft, so wird diese Verteilung ausschließlich durch den unterschiedlichen Umfang dieser Organe sowie durch die Verschiedenheit ihres Charakters bestimmt werden: die Zeitschrift soll vorwiegend der Propaganda, die Zeitung vorwiegend der Agitation dienen. Aber sowohl in der Zeitschrift als auch in der Zeitung müssen sich alle Seiten der Bewegung widerspiegeln, und besonders betonen möchten wir, daß wir den Plan ablehnen, wonach die Arbeiterzeitung ausschließlich das veröffentlichen soll, was die spontane Arbeiterbewegung unmittelbar und am nächsten berührt, während dem Organ für die Intellektuellen alles überlassen bliebe, was ins Gebiet der Theorie des Sozialismus, ins Gebiet der Wissenschaft, der Politik, der mit der Parteiorganisation zusammenhängenden Fragen usw. fällt. Im Gegenteil, notwendig ist gerade die Verbindung aller konkreten Tatsachen und Erscheinungsformen der Arbeiterbewegung mit den erwähnten Fragen, notwendig ist die Beleuchtung jeder einzelnen Tatsache durch die Theorie, notwendig ist die Propagierung der politischen und parteiorganisatorischen Fragen in den breitesten Massen der Arbeiterklasse.

Fälschung

(aus „Kommunismus und Klassenkampf", S. 68)

Im propagandistischen Teil müssen auch Analysen, Materialien, Hinweise und Mitteilungen veröffentlicht werden. An dieser Stelle taucht bestimmt die Frage der Verhältnismäßigkeit von propagandistischen Artikeln im Zentralorgan und ebensolchen im theoretischen Organ auf. In seinem Entwurf einer Ankündigung der Redaktion definiert Lenin den Unterschied folgendermaßen:

„Die Zeitschrift soll vorwiegend der Propaganda, die Zeitung vorwiegend der Agitation dienen. Aber sowohl in der Zeitung als auch in der Zeitschrift müssen sich alle Seiten der Bewegung widerspiegeln, und besonders betonen möchten wir, was die spontane Arbeiterbewegung unmittelbar am nächsten berührt, während dem Organ für die Intellektuellen alles überlassen blieb, was ins Gebiet der Wissenschaft, der Politik, der mit der Parteiorganisation zusammenhängenden Fragen usw. fällt. Im Gegenteil, notwendig ist die Beleuchtung jeder einzelnen Tatsache durch die Theorie, notwendig ist die Propagierung der politischen und parteiorganisatorischen Fragen in den breitesten Massen der Arbeiterklasse ..." (BD. 4, S. 323)

Hier haben wir es noch einmal klar und deutlich. Die Zeitung soll vorwiegend der Agitation dienen.

Das ist unseres Wissens – wir lassen uns da gern belehren – die bisher schamloseste und dreisteste Fälschung in der neueren „kommunistischen" Bewegung. Selbst die DKP verfälscht zwar ständig den Sinn der leninschen Politik, aber sie ist – wiederum unseres Wissens, wohlgemerkt – bisher nicht so weit gegangen, direkt gefälschte Zitate auf den Markt zu werfen.

Der Sinn der KBW-Fälschung liegt auf der Hand: die leninsche Zeitungskonzeption, eine Zeitung nämlich, die sich nicht darauf beschränkt, die spontane Arbeiterbewegung breitzutreten – diese leninsche Konzeption wird vom KBW – jetzt also unter betrügerischer Berufung auf die Autorität Lenins !! – in ihr ökonomistisches Gegenteil verdreht.

Von diesen politischen Betrügern ist offenbar wirklich alles zu erwarten – nur keine ehrliche, kommunistische Politik! ■

Kritik zu dem Artikel "Die politische Massenzeitung" in Kommunismus und Klassenkampf Nr.1

Ich möchte kurz meine Meinung zu dem in Kommunismus und Klassenkampf Nr.1 erschienenen Artikel "Die politische Massenzeitung" von H.K. aus Mannheim darlegen, weil darin meines Erachtens falsche und schädliche Ansichten verbreitet werden.

Das Zentralorgan ist eine politische Massenzeitung. Das bedeutet, daß es zwei Aufgaben erfüllen muß:
1. die politische Anleitung der Kommunisten und
2. die Aufklärung der Massen durch "allseitige politische Enthüllungen".

Diese beiden Seiten müssen scharf auseinandergehalten werden, wenn man den Inhalt des Zentralorgans bestimmen will. Vergißt man die politische Anleitungsfunktion für die Kommunisten, so betreibt man "politische Agitation auf ökonomischem Boden", das heißt man engt den Kreis der Fragen und Themen willkürlich und ungerechtfertigt auf solche ein, die sich aus den spontanen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Kapitalisten und dem Dazwischentreten des Staates ergeben. Vernachlässigt man die Funktion der Aufklärung der Massen, so löst man sich von ihnen und verfällt unweigerlich in Sektierertum und revolutionäre Phrasendrescherei.

Die Aufgaben des Zentralorgans sind deshalb nicht voneinander zu trennen, wohl aber müssen sie unterschieden werden. Der Autor des Artikels (H.K.) verwirrt deshalb nur die Darlegung der Aufgaben, indem er von der Frage ausgeht: "Massenzeitung oder nicht? ", denn dies ist nicht die Frage, sondern vielmehr: Wie sind die beiden Aufgaben organisch miteinander zu verbinden? Da H.K. nur beweisen will, verdreht er gleich zu Anfang den Sachverhalt: "Das Zentralorgan ist zentraler Agitator, Organisator und Propagandist. Der Schwerpunkt des Zentralorgans liegt in der Massenagitation." Der erste Teil der Aussage ist ohne Zweifel richtig, denn das Zentralorgan muß die Arbeit der Kommunisten unter den Massen zusammenfassen und sie gleichzeitig befähigen,ihre Agitations- und Propagandaarbeit ständig zu verbessern, und drittens die Arbeit aller Kommunisten auf die gesamtnationalen Aufgaben und Ziele, die im Programm und in der Hauptresolution festgelegt sind, ausrichten. Das bedeutet, daß die Kommunisten durch ihre Zeitung klar den Massen ihre Auffassung von den Ereignissen im internationalen und nationalen Rahmen und dem, was die Massen besonders bewegt, darlegen und offen die nächsten Schritte erklären. Die organisierende Tätigkeit der Zeitung besteht darin, daß sie
1. die politische Linie, die taktischen Einschätzungen und Aktionslosungen bestimmt und eindeutig formuliert und
2. beständig die Niederlagen und Erfolge der Tätigkeit der Kommunisten im Volk analysiert.

Die politische Linie ist der Plan für die Organisation, die stattfindenden Kämpfe sind die Steine, aus denen nach dem Plan das Gebäude errichtet wird, die Analyse der Kämpfe und die gewonnenen Erfahrungen sind das Gerüst, das zwecks besserer Übersicht und rationeller Arbeitsweise angelegt wird. In diesem Sinne ist der Vergleich mit einem Bau angebracht.

Der Autor (H.K.) verkürzt deshalb die Aufgaben des Zentralorgans und engt sie willkürlich ein, wenn er behauptet, der Schwerpunkt liegt in der Massenagitation. Der Charakter des Zentralorgans, eine Massenzeitung zu sein, ist nicht gleichbedeutend damit, daß es schwerpunktmäßig Massenagitation betreibt, sondern vielmehr muß sich das Zentralorgan an die Massen wenden mit klaren, für sie verständlichen Einschätzungen und Agitations- und Propagandaartikeln.

Das Verhältnis von Agitation und Propaganda im Zentralorgan läßt sich aber nicht so bestimmen, wie H.K. es tut: "Erst durch eine allmähliche Erziehung und Gewöhnung (?) an unsere Politik werden sich die Leser auch die 'schwer verdaulichen Brocken' erschließen. Das ist ganz natürlich. Schlimm ist es nur, wenn eine politische Zeitung zum überwiegenden Teil aus 'schwer verdaulichen Brocken' besteht. Lernen müssen wir aus diesen Mißständen, daß eine richtige politische Linie allein nicht ankommt. Wir müssen lernen, der Massenagitation den Vorrang zu geben." Der Gedanke ist insoweit richtig, als die Massen erst durch langwierige und umfassende Erziehung und Aufklärung die allseitige Beurteilung von politischen Ereignissen lernen. Deshalb müssen die Kommunisten geduldig und beharrlich die Lehren aus den Kämpfen und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung erklären, indem sie an den konkreten Erfahrungen der Massen anknüpfen. Auch die Schlußfolgerung, daß eine richtige politische Linie allein nicht ankommt ist richtig. (Obschon niemand diese Tatsache anzweifelt.) Die "Schwerverdaulichkeit" der Artikel kann doch aber nur Bezug auf die unzureichende Klarheit der Aussagen und der Darstellung des Themas nehmen. Zu behaupten, daß propagandistische Artikel durchweg für die Massen schwerverdaulich sind, finde ich demagogisch und falsch. Sehen wir aber, welche Lehre H.K. aus dem dargelegten Gedanken zieht, daß wir der Massenagitation den Vorrang geben müssen, so liegt es auf der Hand, daß er unter Massenagitation etwas anderes versteht, als er zunächst in Anlehnung an Lenin folgendermaßen definiert: "Die agitatorische Einwirkung auf die Massen muß in breitester, sowohl ökonomischer Agitation bei allen Anlässen und zu allen Erscheinungsformen jeder Art von Unterdrückung (. . .), eine Agitation, die wir benutzen müssen, um eine immer größere Anzahl von Arbeitern in die Reihen der revolutionären sozialdemokratischen Partei hineinzuziehen, um den politischen Kampf in allen Erscheinungsformen zu begünstigen, um diesen Kampf aus seinen spontanen Formen hinüberzuleiten in die Form des Kampfes einer einheitlichen politischen Partei. Die Agitation muß somit als **Mittel** zur weiteren Verbreitung des politischen Protestes und höher organisierter Formen des politischen Kampfes dienen." (Lenin Werke Bd.4, S.288) Soweit Lenin, der den Schwerpunkt auch der Agitation auf politische Fragen legt. Welche Konsequenz zieht H.K. dagegen für die Agitation im Zentralorgan? "Die Agitation im Zentralorgan muß mit allen wichtigen Tagesfragen der Arbeiter verbunden sein, sie muß die Arbeiter mehr und mehr befähigen" (den politischen Kampf zu führen? Nein!:) "ihre Forderungen an die Kapitalisten genauer und wirkungsvoller zu formulieren." Man sieht recht anschaulich, daß H.K. hauptsächlich ökonomische Agitation meint. Demzufolge soll das Zentralorgan zum Organ einer ökonomistischen Agitation und Politik herabgewürdigt werden.

Die Agitation muß das Proletariat befähigen, nicht nur den ökonomischen Kampf wirkungsvoller zu führen, sondern noch viel mehr die politischen Kämpfe, und zwar nicht nur die der Arbeiterklasse, sondern auch die politischen Bewegungen im Volk. Wie können die Kommunisten sonst ihre Aufgabe erfüllen, die Arbeiterklasse auf ihre führende Rolle im demokratischen Kampf vorzubereiten!

H.K. spricht von einem propagandistischen Teil des Zentralorgans, der ebenfalls notwendig ist. Er versucht nochmal, das Verhältnis von Agitation und Propaganda zu bestimmen anhand der "Verhältnismäßigkeit von propagandistischen Artikeln im Zentralorgan und ebensolchen im theoretischen Organ". Dabei versucht er wiederum Lenin zur Stützung seiner Argumentation heranzuziehen, zitiert ihn aber unvollständig (1), damit er seine Behauptung, daß "die Zeitung vorwiegend der Agitation dienen (soll)", aufrecht erhalten kann; wobei er natürlich unter Agitation die enge "Agitation auf ökonomischem Boden" versteht. Das vollständige Lenin-Zitat gibt meines Erachtens korrekt die 'Verhältnismäßigkeit' an. "Was die Verteilung der von uns ins Auge gefaßten Themen und Fragen (2) zwischen Zeitschrift und Zeitung betrifft; so wird diese Verteilung ausschließlich durch den Umfang dieser Organe sowie durch die Verschiedenheit ihres Charakters bestimmt werden: die Zeitschrift soll vorwiegend der Propaganda, die Zeitung der Agitation dienen. Aber sowohl in der Zeitschrift als auch in der Zeitung müssen sich alle Seiten der Bewegung widerspiegeln, und besonders betonen möchten wir, daß wir den Plan ablehnen, wonach die Arbeiterzeitung ausschließlich das veröffentlichen soll, was die spontane Arbeiterbewegung unmittelbar und am nächsten berührt, während dem Organ für die Intellektuellen alles überlassen bliebe, was ins Gebiet der Theorie des Sozialismus, der Wissenschaft, der Politik, der mit der Parteiorganisation zusammenhängenden Fragen usw. fällt. Im Gegenteil, notwendig ist gerade die Verbindung aller konkreten Erscheinungsformen und Tatsachen der Arbeiterbewegung mit den erwähnten Fragen, notwendig ist die Beleuchtung aller Fragen durch die Theorie, notwendig ist die Propagierung der politischen und parteiorganisatorischen Fragen in den breitesten Massen der Arbeiterklasse, notwendig ist die Einbeziehung dieser Fragen in die Theorie." (LW 4, S. 322)

Lenin setzt weiterhin auseinander, daß die Agitation mittels Flugblättern ungenügend den dargelegten Aufgaben entspricht und betont die Notwendigkeit höherer Agitationsformen, wie zum Beispiel die Zeitung. H.K. argumentiert dagegen, daß "garkeine Resonanz (. . .) oft nach dem Verkauf von unseren Zeitungen zu verspüren (war). Das stand in krassem Gegensatz zu unseren Flugblättern, die oft heiße Debatten auslösten und gut empfangen wurden." Konsequent zu Ende gedacht heißt das, daß er empfiehlt, das Niveau des Zentralorgans auf das von Flugblättern abzusenken. Dies kann man aber nicht anders bezeichnen als daß es Opportunismus gegenüber den Massen ist.

H.E., Westberlin

(1) Daß solch unvollständigen Zitate von der Redaktion nicht korrigiert oder mit einer Anmerkung versehen werden, finde ich schlampig. Kommunisten haben es nicht nötig, Zitate zu entstellen. Außerdem sollte man solch tumben Redakteuren wie denen vom Arbeiterkampf nicht die Möglichkeit zu kleinlichem, uns Kommunisten unwürdigem Geschwätz und Gezänk geben.

(2) Die "ins Auge gefaßten Themen und Fragen" waren:
1) ..." theoretische Fragen, d.h. sowohl der allgemeinen Theorie des Sozialdemokratismus als auch ihrer Anwendung auf die russische Wirklichkeit." . . .
2)..."der Leser (muß) mit der Arbeiterbewegung im Westen, ihrer Geschichte und ihrem gegenwärtigen Stand bekannt gemacht werden."
3)..."Systematische Erörterung aller politischen Fragen, die das Leben auf allen Gebieten aufwirft."
4) Veröffentlichung eines Programmentwurfs und allseitige Erörterung desselben.
5)..."die Erörterung von Organisationsfragen und der praktischen Arbeitsmethoden."... (LW 4, S. 320/321)

14-tägig, jeweils Mittwoch erscheint die:

kommunistische volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW)
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW)

zu beziehen über:
Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim 1
Sandhoferstr. 29
Jahresabonnement:
24 Nummern incl. Porto DM 18.–

Förderabonnement
24 Nummern incl. Porto DM 20,–
Abonnementeinzelbestellungen auf Konto:
Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim
Kto. Nr. 57 34 18

Beschluß des ZK

auf seiner Sitzung vom 15. 12. 73 zu den Demonstrationen am 30. 11. und 8. 12. 1973

Der Beschluß des ZK, die Initiative der FIS (Foederation Iranischer Studenten) für eine zentrale Demonstration gegen die Verbrechen des Schahregimes und für die Freilassung der politischen Gefangenen im Iran zu unterstützen, ist in den Reihen des KBW und seiner örtlichen Massenorganisationen auf Kritik gestoßen.
Gegen die Unterstützung dieser Demonstration ist vor allem eingewandt worden, daß es sich bei dieser Demonstration nicht um die bundesweite Zusammenfassung einer breiten Bewegung handle, was allein eine zentrale Demonstration rechtfertige. Dabei beziehen sich die Genossen auf die Stellungnahme des Ständigen Ausschusses anläßlich der Kampagne "Hände weg von der KPD" der Gruppe Rote Fahne. Dort heißt es: "Eine zentrale Demonstration ist eben nur dann sinnvoll, wenn eine Bewegung in der ganzen BRD und in Westberlin nach diesem Ausdruck verlangt." Außerdem beziehen sie sich auf die taktische Resolution der Gründungskonferenz, wonach sich "die Kommunisten nicht einfach an die Stelle der Arbeiterklasse setzen können, sondern in der Wahl ihrer Mittel im politischen Kampf sich auf schon vorhandene Bewegungen in der Arbeiterklasse beziehen und stützen müssen." (Ergebnisse . . ., S.43)

Das ZK hält diese Kritik nicht für richtig. Nach seiner Auffassung beruht diese Kritik auf einer schematischen Anwendung der Stellungnahme "Den Kampf gegen die Bourgeoisie auf der richtigen Linie führen!" und der taktischen Resolution der Gründungskonferenz.
Bei der zentralen Demonstration in Köln handelte es sich nicht um eine selbständige Aktion der westdeutschen Kommunisten, die vorrangig unter den Bedingungen des Klassenkampfes im eigenen Land beurteilt werden muß. Vielmehr handelte es sich vorrangig um eine Aktion der in Westdeutschland lebenden Iraner gegen das Schahregime, die die westdeutschen Kommunisten entsprechend den Prinzipien des proletarischen Internationalismus nach besten Kräften unterstützen mußten. Es war eine richtige Entscheidung der FIS, die in Westdeutschland lebenden Iraner in einer zentralen Demonstration im Protest gegen das Schahregime zusammenzufassen, und es war auch eine richtige Entscheidung des ZK, diese zentrale Demonstration zu unterstützen, obwohl sich Charakter und Form dieser Demonstration nicht unmittelbar aus den Bedingungen des Klassenkampfes in Westdeutschland ergaben. Es war die Aufgabe der westdeutschen Kommunisten anläßlich dieser Demonstration, die sie unterstützten, Kenntnisse über das Schahregime, über den Kampf des iranischen Volkes, über die Beziehungen zwischen dem Schahregime und dem westdeutschen Imperialismus unter den Massen zu verbreiten und auf Grundlage dieser Kenntnisse die Solidarität der Massen mit dem kämpfenden iranischen Volk zu stärken. Anlaß, Form und Charakter der zentralen Demonstration ergaben sich jedoch nicht unmittelbar aus den Bedingungen des Klassenkampfes hier in Westdeutschland, sondern aus den Bedingungen des Klassenkampfes im Iran, die den Massen in Westdeutschland erklärt, dargelegt werden mußten, um sie mit dem Klassenkampf in Westdeutschland in Beziehung zu setzen. Die Unterstützung der Demonstration in Köln durch den Kommunistischen Bund Westdeutschland war richtig und entsprach den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, aber die Teilnahme an der Demonstration selber konnte hier in Westdeutschland unter den gegenwärtigen Bedingungen nur propagandistische Wirkung haben. Dementsprechend war es auch richtig, daß der KBW nicht die ganze Organisation auf die Vorbereitung und Durchführung der Kölner Demonstration ausrichtete, sondern alle Ortsgruppen und Einheiten der Organisation anwies, die **Inhalte** der Demonstration in ihre Agitation aufzunehmen und darüber hinaus **organisatorische Maßregeln** festlegte, um eine entsprechende direkte Unterstützung der Demonstration in Köln sicherzustellen. Diese organisatorischen Maßregeln wurden zwar teilweise bürokratisch gehandhabt und dazu hat auch der Ständige Ausschuß beigetragen, insofern er sie unzureichend erläuterte. Das ändert aber nichts daran, daß unter bestimmten Umständen solche Maßregeln sinnvoll sind.

Noch immer ist die ganze Organisation, sind ihre Ortsgruppen und ihre örtlichen Massenorganisationen fast ausschließlich auf kampagnenmäßige Arbeit im politischen Kampf eingestellt, die nach dem Prinzip verläuft "entweder eine Sache ausschließlich machen oder gar nichts machen". Dieses Prinzip ist immer weniger geeignet, eine planmäßige Arbeit zu ermöglichen, verschiedene Aufgaben gleichzeitig zu erfüllen, entsprechend ihrer verschiedenen Bedeutung einzuschätzen, diese Aufgaben untereinander in Verbindung zu bringen und eine allseitige und umfassende Politik zu ermöglichen.
Diesem falschen Prinzip muß das richtige Prinzip entgegengestellt werden: "Viele Fragen gleichzeitig behandeln und jede Frage richtig und entsprechend ihrer Bedeutung behandeln." Um dieses Prinzip in die Tat umzusetzen, ist es zu allererst nötig, daß die Organisation selbst ihre Struktur darauf einrichtet und auch lernt, die Organisation der Kommunisten und die Bewegung der Massen nicht über einen Kamm zu scheren. Eine Organisation kann ihre Kräfte verteilen und entsprechend der Notwendigkeit der Aufgaben verschiedener Kampfabschnitte bewußt einsetzen. Deshalb ist es gefährlich gegenüber den Aufgaben der Kommunisten, sich prinzipiell auf die Bewegungsgesetze spontaner Massenbewegungen zu berufen. Sehr leicht wird dann die Grenze zwischen den Aufgaben der Kommunisten und den spontanen Regungen in den Massen verwischt. Diese Verwischung zeigte sich deutlich bei den Genossen, die die Aufgabe der Kommunisten, die fortschrittlichen, in Deutschland lebenden Iraner bei der Durchführung der zentralen Demonstration in Köln zu unterstützen, weit von sich weisen wollten, weil die Massen diese Aufgabe nicht erfüllen würden.

Das ist offensichtlich eine Verkennung der Aufgaben der Kommunisten, die eben mehr Aufgaben zu erfüllen haben, als die Massen spontan erkennen. In Bezug auf die in Westdeutschland lebenden Iraner hatte die in Köln geplante zentrale Demonstration den Charakter einer Massendemonstration, in Bezug auf Westdeutschland hatte diese Demonstra-

tion den Charakter einer Aufklärungsdemonstration über die Verhältnisse im Iran und die Rolle des BRD-Imperialismus im Iran. Der eine Aspekt sagt, warum wir diese Demonstration unterstüzen mußten, der andere Aspekt sagt, daß diese Demonstration vor allem durch die **Kommunisten** unterstützt werden mußte, ohne sich bei der Mobilisierung für die **Teilnahme** an der Demonstration schon auf die Massen stützten zu können.
Aus diesen Tatsachen erklären sich die konkreten Weisungen, die der Ständige Ausschuß an die Ortsgruppen gegeben hat. Das ZK billigt diese Weisungen des Ständigen Ausschusses, stellt aber fest, daß der Ständige Ausschuß diese Weisungen schlecht erläutert hat und die Organisation in dieser Hinsicht im Dunkeln tappen ließ, obwohl absehbar war, daß die Organisation Schwierigkeiten haben würde, diese Weisungen richtig zu verstehen und in die Tat umzusetzen. Insbesondere kritisiert das ZK, daß es der Ständige Ausschuß versäumt hat, in der KVZ die Unterstützung und Teilnahme des KBW an der zentralen Demonstration zu erläutern und politisch zu begründen.

Das Verbot der Irandemonstration änderte an diesen grundsätzlichen Bestimmungen nichts
Allerdings war durch das Verbot das Hauptziel der Demonstration, die fortschrittlichen, in der Bundesrepublik lebenden Iraner zusammenzufassen, weitgehend verhindert worden, weil sich die Iraner auf Grund ihrer Gefährdung nicht mehr an der Demonstration beteiligen konnten. Auf was kam es unter diesen Umständen an? Unter diesen Umständen kam es darauf an, trotz des Verbots die Ziele und Inhalte der Demonstration zu propagieren, das Demonstrationsverbot nicht anzuerkennen und soweit wie möglich zu durchbrechen und gleichzeitig das Demonstrationsverbot in seinem umfassenden Rahmen zu verstehen, in diesen Rahmen einzuordnen und in diesem Rahmen zu beantworten.
Das ZK ist der Auffassung, daß die Beschlüsse des Ständigen Ausschusses diesen Umständen gerecht wurden und die Organisation in der richtigen Weise anleiteten.

Es war richtig, sich bei der Durchführung der verbotenen Demonstration vor allem auf die örtlichen und regional mobilisierten Kräfte zu stützen. Im Allgemeinen ist es unsinnig, eine **verbotene** Demonstration als **zentrale** Demonstration durchführen zu wollen. Wenn eine verbotene Demonstration nicht durch lokale und regionale Kräfte durchgeführt werden kann, dann kann sie sinnvoll überhaupt nicht durchgeführt werden. Der Verlauf der Demonstration in Köln hat gezeigt, daß der Fehler nicht darin bestand, daß sich der KBW bei der Demonstration auf die örtlichen und regionalen Kräfte stützte, sondern darin, daß die örtlichen und vor allem die regionalen Kräfte nicht wirklich organisiert in der Demonstration zusammengefaßt wurden.

Es war richtig, das Verbot im Rahmen der Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates zu begreifen und in diesem Rahmen zu beantworten. Falsch war, daß der Ständige Ausschuß erst aus Anlaß des Kölner Verbots sich zur Durchführung von zentral angeleiteten Aktionen und Demonstrationen gegen die Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates entschloß.

Es war richtig, für die Demonstration am Samstag, den 8.12.73, die Stoßrichtung neu festzulegen, nicht länger die Solidarität mit dem iranischen Volk in den Mittelpunkt zu stellen, sondern den Kampf gegen die Notstandsmaßnahmen, die Demonstration hauptseitig gegen den westdeutschen Imperialismus und die Bundesregierung durchzuführen, statt gegen das Schahregime.

Es war richtig und ist für die Fortführung des Kampfes von entscheidender Bedeutung im Kampf gegen die Notstandsmaßnahmen, den wirtschaftlichen Kampf und den politischen Kampf zum einheitlichen Klassenkampf zu verschmelzen und entsprechende Parolen aufzustellen.
Das ZK begrüßt den Aufruf zu den Demonstrationen am 8.12.73 und hält ihn für geeignet, die Linie für den weiteren Kampf gegen die Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates festzulegen. In Zukunft müssen allerdings noch weitere Forderungen entwickelt werden, die sich gegen die Folgen der Krise richten.

Dazu gehört vor allem die Forderung:

Keinerlei Stillegungen, keine Kurzarbeit, 7-Stundentag!

Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80 % des Lohnes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!

Die Demonstrationen am 8. Dezember haben eine Reihe von rechten Fehlern in der Organisation aufs Neue ans Tageslicht gebracht und haben gezeigt, daß die Organisation noch weit davon entfernt ist, als schlagkräftige Kampf- und Vorhutorganisation gemeinsam handeln zu können. Der entscheidende rechte Fehler besteht darin, daß manche Genossen sich weigern, den Massen im Kampf gegen die Notstandsmaßnahmen voranzuschreiten und ihnen die Richtung in diesem Kampf zu weisen. Während die Massen in Bewegung sind und sich der Zustand der Spannung im Bewußtsein der Massen bereits widerspiegelt, wollen diese Genossen warten, bis die Massen den Kampf gegen die Notstandsmaßnahmen von alleine aufnehmen. Es ist dies der alte rechte Fehler, der in der Organisation noch keineswegs besiegt ist. Die Fortsetzung des Kampfes gegen die Notstandsmaßnahmen des Staates muß deshalb in den eigenen Reihen verbunden werden mit dem Kampf gegen den Rechtsopportunismus und die Nachtrabpolitik, die manche Genossen zum System erhoben haben.

UNTERSTÜTZT DEN KOMMUNISTISCHEN BUND WESTDEUTSCHLAND!

Mitte Juni 1973 haben Delegierte des Bundes Kommunistischer Arbeiter Freiburg, des Kommunistischen Bundes Bremen, des Kommunistischen Bundes Göttingen, des Kommunistischen Bundes Osnabrück, des Kommunistischen Bundes Wolfsburg und der Kommunistischen Gruppe (Neues Rotes Forum) Mannheim–Heidelberg den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) gegründet. Sie haben ein Programm und ein Statut verabschiedet und die taktischen Grundlinien der Arbeit festgelegt.
Die erfolgreiche Arbeit des KBW ist jetzt unter anderem davon abhängig, daß es schnell gelingt, Arbeitsmöglichkeiten für die Zentrale zu schaffen. Anmietung von Räumen, Unterhalt für die ständig in der Zentrale arbeitenden Genossen, die Herausgabe eines zunächst 14-täglich erscheinenden Zentralorgans und einer theoretischen Zeitung, der Ausbau von Verbindungen zu den verschiedenen Ortsgruppen in Westdeutschland und zu den befreundeten Organisationen – all dies verlangt Aufwendungen, die der Kommunistische Bund Westdeutschland aus den Mitgliedsbeiträgen der bisherigen Ortsgruppen kaum wird aufbringen können.
Wir fordern deshalb die mit uns befreundeten Organisationen, aber auch einzelne Genossen, die unsere Anschauungen teilen, auf, den KBW durch Spenden zu unterstützen.

Commerzbank Mannheim, Kto Nr. 3 258 589 / 00

Beschluß des Zentralen Komitees vom 15.12.73 zur Frage der kommunistischen Massenorganisationen unter den Studenten

Auf seiner Sitzung am 15.12.73 hat das Zentrale Komitee folgenden Beschluß gefasst:

Der Kommunistische Bund Westdeutschland wird über die Ebene des Ortes hinaus keinen zentralisierten Kommunistischen Studentenbund für ganz Westdeutschland aufbauen. Der dahingehende Beschluß des Zentralen Komitees vom 7.7.73, auf dessen Grundlage eine Hochschulkommission eingesetzt worden war, welche die Gründungsdokumente für einen solchen Verband erarbeitet hatte, ist aufgehoben.

Begründung:

1. Die bürgerliche Klasse, die ihre politische Herrschaft gegenüber der Arbeiterklasse als der Führerin der unterdrückten Volksmassen verteidigen muß, hat ein Interesse daran, das Volk in verschiedene Sonderbereiche aufzuspalten und die Bewegungen der jeweiligen Teile des Volkes auf den Kampf für korporative Freiheiten einzuschränken. Das Interesse der Arbeiterklasse ist dem gerade entgegengesetzt. Sie kann ihr historisches Ziel, den Sozialismus und Kommunismus nur erreichen, wenn sie sich zur herrschenden Klasse im Staat erhebt, ihre Diktatur aufrichtet und zu diesem Zweck die Einheit des ganzen ausgebeuteten und unterdrückten Volkes gegen den bürgerlichen Staat herstellt. Darum versucht sie, alle Sonderbewegungen von Teilen des Volkes über ihre von der bürgerlichen Gesellschaft gesetzten Schranken hinauszutreiben und sie im Kampf für die ungeteilte und uneingeschränkte Volksherrschaft zusammenzufassen, die unter den Verhältnissen einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft nur durch die Diktatur der Arbeiterklasse verwirklicht werden kann.

2. Die Hochschulen sind eine solche Sondereinrichtung der Bourgeoisie außerhalb der produzierenden Gesellschaft. Ihr Zweck ist es, den Funktionärsnachwuchs für die Bourgeoisie und ihren Staat auszubilden. Aus der Allgemeinheit des Volkes sind die Hochschulangehörigen durch diesen besonderen Zweck hervorgehoben und diese Hervorhebung drückt sich politisch dahingehend aus, daß sie besondere Korporativrechte oder akademische Freiheiten genießen. Es ist unmöglich und falsch, gegenüber der Hochschule, die eine Sondereinrichtung für wenige ist, allgemeine Rechte für jedermann zu proklamieren. Demokratische Forderungen, wie wir sie gegenüber dem Volksbildungswesen aufstellen, die auf gleiche Ausbildung für jedermann und Kontrolle durch das Volk hinauslaufen, können gegenüber der Hochschule nicht erhoben werden. Die Forderung nach Hochschulausbildung für jedermann liefe auf die Forderung nach Abschaffung der Hochschulen als Sondereinrichtungen der Gesellschaft hinaus.

Das aber wird erst auf einer sehr fortgeschrittenen Stufe des sozialistischen Aufbaus mit der Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit zu verwirklichen sein. Und die Forderung nach Kontrolle der Hochschulen und ihre Indienstnahme durch das Volk ist prinzipiell erst zu verwirklichen, wenn die Arbeiterklasse die Staatsmacht schon in Händen hat und vermittelst des Staates ihre Aufsicht und Herrschaft auch über die Hochschulen ausüben kann.

3.Soweit die Studenten nur über die Zustände an den Hochschulen rebellieren, kämpfen sie gerade noch nicht für demokratische Forderungen. Soweit sie nicht für die Gewährleistung der materiellen Studienbedingungen eintreten, laufen alle ihre Forderungen nach Freiheit der Rede und der Versammlung, der politischen Betätigung und des Rechts, Vertretungskörperschaften mit politischem Mandat zu bilden, darauf hinaus, **akademische Rechte** zu verteidigen und zu erkämpfen. Alle diese Forderungen stellen sie auf als Studenten und für die Hochschulen, nicht als Forderungen nach allgemeinen Rechten für jedermann gegenüber dem bürgerlichen Staat. – Die Arbeiterklasse unterstützt auch den Kampf der Studenten für partielle akademische Rechte, weil und insoweit sich die Studenten dabei gegen den bürgerlichen Staat wenden und um dem ideologischen Kampf zwischen den Anschauungen der Bourgeoisie und der Theorie der Arbeiterklasse auch an diesen Sondereinrichtungen der bürgerlichen Klasse freien Raum zu seiner Entfaltung zu verschaffen.

4.Gleichzeitig versucht die Arbeiterklasse die Studenten über den Kampf um akademische Rechte an der Hochschule hinauszutreiben und sie als Teil des Volkes für den Kampf um die ungeteilte und uneingeschränkte Herrschaft des Volkes zu gewinnen. Als reaktionsschnellster und beweglichster Teil haben Studenten in allen neuzeitlichen Revolutionen eine wichtige Rolle gespielt. Zu einer selbständigen Politik nicht fähig, sind sie zwar nie Avantgarde, wohl aber häufig Mobilgarden in der Revolution.Daß sie Mobilgarden auf seiten der Revolution und nicht auf seiten der Konterrevolution werden, darum kämpft die Arbeiterklasse.

5.Die Arbeiterklasse faßt die verschiedenen Kämpfe des

Volkes unter den Forderungen des entschiedenen Demokratismus zusammen, wie sie in unserem Programm festgehalten sind und richtet sie auf dieser Linie aus gegen den bürgerlichen Staat. Der Kampf der Arbeiterklasse um die Gewinnung der Studenten macht davon keine Ausnahme. Auch die Studenten können auf keiner anderen Linie politisch mit dem revolutionären Volk zusammengefasst werden, als auf der Linie der revolutionären Demokratie. Diese Zusammenfassung wird vorbereitet durch die allseitige politische Massenagitation. Nicht anders als in anderen Schichten und Klassen der Bevölkerung beruht auch die Arbeit der Kommunisten unter den Studenten auf der allseitigen politischen Agitation.

Wichtigster Hebel dazu ist die Zeitung. Auch an den Hochschulen und durch die kommunistischen Studentenorganisationen muß die KVZ als Haupthebel der politischen Massenagitation eingesetzt werden. Eigene politische Zeitungen der Studenten sind nicht sinnvoll: Wenn es gute Zeitungen sein sollen, dann werden sie nicht anders aussehen, als die Zeitungen für das gesamte Volk. Die Studenten verhalten sich in dieser Sache auch vernünftig: Sie lesen die allgemeinen politischen Zeitungen der Bourgeoisie. Nur die Kommunisten an den Hochschulen kommen häufig auf die Idee, dem vor allem durch den Verkauf politischer Studentenzeitungen entgegenzuwirken. Als Ergänzung zur KVZ kann eine spezifische Agitation aufgenommen werden an den Hochschulen — in Analogie zu den Betriebszeitungen und gerade nicht in Analogie zu der KVZ.

6. Der ideologische Kampf um die Köpfe der Studenten erschöpft sich nicht in der allgemeinen politischen Massenagitation. Aus der besonderen Lebenssituation von Studenten an wissenschaftlichen Einrichtungen der Bourgeoisie ergeben sich zusätzlich Anknüpfungspunkte für kommunistische Agitations- und Propagandatätigkeit. Die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft, in welche die Studenten an den Hochschulen eingeführt werden, ist ein wesentlicher Bestandteil der propagandistischen Arbeit von Kommunisten an der Hochschule und unter Studenten. Als Enthüllungs- und Entlarvungstätigkeit gegenüber der bürgerlichen Wissenschaft und als Theorie der Arbeiterklasse ist diese Arbeit ausgerichtet nach dem Leitsatz "Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes!" Diese Parole enthält keine Forderung an die bürgerliche Universität und ist auch keine Aktionslosung von Studenten. Sie drückt aus, welches Programm die Arbeiterklasse an den Hochschulen durchführen wird, wenn sie die politische Macht erobert hat.

Heute ist es die Losung, unter welcher die Arbeiterklasse jene Intellektuellen, welche das Entwürdigende ihres Lakaiendienstes für die bürgerliche Klasse empfinden, für den Sozialismus zu gewinnen sucht.

7. Die bisherige Politik der kommunistischen Studentenorganisationen war keineswegs vor allem darauf ausgerichtet, die Studenten auf der Linie der demokratischen Forderungen mit der Masse des Volkes zusammenzuschließen. Durchweg beschränkten sich diese darauf, den Kampf um akademische Freiheiten an den Hochschulen zu führen, gegen die in Gestalt der kapitalistischen Hochschulreform auftretende Reaktion, während sie gleichzeitig durch Kritik der bürgerlichen Wissenschaft und Propagierung des wissenschaftlichen Sozialismus an der Herstellung einer fortschrittlichen öffentlichen Meinung unter den Studenten arbeiten. Obwohl die kommunistischen Studentenorganisationen ihren Einfluß unter den Studenten dabei gegenwärtig beständig ausdehnen, müssen sie jedoch in jedem einzelnen Kampf gegen bestimmte Maßnahmen des bürgerlichen Staates immer wieder Niederlagen einstecken. Ständige Schwankungen zwischen einem abstrakten Propagandistentum und reformistischer Plänemacherei sind das Resultat. — Aus dieser Lage können die kommunistischen Studentenorganisationen als Studentenorganisationen nicht herausfinden, auch und gerade nicht durch einen einheitlichen Studentenverband auf der Ebene des Gesamtstaates. Politische Grundlage einer Studentenorganisation, die auf der Ebene der Studentenkämpfe zentralisiert wird, könnte nur der Kampf um akademische Rechte sein. Die Organisationsformen der Studentenschaft für diesen Kampf sind die akademischen Körperschaften wie VDS, SVI und ASten, in denen die Kommunisten als Fraktion arbeiten. Die eigenen Organisationsformen der Kommunisten dürfen indes nicht nach diesem Kampf um akademische Rechte ausgerichtet sein, den die Kommunisten zwar unterstützen, ohne daß es jedoch ihre Aufgabe wäre, ihn als Kampf der Studenten für ihre nächsten Interessen zu führen. Die wesentliche Aufgabe der Kommunisten ist vielmehr die Einbeziehung der Studenten als Teil des Volkes in die gesamte Volksbewegung auf der Linie des Kampfes für entschiedene Demokratie. Der Schlüssel für die Lösung dieser Aufgabe aber liegt nicht in erster Linie bei den kommunistischen Studentenorganisationen, sondern in der Politik des KBW und seiner Ortsgruppen. Hier sind Veränderungen erforderlich, da bisher noch kaum damit begonnen wurde, in die Volkskämpfe auf der Linie unserer demokratischen Forderungen einzugreifen und sie auf dieser Linie zu organisieren. Das aber ist notwendig, und nur durch diesen Schritt können die Kämpfe auch der Studenten aus ihrer Isolierung herausgeführt werden. Solange die Ortsgruppen des KBW ausschließlich den wirtschaftlichen Kampf im Blick haben oder noch den politischen Kampf, wie er auf dem Boden des wirtschaftlichen erwächst, wird es nicht gelingen, die Studenten für die Teilnahme an den Volkskämpfen und schließlich an der Volksrevolution zu gewinnen. Vielmehr wird der Kampf der Studenten als ein besonderer Kampf sich selbst überlassen bleiben, sich ständig im Kreise drehen und schließlich erschöpfen müssen. Daß gleichzeitig auch der Kampf der Arbeiterklasse in den engen Fesseln des "proletarischen Bereichs" gehalten wird und die Arbeiterklasse gerade nicht darauf vorbereitet wird, die Führung im demokratischen Kampf des ganzen Volkes zu übernehmen, ist die Kehrseite.

8. Die Zusammenfassung der kommunistischen Studenten in einen einheitlichen westdeutschen Studentenbund bringt keinen Fortschritt für die Einbeziehung der Studenten in die allgemeine Volksbewegung. Im Gegenteil würde damit nur die Tendenz zur Sonderbewegung der Studenten und zu ihrer Ausgliederung aus den allgemeinen Volkskämpfen unterstützt. Wo es um die Einheit des Volkes gegen den bürgerlichen Staat geht, ist es in keinem Fall richtig, über die Ortsebene hinaus, auf der territoriale Zusammenfassung von Menschen möglich ist, nach besonderen Bereichen der Gesellschaft zu organisieren. Das tun wir nicht bei Betriebszellen für verschiedene Betriebe eines Konzerns, sondern unterstellen in jedem Fall die einzelnen Zellen der jeweiligen Ortsleitung. Das ist aber auch falsch für den gesellschaftlichen Sonderbereich Universität und Hochschule. Der Aufbau kommunistischer Massenorganisationen ist in keinem Fall damit zu rechtfertigen, daß ein besonderer Bereich der Gesellschaft organisiert werden müsse. Kommunistische Massenorganisationen sind nur zu begründen aus dem besonderen Weg, den bestimmte Menschengruppen zum Kommunismus gehen. Kommunistische Studentenmassenorganisationen sind notwen-

dig, weil die Jugend generell und die studierende Jugend insbesondere an die Partei herangeführt und für sie erzogen werden müssen. Es sind Massenschulen des Kommunismus und keine Organisationsformen für bestimmte Bereiche. Ihre Zentralisierung über die Ebene des Ortes hinaus kann also niemals aus den Bedürfnissen der praktischen Kampfführung, der Notwendigkeit der operativen Leitung für einen bestimmten gesellschaftlichen Sonderbereich begründet werden, sondern nur, um dem Zweck einer Massenschule des Kommunismus besser gerecht werden zu können.
Eine Zentralisierung der operativen Kampfführung kann, da es gegen den einen bürgerlichen Staat geht, nur von einer Stelle aus geschehen und nicht für jeden Bereich der Gesellschaft speziell erfolgen.Wo solche falschen organisatorischen Schlußfolgerungen gezogen werden, entspringen sie nicht dem Gedanken an die Notwendigkeit der politischen Revolution und der Organisierung des bewaffneten Aufstands, sondern reformistischen Vorstellungen über das Einwirken auf bestimmte Bereiche der Gesellschaft und deren von der Bourgeoisie betriebenen Veränderungen. - Daß während der Höhepunkte der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre der SDS zeitweilig eine wichtige Aufgabe für die Zentralisierung der Kämpfe erfüllt hat, spricht nicht gegen die Ablehnung eines organisatorisch zentralisierten kommunistischen Studentenverbandes heute. Der SDS hat Ende der sechziger Jahre eine Zentralisierung hinsichtlich der Volkskämpfe geleistet, die damals aktiv wesentlich von Studenten getragen wurden. Er hat seine politische Bedeutung keineswegs durch die Rolle gewonnen, die er in den besonderen Kämpfen an der Hochschule um die Hochschulreform gespielt hat. Er konnte diese politische Bedeutung gewinnen und ein zentralisierendes Moment in den Volkskämpfen sein, weil keine andere politische Organisation neben ihm existiere,die diese Kämpfe zu führen und zu organisieren bereit war. Er konnte diese politische Rolle nur für einen kurzen Moment spielen, weil er als eine politische Studentenorganisation, die als Organisation nicht auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus arbeitete, nicht zur Avantgarde in den Volkskämpfen werden konnte. So wurde er als Organisation durch die auf ihn zukommenden Aufgaben zerrieben. Der Aufbau marxistisch-leninistischer Organisationen, die sich die Wahrnehmung dieser Aufgaben vorgenommen hatten, wurde seitdem begleitet von einem Rückzug vieler Studenten und Studentenorganisationen an die Hochschule. Sie über die Hochschule und den Kampf um akademische Rechte wieder hinauszuführen, das ist heute die Aufgabe der inzwischen aufgebauten Organisationen. Wahrnehmen kann diese Aufgabe nur, wer den Kampf um ungeteilte und uneingeschränkte Volksherrschaft als Aufgabe der um ihre politische Herrschaft kämpfenden Arbeiterklasse begriffen hat und ihn um positive Forderungen zu organisieren bereit ist. Das ist in Westdeutschland einzig der KBW. Die Zentralisierung der Volkskämpfe und die Einbeziehung der Studenten in die allgemeine Volksbewegung, das ist die Aufgabe des KBW und aller seiner Ortsgruppen. Wo solche Hebel zur Heranführung der Studenten an die Politik der Arbeiterklasse im Volk noch nicht bestehen, schaffen die Ortsgruppen des KBW örtliche studentische Massenorganisationen, die auf dem Boden des Programms des KBW arbeiten.

9.Die Ortsgruppen des KBW regen die studentischen Massenorganisationen an, den lebhaftesten Vertrieb der KVZ an der Hochschule in Gang zu setzen und die Zeitung als politisches Massenagitationsmittel zu nutzen. Sie sorgen weiterhin dafür, daß die Mitarbeit der Studenten und der kommunistischen Studentenorganisationen an der KVZ wesentlich verbessert wird. Die Zustände an den Hochschulen und die Maßnahmen des bürgerlichen Staates müssen enthüllt und der gerechte Kampf der Studenten — auch der für akademische Freiheiten — muß vor dem gesamten Volk dargelegt werden.

10. Einbeziehung der kommunistischen Studenten in die Volkskämpfe, das bedeutet auch: Als politische Agitatoren ins Volk zu gehen und sich am Verkauf der KVZ in der Stadt und vor den Betrieben zu beteiligen. Revolutionäre Studenten, die der Masse der Studenten den Weg an die Seite der Arbeiterklasse in der Volksrevolution weisen wollen, dürfen sich selbst nicht in der Hochschule einmauern lassen und die Trennung des Volkes in korporativrechtlich abgesicherte Sonderbereiche hinnehmen. Die Ortsgruppen, die studentische Massenorganisationen anleiten und kommunistische Studenten als Agitatoren mit der Zeitung gewinnen wollen, müssen zunächst damit beginnen, die studentischen Genossen selbst politisch zu agitieren. Sie müssen eine bloß technische Organisierung des Zeitungsverkaufs überwinden

11. In ihrer praktischen Tätigkeit werden die Ortsgruppen des KBW und die kommunistischen Studentenorganisationen an den einzelnen Orten bzw. Hochschulen stärkeres Gewicht auf die unmittelbare Teilnahme an den Volkskämpfen legen. Das gilt etwa für den Kampf um das Volksbildungswesen, der in Komitees für die einzelnen Stadtteile und Schulen organisiert wird und keineswegs eingeschränkt werden darf auf Schüler, Eltern und Lehrer, sondern eine allgemein-demokratische Angelegenheit ist. — Für die Arbeit in Soldaten- und Reservistenkomitees, die auf der Grundlage des Militärprogramms tätig werden. — Für den Kampf gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst, die Mitarbeit in antiimperialistischen Komitees usw., die alle nicht auf die Hochschulen eingeschränkt arbeiten, sondern möglichst breite Teile des Volkes zu erfassen suchen bzw. durch ihre Agitations- und Propagandatätigkeit sich an viele Menschen wenden.

12. Wo in einer Stadt eine Ortsgruppe des KBW, welche studentische Massenorganisationen anleiten könnte, noch nicht existiert, wohl aber Organisationen von Studenten, ist es falsch, die Studenten über einen einheitlichen Studentenverband gänzlich auf die Hochschule zu konzentrieren. Vielmehr wird es in einer solchen Lage zur Aufgabe der kommunistischen Studenten, ohne die Arbeit an der Hochschule und unter den Studenten aufzugeben, Kräfte für den Aufbau einer Ortsgruppe freizustellen und nach Rücksprache mit dem ZK des KBW mit der kommunistischen Politik in der Stadt und unter der Arbeiterklasse zu beginnen.

13. Den verschiedenen lokal arbeitenden Studentenorganisationen, deren Hauptaufgabe in der Einbeziehung der Studenten in die Volkskämpfe besteht, stellen sich zugleich die begrenzten Aufgaben einer kommunistischen Fraktionsarbeit in den Vertretungskörperschaften der Studenten auf der Ebene des Gesamtstaates (VDS, SVI) und an den einzelnen Hochschulen (Studentenparlamente, Asten).
Sie werden wahrgenommen durch Fraktionen, deren Leitungen am Ort durch die jeweilige Massenorganisation kommunistischer Studenten bestimmt wird. Fraktionsleitungen über die Ebenen des Ortes hinaus werden nach Rücksprache mit den betreffenden Genossen vom ZK des KBW bestimmt. Die Fraktionen der Massenorganisationen des KBW in den akademischen Gremien und den Gremien der Studentenschaft arbeiten auf der Grundlage der richtungsweisenden Beschlüsse des KBW.

14. Da in der breit entfalteten Bewegung unter der studierenden Intelligenz sich ideologische und politische Fronten auf der Ebene des Gesamtstaates schon herausgebildet haben und da sich diese Bewegung immer wieder in der Lage sieht, Maßnahmen des Staates an den Hochschulen auf einer einheitlichen Linie entgegentreten zu können, muß sich das Zentrale Komitee des KBW Instrukteure schaffen, um sich selbst und die Ortsgruppen zu befähigen, in diese Kämpfe auf der Linie der demokratischen Forderungen unseres Programms einzugreifen. Ein solches Instrument ist eine Hochschulkommission beim Zentralen Komitee, ein anderes sind Beratungen und Kongresse, die vom ZK einberufen werden und auf denen die besonderen Fragen der Politik unter Studenten und an den Hochschulen erörtert werden können.

15. Das Zentrale Komitee beschließt Richtlinien für die Arbeit der örtlichen kommunistischen Massenorganisationen, die auf der Linie der hier dargelegten Begründung liegen. Diese Richtlinien werden von den örtlichen Massenorganisationen ebenso wie das Programm des KBW und ein Musterstatut zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt. Die Ortsleitungen und die Zellen des KBW versuchen, die Genossen in den Massenorganisationen von der Richtigkeit der darin dargelegten Linie zu überzeugen.

16. Dieser Beschluß wird unmittelbar allen Zellen des KBW in kommunistischen Studentenorganisationen und allen befreundeten kommunistischen Studentenorganisationen zugänglich gemacht. Er wird baldmöglichst in "Kommunismus und Klassenkampf"veröffentlicht.Seine Veröffentlichung in einer speziellen Broschüre einschließlich einiger der bis zum 20.Januar 1974 eingegangenen Stellungnahmen ist vorgesehen.

Dieser Beschluß wurde vom ZK einstimmig gefaßt.
Bei der Beratung lagen vor: zwei Stellungnahmen aus der Hochschulzelle der Ortsgruppe Heidelberg, eine Stellungnahme von Genossen aus Münster, eine Stellungnahme von H.J.H. (Mitglied der Hochschulkommission).

Kampf zweier Linien in der Bestimmung von Agitation und Propaganda

Daß die Thesen der Genossen Maier und Kühl nicht nur in den Köpfen zweier Genossen wurzelten, sondern eine Strömung im ganzen KBW und seinen befreundeten Organisationen repräsentieren, ist auch an der Art abzulesen, wie Agitation und Propaganda von verschiedenen Ortsgruppen und auch von uns – der Kommunistischen Gruppe Westberlin – verstanden und angepackt wurde und zum Teil noch wird.

Wir bildeten bei unserer Gründung im Juli 1973 eine Branchenzelle Metall und eine Verteilerzelle. In einer "Resolution zur Arbeit von Verteilerzellen" bestimmten wir: "Die Genossinnen und Genossen, die in der Verteilerzelle organisiert sind, sind zu Agitatoren und Propagandisten der politischen Linie der Organisation auszubilden und auch entsprechend ihrer diesbezüglichen Fähigkeiten für die Verteilerzelle auszusuchen."
Was heißt das? Es heißt – offen und implizit – dreierlei:
- Agitatoren und Propagandisten sind Spezialisten der Organisation.
- Sie sind als solche in einer besonderen Grundeinheit zusammenzufassen.
- Der entscheidende Ort von Agitation und Propaganda ist vor dem Betriebstor und auf den Straßen und Plätzen der Stadt beim Verteilen und Verkauf von Publikationen.

Alle drei Ansichten sind falsch. Warum? Agitatoren und Propagandisten sind keinesfalls Spezialisten der Organisation, das genaue Gegenteil ist der Fall: Jeder, absolut jeder Genosse und jede Genossin der Organisation muß Agitator und Propagandist des wissenschaftlichen Sozialismus unter den Massen sein, außer denjenigen, die die Organisation ausdrücklich für andere Aufträge und Zwecke bestimmt. Daß dabei unterschiedliche Fähigkeiten unter den Genossen existieren, ist eine Binsenwahrheit, die keine andere Konsequenz hat als die, daß die schwächeren Genossen es noch lernen müssen.

Der zweite Grundfehler ist, Verteilerzellen aufzubauen. Wo baut die kommunistische Organisation ihre Zellen auf? Sie baut sie auf an den Arbeits- und Ausbildungsstätten der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes sowie in ihren kommunistischen Massenorganisationen. Warum tut sie das? Weil sich allen Zellen der Organisation die gleiche Aufgabe stellt, nämlich die Mehrheit des Volkes unter der Führung der Arbeiterklasse zusammenzuschließen im Kampf für die Diktatur des Proletariats. Und das können sie nur dort, wo die Massen arbeiten und leben, dort stellt sich ihnen die Aufgabe, die Kämpfe der Massen anzuleiten und zu organisieren. Was aber sind Verteilerzellen? Sie leiten weder Kämpfe der Massen an noch organisieren sie sie. Sie haben keinen Nährboden für eine organisierte revolutionäre Tätigkeit und sind auch nicht dazu in der Lage, sich auf der Grundlage ihrer Massenarbeit zu vergrößern, sondern können immer nur von der Organisation neue Genossen aus anderen Bereichen zugeschanzt bekommen. Es werden also praktisch besondere Fähigkeiten, Aktitvitäten von Genossen organisiert. Zugespitzt hieße das auch, etwa Rednerzellen zu bilden aus Genossen, die öffentlich auf Veranstaltungen reden etc. In Wirklichkeit muß aber die Agitation und Propaganda zur ständigen Aufgabe der Arbeit aller Genossen der Organisation werden. Dabei muß natürlich das Verteilen und der Verkauf von Publikationen vor den Betrieben, Krankenhäusern, Behörden usw. fester Bestandteil der jeweiligen Zellenarbeit sein, das heißt von dieser angeleitet werden. Die Verteilertätigkeit übernehmen dabei Mitglieder und Kandidaten der Kaderorganisation und

ihrer Massenorganisationen, die entweder mit in der Betriebszelle organisiert sind, aber nicht im Betrieb arbeiten (z.B. Hausfrauen, Rentner etc.) oder in anderen Bereichen zellenmäßig organisiert sind, aber von ihrer Arbeitszeit her dazu in der Lage sind, diese Tätigkeit mit zu übernehmen.
Die KVZ jedoch zum politischen Faktor in der ganzen Stadt zu machen, das heißt sie so oft und so breit wie möglich auf den Straßen und Plätzen der Stadt zu verkaufen, das muß prinzipiell von allen Genossen der Kader- und Massenorganisation getragen werden! Dabei sollte man so verfahren, daß nicht einzelne Genossen dafür abgestellt werden, sondern alle Genossen dazu verpflichten, auch und besonders leitende Genossen, wobei einzelne von ihren Zellen davon befreit werden können. Das ist gut und richtig und muß vorangetrieben werden. Aber heißt das, daß dies die wesentlichen Wirkungsfelder von Agitation und Propaganda sind? Nein, das heißt es nicht. Es gilt vielmehr: Dort, wo die Kader ihre tägliche Arbeit leisten, dort, wo sie beständig mit den Meinungen der Kollegen konfrontiert sind, dort, wo sie in die Kämpfe der Massen eingreifen müssen, Kampfschritte organisieren und auf das Ziel des Sozialismus ausrichten müssen, dort ist der wesentliche Ort, wo sie agitieren, den wissenschaftlichen Sozialismus propagieren müssen, wo sie ihre Fähigkeiten ausbilden und schulen, wo sie geschliffen werden, ihre Fehler zutage treten und korrigiert werden müssen. Ihr Instrument, mit dem sie diese Arbeit immer mehr verbessern, mit Hilfe dessen sie mehr und mehr zu wirklichen Sprechern und Führern der Klasse werden, ist die wissenschaftliche Verarbeitung der Erfahrungen der Klasse, des Klassenkampfes – und diese findet statt in der Kaderschulung, ist niedergelegt im Programm und den taktischen Resolutionen der Organisation, ihren Beschlüssen auf allen Ebenen, in denen die Arbeit ausgerichtet wird, muß ständig studiert werden in den Artikeln unseres Zentralorgans und unseres theoretischen Organs. Das muß man sorgfältig im Auge behalten – man wird nicht im wesentlichen durch die theoretische Ausbildung ein guter Kader, wie man es allerdings auch nicht werden kann ohne sie. Es ist daher auch falsch, wenn die Genossen Maier und Kühl in ihren Thesen schreiben: "Die Bedeutung solcher Arbeiterpropagandisten ist unschätzbar. Ihre Ausbildung, ihre Erziehung zum selbständigen Denken und Handeln, zur Auseinandersetzung mit allen Fragen der gesellschaftlichen Klassenkämpfe und im Studium des wissenschaftlichen Sozialismus hat heute Vorrang vor anderen Aufgaben. Denn: diese Aufgabe ist überhaupt nur erfüllbar in Zeiten relativer Ruhe der Klassenkämpfe." Nein, unsere Arbeiterpropagandisten sind keine zarten Pflänzchen, die eine Zeit der "relativen Ruhe der Klassenkämpfe" brauchen, um groß und stark zu werden. Im Gegenteil, unsere besten Kader reifen im Sturm, und je mehr sie sich ihm aussetzen, desto stärker werden sie. Das ist die Logik der Revolution, die der Evolution wollen wir wirklich ganz und gar den bürgerlichen Wissenschaften überlassen.

Der Genosse J.S. schreibt: "An der ideologischen Front sind die Marxisten-Leninisten schon in der Offensive und werden diese Offensive erfolgreich fortsetzen können" – und das ist richtig, und darum müssen wir aber auch unsere Anstrengungen verdoppeln. Und wenn der Genosse H.K. aus der Ortsgruppe Mannheim schreibt: "Das Zentralorgan ist zentraler Agitator, Organisator und Propagandist" – so ist das auch richtig, aber nur insofern, als es von den Genossen auch so eingesetzt wird. Man sollte zum Beispiel denken, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, daß jeder Genosse die KVZ gründlich studiert, das ist aber offenbar durchaus nicht der Fall. Man sollte in diesen Fällen keine Appelle loslassen, sondern die Arbeit der Genossen untersuchen; man kann sicherlich davon ausgehen, daß diese Genossen sie noch nicht richtig anpacken. Denn: Wenn die Politik der Kommunisten aller Länder durch die Existenz und Entfaltung der vier Hauptwidersprüche in der Welt bestimmt wird, die sich sämtlich objektiv und subjektiv auf die Klassenkämpfe in Westdeutschland und Westberlin auswirken; wenn wir weiter davon ausgehen, daß die KVZ die einzige Zeitung in der BRD und Westberlin ist, die das Material zur Analyse der Entwicklung dieser Hauptwidersprüche und ihrer Auswirkungen auf die Klassenkämpfe in unserem Land im Licht des wissenschaftlichen Sozialismus liefert, dann ist für jeden, der seine Arbeit umfassend politisch als Kommunist und nicht bereichs-, regional-, ökonomistisch- oder sonstwie borniert angeht, das intensive Studium der KVZ bereits heute unentbehrlich geworden.

Ebenso ist zu beobachten, daß bei der Agitation und Propaganda der Zellen noch viel zu wenig mit dem Instrument der KVZ gearbeitet wird – sei es, daß Artikel gekürzt oder ungekürzt übernommen werden, sei es aber auch wenigstens, daß sich die zentralen Aussagen der wichtigsten Artikel in ihnen wiederfinden. Wo das nicht geschieht, liegt es sicherlich nicht zum Beispiel daran, daß die Genossen sich scheuten, aus der KVZ abzuschreiben. Es liegt vielmehr mit Sicherheit an dem gleichen Fehler, dem die Genossen Maier und Kühl in ihren Thesen theoretischen Ausdruck verliehen, als sie dafür plädierten, nur an den Fragen anzuknüpfen, die sich den Massen bereits stellen. Der Genosse J.S. hat schon richtig darauf geantwortet, daß wir vielmehr vor den Arbeitermassen alle politischen Fragen aufwerfen müssen, "die für die Arbeiterklasse von Bedeutung sind, auch wenn sie sich ihr spontan nicht stellen." Manchmal geht die ökonomistische Borniertheit der Zellen aber sogar soweit, daß in den Betriebszeitungen selbst zu politischen Themen, die unter den Kollegen mehr oder weniger breit über Wochen hin diskutiert werden, keine Zeile zu finden ist, wie z.B. über den Nahost-Krieg.

Aber mit der KVZ als Instrument zu arbeiten, heißt nicht nur, sie als Instrument zu benutzen, sondern auch, sie zum Instrument zu machen. Wenn in der zentralen taktischen Resolution des KBW steht, daß das Zentralorgan "der Zusammenfassung der Kämpfe zum politisch geführten Klassenkampf" (Ergebnisse . . ., S.48) dient, so leitet sich daraus unmittelbar ab: Jeder Kampfschritt der Massen an den Frontabschnitten, wo unsere Zellen arbeiten und natürlich auch dort, wo sie noch nicht arbeiten, muß im Zusammenhang der Gesamtheit der Klassenkämpfe begriffen werden, um ihn zum politisch geführten Klassenkampf hin auszurichten, und jeder Kampfschritt muß ebenso in seiner Bedeutung für diese Gesamtheit der Kämpfe erkannt werden. Das erste macht es notwendig, die KVZ als Instrument zu benutzen, das zweite, sie dazu zu machen. Das ist der Sinn von Korrespondenzen und es nützt nicht viel, Appelle loszulassen an die journalistische Wach- und Regsamkeit der Genossen. Es ist keine Frage des Informationsniveaus, sondern eine Frage des Niveaus unserer Kampfkraft und der politischen Klarheit, mit der wir den Kampf der Massen anleiten. Nur wenn unsere Agitation und Propaganda auf die Ebene von Aufklärung herunterkommt, haben die Genossen ein kontemplatives Verhältnis zur Zeitung und mehr oder weniger meist auch zu den Klassenkämpfen und der Organisation selbst. Alle unsere Agitation und Propaganda muß aber darauf ausgerichtet sein, positive Sprengkraft zu sein, in den Kampf einzugreifen, den Weg nach vorne zu weisen.

Um sich auch in Agitation und Propaganda wirklich mit den Massen zu verbinden und ihnen nicht nur fassadenhaft gegenüberzutreten, müssen die Kommunisten auch Formen schaffen, in denen die Massen sich äußern können, in denen die breiteste Demokratie im Meinungskampf entfaltet werden kann. Die Revisionisten und die Linkssektierer haben Angst vor den Massen. Die Revisionisten deshalb, weil ihr programmatisches Etappenziel – die Vollendung der bürgerlichen Revolution – keines ist, das die natürliche geschichtliche Tendenz und die Bewegung des kämpfenden Volkes auf seiner Seite hätte. Denn wenn der Genosse Mao schreibt: "In den Massen steckt ein gewaltiger Drang zum Sozialismus", so gilt das auch für hier – Westdeutschland und Westberlin. Denn auf dieser Grundlage können sich die Kommunisten überhaupt nur mit den Massen verbinden. Die Revisionisten verfolgen aber nicht das Ziel des Sozialismus, der Errichtung der proletarischen Diktatur, deswegen können sie sich mit den kämpfenden Arbeitermassen nicht verbinden, sondern müssen sie verwalten. Daher müssen sie Angst vor der Selbständigkeit der Massen haben und aus diesem Grund sind alle Kommunisten für sie auch "Chaoten".

Die Linkssektierer fürchten die Massen, weil nach ihren Vorstellungen die Massen eigentlich alle falsch kämpfen. Liest man zum Beispiel die "Rote Fahne", so erfährt man da so gut wie nichts über die Kämpfe der Massen, sondern nur etwas über die Kämpfe, die die Gruppe Rote Fahne den Massen vorführt. Natürlich, wer bereits den unmittelbaren Kampf um die Macht mit dem bürgerlichen Staat ausficht wie die Gruppe Rote Fahne, zum Beispiel bei der Bonner Rathausbesetzung und mit ihrer Aufforderung zum Sturz der Brandt-Regierung, für den sind die Massen eigentlich zurückgeblieben, der kann mit ihren Kämpfen nichts anfangen, der muß alle, die ihn in seinem heldenhaften Kampf nicht vorbehaltlos unterstützen, für Feiglinge, Arbeiterverräter, bürgerliche Opportunisten etc. halten, die die reine Linie beschmutzen. Wer kein klares Programm hat, wer den Weg, den die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen im Kampf für den Sozialismus gehen werden, nicht kennt, wer die Kommunistische Partei nicht über die Wahrnehmung der objektiv anstehenden Aufgaben auf der Grundlage einer klaren politischen Linie aufbaut, sondern moralisch über die Organisierung von subjektiven Fähigkeiten wie Mut und Entschlossenheit, dem muß eigentlich alles, was nicht zur eigenen verschworenen Sekte stößt, als bürgerlich und die eigene "Linie" gefährdend erscheinen. Wir dagegen, der KBW und seine befreundeten Organisationen, brauchen keine Angst vor den Massen zu haben. Denn wenn wir auch noch viele Fehler machen, so haben wir doch ein klares politisches Programm, das den wissenschaftlichen Sozialismus nicht verrät und das die Massen zu dem ihren machen können. Und wir kennen auch den Weg, den die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten notwendig im Kampf für den Sozialismus gehen werden: den Weg des demokratischen Kampfes. "Um an die proletarische Revolution heranzukommen, freien Raum für die Entfaltung der gesellschaftlichen Klassenkämpfe zu schaffen und die Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung zu gewinnen, muß die Arbeiterklasse den entschiedensten Kampf für die ungeteilte und uneingeschränkte Volksherrschaft führen. Im ständigen demokratischen Kampf gegen den imperialistischen Staatsapparat werden die Arbeiterklasse und breite Volksmassen jene Fähigkeiten herausbilden, derer sie bedürfen, um die politische Macht zu erobern, die sozialistische Räterepublik zu errichten und die staatliche Verwaltung selbst in die Hand zu nehmen." (Programm, "Ergebnisse . . .", S.22). Denn: "Die sozialistische Revolution ist keinesfalls eine einzige Schlacht, sondern im Gegenteil eine Epoche, bestehend aus einer ganzen Reihe von Schlachten um alle Fragen der ökonomischen und politischen Umgestaltung, die nur durch die Expropriation der Bourgeoisie vollendet werden können. Eben im Namen dieses Endziels müssen wir einer jeden unserer demokratischen Forderungen eine konsequent revolutionäre Formulierung geben. Es ist denkbar, daß die Arbeiter eines gegebenen Landes die Bourgeoisie niederwerfen werden, bevor sie auch nur eine einzige demokratische Umgestaltung vollständig verwirklichen. Aber es ist ganz undenkbar, daß das Proletariat als eine geschichtliche Klasse die Bourgeoisie besiegen könnte, wenn es dazu nicht vorbereitet wird durch die Erziehung im Geiste des konsequentesten und revolutionär entschiedensten Demokratismus." (Lenin, Werke Band 21, S.415f.)

Es ist also falsch und es muß Schluß damit gemacht werden, vor unseren Aufgaben zurückzuschrecken wegen angeblichen Kräftemangels oder aus Angst, Fehler zu machen. Die Fehler, die uns zweifellos noch anhaften, werden wir im Gegenteil nur überwinden, wenn wir uns konsequent unseren objektiven Kampfaufgaben stellen. Und es gibt heute keinen anderen Grund, der uns hindern könnte, unsere Arbeit umfassend politisch aufzunehmen, als den, der falschen Linie des Überwinterns und der Politik der kleinen Schritte aufzusitzen. Die Kräfte, über die wir verfügen, müssen auf die objektiv anstehenden politischen Aufgaben ausgerichtet werden, niemals darf die Aufgabenstellung selbst vom Kräfteverhältnis in der Organisation bestimmt werden. Nur wenn wir uns das ganz klar machen und unsere Arbeit entsprechend anpacken, werden wir unser Ziel, die Kommunistische Partei wiederaufzubauen und die Volksmassen mit der Arbeiterklasse an der Spitze zum Sieg über den Kapitalismus zu führen, erreichen können.

–do–, KG Westberlin

Klassenkampf und Programm

Die Auseinandersetzung mit der rechten Liquidatorenfraktion in der Bremer Ortsgruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Die Auseinandersetzung in der Bremer Ortsgruppe des KBW, die in dieser Broschüre dokumentiert wird, ist Bestandteil des Kampfes gegen rechte Fehler in der Politik der Gesamtorganisation und ihrer Ausrichtung auf die Aufgaben im Klassenkampf. Die Dokumentation enthält die Plattform der rechten Liquidatorenfraktion und einen Arbeitsplan, den der inzwischen zurückgetretene Sekretär der Ortsgruppe G.M. vorgelegt hat. Anschließend sind wiedergegeben die überarbeiteten Fassungen der Referate, die der Sekretär des ZK und W.Maier als Zuständiger für die Region Nord im Ständigen Ausschuß des ZK auf der außerordentlichen MV der Ortsgruppe Bremen gehalten haben. Während das eine auf die einzelnen Positionen der Liquidatorenplattform eingeht und sie widerlegt, versucht das andere, die Ursachen der Fehler in der Politik des alten KBB herauszuarbeiten und weist nach, daß die Liquidatoren theoretisch fest auf dem Boden des Ökonomismus stehen.

Bestellungen an: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf,
68 Mannheim 1, Sandhoferstr. 29, Tel.: 0621/379221

Kampf - Kritik - Umgestaltung

Resolution der 2. Mitgliederversammlung des KBW — Ortsgruppe Osnabrück

Den Aufschwung der Klassenkämpfe organisieren! Das Zirkelwesen ausmerzen!

Mit der Gründung des KBW sind aus den alten Zirkeln keineswegs automatisch Grundeinheiten einer kämpfenden kommunistischen Organisation geworden. Viele Teile des Zirkelwesens schleppen sich fort und bestimmen bis heute weite Teile der Arbeit der Ortsgruppen. Vor allem die Klärung der augenblicklichen Klassenkampfsituation und unserer Aufgaben bei der Organisierung der Klassenkämpfe werden von vielen Genossen und Einheiten nur theoretisch betrachtet.
Man verkrümelt sich in einzelnen Erfolgen und Mißerfolgen der örtlichen Arbeit und setzt dies nicht in Beziehung zur nationalen und internationalen Klassenkampflage, genauso wenig wie man die Politik seiner eigenen Einheit ernsthaft in Beziehung zur Gesamtorganisation setzt.
Der Sekretär des ZK schreibt dazu in KVZ 5: "Wir müssen zwei Fehler vermeiden bzw. überwinden: der eine Fehler besteht darin, jede besondere Entwicklung und Bewegung der allgemeinen Entwicklung unterzuordnen, statt im Lichte der Gesamtbewegung zu beleuchten; der andere Fehler besteht darin, jede besondere Entwicklung und Bewegung einfach in ihrer Besonderung zu lassen und nicht ihre Verbindung mit der allgemeinen Entwicklung herauszuarbeiten." (KVZ 5, S.13)

Diese Charakterisierung trifft nicht nur auf den antiimperialistischen Kampf zu. Viele Genossen gehen auch jetzt noch mit einer inneren Einstellung an die Arbeit, die sich am besten so ausdrückt: Die Haupttendenz in der Welt mag Revolution sein, die Klassenkämpfe in der BRD mögen sich schwungvoll entwickeln, aber hier am Ort und erst recht, wo ich arbeite, da ist alles zappenduster, da kann man nichts erreichen usw.
Diese opportunistische Zirkelhaltung ist verantwortlich, wenn die Ortsleitung Beschlüsse von ZK und Ständigem Ausschuß kommentarlos zur Kenntnis nimmt, sie ist verantwortlich, wenn der KVZ-Verkauf vernachlässigt wird, sie ist verantwortlich, wenn Kampagnen des KBW im nationalen Rahmen als störend für die örtliche Arbeit empfunden werden.
Diese falschen und schädlichen Auffassungen rühren daher, daß die augenblickliche Klassenkampfsituation von den Genossen nicht ernsthaft studiert und nicht richtig verstanden worden ist.

Kommunist sein heißt kämpfen, nicht kommentieren!

Hauptausdruck dieser falschen Linie ist das Kommentatorentum in unserer Organisation, die Unfähigkeit, Massen in den Kampf zu führen.
Dieses Propagandazirkeltum, das die Kämpfe der Massen nur kommentiert, statt in sie einzugreifen, das die Maßnahmen der Bourgeoisie nur kritisiert, statt den Kampf gegen sie zu organisieren, hat auf einer gewissen Stufe des Klassenkampfes und der Entwicklung kommunistischer Organisationen notwendig Rechtsopportunismus und Liberalismus zur Folge. Man ergeht sich im Nachhinein in Kommentaren über Gewesenes, läßt sich ständig von den politischen Ereignissen überrollen, hält auf Grund der eigenen falschen Politik die Organisation für zu schwach, um in bestehende Kämpfe einzugreifen, sieht diese Kämpfe schließlich gar nicht mehr und bemüht sich stattdessen, möglichst in Ruhe gelassen zu werden.

In der Phase des Zirkelwesens hatte das seine objektiven Gründe und war großenteils Ausdruck der taktischen Richtungslosigkeit, mit der man den politischen Bewegungen gegenüberstand.
Jetzt aber wird dieser Rechtsopportunismus zur gefährlichsten bürgerlichen Strömung in unserer jungen Organisation, die Politik nämlich, die die gewonnene ideologische Klarheit und organisatorische Einheit nicht nutzt, um unsere Organisation aus dem Sumpf der Zirkelpolitik herauszuholen, sondern um es sich in diesem Sumpf gemütlich zu machen.
In einem Rundbrief des Ständigen Ausschusses steht, daß es heute schon einen Schritt zurück bedeute, wenn man gegenüber den rechtsopportunistischen Kühl/Maier-Thesen nur auf der Allseitigkeit der kommunistischen Propaganda besteht. Es kommt jetzt nicht mehr nur auf die allseitige politische Propaganda an, sondern darauf, daß der politische Kampf allseitig geführt wird.

An allen Fronten die Volkskämpfe aufnehmen, führen und verbinden!

Die Volksbewegungen entfalten sich heute in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Das ist keine nur im nationalen Maßstab gültige Tendenz, sondern trifft auch auf die Osnabrücker Verhältnisse zu. Bei Karmann und Kabelmetal haben eigenständige Streiks gegen, bzw. ohne den Willen der IGM und gegen den erklärten Willen der jeweiligen Betriebsräte stattgefunden.
Die demokratische Bewegung beschränkt sich nicht allein auf PH und FH (Pädagogische Hochschule und Fachhochschule), wo sie ihren bisher breitesten Ausdruck im Kampf gegen den Staatskommissar gefunden hat. Im außeruniversitären Bereich sind einige Bürgerinitiativen entstanden, aus Protest gegen die Politik des Rates, der man kein Vertrauen mehr schenkt. Die Stadtsanierungsinitiative war der Auftakt, Kindergarteninitiativen, die Jugendzentruminitiative und andere folgten. Es ist keineswegs so, daß diese Intitiativen aus sich heraus antikapitalistisch sind. Aber in ihnen steckt der tiefe Protest gegen die bürgerlich-parlamentarischen Betrugsgremien.
Auch an der dritten Kampffront, im antiimperialistischen Kampf, verbreitern sich die gegen den Imperialismus gerichteten Strömungen. Auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges konnte man auf der Straße nicht nur spüren, wie die Mehrheit der Bevölkerung die Verbrechen des Imperialismus verabscheute, sondern das fand auch seinen Ausdruck in der Beteiligung an der Bonner Demonstration.

Welchen Umfang diese antiimperialistische Bewegung genommen hat, zeigt das Beispiel Chile, wo Initiativen von allen Seiten zu Aktionen drängten. Die Kommunisten müssen jede gegen die kapitalistische Gesellschaft gerichtete Tendenz aufnehmen und versuchen, in ihr die Führung zu erlangen. Dabei ist es außerordentlich wichtig, innerhalb der wachsenden Unruhe den Überblick zu bewahren, sich nicht in einzelnen Aktionen zu verzetteln, sondern immer die Verbindung der Kämpfe zu schaffen, um sie auf den einheitlichen Klassenkampf zum Sturz der Bourgeoisie auszurichten.

Unsere Ortsgruppe hat diese Aufgabe bisher nicht erfüllt, weil sie nicht die Voraussetzungen einer Kampforganisation mitbrachte, sondern mit den Mitteln einer Propagandistenorganisation immer nur auf besonders hervorstechende Beispiele der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung reagieren konnte.
Das findet seinen Ausdruck vor allem in einem In-sich-gekehrt-sein der Organisation, in einer mangelnden Untersuchungs- und Anleitungsarbeit und in einer fehlenden Geschlossenheit der kommunistischen Kaderorganisation und ihrer Massenorganisationen.
Noch immer ist es so, daß das Auftreten unserer Genossen auf Veranstaltungen der Bürgerlichen eine Ausnahme ist, noch immer haben die kommunistischen Organisationen den Geruch des Geheimbundes. Das muß gründlich anders werden, wenn wir die Klassenkämpfe führen wollen. Überall, wo die Massen sind, müssen unsere Genossen sein, das Auftreten in anderen Verbänden, auf Veranstaltungen der Bürgerlichen, in Bürgerinitiativen usw. muß zu einer Selbstverständlichkeit werden. Damit ergibt sich notwendig ein korrektes Untersuchungs- und Anleitungswesen. Die Ortsleitung wird nur in der Lage sein, einzuschätzen, wo die Organisation eingreifen muß, wenn sie auf Untersuchungen der Volksbewegung durch alle Einheiten der Organisation und einzelner Genossen aufbauen kann. Die Genossen und Grundeinheiten werden nicht in der Lage sein, ihren Kampf in den gesamten Rahmen einzufügen, wenn sie nicht jederzeit durch Richtlinien der Ortsleitung unterstützt werden.
Die allseitige Entfaltung der Kämpfe ist auch nur dann möglich, wenn Kaderorganisation und Massenorganisation sich als kämpfende Einheit begreifen – mit verschiedenen Aufträgen –, wenn die Massenorganisationen zu Hebeln der Durchsetzung unserer Politik unter den Massen werden.

Den wirtschaftlichen Kampf zur Schule des Klassenkampfs machen!

Auf Grund der Entwicklung unserer Organisation war der wirtschaftliche Kampf die natürliche erste Stufe unserer Arbeit. Und unseren Zellen ist es mit ihrer AgitProp zu den Tarifrunden oft genug gelungen, die Sprache der Kollegen zu sprechen und zum Ausdruck der Stimmung im Betrieb zu werden.
Aber auch dabei hat sich die mangelnde Ausrichtung der Organisation auf den Klassenkampf gezeigt: Die wirtschaftliche Agitation quälte sich von Tarifrunde zu Tarifrunde und in den Tarifrunden quälte sie sich hinter den Maßnahmen der Gewerkschaftsführer her, ohne überhaupt den Versuch zu unternehmen, mittels des betrieblichen und gewerkschaftlichen Einflusses die sozialdemokratische Gewerkschaftspolitik zu durchbrechen und unter den Kollegen die Diskussion für eine eigenständige Politik zu eröffnen.
Das findet seinen Ausdruck in der Gewerkschaftsarbeit der Ortsgruppe. Während die Betriebszeitungen in Tarifrunden großes Lamento machten, hörte man sonst von Kommunisten peinlich wenig (eine Ausnahme ist die Unterschriftensammlung letztes Jahr).

Man hat die mangelnde Verankerung im Erwachsenenbereich der Gewerkschaft einfach festgestellt, anstatt etwas dagegen zu unternehmen. Da, wo Genossen in Vertrauenskörpern saßen, haben sie das nicht genutzt, um eine eigenständige Politik zu entfalten, sondern höchstens um Informationen für ihre nächste Betriebszeitung zu hamstern.
Obwohl die Kommunisten zeitweise die überwiegende Anzahl aller Jugendgremien kontrollierten, haben sie das nicht benutzt, um die Jugendgremien zu Kampfinstrumenten zu machen, sondern haben sie um sich selber kreiseln und Grundsatzprobleme erörtern lassen.

Mit der falschen Behandlung des wirtschaftlichen Kampfes mußte auch eine falsche Behandlung der wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiter verbunden sein, wo man immer wieder debattierte, welches dort wohl die richtige Politik wäre, anstatt anzufangen, dort richtige Politik zu machen.
Wir werden uns darauf ausrichten, künftig in alle wirtschaftlichen Bewegungen unter den Arbeitern einzugreifen. Richtschnur dafür ist das Programm. Wir müssen die Beschränkung des wirtschaftlichen Kampfes auf die Tarifrunden bekämpfen und gegen jeden Versuch sozialdemokratischer Abwiegelei die eigenständige Politik der Arbeiterklasse setzen.

Den demokratischen Kampf als Kampf für die volle Volkssouveräntität führen!

In unserer taktischen Hauptresolution wird der demokratische Kampf als das entscheidende Kettenglied angeführt, das wir ergreifen müssen, um die Massen an die proletarische Revolution heranzuführen. Aus der Zirkelzeit haben wir noch viel zu überwinden, was den demokratischen Kampf behindert. Die Zirkel haben den demokratischen Kampf immer nur verkürzt als Verteidigungskampf um demokratische Rechte gesehen und haben das offensive Führen des demokratischen Kampfes abgelehnt. Wir müssen aber in allen Bewegungen, in denen Teile des Volkes dem bürgerlichen Staat entgegentreten, aufzeigen, daß dieser Staat nicht willens und nicht in der Lage ist, unseren Interessen zu entsprechen – und dagegen müssen wir die volle Volkssouveränität setzen, d.h., gerade im demokratischen Kampf gilt es, die Forderungen des Programms als Waffe zu benutzen, um die Ziele der Kommunisten zu den Zielen der breiten Volksmassen zu machen.
Unsere Ortsgruppe hat aber – anstatt das Kettenglied des demokratischen Kampfes zu ergreifen – es hinter sich herschleifen lassen.
Beispiel dafür ist die Berufsverbote/Mandel- Kampagne, wo die eigenen Initiativen einfach einschliefen, während man die Mandelkampagne dem KSB überließ. Oder unsere Auseinandersetzung mit dem Ordnungsamt: Statt sie als Mittel zu benutzen, den Massen den Charakter dieser "Demokratie" klarzumachen, haben wir dies Problem weitgehend nur vom Standpunkt der bürgerlichen Justiz und der Absicherung unserer eigenen Arbeit behandelt.
Die NSG Kampagne ist ein weiteres Beispiel: Nachdem man die Sache zuerst den Schülern überlassen und den Kampf auf abstrakte demokratische Rechte beschränkt hatte, anstatt den Schulkampf als Volkskampf zu führen, begab man sich dann in die Gefahr, große theoretische Untersuchungen anzustellen, statt den bestehenden Unmut des Volkes aufzugreifen und ihn gegen das elende kapitalistische Schulsystem zu richten. In die spontanen Ansätze der demokratischen Bewe-

gung in Osnabrück wie die Bürgerinitiativen haben wir bisher nicht eingegriffen und standen dem ganz hilflos gegenüber.
Es ist eine wichtige Aufgabe dieser Kampf–Kritik–Umgestaltungskampagne, die Ortsgruppe darauf auszurichten, in alle Ansätze des demokratischen Kampfes einzugreifen und sie zu den Zielen Volkssouveränität und Sturz des Kapitalismus weiterzutreiben.

Den antiimperialistischen Kampf als eine Zentralaufgabe begreifen

"Die Kommunisten bestimmen ihre unterschiedlichen Aufgaben jedoch stets im Rahmen der Hauptwidersprüche in der Welt, wie sie in der Epoche des Imperialismus und der Ära der proletarischen Revolution hervorgetrieben werden, um so den Kampf gegen den unmittelbaren Feind im eigenen Land aufs engste mit der Unterstützung des Proletariats der anderen Länder und der unterdrückten Völker zu verbinden."(Programm)
Gerade für das westdeutsche Proletariat ist der antiimperialistische Kampf eine hervorragende Aufgabe, da der westdeutsche Imperialismus extrem von der neokolonialen Ausbeutung abhängig ist und die zunehmende Befreiung der unterdrückten Nationen die inneren Widersprüche des westdeutschen Imperialismus verschärfen wird. Die Kommunisten haben dabei die Aufgabe, den Kampf der unterdrückten Völker mit dem Kampf des westdeutschen Proletariats zu verbinden, das heißt besonders, der Bourgeoisie keine Möglichkeit zu lassen, die Kämpfe der unterdrückten Völker zum Anlaß einer chauvinistischen Verhetzung zu nehmen.
Darum muß eine kontinuierliche antiimperialistische Arbeit begonnen werden, die nicht allein durch ständige Flugblattagitation gegeben ist. Es muß eine intensive und breite Agit-Prop erfolgen, um unter den Massen Klarheit über die Wichtigkeit und die Aufgaben des antiimperialistischen Kampfes zu schaffen.
Die Kommunisten haben weiter die Aufgabe, organisierend in antiimperialistische Bewegungen einzugreifen und den antiimperialistischen Protest breiter Bevölkerungsteile in entsprechende Kampfformen überzuleiten. Wir müssen erreichen, daß der antiimperialistische Kampf zu einer selbstverständlichen Sache breiter Volksmassen wird.

Die begonnene Arbeit fortsetzen! Kritik – Selbstkritik entfalten!

Wir können auf dieser MV feststellen, daß in den letzten Wochen unsere Fehler allen Genossen bewußt wurden, und daß die Kampf–Kritik–Umgestaltungskampagne in der Organisation begonnen und in Teilen auch schon Erfolge gehabt hat. Wenn in anderen Bereichen kurzfristige Erfolge ausbleiben, dann darf das keineswegs zu Resignation führen oder dazu, die Umgestaltung unserer Arbeit durch linke Phrasendrescherei zu ersetzen. Den politischen Kampf führen heißt nicht, pausenloses Feldgeschrei zu machen; wir müssen darauf achten, nicht in Schablonen zu erstarren, sondern die Organisation ständig nach den Erfordernissen des Klassenkampfes auszurichten.
Deshalb ist es vorrangige Aufgabe, die von der Ortsleitung gefaßten Beschlüsse für die Arbeit in die Tat umzusetzen.

Grundlage für die Umgestaltung ist die Debatte über die taktische Hauptresolution und den Bericht des Sekretärs des ZK aus KVZ 5. Dabei kommt es darauf an, die Richtigkeit der hier vorgelegten Klassenkampfeinschätzung auch an den Bewegungen am Ort und der Arbeit der jeweiligen Zelle zu belegen, um so die ideologische Diskussion sofort mit praktischen Beschlüssen zu verbinden.
Organisatorisch müssen wir hauptsächlich drei Ziele verfolgen:
Stärkung der Leitung, Stärkung der Zellen, Stärkung der Einheit zwischen KBW–Ortsgruppe und den Massenorganisationen.

Die Ortsleitung muß zu einer Zentralstelle des Klassenkampfes werden, bei der die Kämpfe an allen Fronten zusammengefaßt und angeleitet werden. Die Ortsleitung muß Richtlinien des ZK, bzw. des Ständigen Ausschusses sofort in praktische Beschlüsse umsetzen und diese den Genossen erläutern. Nur wenn wir einen kollektiven Motor haben, eine Ortsleitung, die nicht den Überblick verliert, sondern in allen Kämpfen den Genossen und Grundeinheiten konkrete Aufgaben geben kann, werden wir die Kampf–Kritik–Umgestaltungskampagne erfolgreich durchführen können. Dem muß Zusammensetzung und Arbeitsteilung der Ortsleitung Rechnung tragen.

Was die Ortsleitung für die gesamte Arbeit ist, muß die Zelle für ihren jeweiligen Bereich werden: Zentrum des Klassenkampfes. Nur wenn die Zellen den ganzen Klassenkampf, sowohl den ökonomischen, wie den demokratischen, wie den antiimperialistischen zu ihrer Aufgabe machen, werden sie ihre Genossen zu Propagandisten und Organisatoren erziehen, die selbständig die Volkskämpfe anleiten können. Gerade die Betriebszellen müssen es lernen, den politischen Kampf zu führen, den wir ja auch in den Betrieben nicht zu erfinden brauchen, sondern aufnehmen und vorwärtstreiben müssen. Wenn wir der Bewegung unter der Jungarbeiterschaft, unter der Schuljugend und unter den Studenten nicht hinterherhinken wollen, müssen wir die Arbeit der Ortsgruppe und der Massenorganisationen eng verbinden. Die Massenorganisationen müssen sich als Hebel zur Propagierung der KBW–Politik und zur Organisierung von Massen auf dieser Linie verstehen.

Genossen!
Die Ortsleitung ist der Ansicht, daß, wenn die Umgestaltung auf diesen drei Pfeilern und bei sorgfältiger Durchführung der einzelnen Beschlüsse angegangen wird, die Umgestaltungskampagne zu einem wichtigen Abschnitt beim Wiederaufbau einer kommunistischen Kampfpartei wird. Denn dann haben wir das Zirkelwesen nicht nur organisatorisch, sondern auch politisch geschlagen und der KBW kann zu einem wirklichen Hebel der Verankerung der Kommunisten in der Arbeiterklasse und zum Zusammenschluß aller wirklichen Kommunisten werden.
Diese Umgestaltungskampagne ist kein Osnabrücker Problem, sondern eines fast aller Ortsgruppen. In Osnabrück waren die Widersprüche nur schneller zum Ausbruch gekommen und deshalb haben wir die Kampagne schnell und entschieden angepackt. Machen wir auf dieser Linie weiter!
**Vorwärts beim Wiederaufbau der Kommunistischen Partei!
Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!**

Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!

9. 12. 1973
einstimmig von der Mitgliederversammlung beschlossen

Wer betrügt?

Der "Arbeiterkampf" hat in zwei Nummern (Nr.31 und Nr.36) die ehemalige KG (NRF) des Betrugs an dem "Westdeutschen IRA-Solidaritätskomitee" und indirekt an der IRA (Officials) beschuldigt. Der "Arbeiterkampf" hat inzwischen die Veröffentlichung des Briefwechsels des damals in der ehemaligen KG (NRF) für die Irland-Arbeit verantwortlichen Genossen mit der Redaktion des "Arbeiterkampf" angekündigt. ("Arbeiterkampf" Nr.36) Wir hoffen sehr, daß diese Veröffentlichung erfolgt. Statt auf den ganzen Unrat einzugehen, den der "Arbeiterkampf" zu verbreiten versucht, veröffentlichen wir eine abschließende Stellungnahme des damals in der ehemaligen KG (NRF) Mannheim/Heidelberg für die Irlandarbeit verantwortlichen Genossen:

Im Herbst 1972 organisierten Genossen, die den damaligen Kommuniqueorganisationen angehörten, eine sehr erfolgreiche Tournee des Generalsekretärs der Sinn Fein, Tony Heffernan, durch die BRD und Österreich. Sie setzten sich dabei auch mit dem Westdeutschen Solidaritätskomitee in Verbindung, das damals noch unter dem großkotzigen Firmenschild "DIE IRA" auftrat. Das Komitee machte die Offerte, zur Deckung der Reisekosten durch einen Teil des Erlöses aus dem Verkauf seiner Infos beizutragen. Den Verkauf sollten die Organisationen, bzw. deren Buchläden übernehmen. Während der Tournee einigte man sich auf folgendes Verfahren:

1. Der Heidelberger Genosse, der den Sprecher begleitet, sorgt dafür, daß die Infos bei den Organisationen ankommen.
2. Die Buchläden bzw. Organisationen rechnen direkt mit dem Komitee ab, nachdem die Infos verkauft sind.
3. Während der Reise gesammelte Spenden werden unmittelbar an das Komitee überwiesen.
4. Aus den Spenden ersetzt das Komitee der KHG Heidelberg die Unkosten der Reise (ca. 700,–).

Was von dieser Vereinbarung wurde eingehalten, was nicht?
Die Spenden wurden alle überwiesen, bis auf die in Österreich gesammelten, die Tony Heffernan gleich nach Irland mitnahm.
Die Buchläden haben ihre Schulden bezahlt. Allerdings brauchten sie dafür, obwohl auf Drängen des Komitees die KHG mehrmals mahnte, einige Zeit.
Das Komitee hat der KHG keinen Pfennig bezahlt, stattdessen das Märchen vom "Betrug" des "NRF" in die Welt gesetzt.

Die Ursache für dieses Verhalten des Komitees ist weniger die säumige Zahlungsweise von einigen der Buchläden. Vielmehr hatte das Komitee versucht, eine nationale Irland-Unterstützungsorganisation unter seiner organisatorischen Leitung und mit seinen politischen Vorstellungen aufzubauen. Diese politischen Vorstellungen waren hanebüchen, zum Beispiel stand in der vorgeschlagenen Plattform, die Solidaritätskomitees sollten Solidaritätsstreiks westdeutscher Arbeiter initiieren. Auf einer solchen Plattform wollte die Mehrheit der Organisationen und Einzelpersonen, die zu einer Konferenz im April 1973 zusammengekommen waren, sich nicht organisieren. Selbstverständlich sind die anwesenden Genossen der Kommuniqueorganisationen gegen die Plattform aufgetreten. Die Weißkirchener Gruppe posaunte danach herum, die KHG hätte unbedingt einen Führungsanspruch durchsetzen wollen, und verweigerte im übrigen jede Zusammenarbeit auf der Basis dieses Beschlusses der Konferenz.

Ein letztes Zusammentreffen mit dem Komitee erfolgte von unserer Seite bei einer neuen Tournee des Genossen Heffernan. Zunächst hatte das Komitee unser Angebot zur Zusammenarbeit strikt abgelehnt. Als es befürchtete, durch die völlig unzureichende Vorbereitung könnten einige Veranstaltungen ins Wasser fallen, sollte die KHG mit einem Mal welche aus dem Boden stampfen. Das konnten wir nicht garantieren, versprachen aber Unterstützung bei der Mobilisierung, soweit sie uns möglich war.
Bei dieser Gelegenheit kam man auch auf die Bezahlung der Infos zu sprechen. Wir drückten unser Bedauern darüber aus, daß die Zahlung zum Teil so lange hatte auf sich warten lassen, und über den Stil, in dem das Komitee die Auseinandersetzung führte. Daß wir eine "Schuld" zugegeben und Stillschweigen gelobt hätten, ist natürlich Unsinn. Eine Schuld, die nicht vorhanden ist, kann man nicht zugeben. Wir erklärten, daß wir auf der Ebene von Verleumdungen keine Politik machen. Wenn sich der "Arbeiterkampf" und das Irlandkomitee wundern, daß wir auf ihre Entstellungen mit der Forderung nach Richtigstellung antworten, und sie daran erinnern, daß bürgerliche Zeitungen sich an das bürgerliche Pressegesetz halten sollten, dann muß man sich fragen, ob diese Leute die Wirklichkeit und ihre Wunsch-, Angst- und sonstigen Träume noch auseinanderhalten können.

Besser wäre es, der "Arbeiterkampf" versuchte nicht, "Politik" zu machen, sondern bliebe bei seinem Geschäft: Sich hinzusetzen und kluge Aufsätze zu schreiben, "wie man revoluzzt und dabei noch Lampen putzt."

jaw, Heidelberg

MATERIALIEN ZUR KRITIK DER BÜRGERLICHEN MEDIZIN

ARBEITSMEDIZIN

HERAUSGEBER
PROJEKTGRUPPE MEDIZIN / KO
ZELLE MEDIZIN DER KHG

VERLAG
J. SENDLER
HEIDELBERG

Bestellungen sind zu richten an den
VERLAG JÜRGEN SENDLER
69 Heidelberg
Lutherstraße 44a

Kommunismus und Klassenkampf

Jahrg. 2, Nr. 1
Februar 1974